

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

Öffentliche Sitzung vom 11. bis 14. Dezember 1978

4. Sitzungstag (14. Dezember 1978)

Stenographisches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

- Beratung des 9. Hauptstücks, Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz
Redner: Die GRe. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz (S. 2), Dr. Peter Mayr (S. 3), Maria Hampel-Fuchs (S. 4), Ingrid Smejkal (S. 6), Dipl.-Ing. DDr. Strunz (S. 7) und Dkfm. Dr. Aigner (S. 10) sowie amtsf. StR. Nittel (S. 13)
Beratung des 10. Hauptstücks, Verkehr und Energie (A.R. 1001, U-Bahn-Bau)
Redner: Die GRe. Dkfm. Bauer (S. 17), Ing. Kreiner (S. 19) und Elisabeth Schindler (S. 22) sowie amtsf. StR. Nekula (S. 23)
Pr.Z. 3872, P. 1: Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1979
Pr.Z. 3873, P. 2: Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat
Pr.Z. 3999, P. 3: Finanz- und Investitionsplan 1979 bis 1983
Berichterstatte: Amtsf. StR. Hans Mayr (Schlußwort) (S. 27)
Abstimmung (S. 29)
9. Pr.Z. 4132, P. 4: Feststellung der Wertgrenzen für das Jahr 1979
Berichterstatte: GR. Friederike Seidl (S. 33)
Abstimmung (S. 33)
10. Pr.Z. 4128, P. 5: Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1979
Berichterstatte: Amtsf. StR. Nekula (S. 33 u. 54)
Redner: Die GRe. Dkfm. Bauer (S. 38), Daller (S. 40), Schwarz (S. 43), Dkfm. Ammann (S. 44), Hirsch (S. 50), Dipl.-Ing. DDr. Strunz (S. 51) und Hahn (S. 52), Abstimmung (S. 59)
11. Pr.Z. 4155, P. 8: Erhöhung des Sachkredits für die Errichtung des Wiener Hallenstadions im 2. Bezirk
Abstimmung (S. 59)
12. Pr.Z. 4158, P. 11: Wartungsvertrag für eine EDV-Einheit
Berichterstatte: GR. Dr. Krasser (S. 59)
Abstimmung (S. 59)
13. Pr.Z. 4122, P. 12: Gewährung einer Subvention an das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands
Berichterstatte: GR. Gawlik (S. 59)
Redner: GR. Dkfm. Bauer (S. 59), Abstimmung (S. 60)
14. Pr.Z. 4118, P. 21: Gewährung eines Förderungszuschusses an den Verein Wiener Meisterkurse
Berichterstatte: GR. Gertrude Stiehl (S. 60 u. 61)
Redner: GR. Prof. Bittner (S. 61), Abstimmung (S. 61)
15. Pr.Z. 4113, P. 26: Gewährung eines außerordentlichen Förderungszuschusses zur Existenzsicherung der Schauspielhaus Betriebs-Ges. mbH
Berichterstatte: GR. Windhab (S. 61)
Redner: (GR. Prof. Bittner (S. 61), Abstimmung (S. 61)
16. Pr.Z. 4115, P. 28: Gewährung einer Subvention zur Durchführung des Straßentheater-Festivals durch das Dramatische Zentrum Wien
Berichterstatte: GR. Windhab (S. 61 u. 64)
Redner: GR. Prochaska (S. 61), Abstimmung (S. 64)
17. Pr.Z. 4168, P. 40: Baurechts- und Dienstbarkeitsvertrag sowie Vereinbarung mit der Gesiba über die Errichtung eines Bürohauses auf der Liegenschaft Landesgerichtsstraße 2-Rathausstraße 1
Pr.Z. 4167, P. 41: Mietvertrag mit der Gesiba über die Mietung des unter P. 40 genannten Hauses mit Ausnahme der Garage zur Unterbringung von Dienststellen des Magistrats
Berichterstatte: GR. Ing. Hofstetter (S. 65 u. 74)
Redner: Die GRe. Dr. Hirnschall (S. 66), StR. Dr. Goller (S. 67) und Hahn (S. 74) sowie amtsf. StR. Hans Mayr (S. 71), Abstimmung (S. 74)
18. Angenommene Anträge des Stadtsenats (S. 75)
19. Pr.Z. 4222, P. 59: 8. Subventionsliste 1978
Berichterstatte: Amtsf. StR. Hans Mayr (S. 75 u. 76)
Redner: GR. Hahn (S. 75), Abstimmung (S. 77)
20. Pr.Z. 4229, P. 66: Erhöhung des Sachkredits für die Errichtung des 1. Bauteiles des städtischen Wohnhauses 4., Favoritenstraße 8
Berichterstatte: Amtsf. StR. Böck (S. 77)
Redner: GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz (S. 77), Abstimmung (S. 78)
21. Angenommener Antrag des Stadtsenats (S. 78)
22. Pr.Z. 4234, P. 80: Erhöhung der Gasgebühren
Berichterstatte: Amtsf. StR. Nekula (S. 78 u. 81)
Redner: Die GRe. Dkfm. Bauer (S. 78), Dkfm. Ammann (S. 79) und Sevcik (S. 80), Abstimmung (S. 82)
23. Verhandelte Anträge des Stadtsenats (S. 82 ff.)
24. Pr.Z. 4288, P. 92: Wahl von 9 Mitgliedern des Kuratoriums des Fonds „Wiener Jugendhilfswerk“ (S. 84)
25. Pr.Z. 4289, P. 93: Wahl von 3 Mitgliedern des Vorstandes der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (S. 84)
26. Pr.Z. 4290, P. 94: Wahl eines Beisitzers des Schiedsgerichts der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (S. 84)
27. Schlußansprache des Bürgermeisters (S. 84)

Vorsitzende: Die GR. Maria Szöllösi, Dkfm. Dr. Ebert, Mayrhofer, Ing. Hofstetter und Pöder.

(Wiederaufnahme um 9 Uhr.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Wir nehmen die Sitzung des Gemeinderates wieder auf und setzen mit der Beratung des Entwurfes des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1979, des Gebührenprüfungsantrages und des Finanz- und Investitionsplanes 1979 bis 1983 fort.

Wir kommen zum 9. Hauptstück, Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz.

Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz. Ich erteile es ihm.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Im heurigen Jahr wurden eine ganze Reihe von Bezirkshallenbädern eröffnet, die zum Teil in den letzten Monaten, in den letzten Wochen vor der Wahl fertiggestellt worden waren, eines nachher. Wie ich meine, konnte mit diesen Hallenbädern eine wichtige Versorgungslücke geschlossen, besser gesagt, ein Teil einer Versorgungslücke abgedeckt werden, denn wie wir wissen, sieht das Bäderbauprogramm eigentlich bedeutend mehr Bäder vor. Darauf komme ich aber etwas später noch zurück.

Konkret handelt es sich um die Bäder in Hietzing und in Simmering und das kürzlich eröffnete Bad in Döbling. Im Bäderprogramm ist dann vorgesehen, daß als nächstes die Bezirkshallenbäder in der Brigittenau, in der Großfeldsiedlung im 21. Bezirk und in der Donaustadt beim Donauzentrum folgen sollen. Damit wäre, davon bin ich fest überzeugt, einem echten Bedürfnis der Wiener Bevölkerung nachgekommen, wobei ja zu sagen ist: Je näher ein Bad der Wohnumgebung ist, desto attraktiver wird es für diese Wohnumgebung. Im Kapitel Wohnen ist gestern ja ausgeführt worden, und dem kann man sicherlich beipflichten: Wenn erst einmal die Grundbedürfnisse des Wohnens gedeckt sind, sozusagen die akute Wohnungsnot für den einzelnen befriedigt ist, dann hat er Interesse an den Nachfolgeeinrichtungen, an den Nachfolgeeinrichtungen der Infrastruktur, dann wünscht sich der Bewohner eine Sauna, dann wünscht er sich ein Hallenbad usw.

Im Interesse einer guten Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Hallen- und Freibädern hat man auf kombinierte Anlagen zurückgegriffen, die krisenfester, also nicht wetteranfällig sind. Es sind sogenannte Hallenfreibäder, und tatsächlich hat sich herausgestellt, daß diese Anlagen nicht nur notwendig waren, sondern auch außerordentlich nützlich sind.

Wie gesagt, hat man im Interesse der Versorgung zumindest die Absicht gehabt, das Bäderbauprogramm ständig zu erweitern. Der Schwerpunkt sollte jedenfalls beim Hallenfreibad liegen. Auch bei der Errichtung neuer Kinderfreibäder ist gesagt worden, daß der Versuch unternommen wird, sie in absehbarer Zukunft zumindest zum Teil mit Dächern zu überdecken, die bei schlechtem Wetter darübergezogen werden, während bei schönem Wetter ein Freibad entsteht.

Erfreulich ist, wie ich hier schon festhalten darf, der Versuch, den die Gemeinde Wien mit sogenannten Sonnenenergieanlagen unternommen hat. Ich glaube, daß auf diesem Gebiet weitergegangen werden sollte, schon aus Gründen der Energieeinsparung.

In einem Artikel über die zukünftige Entwicklung im Bäderbau heißt es von der Magistratsabteilung 44: „Um in den nächsten Jahren einen Wert von sechs Quadratmetern Wasserfläche je 1000 Einwohner, welcher für Großstädte bereits einer sehr guten Versorgung gleichkommt, zu erreichen, müßte eine Wasserfläche von 2200 Quadratmetern neu geschaffen werden, was einem Neubau von fünf bis sechs Bezirkshallenbädern mit je 400 Quadratmetern Wasserfläche entspricht.“ Weiter heißt es dann, daß die Standorte für die nächsten drei Bezirkshallenbäder bereits festgelegt sind, nämlich: Wien 20, Klosterneuburger Straße, im 21. Bezirk in der Oswald Redlich-Straße beziehungsweise Kürschnergasse, das ist in der Großfeldsiedlung, und im 22. Bezirk in der Portnergasse in Kagan. So weit, so gut. Anzumerken ist noch, daß zum Beispiel auch die Bezirksvertretung Landstraße schon vor Jahren in einem einstimmigen Beschluß gefordert hat, auch im 3. Wiener Gemeindebezirk ein Hallenbad zu errichten, daß dieser Wunsch irgendwann einmal im Bäderkonzept der Gemeinde Wien einen Niederschlag finden sollte.

Wirft man nun aber einen Blick in den Voranschlag für das Jahr 1979 oder in den Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 1979 bis 1983, so kann man feststellen, daß sich dort die genannten Projekte nicht finden lassen. Es sind nur für die bereits neueröffneten Bauten Budgetansätze vorgesehen. So sind für das Simmeringer Bad, das Hietzinger Bad, das Hohe Warte-Bad, nicht zu vergessen das Höpflerbad in Atzgersdorf, ein Freibad, insgesamt 47 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Summe für die baulichen Herstellungen beträgt für 1979 insgesamt 138,026.000 Schilling, das sind um 41,597.000 Schilling weniger als im Jahr 1978. Das heißt, daß der so hoffnungsvoll begonnene Bäderbau, das so hoffnungsvoll begonnene Bäderprogramm ein vorläufiges Ende gefunden hat, was ich sehr bedaure. Es bleibt so ein bißchen die Hoffnung, daß vielleicht in vier Jahren, vor den nächsten Gemeinderatswahlen die nächsten Schritte gesetzt werden und daß man dann vielleicht doch im Bäderbauprogramm weiter fort-schreiten kann.

Ich möchte mich nun mit einem anderen Kapitel beschäftigen, und zwar mit der Müllbeseitigung in unserer Stadt. In den letzten Jahren ist bekanntlich ein ständiges Ansteigen der Müllmengen zu verzeichnen gewesen, und zwar sowohl was das Gewicht anlangt aber noch mehr dem Volumen nach ist der Müllberg angewachsen. Heute werden zirka drei Viertel des in Wien anfallenden Mülls durch Verbrennung weggeschafft und zirka ein Viertel muß auf Deponien gelagert werden. In Wirklichkeit liegt es immer etwas darunter, unter den drei Vierteln und unter dem Viertel, denn es verbleibt dann noch ein kleiner Rest von etwa fünf

Prozent des Gesamtmülls, der der Kompostierung zugeführt wird.

Am 13. Juni 1978 hat, wie ich lese, im Wappensaal des Wiener Rathauses die Wiener Müllenquete stattgefunden, die sich, wie ich dem Bericht entnehme, mit allen relevanten Fragen der Müllbeseitigung beziehungsweise der Wiederverwertung von Müll beschäftigt hat. Beim Studium der Ergebnisse kann man feststellen, daß eine ganze Reihe wichtiger Erkenntnisse herausgekommen sind.

Vor allem scheint mir wichtig, dabei eine Überlegung herauszugreifen. In den letzten Jahren wurde im Hinblick auf die steigende Rohstoffknappheit der Wiedergewinnung von Stoffen aus dem Müll erhöhtes Augenmerk geschenkt und die sicherlich große Bedeutung dieser Rückgewinnung erkannt. Ich glaube, daß auf diesem Wege weitergegangen werden soll.

Ich möchte hier nur in Erinnerung rufen, daß bereits anlässlich der Budgetdebatte im Jahre 1973 von meinem Fraktionskollegen GR. Bauer angeregt wurde, zumindest das Altpapier aus dem Hausmüll auszuscheiden, um es einer weiteren Verwendung zuführen zu können. Am 27. September 1974 haben dann die freiheitlichen Gemeinderäte einen Antrag eingebracht, daß entsprechende Vorkehrungen getroffen werden sollen, um Altpapier, Glas und Metall aus dem Hausmüll auszusondern und zweckdienlich verwenden zu können. Diese Vorschläge beziehungsweise dieser Antrag wurden, wie man weiß, zum Teil auch berücksichtigt. Es gibt ja heute eine durchaus interessante Reihe von Versuchen, die in der Gemeinde Wien zu diesem Thema laufen.

Das Problem des Recycling scheint allerdings weniger auf der technischen Seite zu liegen, sondern mehr auf der Seite der Wirtschaftlichkeit. Wie wir aber heute wissen, war vor allem der Altglasaktion und der Altpapieraktion, die vom Magistrat, wie gesagt, auf unsere Anregung hin durchgeführt wurden, zumindest teilweise ein sehr großer Erfolg beschieden. So berichtete etwa die „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. Oktober 1978, daß in den in ganz Wien aufgestellten Altglassammelbehältern schon zirka 3 Millionen Kilogramm Altglas gesammelt werden konnten, und der „Wiener-Zeitung“ vom 12. August kann man entnehmen, daß die Altstoffsammlung in der Per Albin Hansson-Siedlung ein großer Erfolg war. Das waren nur zwei der zum Teil sehr erfolgreichen Versuche.

Es erscheint mir jetzt sehr wichtig, daß auf dem eingeschlagenen Weg weitergegangen wird, vor allem auch im Zusammenhang mit einer Erkenntnis, die bei der Müllenquete am 13. Juni vorgetragen wurde, weil aus dieser Erkenntnis zwangsläufig die Fortführung der Altstoffsammlung in verstärktem Maße abzuleiten ist. Der Heizwert des Wiener Mülls liegt höher als der Auslegungswert der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig oder im Fernwärmewerk Spittelau. Wenn nun Altpapier und Kunststoff in größerem Maße gesammelt werden, muß der zu hohe Heizwert des in Wien anfallenden Mülls zwangsläufig sinken. Das bedeutet aber, daß der Mülldurchsatz in den Müllverbrennungsanlagen steigen und somit ein größerer Teil des Mülls als derzeit verbrannt werden kann. Das

heißt, die Wirtschaftlichkeit der Anlagen steigt.

Ganz kurz noch zum Problem des Recycling, das schon kurz angerissen worden ist. Eine Methode dazu stellt die Müllkompostierung dar. Das Problem aller Kompostwerke, vor allem in der Großstadt, ist aber ohne Zweifel der Absatz ihrer Produkte, denn das Endprodukt Kompost wird in einer Großstadt nur sehr bedingt gebraucht. Mit einer Kombination von Kompostierungsanlage und Kunststoffverwertungsanlage — so etwas gibt es schon — könnte meines Erachtens aber auch hier ein wirtschaftlich durchaus interessantes Gebiet erschlossen werden. In diesem Zusammenhang müßte es möglich und auch finanziell interessant sein, die bei der Müllkompostierungsanlage der Gemeinde Wien, also der Biomüll, anfallenden Kunststoffabfälle gleich mitzuverwerten. Meiner Schätzung nach — ich lasse mich aber gern berichtigen — müßten bei der Biomüll in Wien ungefähr 1000 bis 2000 Tonnen Kunststoffabfälle jährlich anfallen; diese Kunststoffabfälle müssen dort gelagert werden und beanspruchen natürlich relativ große Lagerflächen. Es wäre also wahrscheinlich wirklich günstiger, das der Wiederverwertung zuzuführen.

Ich glaube also, daß gerade in diesem Bereich alle nur erdenklichen Anstrengungen unternommen werden sollten, um zukunftsträgliche Lösungen zu finden.

Wenn man sich die andere große Mülldeponie der Gemeinde Wien anschaut, die auf dem Weg nach Schwechat, kann man schon vom optischen Eindruck dieser Deponie her feststellen, daß auch hier Versuche gemacht werden sollten, der Wiederverwertung des Mülls, auch aus Gründen des Umweltschutzes, aus Gründen des Energiesparens, verstärktes Augenmerk zu schenken.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Dr. Peter Mayr zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. Peter Mayr: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Gestern habe ich mich im Interesse eines Postbeamten gemeldet, heute darf ich mich im Interesse des erkrankten Präsidenten der Wiener Landwirtschaftskammer Jedletzberger melden. (GR. Edlinger: Kammer ist Kammer!) Ja, aber es gibt kleine und große, und die kleinen bedürfen manchmal der Unterstützung.

Ich darf hier ein Problem im Zusammenhang mit dem Kanaleinmündungsgesetz und den Gebühren vortragen. Hier ist offensichtlich ein Problem mit der Landwirtschaft übersehen worden, und das bedeutet für die Landwirtschaft eine erhebliche finanzielle Belastung. Es gibt nämlich eine Reihe von Wiener Landwirtschaftsbetrieben, Gartenbau, Blumenbau usw., die einen Kanalananschluß für ihr Wohngebäude haben und damit unter dieses Kanaleinmündungsgesetz fallen, aber die komplette Bewässerung ihrer gärtnerischen Anlagen aus dem öffentlichen Wasserleitungsnetz entnehmen und daher einen sehr hohen Wasserverbrauch im Jahr haben, aber nur einen ganz geringen Anteil tatsächlich wieder in das Kanalnetz hineingeben. Nun sieht an und für sich der § 13 Abs. 1 einen Abzug vor für jene Wassermengen, die an-

ders verwertet werden und nicht in das Kanalnetz kommen, aber es steht dann drinnen: 10 Prozent des Wasserverbrauches wird auf jeden Fall der Bemessung für die Kanalgebühr zugrunde gelegt. Nun ist es so, daß bei den Wassermengen, die in einem solchen landwirtschaftlichen Betrieb anfallen, von diesen 10 Prozent nur ein Bruchteil für den eigentlichen Bedarf verwendet wird und damit in das Kanalnetz geht, weil auch von diesen 10 Prozent ein wesentlicher Teil zur Bewässerung verwendet wird. Das heißt mit anderen Worten: Obgleich er nur einen relativ bescheidenen Anspruch auf Einmündungen in das Kanalnetz hat, wächst, insbesondere in trockenen Jahren, der Gesamtverbrauch an Wasser, und daher wachsen diese 10 Prozent weiter mit, obwohl von diesen 10 Prozent ein überwiegender Teil zur Bewässerung der Anlagen dient und daher nicht in das Kanalnetz hineinkommt. Das ist für diese landwirtschaftlichen Betriebe eine Härte. Die Landwirtschaftskammer besitzt auch entsprechende Unterlagen mit konkreten Betrieben, so daß man das unter Umständen überprüfen könnte.

In diesem Zusammenhang will ich auf ein zweites Problem hinweisen, und zwar auf diese Regelung für die Grünanlagen und Gärten in Einfamilienhäusern. Hier ist es so, daß das Gesetz eine Formulierung gewählt hat, die eigentlich nicht alles das erfaßt, was wir alle hier im Landtag gemeinsam erfassen wollten. Hier gibt es aber durchaus im Bereich der Vollziehung die Möglichkeit, das entsprechend zu korrigieren. Es betrifft vor allem jene Bezirke Wiens, den 23., den 12., den 11., den 21., den 22., wo es die großen Einfamilienhausgebiete gibt. Es ist nämlich so, daß im Kanalgebührengesetz, im § 13 Abs. 2 — in diesem sind diese 200 Liter pro Tag als Ausnahme geregelt — die Formulierung gewählt ist: Das gilt für Eigenheime im Sinne der Wohnbauförderung.

Das erste Problem war, daß es eine Reihe von Eigenheimen gibt, die gar nicht nach der Wohnbauförderung finanziert worden sind, sondern aus Ersparnissen und im Erbwege zugegangen sind oder aus einer Bausparkasse. Das heißt hier, daß die Finanzierungsquelle, Anlehnung an die Wohnbauförderung, danebengeht. Hier höre ich allerdings schon, daß man im Rahmen der Vollziehung auf diese Finanzierung der Eigenheime nicht mehr Bedacht nimmt. Allerdings — ich glaube, das ist noch eine Härte — wird sie auf die Größe nach den Wohnbauförderungsrichtlinien bei Eigenheimen abgestellt, und das sind 150 Quadratmeter. Das heißt mit anderen Worten, daß alle Einfamilienhäuser, die hier bestehen und über 150 Quadratmeter haben, plötzlich nicht diesen Abzug von 200 Litern pro Tag haben, obwohl gerade das Einfamilienhäuser sind, die in den grünsten Gegenden Wiens liegen, und wir alle hier gemeinsam im Gemeinderat ein Interesse haben, daß dieses Grün erhalten wird. Hier ist bei der Formulierung offensichtlich etwas geschehen, an das man nicht ausreichend gedacht hat, das aber in der Vollziehung berücksichtigt werden kann.

Noch ein Letztes. Einen konkreten Fall gibt es auch dafür, und das ist die Per Albin Hansson-

Siedlung West. Das sind die Reihenhäuseranlagen. Es ist so, daß es in Wien eine Reihe von Reihenhäuseranlagen gibt, wo aus Spargründen beim Bauen nur ein Wasserzähler für die ganze Anlage eingerichtet wurde, während die Häuser als solche jeweils im Eigentum einer Person stehen. Die Betriebskosten werden gemeinsam abgerechnet, und man kommt daher mit einem Wasserzähler aus. Nun sind solche Fälle leider bekannt, die um die Ausnahmeregelung angesucht haben, nämlich um den 200-Liter-Abzug pro Tag, aber das ist abgelehnt worden, mit der Begründung, daß das in der Reihenhäuseranlage nicht möglich ist, weil dafür diese Bestimmung nicht zutrifft, weil nämlich nur ein Wasserzähler vorhanden und daher der Verbrauch höher ist. Das heißt mit anderen Worten, daß es hier nur zwei Wege gibt, Abhilfe zu schaffen. Der eine Weg wäre, daß man diese Reihenhäuserbesitzer veranlaßt, daß jeder für sich einen Wasserzähler hat. Das kostet aber Geld und ist eigentlich ganz unnötig, denn genausogut könnte man sagen: Wenn vier Reihenhäuser an einen Wasserzähler aneinandergehängt sind, dann gilt eben bei der Verrechnung viermal 200 Liter pro Tag zum Gartengießen, und das wäre eine sehr einfache pragmatische Lösung im Interesse der Betroffenen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Frau GR. Maria Hampel-Fuchs zum Wort. Ich erteile es ihr.

GR. Maria Hampel-Fuchs: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am vergangenen Montag hat Herr GR. Braun in der Budgetdebatte davon gesprochen, daß Dr. Busek durch einen Vortrag, den er in der Schweizer Handelskammer in Österreich mit der Passage: Wir haben zwar heute gut ausgebaute Gesetze zum Schutz der Konsumenten, aber der Schutz des Bürgers gegen Übervorteilung durch die öffentliche Hand ist eigentlich viel zu wenig ausgeprägt, Verunsicherung bringe. Ganz abgesehen davon, daß viele Bürger Buseks Meinung teilen, möchte ich heute den Beweis führen, daß in manchen Fällen die Behörde langsam bis sehr schleppend für den Konsumenten arbeitet. Konsumenten müssen vor Außenseitern, vor schwarzen Schafen in der Wirtschaft geschützt werden. Auch die anderen, seriösen Wirtschaftstreibenden — das ist die überwiegende Mehrzahl — haben ein Interesse, daß nicht durch ein schwarzes Schaf, durch einen Außenseiter, womöglich ein ganzer Berufsstand in ein schiefes Licht gerückt wird. Es gibt eben Verstöße, die letztlich nur durch die Behörde geahndet beziehungsweise verfolgt werden können. Es erhebt sich nämlich in manchen Fällen die Frage, warum diese zuständige Behörde nur langsam und zögernd wirksam wird. Es erhebt sich auch die Frage an den Konsumentenschutzstadtrat, was er konkret zum Schutz der ärmsten dieser Konsumenten getan hat.

Der Fall, den ich jetzt schildern will, ist durch Fernsehen und Presse, vor allem aus den Tageszeitungen, hinlänglich bekannt. Die Firma, um die es sich dreht, ist seit Monaten im Gespräch. Ein Beispiel ist eben die Firma Aarglas, die das schwärzeste Schaf unter den Glasereien zu sein

scheint. Das beginnt bei irreführender Werbung und endet bei Preistreiberei. Die irreführende Werbung schaut so aus, daß unvollständige Angaben im Branchentelefonbuch vorhanden sind, wofür die Firma — das muß ich hier sagen — meinen Informationen nach sechs- bis siebenmal bestraft wurde, jeweils in der Höhe von 1000 Schilling. Aber die Eintragungen im Telefonbuch stehen unverändert drinnen, und jeder Konsument, der dringend bei Glasbruch jemanden braucht, wird diese Eintragungen sehen und sich womöglich an die Firma wenden. Es fehlt in diesen Einschaltungen im Branchentelefonbuch die jeweilige Angabe des Ortes, wo sich die Firma befindet. Es werden nur Gebietsbezeichnungen bzw. Bezirksbezeichnungen hier angegeben. Der Konsument, der sich an diese angegebene Telefonnummer wendet, muß den Eindruck bekommen, daß er sich an eine Firma wendet, die sich in seiner unmittelbaren Umgebung befindet, nämlich auf Grund der Einschaltung im Branchentelefonbuch. Er kommt dann spätestens bei Präsentation des Vertrages beziehungsweise der Rechnung darauf, daß sich diese Firma im Stadtzentrum, in der Umgebung des Stadtzentrums befindet.

Einige Beispiele für die Preistreiberei dieser Firma. Eine ortsübliche Leistung von 23.000 Schilling wurde von dieser Firma mit 41.000 Schilling verrechnet. Oder: Eine ortsübliche Leistung von 4300 Schilling wurde mit 10.700 Schilling und eine ortsübliche Leistung von 27.000 Schilling mit 72.000 Schilling verrechnet. Es handelt sich also um Beträge, welche die Frage aufwerfen, welches Strafausmaß gerechtfertigt wäre, damit diese Firma spürt, daß sich ihr Verhalten nicht rentiert. Es ist nicht bekannt, welche Strafen in den Verfahren bezüglich Preistreiberei verhängt wurden. Ich habe nur zwei Entscheidungen. In diesen Fällen wurden nur sehr geringe Strafen verhängt, in anderen Fällen sind mir die Strafen nicht bekannt.

Vor einigen Tagen fand eine öffentliche Gerichtsverhandlung statt, in der ein Beamter der Wirtschaftspolizei unter Aufhebung seines Amtsgeheimnisses ausgesagt hat, daß seit Februar 1978 etwa 50 Verfahren anhängig sind und von diesen sieben Strafverfahren erledigt wurden. Davon wurden vier anerkannt und drei eingestellt. Er hat auch ausgesagt, daß er weiß, daß dreißig bis vierzig Verfahren — das würde ungefähr mit dem übereinstimmen, was im Februar ausgesagt wurde — noch ausständig sind.

Auch der Verein für Konsumenteninformation hat sich über diese Entwicklung besorgt gezeigt und sich an die zuständige Interessenvertretung gewandt und um Abhilfe ersucht. Es ist anzunehmen, daß sich viele geschädigte Konsumenten, vor allem ältere Bürger und solche, die rechtsunkundig sind, gar nicht an die Wirtschaftspolizei oder an eine andere Behörde wegen Verstößen gegen das Preisgesetz gewandt haben, weil sie den beschwerlichen Weg zur Behörde oder zu einem Gericht scheuen. So hat zum Beispiel eine 80jährige Frau, weil sie eben keinen Prozeß wollte, den geforderten Betrag von 4800 Schilling anstandslos bezahlt, obwohl laut Sachverständigengutachten diese Lei-

stung höchstens 2000 Schilling hätte kosten dürfen.

Wehren können sich nur die Rechtskundigen. Alle bedürftigen und einkommensschwächeren Konsumenten scheuen den Weg einer Anzeige oder den Weg zum Gericht, weil sie die Unannehmlichkeiten einer Gerichtsverhandlung fürchten und anzunehmen ist, daß die Firma mit ihrem Kapital am längeren Hebel sitzt. Manche gehen vielfach zum Verein für Konsumenteninformation. Wir haben schon gehört — auch ich weiß das —, daß man hier relativ wenig unternehmen kann. Ein Teil geht zur Innung, aber auch die Innung ist natürlich auf das Vorgehen durch die Behörden angewiesen, weil sie keine anderen gesetzlichen Grundlagen hat.

Der Eindruck, der beim einzelnen Konsumenten erweckt wird, ist einfach der, daß es eine Mauer gibt, wo er seinem Recht nicht mehr zum Durchbruch verhelfen kann.

Für die Firma scheint es sich aber nach wie vor um ein sehr einträgliches Geschäft zu handeln, nachdem sie auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen annehmen kann, daß Anzeigen, wenn sie überhaupt gemacht werden, nur sehr schleppend behandelt werden. Bei den Preisdifferenzen und den bekannten Strafausmaßen — wie gesagt: die mir bekannten Strafen sind sehr gering — wird sie nicht gewillt sein, ihre Methoden zu ändern, und nicht gehindert sein, weiterhin Konsumenten zu schädigen.

Was die Schnelligkeit der Erledigung betrifft, darf ich kurz wiederholen, daß von den sieben erledigten Anzeigen vier positiv erledigt und drei eingestellt wurden und man dazu acht Monate gebraucht hat. Die restlichen 30 bis 40 sind noch immer unerledigt.

Es genügt nicht, ein Ressort mit dem hochtrabenden Titel Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz zu benennen. Hier muß praktischer Konsumentenschutz durch die Behörde durch rasches Handeln gegeben sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Aus diesem geschilderten Zustand ergeben sich einige Fragen an die Regierungsmehrheit in diesem Haus und an den Stadtrat für Konsumentenschutz. Was verstehen Sie unter Konsumentenschutz, wenn Sie zusehen können, wie hier eklatant — und das seit Jahren — Rechte der Konsumenten verletzt und mit Füßen getreten werden und immer wieder neu in Schwierigkeiten geratene Konsumenten über die Praktiken dieser Firma stolpern? Werden Sie zum Schutz der Konsumenten und zum Schutz der Wirtschaft endlich auf eine rasche Erledigung der laufenden Anzeigen dringen? Wird der Gemeinderat darüber Auskunft bekommen, welches Strafausmaß gegenüber dieser Firma verhängt wurde, und werden Sie hier Auftrag zu strengem Vorgehen gegenüber dieser Firma geben? (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist anzunehmen, daß die bisherige Praxis der Firma und der Behörden für die Firma noch immer so einträglich ist, daß sie ihre Tätigkeit unverändert fortsetzt. Klingende Namen und Worte nützen den Betroffenen und geschädigten Konsumenten nichts. Hier muß gezeigt werden, daß man es mit dem Konsumentenschutz ernst meint und alle zur Verfügung stehenden Mittel und Gesetze

einsetzt. Was nützt es, wenn viele Mittel angeblich für Konsumentenschutz eingesetzt werden und trotzdem bei den am meisten geschädigten Konsumenten, den Ärmsten, die sich nämlich fast nicht oder nur schwer wehren können, nicht wirksam durchgegriffen wird? (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Frau GR. Ingrid Smejkal zum Wort. Ich erteile es ihr.

GR. Ingrid Smejkal: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Konsumentenschutz in der Form, in der er sich präsentiert, ist eine relativ junge Materie. Tatsächlich ist es aber ein sehr altes Problem. Alle Bestrebungen, den Verbraucher vor Benachteiligungen und Schaden zu bewahren, faßt man heutzutage unter dem Begriff Konsumentenschutz zusammen. Aber eben nur die Bezeichnung ist jünger, die Aufgaben nicht.

Vor Jahrhunderten schon hat man versucht, die Verbraucher vor Übervorteilung durch die Händler zu schützen.

Die Wiener Stadtverwaltung und wir alle, die wir uns mit dieser Materie beschäftigen, betrachten den Konsumentenschutz nicht als Gegnerschaft von Erzeugern, Handel und Dienstleistungsbetrieben, sondern suchen bei unserer Tätigkeit eine gemeinsame Basis für Produzenten und Konsumenten.

Die Gesetzgebung liegt beim Bund. Ich darf Sie daran erinnern, daß es schon jahrzehntelange Diskussionen gibt, um ein Konsumentenschutzgesetz zustande zu bringen. Ich erinnere an die verstorbene Frau Staatssekretär Wondrack, die uns schon damals die Probleme und vor allem die Widerstände der Händler aufgezeigt hat. Da ich selbst aus dieser Branche komme, weiß ich, welche Schwierigkeiten es gab und welches Umdenken erforderlich war, als in den sechziger Jahren zum Beispiel die Textilauszeichnung als kleiner Fortschritt eingeführt wurde. Es war eben danach nicht mehr ganz leicht, einen Stoff als reine Wolle zu verkaufen, wenn er das in Wirklichkeit nicht war. Daß es eine Mehrarbeit bedeutet, alles genau anzuschreiben und auszuzeichnen, weiß ich aus eigener Erfahrung.

Die Gemeinden sind demnach nur die Vollzieher, sozusagen die Polizei. Und wie man auch, wie ich aus vorangegangenen Wortmeldungen entnommen habe, von der Polizei sehr hohe Aufgaben erwartet, erwartet man auch besonders vom Land Wien, daß es seiner Aufgabe als Konsumentenschutz gerecht wird.

Eine äußerst wichtige Rolle für den Schutz der Gesundheit der Wiener haben zweifellos das Marktamt und die Lebensmitteluntersuchungsanstalt. Die Lebensmittelpolizei hat im Berichtsjahr gemäß dem Lebensmittelgesetz 1899 Proben von Lebensmitteln, kosmetischen Mitteln und Gebrauchsgegenständen geprüft. Diese Proben werden nicht wahllos entnommen, sondern nur dann, wenn ein begründeter Verdacht besteht.

Daß 5317 Proben auf eigenes Ersuchen von Gewerbetreibenden entnommen wurden, zeigt, daß Händler und Erzeuger an sogenannten schwarzen Schafen — wie es schon meine Kollegin ausge-

führt hat — in ihren Reihen nicht interessiert sind. In der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien wurden im vergangenen Jahr 5899 Proben beanstandet. Im Vergleich dazu: 1976 waren es nur 4285 Proben.

Ich glaube, es war ein sehr wichtiger und richtiger Entschluß des Gemeinderates, 1976 den Bau einer neuen Lebensmitteluntersuchungsanstalt zu beschließen. Der zuständige Gemeinderatsausschuß konnte sich erst vor wenigen Wochen erneut von den hervorragenden Untersuchungsmöglichkeiten überzeugen.

Ab 1. Jänner 1979 wird eine umfassende Begutachtung aller Waren möglich sein. Auch das ist, meine ich, wieder ein Fortschritt im Bemühen, den Konsumenten noch besser zu unterrichten und ihn einzubeziehen.

Etwas, was ich persönlich nicht gewußt habe und worüber ich einigermaßen überrascht war, ist, daß es möglich ist, auch als Privatperson in diese Lebensmitteluntersuchungsanstalt zu gehen und dort Waren zur Überprüfung hinzubringen, von denen man das Gefühl hat, daß sie nicht ganz in Ordnung sind.

So wie es in der Medizin eine vorbeugende Untersuchung gibt, so sehe ich auch die Aufgabe des Veterinäramtes. Zum Schutz der menschlichen Gesundheit werden von den Wiener Amtstierärzten alle Nahrungsmittel tierischer Herkunft genauestens untersucht. So wurden in Wien im vergangenen Jahr 144,4 Millionen Kilogramm Fleisch und Fleischwaren untersucht und begutachtet.

Wie das Problem der Fleischgewinnung und -vermarktung für viele Jahrzehnte beispielhaft gelöst wurde und somit vor allem für die Wiener das geliebte Wiener Schnitzel sichergestellt ist, zeigt St. Marx. Sie, die Sie schon länger in diesem Hause sind, können sagen, das ist ein alter Hut, denn das gibt es schon seit drei Jahren. Ich aber, da ich neu bin, war sehr beeindruckt über die Weitläufigkeit und rationelle Einteilung dieses Riesenkomplexes.

Wieder stehen wir kurz vor einer Neueröffnung: Der Landstraßer Markt wird — wie wir uns persönlich überzeugen konnten — im nächsten Frühjahr fertiggestellt. Dieses Gebäude, das mit einem Kostenanteil der Gemeinde Wien von 120 Millionen in Fertigstellung begriffen ist, umfaßt neben Installations-, Lager- und Kühlräumen 97 Marktstände. Gleichzeitig mit dem Markt wird die drei Stockwerke umfassende Garage mit 217 Einstellplätzen fertig werden. Da wir mit diesem Markt mitten in Wien sind, rücken wir damit im wahrsten Sinne des Wortes dem Konsumenten näher, und ich kann mich nun ganz nahtlos der Nahversorgung widmen.

Ich habe eigentlich fest damit gerechnet, da sich meine Kollegin sehr mit dem Problem der Nahversorgung beschäftigt, daß sie auch auf das zu sprechen kommen wird. Leider hat sie es nicht getan. 1975 wurde von der Stadt Wien das erste Mal eine Bestandsaufnahme gemacht, um zu sehen... (Ruf bei der ÖVP: Wir haben eine Broschüre bekommen, wo alles drinsteht!) Das ist fein.

Wir konnten uns einmal informieren, wie es

wirklich bei der Nahversorgung aussieht. Ich glaube, vor dem Jahre 1975 war es nicht das Gesprächsthema, zu dem es später durch verschiedene Umstände geworden ist. Ganz sicher ist im Jahre 1976 ein Einbruch passiert, und sehr viele, vor allem kleinere Geschäfte haben zugesperrt. Vor allem waren es Lebensmittelgeschäfte. Es ist damals das passiert, von dem man heute als „der Greißler ums Eck ist verschwunden“ spricht. Daß dieses Problem vor allem die älteren Menschen, aber auch junge Familien, die über kein Auto verfügen, stark betroffen hat, ist ganz sicher.

Heute können wir sagen — dazu gibt es Unterlagen, da hat der Herr Kollege recht —, daß wir dieses Problem überwunden haben. (Ruf bei der ÖVP: Überwunden haben wir es nicht!) Aber doch! Und zwar ist es dank einer unbürokratischen Förderung der Stadt Wien, aber auch durch ein Umdenken bei den Kaufleuten selbst, weitestgehend gelöst worden. Bei der neuerlichen Überprüfung im Jahre 1978 können wir also sagen: Auch die Lebensmittelgeschäfte haben mit der Nahversorgung wieder Schritt halten können, und es gibt dieses Problem weitgehend nicht mehr.

Einer Presseaussendung der Handelskammer konnte ich entnehmen, daß in den letzten Jahren die Zahl sowohl der Handelsbetriebe als auch ihrer Angestellten und Arbeiter deutlich erhöht wurde. Von den insgesamt 487.000 unselbständig Beschäftigten innerhalb der gewerblichen Wirtschaft sind im Vorjahr 113.000 oder 23,2 Prozent auf die Handelsfirmen entfallen. Fünf Jahre zuvor machte der Anteil des Handels nur 19,1 Prozent aus.

Dabei ist mir auch ein deutlicher Wandel in der Versorgung durch die Gastbetriebe aufgefallen. Die Gastronomie nimmt in der Nahversorgung gewiß einen sehr breiten Raum ein. Es ist uns allen klar, daß in den letzten Jahren eine Wandlung bei den Restaurants und Gasthäusern stattgefunden hat, die sich immer mehr auf Buffets und Imbißstuben umgestellt haben. Etwas, was in der Presse in der letzten Zeit sehr stark beklagt wurde, hat nicht stattgefunden, nämlich das Kaffeehaussterben. Nach Erhebungen ist die Zahl der Kaffeehäuser in den letzten 15 Jahren konstant geblieben. Es ist richtig, daß das eine oder andere an einem besonders exponierten Standort gewesene Kaffeehaus nicht mehr besteht, aber das berückichtigte Kaffeehaussterben hat es eigentlich nicht gegeben. Diese Arbeitsgrundlage, die von der Wiener Handelskammer zur Verfügung gestellt wird, ist sicherlich richtig.

Das Thema Kaffee bietet mir gleichzeitig eine Umstiegsmöglichkeit und eine Rückkehr zu der erfolgreichen Tätigkeit dieser jungen Geschäftsgruppe Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz. Eine sehr erfolgreiche Kampagne gegen den teuren Kaffee wurde geführt. Es war das nach dem Konsumentenschutztag der nächste Schritt, den wir gemacht haben, um den Konsumenten unsere Unterstützung sichtbar zu zeigen. Sie erinnern sich gewiß alle, daß im Vorjahr ungefähr um die gleiche Zeit, nämlich vor Weihnachten, eine mobile Beratungsstelle in der Fußgängerzone Favoriten eingerichtet wurde, um dort in Zusammenarbeit mit dem Verein für Konsumenten-

information dem Kunden an Ort und Stelle bei der Bewältigung seiner Probleme zu helfen.

Dieser Verein für Konsumenteninformation stellt überhaupt eine wertvolle Hilfe für alle Konsumenten dar. Es ist sehr interessant, daß pro Tag im Durchschnitt 500 Beratungen durchgeführt werden. In der Vorweihnachtszeit steigt diese Zahl auf zirka tausend. Davon sind im Durchschnitt jeweils nur 10 Prozent Beschwerden und viel mehr Beratungen. Das zeigt, daß wir den Konsumenten schon ein wenig erzogen haben und daß er sich, bevor er etwas einkauft, informiert. Es besteht dort die Möglichkeit, sich in 30 verschiedenen Sparten informieren zu lassen, und die Wienerinnen und Wiener nehmen dieses Angebot an.

Ich darf Sie an die Verbrauchertage erinnern, wo der Versuch unternommen wurde, neben der Werbung auch die Information stärker in den Vordergrund zu stellen. Wenn die vorgeführten Filme auch nicht von Österreichern gedreht wurden, so ist es doch ein Ansporn für uns, dem Gedanken des Konsumentenschutzes in dieser Weise mehr Augenmerk zu schenken.

Vielleicht gelingt es uns, auch den ORF — vor allem das Fernsehen — in diesen Dienst zu stellen.

Ohne vermehrte Geldmittel wird das alles nicht gelingen. Im Voranschlag für das Jahr 1979 wird dem erhöhten Bedarf Rechnung getragen und erstmalig eine runde Million unter dem Titel „Für besondere Information und Aufklärung über Konsumentenschutz“ vorgesehen.

Aber eines ist uns auch allen klar: Die besten Gesetze und Verordnungen, der aktivste Einsatz der zuständigen Behörden nützen nichts, wenn nicht wir alle den Willen haben, den Konsumenten zu einem gleich starken und vor allem gleichberechtigten Partner im Wirtschaftsgefüge zu erziehen und dann auch anzuerkennen. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Meine Damen und Herren! Nachdem jetzt soviel vom Konsumentenschutz die Rede war, will ich gleich fortsetzen und vom Lebensmittel Wasser etwas sagen.

Die Wiener Wasserversorgung wird ja, wie allgemein bekannt, hauptsächlich von der I. und II. Trinkwasserleitung gespeist, das sind also 145.000 plus 222.000 Kubikmeter täglich. Dazu kommt das Wasser vom Grundwasserwerk Lobau im Ausmaß von 44.000 und vom Grundwasserwerk Nußdorf von 36.000 Kubikmetern.

Es kommt ganz darauf an, wo man nun die Mengen liest, entweder beim „Tag der offenen Tür“, da sind es nur 36.000 Kubikmeter, oder ich lese es in der Zeitschrift des „Österreichischen Wasserwirtschaftsverbandes“, da komme ich dann bis auf 70.000 Kubikmeter. (Amtsführender Stadtrat Nittel: Herr Kollege, es gibt auch einen täglich schwankenden Verbrauch!) Ja, das wollte ich gerade sagen. Ich danke Ihnen vielmals, daß Sie mir zuvorgekommen sind. Ich danke schön. (Amtsführender Stadtrat Nittel: Dienstleistung!)

Der Tagesverbrauch beträgt in Wien 500.000 Kubikmeter. In der Zeitschrift des „Österreichischen

Wasserwirtschaftsverbandes“ stehen 475.643 Kubikmeter. Bitte sehr, nichts dagegen zu sagen. In dieser Größenordnung ist das.

Wir werden im Jahr 1980 mit der III. Trinkwasserleitung zu rechnen haben, das sind noch einmal 64.000 Kubikmeter.

Ferner ist der Wasserverbrauch — das muß man feststellen — um 5.310.000 Kubikmeter oder um 3,06 Prozent zurückgegangen.

In meinem Beitrag zu dieser Geschäftsgruppe bei der Rechnungsabschlußdebatte habe ich darauf hingewiesen, daß die zur Versorgung herangezogenen Uferfiltrate von oft sehr unsicherer Qualität sind, wobei bereits hygienisch bedenkliche Stoffe in diesen festgestellt wurden und zu Brunnenabschaltungen geführt haben. Diese Abschaltungen mußten sowohl im Wasserwerk Nußdorf als auch im Wasserwerk Lobau durchgeführt werden. Die ungünstige Lage des Wasserwerkes Lobau und die geringe Filterwirkung der Sande und Schotter des Wasserwerkes Nußdorf tragen die Schuld.

Abgesehen von diesen intermediär auftretenden bedenklichen Verunreinigungen zeigen die Analysen der Brunnenwässer und der Donau auf gesamtorganische Substanz und anorganischen Kohlenstoff die starke Abhängigkeit dieser Uferfiltrate von der Güte der Donau.

Das aufbereitete Wasser aus einem schlechten Uferfiltrat ist daher nur trinkbar und kein Lebensmittel Wasser, so wie wir es uns wünschen. Eine Wasserfabrik mit Wiederversickerung von Uferfiltrat aus dem Rhein, von der Stadt Basel installiert, hat bisher nur sehr trübe Wässer und Erfahrungen ergeben. Wenn Versuche auf diesem Gebiet mit modernen Methoden der Wasseraufbereitung durchgeführt werden, meinetwegen in Nußdorf, ist dazu nur ja zu sagen. Aber wenn die Wässer weiter hergeholt sind und besser sind, sind sie mir lieber.

Die Unsicherheit der Lage der Wiener Wasserversorgung und die Sorge um diese sind sowohl aus dem Bericht des Kontrollamtes — Seite 109, MA 31 — als auch aus dem Stadtentwicklungsplan für Wien — Seite 31, Technische Dienstleistungen — der MA 18 zu entnehmen.

Ich zitiere zum ersten: Bei Zusammentreffen ungünstiger Umstände, wie Ausfall von Versorgungsanlagen — Nußdorf, Lobau, II. Trinkwasserleitung, Erdbeben Wieselburg als latente Gefahr — Trockenheit, anhaltend hoher Verbrauch usw., ist mit Wassernot zu rechnen, da keine ausreichenden Reserven vorhanden sind. Erst mit der Realisierung neuer Projekte wird die Deckung des Wasserbedarfes jederzeit gesichert sein. Das ist also die MA 31.

Und nun die MA 18: Während im Regelfall ausreichend Wasser zur Verfügung steht, wird die Deckung des Spitzenbedarfes, das sind 640.000 Kubikmeter im August 1977 gewesen, immer problematischer. So die MA 18. Ebenso ist zu berücksichtigen, daß die beiden über hundert Jahre alten Hochquellenleitungen — das sind gemauerte Freispiegelkanäle, wie bekannt — dringend einer Generalsanierung bedürfen. Die vorhandenen Grundwasserwerke weisen zum Teil eine Anfälligkeit ge-

gen Verunreinigungen auf, wie ich bereits sagte: Erhöhte Keimzahlen, Phenole, schwer abbaubare Kohlenstoffverbindungen. Es ist daher für Nußdorf eine Aufbereitungsanlage vorgesehen. So steht es dort, von der MA 18 konzipiert. Für den Lobau-Brunnen Markethäufel wird derzeit eine der örtlichen Chemie des Grundwassers entsprechende Aufbereitungsanlage gebaut. Das steht dort. (Amtsf. Stadtrat Nittel: Ist praktisch fertig!) Gut.

Da muß ich aber wieder das Arbeitsprogramm des sehr geehrten Herrn Bürgermeisters zitieren. Da habe ich die Seite 15: „Auf das Wiener Wasser“ — wird dort geschrieben — „sind die Wiener seit langer Zeit stolz und können es auch heute noch sein. Mit Fertigstellung der III. Trinkwasserleitung 1980 wird die Frischwasserqualität angehoben und die ausreichende Versorgung auch zu Spitzenzeiten noch besser als bisher gewährleistet.“

Nach dem, was die MA 31 und die MA 18 uns vorstehend mitteilten, ist das Zitat aus diesem Arbeitsprogramm problematisch, wie auch die Wasserversorgung zu Spitzenzeiten. Und den Stolz auf das Wiener Trinkwasser kann ich den beiden Berichten auch nicht so ganz entnehmen.

Ich wiederhole an dieser Stelle noch einmal: Wir wollen kein nur trinkbares aufbereitetes Wasser, sondern echtes Lebensmittel Wasser von hoher Qualität.

Auch die derzeitigen modernen Technologien der Wasseraufbereitung schlechter Rohwässer haben ihre Grenzen. So hat die Rückhaltewirkung von Aktivkohle auf giftige Substanzen im Wasser, wie sie auch bei der Niedrigchlorung entstehen können, nur begrenzte Wirkung. Diese Störstoffe kommen heute leider Gottes fast in allen Oberflächenwässern und natürlich auch in den Uferfiltraten vor.

Dasselbe trifft auf den schwer abbaubaren Kohlenstoff zu. Die Grundsubstanzen dieser leider Gottes sehr unangenehmen chlorierten Verbindungen mit Langzeitwirkung sind ja des öfteren bereits in der kürzeren Vergangenheit in der Literatur beschrieben worden.

Der letzte Stand der Technik auf diesem Sektor sind biologisch arbeitende Aktivkohlefilter, die wesentlich effizienter sind als normale A-Filter. Dies nur als Anregung für die Versuche in Nußdorf.

Unsere Bedenken werden noch verstärkt durch Umwelterhebungen, die sich auf Chemikalien in Oberflächenwässern beziehen. Insgesamt sind es zurzeit mehr als 500.000 Verbindungen. Jeden Tag gelangen laut WHO-Statistik zwei bis drei neue Verbindungen in die Umwelt. Wie viele dieser Verbindungen toxisch sind beziehungsweise sonst Langzeitwirkungen haben, ist gar nicht abzusehen. Jedenfalls ist im Abwasser, aber auch im Oberflächenwasser von hochtoxischen Chlorverbindungen bis zu Schädlingsbekämpfungsmitteln und krebserregenden Substanzen alles enthalten, was nur krankmachend sein kann. Daher weg vom Oberflächenwasser Donau und vom schlechten Uferfiltrat, hin zum besseren künstlichen Grundwasser — Quelle oder Grundwasser allein —, zum Preis auch der weiteren Zuleitung nach Wien. Das muß doch bei einer günstigen Wasserbilanz, die

wir in Österreich haben — wir können nämlich nach dieser Bilanz über 20 Millionen Menschen mit gutem Trinkwasser versorgen — möglich sein.

Wir brauchen daher, wie ich bereits in der Rechnungsabschlußdebatte klar und deutlich sagte, ein Wasserkonzept für Wien, um die künftige Wasserversorgung sicherzustellen. Dieses Konzept soll folgende Aspekte enthalten:

Gewinnung guter Rohwässer zur Verarbeitung auf einwandfreies Trinkwasser.

Erstellung einer Wasserbilanz mit Einschluß der Tiefenwässer und ihrer möglichen Erschließung.

Einen entsprechenden Wassergüteatlas, der sämtliche Wässer enthält, und Verbesserungsvorschläge für die Wassergüte.

Und zum Schluß: Die Suche nach neuen Möglichkeiten der Trinkwassergewinnung, die unabhängig von einem schlechten Vorfluter sind, soll weiter fortgesetzt werden. Ich denke da vor allem an den Vorschlag des seinerzeitigen Leiters der MA 31, Steinwender, der uns auf diesem Sektor sehr interessante Aspekte gezeigt hat.

Ich darf noch an die berühmte Kommission beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie erinnern, die sich die Erschließung neuer Wasservorkommen für Wien zur Aufgabe gestellt hat. Von der höre ich leider gar nichts mehr. Ich wäre sehr froh, wenn sich diese Experten, die damals auch an der III. Trinkwasserleitung mitgewirkt haben, wie ich klar und deutlich sagen darf, wieder einmal zusammensetzen und uns neue Möglichkeiten aufzeigen könnten.

In diesem Zusammenhang darf ich einen Beschlußantrag von Frau Hampel-Fuchs und mir, betreffend die Erstellung eines neuen Trinkwasserkonzeptes für Wien, übergeben, der die eben von mir genannten Aspekte enthält.

Eine zweite Sache, die mir als Umweltschützer immer am Herzen liegt, sind unsere Müllverbrennungsanlagen, weil die Verbrennung des Abfalls die umweltfreundlichste Abfallbehandlungsmethode darstellt. Sie wären heute nur durch ausgereifte Pyrolyseanlagen zu ersetzen; die gibt es aber noch nicht, wie man klar und deutlich sagen muß. Nur eine einzige, die arbeitet aber mit Schwierigkeiten.

Diese Verbrennungsanlagen geben, wie jede andere Verbrennungsanlage, auch die Heizung, Emissionen; diese müssen begrenzt werden. Im allgemeinen handelt es sich, wie Sie ja wissen — ich habe zu diesem Thema nicht erst einmal, sondern schon zehn- oder fünfzehnmal gesprochen — um Chlorid, also Salzsäure, Schwefeldioxid, in geringen Mengen auch um Fluorid, welches aber zu vernachlässigen ist. Dazu kommen aber noch, wie ich bereits in der Rechnungsabschlußdebatte sagte, Schwermetalle.

Wir haben seinerzeit angeregt, daß in beide Müllverbrennungsanlagen Abgasreinigungsanlagen mit trockenem Endprodukt eingebaut werden, weil die nasse Abgasreinigung nur eine Verlagerung zum Wasser darstellt und daher sinnlos ist. Es wurden an beiden Anlagen auch Pilotstudien mit gutem Erfolg durchgeführt, insbesondere deshalb, weil größere Mengen an Abgasen einbezogen wur-

den. Man kann sagen, beide Methoden funktionieren gut. Vielleicht sollte man sich beim Einsatz bestimmter Chemikalien auf die billigsten beschränken. Vor allem bei der einen Anlage ist, glaube ich, die Ökonomie der Chemikalien noch nicht ganz erarbeitet, da fehlt mir noch etwas.

Von dem abgesehen darf ich auf etwas hinweisen, was man im Ausland festgestellt hat. Ich habe das bereits in der Öffentlichkeit gesagt. Ich bin nämlich der Meinung, daß man die Bevölkerung entsprechend informieren soll. (Stadtrat Nittel: Informieren, nicht hysterisch machen!) Ich habe „informieren“ gesagt! (Stadtrat Nittel: Ich bitte sehr darum!) Warum nicht? (Stadtrat Nittel: Da muß man nicht Seveso sagen!) Warum soll ich das nicht sagen? (Stadtrat Nittel: Weil es falsch ist!) Das ist doch nicht falsch! Warum unterbrechen Sie mich, wenn Sie nicht wissen, worum es geht? Ich habe damals, Herr Stadtrat — Sie scheinen das falsch aufgenommen zu haben —, deutlich gesagt: In ausländischen Müllverbrennungsanlagen, Holland Schweiz und Italien, wurden in der Asche und im Abgas Dioxine, sogenannte Ultragifte oder Seveso-Gifte, festgestellt. Sonst habe ich gar nichts gesagt. Ich habe nicht von der Wiener Anlage gesprochen.

Infolgedessen bin ich der Meinung, daß man auch bei unseren Anlagen untersuchen soll, ob solche Stoffe vorkommen. Das habe ich gesagt und sonst gar nichts. (Stadtrat Nittel: Aber zuerst untersuchen wir es!) Das habe ich ja gesagt: Untersuchen Sie es! Sonst habe ich gar nichts gesagt.

Ich darf mir erlauben, in diesem Sinne einen Antrag einzubringen und noch einmal darauf zu verweisen, daß die letzten und ausgereiften Abgasreinigungsanlagen eingebaut werden sollen. Ich darf mir erlauben, diesen Beschlußantrag meiner Kollegin Hampel-Fuchs und von mir zu übergeben.

Zum letzten noch. Wir wissen alle, daß ein dominierender Faktor im Bereiche schädlicher Umwelteinwirkungen die Luftverunreinigungen sind, vor allem in Ballungsräumen, wie es natürlich auch Wien ist. Vor allem sind es Schwefeldioxid, Stickoxide, organische Verbindungen, die natürlich Gerüche erzeugen, und Stäube. Dazu kommt die physikalische Verschmutzung der Luft, der Lärm.

Maßnahmen gegen diese Luftverunreinigung sind die Überwachung mit Meßgeräten und zweitens langfristig geführte Beschwerdekataster, wie sie sich im Ausland ausgezeichnet bewährt haben. Ich darf Ihnen dazu sagen, daß wir von der Österreichischen Volkspartei einen solchen Beschwerdekataster für Wien anlegen werden. Ich habe bereits die ersten Versuche auf dem Sektor in einem Planquadrat in Döbling vorgenommen, im Planquadrat H 16, und man kann wirklich feststellen, daß Beschwerde und Untersuchung korrelieren. Das heißt, man weiß auch, daß soundso viele Beschwerden eigentlich keine Beschwerden sind. Wir werden diesen Kataster in den nächsten Monaten fortsetzen und die Werte gerne der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Da darf ich noch eines sagen. Vielleicht hätte ich das beim Herrn amtsführenden Stadtrat für Inneres und Bürgerservice sagen sollen, aber es paßt jetzt gerade so schön herein. Wir haben kein

Luftreinhaltegesetz. Die Oberösterreicher haben eines. Es gefällt mir ganz gut, weil sowohl Schwefeldioxid und Staub als auch Kohlenmonoxid einbezogen sind. Es gefällt mir auch deshalb sehr gut, weil es nicht einfach von der technischen Anleitung Luft der deutschen Bundesrepublik abgeschrieben ist, sondern à conto der Arbeiten der Akademie der Wissenschaften erstellt wurde. Es ist erfreulich, daß das in Österreich geschehen ist. Es ist darin auch eine Ringelmann-Skala enthalten.

Ich sagte bereits bei der Geschäftsgruppe Inneres und Bürgerservice: Ich verstehe nicht, warum wir keine Immissionsgrenzwerte haben und warum wir letzten Endes kein Luftreinhaltegesetz haben. Was die Oberösterreicher zusammenbringen, müßten wir eigentlich schon lange zusammenbringen, denn der Kontakt zwischen Wien und dem Bund müßte doch wesentlich besser sein als zwischen Oberösterreich und dem Bund. Ich weiß natürlich, daß sich so ein Luftreinhaltegesetz nur auf den Hausbrand beziehungsweise auf die Heizung beschränken kann und auch andere Kompetenzen eine Rolle spielen.

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich am Ende meiner Ausführungen, und ich hoffe, daß meine Beiträge im Rahmen der Stadt Wien entsprechend verwirklicht werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Dkfm. Dr. Aigner zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. Dr. Aigner: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Herr Dr. Strunz hat eben in Beantwortung eines Zwischenrufes des Herrn Stadtrates Mittel behauptet, er habe nur gesagt, es könnte bei der Müllverbrennungsanlage Gift ausgestoßen werden, das in der Zusammensetzung so ist wie das Gift aus Seveso; ausländische Beispiele hätten das gezeigt. Nun wissen Sie, Herr Doktor Strunz, welche Wirkung eine solche Mitteilung auslösen kann, auch wenn man es so bringt, wie Sie es hier und auch bei einer Kaffeehausplauderei schon vor einigen Wochen gemacht haben. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Den Wienern kann man das ohneweiters sagen, die verfallen nicht in Panik!) Ich würde sagen: Es gibt, Gott sei Dank — in dem Fall hat man das feststellen können — in diesem Land noch verantwortungsbewußte Journalisten, die dieser Mitteilung in ihren Zeitungen nicht jene prominente Stellung beigemessen haben, die Sie und Ihre Partei sich vielleicht erhofft haben. (Beifall bei der SPÖ.) Aber was man damit auslösen könnte, zeigen immerhin Beispiele aus Zeitungen, Artikel, die wohl nicht ganz vorn erschienen sind, aber immerhin mit Überschriften wie „Seveso-Gift aus der Müllverbrennung?“ (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Mit Fragezeichen!) Zwar mit Fragezeichen, nun, bitte schön, aber eine Unterstellung, es könnte da etwas sein.

Im Ausschuß, Herr Dr. Strunz, haben Sie überhaupt nie davon gesprochen. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Warum soll ich im Ausschuß sprechen? Fällt mir gar nicht ein!) Mir ist auch nicht bekannt, daß Sie etwa Herrn Stadtrat Mittel von diesen Befürchtungen Mitteilung gemacht und ihn

aufgefordert hätten, er soll das untersuchen lassen. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Werde ich vielleicht darum fragen, ob ich darf?) Es ist Ihnen nur um den Propagandagag gegangen. Sie treiben ein sehr frivoles Spiel mit den Ängsten der Bevölkerung. Ich weiß nicht, ob Sie unbedingt das Bedürfnis haben, sich hier als Unsicherheitssprecher des Wiener Gemeinderates zu profilieren. Sie machen ja auch Panik, nicht nur in dieser Sache, sondern indem Sie, obwohl es seit vielen Jahren überhaupt keine Wasserknappheit gegeben hat, hier so tun, als ob diese unmittelbar bevorstünde (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Das müssen Sie die MA 18 fragen!), obwohl Sie genau wissen, daß im August des Vorjahres ein Tag mit dem höchsten Wasserverbrauch überhaupt gewesen ist und daß er klaglos bewältigt werden konnte. Darüber hat natürlich niemand etwas im Gemeinderat gesagt und von der Opposition schon gar nicht, und die Zeitungen haben das auch kaum vermerkt.

Das sind aber die Fakten, daß hier infolge vielfältiger Bemühungen genügend Wasser zur Verfügung steht, und diese Bemühungen werden ja fortgesetzt.

Ich bitte nur um eines: daß man mit solchen Behauptungen sparsam umgeht und nicht mit der Unsicherheit und mit der Angst der Bevölkerung spielt. Denn das, was Sie sich erwarten, nämlich, daß Sie davon als Partei profitieren, tritt sicher nicht ein. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Ich erwarte mir gar nichts!) Man kann ja darüber denken, wie man will. Aber in diesem Zusammenhang kann ich Ihnen sagen: Wenn Sie glauben, daß das Ihrer Partei irgend etwas bringen wird, dann sind Sie auf dem Holzweg. (GR. Hahn: Wenn wir nicht ununterbrochen schreiben, geschieht nichts!) Ich werde Ihnen gleich sagen, was alles geschehen ist, gerade auf dem Gebiet der Wasserversorgung, und was noch geschehen wird. Sie selbst wissen es genauso, Herr GR. Hahn.

Es geht jetzt weder um das eine noch um das andere, sondern um das Prinzipielle, daß man die Bevölkerung verunsichert, ohne daß hier wirklich Gründe vorliegen. Man malt ein Gespenst an die Wand, damit sich die Leute fürchten, und dann sagt man: Wir müssen dagegen etwas tun, obwohl in Wahrheit die Lage keineswegs ernst und besorgniserregend ist und obwohl sehr viele Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur getroffen werden. Das sieht man auch an den Zahlen dieses Budgets.

Während die Gesamtausgaben des Budgets nach dem Voranschlag 1979 um 4,6 Prozent anwachsen, ist in der Verwaltungsgruppe Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz ein Anstieg der Ausgaben um 6,6 Prozent zu verzeichnen, also immerhin um 2 Prozentpunkte über diesem Durchschnitt, auf nahezu 4 Milliarden Schilling. Das bedeutet im Klartext einen Vorrang für den Ausbau der Infrastruktur dieser Stadt, von der wesentliche Teile in der Obhut dieser Verwaltungsgruppe liegen. Es ist ein sehr investitionsintensives Ressort. Wir können rund 1 Milliarde Schilling Investitionen über dieses Ressort vergeben; das sind dann immerhin 10 Prozent der Gesamtinvestitionen dieser Stadt.

Die Schwerpunkte im Voranschlag für das nächste Jahr liegen bei der Fortsetzung des Wiener Abwasserbeseitigungsprojektes WABAS. Wenn man die verschiedenen Ansätze zusammenzieht, dann kommt man auf 500 Millionen Schilling für die Kläranlage und für den linken Donausammelkanal, was immerhin wieder dieses Projekt ein schönes Stück weiterbringt.

Für die III. Wasserleitung sind zwar 54 Millionen Schilling eingesetzt, aber ich kann hier dem Gemeinderat mitteilen, daß es Abmachungen gibt, daß im nächsten Jahr für die Fortsetzung des Baues der III. Wasserleitung 120 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden, also mehr als doppelt soviel wie veranschlagt, und auf diese Weise wird es möglich sein, daß bereits im Herbst nächsten Jahres Wasser aus der Mitterndorfer Senke über die III. Wiener Wasserleitung nach Wien geleitet werden kann. (Beifall bei der SPÖ.)

Diese erhöhte Budgetpost, die, wie gesagt im Voranschlag noch nicht drinnen sein konnte, wird durch die Erhöhung der Wassergebühren ermöglicht, die in dem Fall sinnvoll für den Ausbau des Wasserversorgungsnetzes verwendet wird.

Bei der Kläranlage, die durch diese mehr als 500 Millionen Schilling auch ihrer Fertigstellung entgegengeht, kann man sagen: Der Eröffnungstermin vom 30. Juni 1980, der vom Stadtrat bekanntgegeben wurde, wird eingehalten werden. Also auch hier gehen die Arbeiten an der Wiener Infrastruktur plangemäß weiter.

Das Besondere an diesen Investitionen — das liegt aber in der Natur einer Infrastruktur — ist, daß es weitgehend unsichtbare Investitionen sind. Wenn man etwa bei der Eröffnung der Floridsdorfer Brücke die vielen Menschen dort gesehen hat, die über dieses Bauwerk erfreut waren und wie zu einem Volksfest zusammengekommen sind, hat kaum jemand gedacht, daß unterhalb dieser Brücke ein Großbauwerk unter der Erde durchgeht — der linke Donausammelkanal —, das mehr kostet als die ganze Floridsdorfer Brücke, nämlich mehr als 1,2 Milliarden Schilling. Ich sage das hier, damit man die Relationen sieht, was hier eigentlich investiert wird, welche unterirdischen Bauwerke hier entstehen, von denen man naturgemäß kaum Kenntnis nimmt und auch die Bevölkerung kaum Kenntnis nehmen kann. Von ihnen nimmt man nur dann Kenntnis, wenn vielleicht einmal etwas nicht funktioniert. Damit es eben weiter funktioniert, werden diese vielen Millionen und Milliarden in dieses Netz hineingesteckt.

Nun zum Trinkwasser. Ich glaube, es ist hier allgemein bekannt, welche Faktoren die Verbrauchsentwicklung des Trinkwassers bestimmen. Eine Steigerung des Verbrauchs wird etwa durch vermehrte Stadterneuerung und Wohnungsverbesserung verursacht. Wenn es in jeder Wohnung Wasseranschlüsse im Badezimmer gibt, wird naturgemäß mehr Wasser verbraucht, als wenn das Wasser auf dem Gang ist. Auch eine positive Wirtschaftsentwicklung, wobei durch die Industrie mehr Wasser verbraucht wird, kann den Wasserverbrauch anheben.

Eine Senkung des Wasserverbrauchs etwa durch die Bevölkerungsabnahme — weniger Menschen

verbrauchen weniger Trinkwasser —, auch durch eine Schadensbehebung im Netz, weniger Wasserverluste, das bedeutet, daß das zur Verfügung stehende Wasser besser genützt und an die Verbraucher herangebracht werden kann. Vermehrte Grundwassererschließungen können ebenfalls den Verbrauch beeinflussen, wenn private Verbraucher hier Grundwasserquellen erschließen. Selbstverständlich ist eine sparsame Wasserverwendung ebenfalls ein Beitrag zu einer Senkung des Wasserverbrauchs.

Beziehen wir das jetzt auf Wien, so können wir feststellen — infolge verschiedener Faktoren, unter anderem auch einer Bevölkerungsabnahme, die prognostiziert wird —, daß wir vermutlich langfristig einen gleichbleibenden bis leicht steigenden Bedarf haben werden. Das heißt, wir sind in Wien in der glücklichen Lage, nicht mit einem explodierenden Wasserverbrauch rechnen zu müssen, sondern davon ausgehen zu können, daß der Wasserverbrauch annähernd gleichbleibt, höchstens leicht ansteigen wird.

Wir haben seit 1971 bereits eine solche Entwicklung zu verzeichnen; seit damals ist eigentlich der Wasserverbrauch sogar kontinuierlich leicht abgesunken. Wir halten jetzt bei einem durchschnittlichen Wasserverbrauch von 450.000 Kubikmeter Wasser pro Tag, und davon wird immerhin der Großteil aus den Hochquellenwasserleitungen bestritten, nämlich mehr als drei Viertel, das heißt, der größte Teil des Wassers ist hochwertigstes Trinkwasser. Man kann da nicht hergehen, Herr Dr. Strunz, und sagen, dieses Wasser ist nichts wert. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Ich habe das selbe gesagt!) Nein, nein. Sie haben versucht zu sagen, daß wir in Wien mehr — das ist in den Zeitungen auch so wiedergegeben worden — tun müßten, um die Trinkwasserqualität anzuheben. Sie wissen ganz genau, daß wir nie auf 100 Prozent Hochquellenwasser kommen werden, daß wir in Wien aber immerhin viel besser dran sind als die meisten Großstädte dieser Welt. Wir schließen an die Leistungen unserer Vorväter an, und diese werden jetzt entsprechend fortgesetzt, weil die III. Wasserleitung, wie ich schon sagen konnte, nächstes Jahr bereits das erste Wasser nach Wien bringen wird, im Endausbaustadium immerhin 70.000 Kubikmeter Wasser pro Tag.

Ferner werden wir vermutlich zwei Grundwasserwerke auf der Donauinsel haben, die zusammen mindestens 120.000 Kubikmeter Wasser pro Tag liefern werden; die Schätzungen gehen sogar bis 180.000 Kubikmeter pro Tag.

Dann haben wir noch — das ist auch noch zum Kapitel Hochquellenwasser zu sagen — die Pfannbauernquelle, die an und für sich im Gebiet der II. Hochquellenwasserleitung liegt. Weil aber die II. Hochquellenwasserleitung dieses Wasser, immerhin 25.000 Kubikmeter pro Tag, nicht mehr fassen könnte, soll diese Pfannbauernquelle in die I. Hochquellenwasserleitung eingeleitet werden. Zusätzlich werden dann, wenn es einmal so weit sein wird, 25.000 Kubikmeter Wasser pro Tag vorhanden sein.

Wir kommen allein mit diesen Projekten auf eine zusätzliche Wasseraufbringung, die möglich

sein wird, von 215.000 bis 275.000 Kubikmeter Wasser pro Tag, bei einem derzeitigen Wasserbedarf, der gedeckt wird, von 450.000 Kubikmeter pro Tag. Das heißt also, wir haben Projekte, die in absehbarer Zeit verwirklicht werden können, von der Hälfte des derzeitigen Wasserverbrauchs. Ich glaube, daß das schon eine ganz erhebliche Absicherung für alle Eventualitäten ist, sowohl für den Spitzenverbrauch als auch für die notwendige Generalsanierung der Hochquellenwasserleitungen.

Daß hier natürlich saniert werden muß, ist selbstverständlich. Diese Wasserleitungen sind sehr, sehr alt, hundert Jahre alt, aber man soll das doch nicht so hinstellen, als ob derzeit dort überhaupt nichts repariert werden könnte. Die Erhaltungsarbeiten werden dort laufend vorgenommen, und für die Wasserleitungsanlagen ist im Vorschlag 1979 allein für die Erhaltungsarbeiten ein Betrag von 204,6 Millionen Schilling vorgesehen. Sie wissen, daß es auch jetzt schon so ist, daß im Rahmen der sogenannten Abkehr der Wasserleitungen, also der Reinigung, auch die Hochquellenwasserleitungen zeitweilig stillgelegt werden müssen, wenn auch nur für kurze Zeit. Auch das ist möglich.

Am Beispiel der Hangrutschung bei Scheibbs, die eine große Bedrohung für die II. Hochquellenwasserleitung dargestellt hat, zeigt sich, was die Techniker der Wasserwerke zu leisten vermögen, um auch solcher Gefahren Herr zu werden.

Man muß aber vielleicht eine sehr wichtige Einrichtung hier noch einmal hervorheben, und das ist der Gebrechenssuchdienst der Wasserwerke, der dazu beiträgt, daß die Schäden aufgespürt werden, die sich in den Wasserleitungen befinden, durch deren Behebung beträchtliche Wassermengen eingespart werden können. Ich habe mir ausgerechnet, daß heuer durch die Schadensbehebung allein im laufenden Jahr eine Einsparung von 2 Prozent erreicht werden konnte. Das ist nach meiner Meinung sehr viel, wenn man bedenkt, daß uns dadurch 2 Prozent mehr Wasser zur Verfügung stehen.

Summa summarum kann man also sagen, daß sehr wohl ein Wasserkonzept im Rahmen der Gemeinde Wien besteht, und daß man nicht so tun soll, als ob keines bestünde. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Wir haben kein Wasserkonzept!) Das ist ja ein Wasserkonzept. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Wir haben ein Bäderkonzept! Machen wir ein Wasserkonzept!) Wie Sie das nennen, ist doch völlig gleichgültig. Tatsache ist, daß es Projekte gibt, die einer langfristigen Sicherung der Wasserversorgung Wiens dienen. (Beifall bei der SPÖ. — GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Zeigen Sie, was Sie können!) Ich weiß nicht, was Sie noch wollen. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Schaffen Sie ein Wasserkonzept!)

Was ist denn das anderes als ein Wasserkonzept? (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Das ist doch nicht wahr!) Wie Sie es benennen, das ist doch egal! Ein Konzept ist es, wenn es die ÖVP sagt, meint der Herr Stadtrat. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Der weiß es besser! Der weiß alles!) Ja, sicherlich. Nun gut. Ich glaube, wir sollten uns hier nicht bei einem Streit um Worte aufhalten.

Tatsache ist, daß es hier eine klare Konzeption für die Wasserversorgung Wiens für die nächsten Jahre gibt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich komme nun zu den Bädern. Ich bin der Meinung, nach den drei termingerecht fertiggestellten Bädern — termingerecht möchte ich betonen, denn es sind ja die Eintrittskarten bereits ein Jahr zuvor bei den Grundsteinlegungen, beim ersten Spatenstich ausgeteilt worden, und diese Karten konnten dann wirklich von der Bevölkerung benutzt werden, so termingerecht sind die Bäder fertiggestellt worden, was eine großartige Leistung ist, das möchte ich hier besonders hervorheben —, also nach diesen drei termingerecht fertiggestellten Bädern, übrigens auch zu Fixpreisen, was ebenfalls eine bemerkenswerte Sache ist, wird 1979 ein Jahr der Atempause, wenn man so will, oder ein Jahr der kleinen Schritte sein, denn man wird auf diesem Sektor etwas kürzer treten. Das heißt aber nicht, daß das Bäderprogramm zum Stillstand kommt. Wenn ich nur daran erinnern darf, es ist das Höpflerbad weiter in Bau, es geht seiner Fertigstellung entgegen. Es wird das Hietzinger Bad zu einer Freianlage ausgebaut. Es geht also hier schon einiges weiter. In vielen Bädern gibt es Komplettierungsarbeiten, Modernisierungsarbeiten. Ich denke da an die vielen Saunaeinbauten, überhaupt an die Modernisierung bestehender Bäder, zum Beispiel durch Vorwärmanlagen. Es ist sehr wichtig, daß diese Bäder, die wir schon haben und die von der Bevölkerung benützt werden, nicht verfallen, sondern ständig, soweit das möglich ist, auf den letzten Stand gebracht werden. Also auf diesem Gebiet geht sicherlich wieder etwas weiter, wenn es auch nicht so spektakuläre Dinge geben wird wie die Eröffnung von drei Bädern in einem Jahr. Das ist nach meiner Ansicht aber auch nicht zu erwarten gewesen.

Die Modernisierungsarbeiten bei den bestehenden Bädern werden von der Bevölkerung sichtlich goutiert. Ich möchte auf folgendes hinweisen: Wegen Schlechtwetters wurde im heurigen Sommer in den Sommerbädern ein Besucherrückgang von durchschnittlich 3 Prozent verzeichnet. Das war bei diesem Sommerwetter nicht zu verwundern. Aber im Krapfenwaldlbad, das modernisiert worden ist und mit einer Vorwärmanlage versehen wurde, war ein Besucheranstieg von 17 Prozent zu verzeichnen und im Gänsehäufel ein Besucheranstieg von 5 Prozent. Das zeigt: Wenn man die entsprechenden Einrichtungen zur Verfügung stellt, dann nimmt die Bevölkerung das an. Es wird geschätzt, und es ist hier sogar ein Anstieg zu erreichen gewesen. Das zeigt aber auch, daß man mit den Investitionsmaßnahmen auf diesem Sektor auf dem richtigen Weg ist.

Ein besonderes Anliegen ist mir als Favoritner Gemeinderat natürlich das Amalienbad. Auch ein Beispiel dafür, daß man das Augenmerk nicht nur auf die Bädererweiterung, sondern auch auf die Bädererneuerung legen muß. Gerade bei einem Traditionsbad, wie es das Amalienbad ist, ist es wichtig, eine Generalsanierung vorzunehmen, auch wenn das sehr viel Geld kostet. Im Budget für 1979 sehe ich für Investitionen im Amalienbad

einen Ansatz von 11,2 Millionen Schilling. Ich hoffe, daß das ein erster, wenn auch noch zaghafter Schritt zur Generalsanierung ist. Dieser Generalanierung müßte aber letzten Endes auch ein Generalplan zugrunde liegen. (Beifall bei der SPÖ.) Es waren die Favoritner Gemeinderäte, die meiner Initiative Beifall geklatscht haben. Ich weiß nicht, ob Herr GR. Arthold auch zustimmt. (Ruf bei der SPÖ: Der hat sich zurückgehalten!) Der hat sich also zurückgehalten. Aber dann wird er sagen, die ÖVP sei als erste dafür eingetreten. (Zwischenruf des Vizebürgermeisters Dr. Busek.) Es wird saniert werden, Herr Vizebürgermeister. Wir haben feste Zusagen, daß das Amalienbad generalsaniert werden wird.

Herr Dr. Pawkowicz hat auf die Solaranlagen, die in einigen Bädern schon eingebaut sind und noch eingebaut werden, hingewiesen. Ich glaube, daß diese Maßnahme, die in aller Stille geschehen ist, sehr wertvoll ist. Sie setzt auf dem Gebiet der Alternativenenergie einen wertvollen Schritt. Diese Solaranlagen werden sowohl für die Beckenvorwärmung eingesetzt — wie etwa im Sommerbad Laaer Berg — als auch für die Vorwärmung der Duschanlagen in einigen Bädern — etwa im Kinderfreibad Simmering —, wo sie sich sehr bewährt haben. Im Budgetansatz 1979 sind immerhin in sechs weiteren Kinderfreibädern solche Solaranlagen zur Duschwassererwärmung und in fünf Bädern Solaranlagen teils zur Beckenerwärmung und teils zur Duschwassererwärmung vorgesehen. Also werden im nächsten Jahr, ohne daß davon viel Aufhebens gemacht wird, in insgesamt 11 Bädern Solaranlagen eingebaut werden. Ich meine, daß das sehr beachtenswert ist, und möchte allen damit Befassten meinen Dank aussprechen, daß sie so initiativ auf dem Gebiet der Alternativenenergie sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Bevor ich zum Schluß komme, möchte ich noch auf eines hinweisen: Wir haben gerade auf dem Gebiet der Investitionen für die Infrastruktur das Problem, daß wir uns einer relativ geringen Zahl von Firmen gegenübersehen, die solche Arbeiten überhaupt ausführen können. Zwar wird jedesmal eine Ausschreibung vorgenommen, wenn es solche Investitionsprogramme etwa für den Bau von Kanälen oder Wasserleitungen gibt, aber es ist von vornherein bekannt, daß nicht sehr viele Firmen in Frage kommen. Also das, was wir eigentlich von der freien Wirtschaft erwarten, nämlich, daß es in freier Konkurrenz zu einer Preisbildung kommt, die es der Stadt ermöglicht, zu niedrigsten Preisen die Arbeiten verrechnet zu bekommen, ist nicht immer gewährleistet. Das ist meiner Meinung nach ein großes Problem, über das wir uns einmal gemeinsam den Kopf zerbrechen sollten. Das wäre auch etwas für jene Kollegen von der ÖVP, die von Einsparungskommissionen gesprochen haben. Es gibt auch einen Antrag dazu.

Man sollte sich überlegen, wie man im Rahmen unseres Wirtschaftssystems Vorkehrungen treffen könnte, damit wir bei einer solchen oligopolartigen Situation trotzdem Preise bekommen, die für die Stadtverwaltung noch erträglich sind und die vor allem gewährleisten, daß aus den Steuergeldern der Wiener das Bestmögliche und quantitativ

meiste gemacht werden kann. Ich möchte also sehr bitten, auf diesem Gebiet doch einmal Überlegungen anzustellen.

Abschließend möchte ich, weil ich glaube, daß es nach dieser sehr großen organisatorischen Leistung, die es auf dem Verwaltungsgebiet städtische Dienstleistungen und städtische Unternehmungen gegeben hat, am Platze ist, dem Herrn Stadtrat, der das WABAS-Projekt so hervorragend vorangetrieben hat, herzlichst für diese Leistung danken. Auch den Bediensteten dieser Verwaltungsgruppe, die gezeigt haben, daß man auf diesem Gebiet, das für die Infrastruktur der Stadt von so großer Bedeutung ist, gute Arbeit geleistet hat, möchte ich herzlichst danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Es hat sich Herr Stadtrat Nittel zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Nittel: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren! Ich danke allen Diskussionsrednern für ihre Beiträge, die im wesentlichen sehr sachliche Darstellungen der Arbeit in der Geschäftsgruppe gewesen sind. Ich danke auch den Rednern von der Opposition. Ich sage das ganz ohne Ironie, denn selbst dort, wo sie überzeichnet haben, haben sie sich mit dem Problem beschäftigt. Wenn sie es auch da oder dort ein wenig dramatisch dargestellt haben, so gibt es mir doch Gelegenheit, zum Thema selbst etwas zu sagen und es in der richtigen Größenordnung darzustellen.

Es ist für die Diskussion bezeichnend, daß eine Reihe großer technischer, organisatorischer und finanzieller Maßnahmen fast gar nicht erwähnt wurden. Das fasse ich doch als eine Zustimmung zu den Maßnahmen, die hier geschehen, auf.

WABAS 80, die Zusammenfassung aller Bauarbeiten im Zusammenhang mit der Errichtung des Wiener Abwasserbeseitigungsprojektes — vor zwei Jahren noch Gegenstand heftiger parteipolitischer Polemik — ist in der Debatte zumindest kritisch gar nicht mehr vorgekommen, was ich als eine Zustimmung des Gemeinderates zu den getätigten Maßnahmen auffasse. Auch die organisatorisch und arbeitsmäßig umfangreichen Arbeiten im Zusammenhang mit der Straßenreinigung, der Schnee-beseitigung, der Entfernung von verkehrswidrig abgestellten Fahrzeugen und Wracks sind nicht erwähnt worden, obwohl dies zweifellos zu den arbeitsintensiven Tätigkeiten in diesem Bereich gehört.

Es ist überhaupt bezeichnend für den ganzen Tätigkeitsbereich städtische Dienstleistungen, daß er vermutlich dann am besten funktioniert, wenn er am wenigsten in der Öffentlichkeit erwähnt wird, was für die propagandistische Darstellung dieser gewaltigen Gemeindeleistungen allerdings auch gewisse Schwierigkeiten bedeutet. Umso mehr danke ich für die Erwähnung der Arbeiten, die trotz allem aufgefallen sind.

Herr GR. Dr. Pawkowicz hat sich mit dem Bäderprogramm eigentlich generell zustimmend beschäftigt, und ich kann mich deshalb darauf zurückziehen, nur jene kritische Stelle zu beantworten, wo er vermerkt hat, daß trotz der Zusage im Arbeitsprogramm, in den nächsten fünf Jahren

drei neue Hallenbäder zu bauen — er hat die Standorte Brigittenau, Großfeldsiedlung und Kagran genannt —, 1979 dafür nichts im Budget enthalten ist. Das ist zwar richtig, aber es entspricht dem Programm. Es heißt ja nicht, wenn nächstes Jahr nichts vorgesehen ist, daß an dem Programm nicht weitergearbeitet wird. Es gehört aber meines Erachtens zum planmäßigen Bauen, daß vor den eigentlichen Bauaufträgen entsprechende Konzepte und Pläne vorliegen, damit dann optimal, das heißt, ohne weitere Eingriffe in das Baugeschehen, gearbeitet werden kann. Daß das möglich ist, hat die Vollendung der drei Bäder, von denen gesprochen wird, bewiesen. Es besteht 1979 die Absicht, erstens in Zusammenarbeit mit den lokalen politischen Organisationen — Bezirksvorstehungen, Bezirksvertretungen — noch einige Fragen zu klären. Dann ist zu klären, ob wir wieder die drei gleichen Bäder wie bisher oder drei andere bauen. Das sind Fragen, die 1979 geklärt werden müssen. Dann müssen die Pläne erstellt werden und hernach die Finanzierungskonzepte. Es ist meine Absicht, in den Jahren 1980, 1981 bis spätestens 1982 die drei Bäder zu erstellen, so rasch und so zügig wie die ersten drei. Darum bitte ich um Verständnis, daß 1979 dafür keine größeren Positionen eingesetzt sind.

Das Bädererneuerungs- und Ergänzungsprogramm ist ausführlich in der Debatte behandelt worden. Ich kann es mir ersparen, darauf einzugehen. Es ist, glaube ich, insgesamt ein sehr, sehr umfangreiches und ganz Wien umfassendes Programm.

Thema Müllbeseitigung: Auch hier sind wir dabei, ein Programm für das nächste Jahrzehnt zu erstellen. Ich muß hier nicht wiederholen, was ausführlich und von ausgezeichneten Fachleuten bei der Müllenquete dargestellt wurde.

Was wir erkennen, ist das mengen- und gewichtsmäßige Wachstum des Mülls. Längst schon ist es nicht mehr möglich, in irgendwelchen Gruben das Problem endgültig zu lösen. Die Verbrennungsanlagen sind erwähnt worden. Die Kapazitätsobergrenzen sind erreicht. Wir stehen vor der großen Entscheidung: Mit welcher Methode werden wir die rund 200.000 Tonnen Müll — mit einem solchen Überhang rechne ich — ab 1982 beseitigen? Es bieten sich von der Technologie her eine Reihe von Möglichkeiten an. Alle werden studiert, und man muß dann für Wien die richtige Methode finden.

Eine neue Müllverbrennungsanlage ist eine Möglichkeit.

Angeboten werden uns die Trennung des Mülls in seine Bestandteile, die verschiedenen trockenen oder feuchten Separatoren, die es auf der Welt gibt. Angeboten werden uns neuartige Technologien zur totalen Verarbeitung des anfallenden Mülls. Es handelt sich so oder so um große Investitionen, die man nicht nach zwei oder drei Jahren verändern oder liegenlassen kann. Ein Zwentendorf werden wir uns im Bereich „Müll in Wien“ nicht leisten, dürfen wir uns nicht leisten.

Und hier ist der Rat jedes Fachmanns willkommen, Herr Kollege Dr. Strunz. Ich möchte das deutlich sagen. Er soll und darf auch kritisch sein.

Es muß das Ziel dieser gemeinsamen Bemühungen sein, die richtige Methode für Wien zu finden.

Ich habe die feste Absicht, noch im Frühjahr des kommenden Jahres dem Gemeinderat einen umfassenden Bericht über dieses Thema vorzulegen, und wir haben uns dann, wenn wir uns über die Methode entschieden haben, natürlich auch über die finanziellen Auswirkungen dieser Konzeption zu unterhalten. Ich bitte um Verständnis, daß das jetzt noch nicht vorgesehen werden konnte. Die Vorarbeiten selbst laufen aber mit großer Intensität.

Recycling: Da der Erfolg ja bekanntlich viele Väter hat, ist das natürlich von allen Parteien des Gemeinderates erfunden worden. Das nehme ich gerne zur Kenntnis. Es ist mir dann nur mehr geblieben, es auch tatsächlich zu machen, und so läuft seit mehr als einem Jahr die Trennung des Flaschenglases, des Hohlglases, aus dem Wiener Müll. Die Erfolge, die Ergebnisse sind noch nicht befriedigend, ich sage das ganz deutlich. Es sind zwar 3500 Tonnen oder 3,5 Millionen Kilogramm, die wir herausgenommen haben, Mengen, die für die heimische Glasindustrie interessant sind. Für uns ist es aber immer noch ein Großversuch, weil die Kosten der Manipulation noch nicht hereingebracht werden. Wir sind mit der Glasindustrie darüber in Verhandlung. (Stadtrat Neusser: Mir ist nur aufgefallen, daß dann in einen Wagen alle zwei zusammengeschüttet werden!) Das ist falsch! Herr Stadtrat, da sind Sie wirklich einer falschen Information unterlegen. (Stadtrat Neusser: Ich habe es gesehen!) Ja, aber das kann keine städtische Anlage sein.

Wir haben — bitte, ich wollte nicht so ausführlich über diese technischen Details sprechen — zurzeit zwei Abholmethode laufen, eine, die uns die Glasindustrie empfohlen hat, die ich aber als ungenügend empfinde, nämlich in diesen roten Würfeln, wo weißes und buntes Glas gesondert gefüllt wird, wo der Abtransport gesondert erfolgt und wo auf den Verladerrampen die weißen Scherben und die bunten separat gelagert werden und dann zum Transport kommen. Und wir haben das zweite System, das wir jetzt eingeführt haben, beginnend im dritten Bezirk. Stadtrat Goller ist nicht hier, aber er weiß ja sonst immer alles über den 3. Bezirk. Dort haben wir damit begonnen, und zwar mit unseren 1,1-Kubikmeter-Containern, weil wir die Möglichkeit haben, auch halbvolle Geräte an Ort und Stelle zu entleeren, und einige, ich möchte sagen, transporttechnische Probleme damit zu überwinden.

Wir führen jetzt entweder nur eine weiße oder nur eine bunte Route. In wenigen Wochen wird das mit einem neuentwickelten Transportfahrzeug geschehen, das zwei Kammern aufweist. Beide, bunte und weiße Scherben, sind zwar in einem Gefäß; die Scherben werden aber selbstverständlich getrennt.

Ich wollte darüber gar nicht so ausführlich werden. Ich glaube auch gar nicht, daß es den Gemeinderat so sehr interessiert. Aber ich habe es jetzt gesagt, weil Sie den Zwischenruf gemacht haben.

Wir haben in zwei Bezirken eine Großaktion

gestartet, das Altpapier aus dem Müll herauszuholen, und in drei Monaten immerhin 87 Tonnen Papier separiert. Wir wollen zwei Dinge damit experimentell erproben. Das eine ist: Wie groß ist der Papieranteil, den man tatsächlich herausbekommt? Der theoretische Anteil ist 25 Prozent. Wieviel bekommt man wirklich heraus? Ist diese Trennung wirtschaftlich durchzuführen?

Aber alles mitsammen wird einer Gesamtkonzeption zugeführt werden, und wir werden dann wissen, welche Methode für Wien richtig sein wird. Ich werde mir gestatten, im Frühjahr unter einem eigenen Tagesordnungspunkt auch darüber ausführlich zu sprechen.

Die Wünsche oder Beschwerden, die Herr GR. Dr. Mayr vorgebracht hat, beziehen sich alle auf Bestimmungen des Kanaleinmündungsgebührgesetzes. Ich darf im Einvernehmen mit Herrn Stadtrat Mayr sagen: Darüber sind wir gesprächsbereit. Das muß man dann im einzelnen beraten. Wir werden uns vernünftigen Verwaltungsvorschlägen in diesem Zusammenhang sicher nicht verschließen.

Frau GR. Hampel-Fuchs hat sich sehr leidenschaftlich mit einem Detailproblem aus dem Konsumentenschutz befaßt. Ich bin ihr dafür dankbar, auch wenn sie den Vorwurf gemacht hat, wir hätten nicht genügend in diesem einzelnen Fall gemacht. Sie ist noch nicht lange genug im Gemeinderat, aber sie wird ja jetzt durch die Mitarbeit im Ausschuß Gelegenheit haben, sich von den sehr umfassenden Tätigkeiten unter dem Oberbegriff „Konsumentenschutz“ zu informieren. Das reicht von der täglichen Kontrolle der Lebensmittel und des Dienstleistungs- und Warenverkehrs in Wien bis zur Durchführung von Aktionen, die dazu dienen sollen, entweder Übelstände abzustellen oder das Interesse und die Aufmerksamkeit der Konsumenten auf das eine oder das andere Thema hinzulenken.

Ich kann mir das aber, weil ich es schon einige Male hier ausgeführt habe und weil die Frau GR. Smejkal das mit Zahlen sehr trefflich belegt hat, heute ersparen. Nur zu dem konkreten Fall Aarglas möchte ich doch die Probleme darstellen, die sich uns als Gemeindeverwaltung stellen.

Die preispolizeiliche Aufgabe erfüllt in erster Instanz die entsprechende Abteilung der Wiener Polizei und in zweiter Instanz der Landeshauptmann durch die MA 62. Also beides sind keine behördlichen Einrichtungen, die bei mir ressortieren.

Ich möchte aber nicht deshalb sagen, daß ich mich nicht darüber äußern will, weil ich mich erkundigt habe, wie die Dinge dort laufen. Aber formell muß ich natürlich schon darauf hinweisen, ob ich zuständig bin oder nicht. Ich bin es in diesem konkreten Fall nicht, obwohl wir uns — auch das möchte ich betonen, und ich hoffe auf das Verständnis von Herrn Stadtrat Neusser dabei — häufig in diese Kompetenz hineindrängen als Marktamt, weil uns die Unzufriedenheit in der Bevölkerung bekannt ist und weil wir nicht warten, bis es hier vielleicht zu einer generellen kompetenzmäßigen Veränderung kommt, wenn das überhaupt möglich ist — das muß man noch prüfen —,

sondern weil wir Mißstände, insbesondere auf dem Sektor Preis, auch dann zur Anzeige bringen, wenn wir, ganz streng genommen, gar nicht zuständig sind. So hat das Marktamt unter diesem Titel im vergangenen Jahr mehr als 950 Anzeigen erstellt, obwohl das ganz formell Aufgabe der Wirtschaftspolizei gewesen wäre.

Im konkreten Fall ist zur Firma Aarglas zu sagen — Frau GR. Hampel, darf ich Ihnen das mitteilen —: Hier erweisen sich in Wirklichkeit bei einem sehr cleveren schwarzen Schaf alle unsere Schwächen, die wir auf diesem Gebiet haben. Wir bekämpfen sie nach Möglichkeit, aber wir kommen über manche Dinge nicht hinweg. (GR. Hahn: Warum wird er nicht gestraft?) Er wird ja gestraft. (GR. Hahn: Aber mit lächerlichen Beträgen!) Nach den Maßgaben des Preisgesetzes. Ein besseres Preisgesetz hat uns die Österreichische Volkspartei im Parlament verweigert! (GR. Hahn: Das stimmt ja nicht! Bis 50.000 Schilling können Sie strafen!) Ich appelliere an Sie, uns ein besseres Preisgesetz zu geben! (Beifall bei der SPÖ.) Ein besseres Preisgesetz wird uns ein rascheres Eingreifen und höhere Strafen ermöglichen. (GR. Hahn: Sie strafen ihn mit 1000 Schilling! Das ist der Unterschied!)

Die Firma Aarglas ist mehrfach bestraft worden, und weil der Eigentümer vorbestraft ist, hat er die Eigenschaft verloren, Geschäftsführer zu sein. Die Firma Aarglas, eine Ges. m. b. H., wehrt sich dagegen. (GR. Hahn: Dann entziehen Sie ihm einmal die Gewerbeberechtigung!) Ich teile Ihnen ja mit, wie das Problem ist (Stadtrat Dr. Goller: Das Sie nicht lösen können! Das ist das traurige!) und wie mühsam es manchmal für uns ist, hier zu einem Erfolg zu kommen. Die Firma nennt in kurzen Abständen andere Geschäftsführer, die wieder gestraft werden. Es laufen zurzeit — wir hoffen, mit Erfolg — 12 Verfahren. Aber, wie gesagt, nicht bei meiner Geschäftsgruppe, sondern bei der zuständigen Abteilung des Magistrates.

Noch einmal mein Appell: Geben Sie uns bessere gesetzliche Grundlagen über das Preisgesetz! (GR. Hahn: Strafen sollen Sie ihn nicht mit 1000 Schilling!) Stimmen Sie dem Entwurf und dem Verhandlungsvorschlag über ein Konsumentenschutzgesetz zu! (GR. Hahn: Wenn er statt mit 1000 Schilling mit 50.000 Schilling bestraft wird, wird er aufhören!) Wir werden dann gerne als Magistrat mit den Möglichkeiten, die uns gegeben sind, gegen die sogenannten schwarzen Schafe vorgehen. Daß wir das oft getan haben, davon kann sich jeder überzeugen, der den genauen Tätigkeitsbericht dieser Abteilungen studiert.

Ich entnehme aber aus den Beiträgen der Frau GR. Hampel-Fuchs ihre feste Absicht, mit ganzer Kraft in dieser Geschäftsgruppe mitzuarbeiten, wofür ich ihr heute schon danke. Wenn sie uns konkrete Fälle bringt, kann ich ihr die Versicherung geben, daß wir jeden einzelnen Fall mit all den Möglichkeiten, die wir haben, verfolgen werden. Wir werden uns dann nicht auf Kompetenz oder Nichtkompetenz ausreden, denn wenn ich nicht konkret kompetent bin, werde ich mich im Rahmen meiner Möglichkeiten bemühen, die kompetente Stelle über die Mitteilung zu informieren. Sie können sicher sein, daß wir uns mit allen Mög-

lichkeiten, die uns gegeben sind — sie sind nicht allzu groß, ich gebe das gerne zu —, für den Konsumenten in Wien einsetzen werden. Ich befinde mich hier überhaupt nicht im Gegensatz zu den Wiener Wirtschafts- und Handelstreibenden, die, meine ich, so wie wir bemüht sind, jenen, die aus der Reihe tanzen oder ungebührlich Gewinn erzielen möchten, das Handwerk zu legen.

Zum Problem Wasserversorgung hat Herr GR. Dr. Aigner ganz hervorragend dargestellt, welche Bemühungen wir unternehmen, um die Versorgung der Wiener mit Wasser jeden Tag sicherzustellen.

Die Angaben über den Wasserverbrauch oder über die Zulieferung schwanken deshalb, Herr GR. Dr. Strunz — aber ich glaube, das ist ja völlig klar —, weil es große tägliche und saisonale Schwankungen gibt. Die gehen von 400.000 bis 642.000 Kubikmeter. In dieser Bandbreite haben wir — auch mit den Spitzen, die natürlich noch steigen können — die Versorgung sicherzustellen.

Das Konzept liegt vor, ob Sie es so bezeichnen oder nicht. Das Konzept ist völlig eindeutig: Ganz exakt verlaufende Fertigstellung der III. Wasserleitung. Bis 1980 wird sie fertig sein. Das Wasser selbst wird sogar früher kommen. Ich werde das aber noch nicht als Fertigstellung bezeichnen, weil noch eine Reihe von Trinkleitungen und Rohrsystemen dazugehören, um eine ordentliche Verflechtung der Wassermengen aus der III. Wasserleitung mit dem gesamten Wiener Gebiet, insbesondere mit der Tiefzone, herzustellen.

Wir haben jetzt die wasserrechtliche Genehmigung für die Entnahme des Wassers aus der Pfannbauernquelle erhalten. Ich darf Sie, Herr Kollege Dr. Strunz, und Ihre Parteifreunde bitten, die schwarzen Pfeile aus der Steiermark, die hier in einem Verwaltungsgerichtsverfahren drohen und die uns die Genehmigung streitig machen wollen, abzuwehren. Denn daß wir das Wasser aus der Pfannbauernquelle, aus dem Hochschwabmassiv brauchen, ist klar. Daß wir die Absicht haben, nach Fertigstellung der III. Wasserleitung diese 25.000 Kubikmeter in die I. Wiener Wasserleitung einzuleiten, hat Herr GR. Dr. Aigner dargestellt.

Ich habe auch hier schon einmal dargestellt, daß wir mit dem Fortschreiten der Insel Nord die Absicht haben, zuerst einmal Versuchsbrunnen im Bereich Insel Nord niederzubringen und dann, wenn die Untersuchungen positive Werte bringen, die Konzentration der Filter und die Filtrierungsarbeiten von Nußdorf, wo wir ganz interessante Untersuchungen und Vorarbeiten gemacht haben, dorthin zu verlegen, so daß der größere Konsens, der auf der Insel Nord gegeben ist, zu einer besseren und, wie ich glaube, auch qualitativ besseren Wassermenge aus diesem Bereich führt.

Das Pumpwerk Nußdorf ist nicht von dieser Gemeinderatsmehrheit erfunden worden. Sie wissen, daß es im Jahre 1940 als eine kriegswirtschaftliche Notmaßnahme errichtet wurde. Wir können heute nicht darauf verzichten. Meine Maßnahmen im Konzept „Wasserversorgung Wien“ sehen aber vor, es in Zukunft nur als Notwasserwerk zu behalten. Aber das habe ich ja schon einige Male

hier mitgeteilt, und ich brauche es nicht weiter zu betonen.

Nur gegen eines, Herr GR. Dr. Strunz, möchte ich mich doch verwahren, wenn Sie sagen, wir sollen vom Oberflächenwasser wegkommen. Im Wiener Wasser gibt es kein Oberflächenwasser. Ich möchte das ganz deutlich sagen, und ich möchte ernsthaft an alle appellieren, nicht durch Mitteilungen zu einer Verunsicherung unter der Wiener Bevölkerung beizutragen. (Beifall bei der SPÖ.)

Etwa zwei Drittel des Wiener Wassers kommen aus den Hochquellenwasserleitungen und ein weiteres Drittel kommt aus Brunnen. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Aus Uferfiltraten, bitte!) Aber das sind keine Oberflächenwasser, sondern der Brunnen nimmt das Wasser aus dem Grundwasser. Und, Herr GR. Dr. Strunz, gerade Ihnen brauche ich den Unterschied nicht zu erklären. Das ist ein ganz gewaltiger. (Stadtrat Neusser: Er sagt schon dreimal, er hat es nicht gesagt, und Sie nehmen es nicht zur Kenntnis!) Er hat gesagt: Weg vom Oberflächenwasser! (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Das habe ich nicht gesagt! Uferfiltrat!) In das Wiener Wasserleitungsnetz gibt es keine Einleitung von Oberflächenwasser, von keinem einzigen Kubikmeter! Ich möchte das hier ganz deutlich sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir verfolgen alle Überlegungen, Vorschläge und Möglichkeiten, die es in Österreich noch gibt, um einwandfreies Wasser zu bekommen. Es ist in den Zeitungen vor einem halben Jahr ein großer Bericht darüber gestanden, daß Enns-Wasser noch für Wien zu haben sein wird. Ich bin dafür, und das Wasserwerk hat den Auftrag, allen diesen Möglichkeiten nachzugehen.

Ich gehe aber wahrscheinlich nicht fehl in der Annahme, daß es von Tag zu Tag schwieriger sein wird, die lokalen Zustimmungen zu größeren Wasserentnahmen zu bekommen. Und um größere Wasserentnahmen muß es sich handeln, weil ja kleine Werke keine Hilfe für Wien sein werden. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Das muß schnell sein, nicht langsam!)

Aber alle Möglichkeiten werden geprüft. Ich darf nur hoffen, daß ich auch die Zustimmung, wenn es dann zur Realisierung kommt, aller Parteien in Österreich für eine ausreichende Trinkwasserversorgung in Wien haben werde. Lange genug haben wir ja hier im Gemeinderat und im Parlament um diese Zustimmung ringen müssen.

Herr GR. Dr. Strunz, mein Zwischenruf ist von Herrn GR. Dr. Aigner behandelt worden.

Wogegen ich mich gewehrt habe, ist, daß Sie im Zusammenhang mit Ihren Untersuchungen bei Abgasen aus Verbrennungsanlagen (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Ich habe nichts untersucht!) den Eindruck erweckt haben, und die Presse hat es da oder dort auch so berichtet, als gäbe es giftige Abgase in der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig, und Sie haben den Begriff Seveso hier eingeführt.

Als Politiker müssen Sie wissen, daß Sie damit eine gewisse Verantwortung übernehmen. Und auch hier darf ich appellieren: Für sachliche Mitarbeit sind wir jederzeit dankbar. Für konkrete

Hinweise sind wir dankbar, und wir werden jeden Hinweis untersuchen.

Für Horrormeldungen aber, bitte sehr, darf ich mich herzlich bedanken. Damit helfen wir den Wienern sicher nicht. (Beifall bei der SPÖ. — GR. Dipl.-Ing. DDR. Strunz: Das ist keine Horrormeldung!)

Sie haben in Ihrem Beitrag selbst zugegeben, daß wir am Flötzersteig — wofür ich zuständig bin — zwei Filter eingebaut haben.

Im Fernheizwerk Spittelau, für das ich nicht zuständig bin, haben die Filter, die eingebaut worden sind, doch ganz gute Erfolge gebracht.

Daß wir dabei sind — nicht nur in Wien, auf der ganzen Welt —, hier noch zu lernen, und die Absicht haben, zu lernen, das weiß, glaube ich, jeder aus dem Fach ganz genau. (Stadtrat Nekula: Die Schornsteine sind nicht zerfressen! — Bürgermeister: Verbrennen darf man nicht, weghauen darf man nicht, was bleibt da übrig?) Herr Bürgermeister! Das moderne zivilisatorische Leben ist voller Gefahren. Wir können uns nur bemühen, die Gefahren zu erkennen und sie mit den Methoden und Techniken, die uns gegeben sind, zu beseitigen. Mit Mitteilungen, die die Menschen beunruhigen, ist uns nicht geholfen, mit sachlicher Mitarbeit, die wir gerne annehmen, immer.

Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich nochmals für die Beiträge. Zu den einzelnen Themen werden wir, wenn wir dann Anträge im Gemeinderat stellen, noch ausführlich sprechen können. Ich darf es heute dabei bewenden lassen.

Ich möchte aber den Anlaß nicht vorbeigehen lassen, den fast 6000 Mitarbeitern — es sind weniger als voriges Jahr, und sie werden mehr leisten müssen als voriges Jahr — für ihre Arbeit rund um die Uhr herzlichst zu danken. Ohne die städtischen Heinezmännchen beim Kanal, bei der Müllabfuhr, beim Wasserwerk und im Marktamt wären diese Leistungen für Wien nicht möglich gewesen. Ich danke Ihnen, und ich danke auch diesen Mitarbeitern! (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Zur Beratung des 9. Hauptstückes ist kein Redner mehr vorgemerkt.

Wir kommen zur Beratung des 10. Hauptstückes, Verkehr und Energie, bestehend aus der Rubrik 1001, U-Bahn-Bau.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR. Diplomkaufmann Bauer. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. Bauer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Vor wenigen Tagen ist mir zufällig eine lange Zusammenstellung über die U-Bahnen der Welt in die Hände geraten. In dieser Aufstellung sind die Untergrundbahnen fein säuberlich nach Städten — es sind übrigens weltweit 55 an der Zahl, die über eine U-Bahn verfügen —, nach dem Jahr der Eröffnung, nach der Länge in Kilometern und der Zahl der Linien gegliedert.

Als stolzer Wiener, der nun auch, zumindest ansatzweise, über eine U-Bahn verfügt — sie gefällt mir im großen und ganzen, und wenn die Kinderkrankheiten überwunden sein werden, die es überall gibt, wird sie mir noch besser gefallen —, habe ich mich ans Vergleichen gemacht.

Ich muß Ihnen sagen: Meine anfangs stolzeschwellte Brust ist sehr rasch auf das Normalmaß eingesunken, und mein erwartungsfreudiges Gesicht ist immer länger und länger geworden.

Bei Wien finden wir in dieser Aufstellung natürlich das, was uns allen bekannt ist: Jahr der Eröffnung: 1978, Zahl der Kilometer: 10, Linien: 2.

Mir ist natürlich bewußt gewesen, daß es in vielen anderen Städten schon viel länger und in der kilometermäßigen Ausdehnung viel größere U-Bahnen gibt als bei uns in Wien. Mir war aber nicht so richtig bewußt und präsent, daß der Vorsprung so groß ist, wie er aus dieser Zusammenstellung hervorgeht.

Ich will Ihnen jetzt gar nicht alle Paradebeispiele anführen, wie London: Eröffnungsjahr 1863, 411 Kilometer; New York: Eröffnungsjahr 1868, 385 Kilometer. Ich überspringe einige Städte, wie Chicago, Berlin oder Paris. Aber auch Hamburg hat seit 1906 eine 90 Kilometer lange U-Bahn, Tokio hat seit 1927 114 Kilometer, Moskau seit 1935 173 Kilometer. Wie gesagt, das sind die Paradebeispiele, die gerne herangezogen werden.

Aber selbst bei Vergleichen mit eher exotischen Städten, Städten, die nicht inmitten eines hochentwickelten Wirtschaftsraumes liegen wie Wien, fällt dieser Vergleich zuungunsten Wiens aus, fällt Wien weit ab.

Darf ich Ihnen zur Kenntnis bringen, was vielleicht nicht so allgemein bekannt ist wie das, was ich bisher über London, Chicago, Berlin und New York gesagt habe: Auch in Buenos Aires verfügt man seit 1930 über immerhin 32 Kilometer U-Bahn, Osaka hat seit 1933 70 Kilometer, Madrid seit 1919 68 Kilometer, Peking seit 1969 23 Kilometer, Athen seit 1925 26 Kilometer. (Stadtrat Dr. Goller: Taschkent haben Sie vergessen!) Es ist, wie gesagt, eine lange Liste mit 55 Städten, ich will Sie damit aber nicht allzu sehr langweilen.

Aber selbst in exotischen Städten wie Seoul und Pjöngjang — hier stimmt das Wort „exotisch“ — verfügt man seit 1973 beziehungsweise 1974 über eine U-Bahn von ähnlicher Größenordnung, wie sie Wien seit heuer besitzt.

Ich will damit gar nicht meine eingangs geäußerte Zustimmung zu unserer neuen U-Bahn rückgängig machen. Ich will nur sagen: Grund zur Selbstzufriedenheit, wie sie bei den bisherigen Eröffnungsreden bei den einzelnen Teilstücken oft durchklingt, besteht nach Ansicht der freiheitlichen Fraktion in diesem Haus nicht. (Bürgermeister: Auch ich war nicht zufrieden, ich habe mich nur gefreut, und freuen wird man sich ja noch dürfen, wenn es in Betrieb geht!) Auch ich habe mich gefreut und bin einige Waggons hinter Ihnen auch mitgefahren.

Eine U-Bahn in dieser Aufstellung ist mir besonders ins Auge gefallen, sie scheint für einen weiteren Vergleich interessant zu sein. Es handelt sich um die U-Bahn in San Francisco. Wenn es sich nicht um einen Druckfehler in dieser Aufstellung handelt, dann besagt es nicht mehr und nicht weniger, als daß in San Francisco das erste Teilstück 1972 eröffnet worden ist, aber heute, also sechs Jahre später, San Francisco über 114 Kilometer U-Bahn verfügt. In Wien war Baubeginn

1969, und Sie wissen, daß es heute, neun Jahre später, nicht 114 Kilometer — eigentlich müßte es 220 Kilometer geben —, sondern nur 10 Kilometer U-Bahn gibt. Auch das zeigt den Unterschied zwischen dem U-Bahn-Bau in Wien und in anderen Weltstädten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der derzeitigen Planung soll das Wiener U-Bahn-Netz im Endstadium rund 150 Kilometer umfassen. Die Bauzeit für diese 150 Kilometer wird, wenn man die bisherige Bauzeit und die derzeitige Dotierung hochrechnet, 100 Jahre betragen.

Im Zusammenhang mit der Dotierung nun zu den eigentlichen Ansätzen des gegenständlichen Kapitels. Der Voranschlag 1979 weist für den U-Bahn-Bau 2,3 Milliarden Schilling aus. Das ist, verglichen mit dem Ansatz des Jahres 1978, ein Minus von mehr als 300 Millionen. Verglichen mit der Gebühr des Jahres 1977, also des Vorjahres, halten wir jedoch bereits bei einem Minus von fast 1 Milliarde Schilling oder 33 Prozent.

Bedauerlicherweise haben diese Kürzungen nichts mit Einsparungen oder einem rascheren Baufortschritt zu tun. Sie haben bedauerlicherweise auch nichts mit einem Baustadium zu tun, in dem man eben nicht soviel Geld braucht, als man seinerzeit geplant hat.

Es ist auch beim Hausbau so — um ein triviales Beispiel zu nehmen: auch hier werden nicht jeden Monat oder jedes Vierteljahr gleich hohe oder immer steigende Beträge aufzuwenden sein, wenn es der entsprechenden Bauphase nicht gerade entspricht. Wie gesagt, in dieser Situation befinden wir uns ja leider beim Wiener U-Bahn-Bau zurzeit nicht.

Der Kontrollamtsbericht hat das sehr eindeutig und klar gesagt und hat nachgewiesen, daß es sich bei den Minderausgaben beim Wiener U-Bahn-Bau ausschließlich darum handelt, daß sie durch Fehleinschätzungen und echte Bauverzögerungen zustande kommen. Auch der Investitionsplan der Stadt Wien 1978 bis 1982 sieht für das kommende Jahr für den U-Bahn-Bau 2,6 Milliarden Schilling vor. Budgetiert sind — wie bereits erwähnt — 2,3 Milliarden Schilling. Hier handelt es sich also um ein echtes Minus; es handelt sich darum, daß im kommenden Jahr weniger gebaut werden wird, als vorgesehen, als geplant gewesen ist. Es handelt sich um 12 Prozent, wenn man das wieder ausrechnet.

Das ist aber nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, bedauerlicherweise das zweite oder dritte Mal, daß die Planinvestitionen nicht eingehalten werden. Und wenn man das summiert und addiert, dann kommt man zu einer ganz erheblichen Verzögerung, dann kommt man zu der bereits erwähnten 1 Milliarde oder eben 33 Prozent, ein Drittel weniger U-Bahn als geplant.

Das ist aber, wie ich glaube, bei den ja ohnehin bescheidenen Netzansätzen, über die wir verfügen, mehr als bedauerlich, und ich fürchte, es wird daher nicht diese 100 Jahre dauern, von denen ich vorher gesprochen haben, sondern mehr, vielleicht 120 oder 150 Jahre.

Die freiheitliche Fraktion dieses Hauses freut sich daher durchaus mit dem Herrn Bürgermeister,

wenn es immer wieder ein Stückel weitergeht, aber in die geäußerte Auffassung des Herrn Bürgermeisters können wir nicht einstimmen, der bei der Eröffnung der bisher letzten Station am Wiener Stephansplatz meinte, daß nunmehr die Wiener U-Bahn kein Fragment mehr darstelle.

Ich will mich jetzt gar nicht in Spekulationen subjektiver Art darüber einlassen, ob 10 Kilometer U-Bahn — bei geplanten 150 Kilometern — ein Fragment sind oder nicht, das soll jeder für sich selbst beurteilen. Fragment ist unsere U-Bahn aber jedenfalls, wenn man sie innerhalb der notwendigen Gesamtverkehrskonzeption betrachtet.

Zugegeben — ich habe das schon eingangs gesagt und wiederhole es —, eine recht schmucke U-Bahn wartet am Reumannplatz auf die Fahrgäste und bringt sie dann zum Karlsplatz oder zum Stephansplatz. Aber das ist schon alles.

Was meine ich damit? Damit meine ich, daß nichts geschehen oder geplant ist, um die Autofahrer dort am Reumannplatz zum Umsteigen in die U-Bahn zu veranlassen. Und darum geht es ja letzten Endes. Das ist ja einer der Kernpunkte der Verkehrsproblematik in jeder Großstadt, nämlich die Autofahrer zum freiwilligen Verzicht auf das Individualverkehrsmittel Auto, zum Umsteigen in das Massenverkehrsmittel zu bewegen. Das viel strapazierte Stichwort Park-and-ride-System sei nur erinnerungshalber hier angemerkt.

Volllends zum Fragment — ich weiß nicht, ob es eine Verkleinerungsstufe von Fragment gibt —, zum Fragmentchen werden aber die 10 Kilometer U-Bahn, wenn wir sie in noch größerem Zusammenhang sehen, im Zusammenhang mit dem geplanten und so oft versprochenen Verkehrsverbund, jenem Verkehrsverbund, von dem Herr Stadtrat Nekula bei Beantwortung einer FPÖ-Anfrage vom 24. Juli 1975 behauptet hatte, daß die Arbeiten an diesem Verkehrsverbund zügig voranschreiten — wie er wörtlich ausgeführt hat —, „so daß“ — so hat er weiter ausgeführt — „mit der Aufnahme des Verbundverkehrs“ — ich zitiere aus Ihrer Anfragebeantwortung, Herr Stadtrat, weil Sie so fleißig mitschreiben; ich lese es Ihnen vor, falls Sie sagen, Sie haben das nicht gesagt — „mit dem Sommerfahrplan 1977 gerechnet werden kann“. Wie gesagt, das stammt aus einer Anfragebeantwortung aus dem Jahre 1975 durch den Herrn Stadtrat Nekula höchstpersönlich.

Daß natürlich nichts aufgenommen worden ist, das wissen wir alle. Ich glaube nicht, daß es mir entgangen ist. Es ist nicht aufgenommen worden der Verkehrsverbund im Jahre 1977, nicht aufgenommen worden im Jahre 1978 und er wird auch sicherlich nicht im Jahre 1979 aufgenommen werden, denn einer Zeitungsnotiz vom 22. Juni dieses Jahres habe ich entnommen, daß Herr Bürgermeister Gratz mitgeteilt hat, daß 1979 eine Grundsatzentscheidung — wie er gesagt hat — über den geplanten Verkehrsverbund fallen wird. Also im nächsten Jahr wird diese Grundsatzentscheidung fallen.

Was das für die Inbetriebnahme, für die Aufnahme des Verkehrsverbundes bedeutet, wenn erst im nächsten Jahr Grundsatzentscheidungen fallen, überlasse ich gerne Ihrer geeigneten Phantasie. Die

Phantasie scheint übrigens auch damals mit Herrn Stadtrat Nekula durchgegangen zu sein, als er schon 1975 vom zügigen Fortschreiten der diesbezüglichen Arbeiten sprach; oder Sie haben eine falsche Semantik, Herr Stadtrat Nekula, daß Sie unter „zügig“ etwas anderes verstehen als die Allgemeinheit. Uns Freiheitlichen geht es jedenfalls mit dem Wiener U-Bahn-Bau zu schleppend, um es vorsichtig auszudrücken. Uns geht es im gegenständlichen Ressort auch zu sorglos und planlos zu.

Abschließend möchte ich noch einen Abänderungsantrag der FPÖ-Fraktion in diesem Hause einbringen, weil wir der Auffassung sind, daß eine Kürzung der Mittel für den U-Bahn-Bau, nicht zuletzt im Hinblick auf die rasche Fertigstellung der vom Gemeinderat hier — übrigens auf unseren Antrag, das darf ich bescheidenerweise anfügen, weil es ja doch eher etwas Außergewöhnliches ist, wenn ein Antrag der Opposition angenommen wird — gemeinsam beschlossenen Verlängerung der U 1 nach Kagran, nicht zu vertreten ist.

Wir schlagen daher vor, für diese Arbeiten eine Erhöhung des Ausgabenansatzes um 300 Millionen Schilling vorzusehen und für die Planung und Vorbereitung der U 6-Verlängerung, vom Gürtel zur Philadelphiabrücke, der nach unserer Auffassung Priorität gegenüber der U 3 einzuräumen wäre, weitere 20 Millionen Schilling vorzusehen.

Die Bedeckung — und darauf kommt es ja wieder an — dieser Mehrausgaben ist in Einsparungsanträgen der gefertigten Gemeinderäte zu diversen anderen Budgetkapiteln gegeben.

Ich darf Sie daher abschließend ersuchen, auch diesen FPÖ-Antrag einer ähnlich wohlwollenden Behandlungen wie seinerzeit jenen über die U 1 zuzuführen.

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Ing. Kreiner zu Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Ing. Kreiner: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei sagt ja zur U-Bahn, sagt ja zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs... (GR. Gawlik: Die neue ÖVP!) Herr Gawlik, die 20 Jahre Vorgeschichte vor dem U-Bahn-Bau wollte ich mir ersparen. Soll ich anführen, wann die ersten Anträge hier in dem Haus von der alten ÖVP — wenn Sie wollen — gestellt wurden? (Beifall bei der ÖVP. — GR. Gawlik: Ihr habt einen Erneuerungsprozeß durchgemacht, wir sind ohnehin gut, seit eh und je!) Nun, die Veralterung bei der SPÖ werfe ich Ihnen ja auch nicht vor, Herr Gawlik.

Aber lassen Sie mich zum Thema kommen. Ich möchte die einzelnen Linien eben als einzelne Linien behandeln. Lassen Sie mich mit dem Grundnetz, mit der U 1, der U 2 und der U 4 beginnen, selbstverständlich ohne die Verlängerung nach Norden und Süden, nach Kagran und nach Rothneusiedl.

Noch 1970, bei der Umplanung, wurde ein Fertigstellungstermin von 1980 festgelegt. Herr Stadtrat Nekula mußte im Oktober 1977 schon zugeben, daß mit der Fertigstellung 1981 zu rechnen sei. Im Finanz- und Investitionsplan 1979 bis 1983 sind für 1982 noch wesentliche Mittel vorgesehen, allerdings

für 1983 nur Restkosten. Somit sicher: Fertigstellungstermin erst 1982. Da aber durch Fehlplanungen, Fehleinschätzungen, durch das gestörte Verhältnis mit den Österreichischen Bundesbahnen, geänderte Verkehrslösungen, die zu einer Umplanung führten, auch in der Zukunft mit denselben Minderausgaben zu rechnen sein wird wie in der Vergangenheit, ist anzunehmen, daß eine Verschiebung um ein, wenn nicht um zwei Jahre bei den Ansätzen gegenüber der Gebühr stattfinden wird, wir von einer weiteren Verzögerung sprechen können, und daß möglicherweise der Fertigstellungstermin auch 1983 erfolgen könnte. Ich rede nur vom Grundnetz. So ist die Gesamtsituation.

Man stellt sich die Frage: Wie verantwortet, sprich, wie verkauft die SPÖ-Mehrheit in diesem Haus diese zweieinhalb bis drei Jahre Bauverzögerung? Nun, ganz einfach: Man nimmt eine attraktive Teilstrecke der U-Bahn, einen Kilometer, Karlsplatz—Stephansplatz, dann kündigt man rechtzeitig an — das ist das wesentliche: rechtzeitig —, daß mit einer Fertigstellung im Juni 1979 zu rechnen sei. Und früher als geplant, wie wir bei diesem U-Bahn-Bau heute entnehmen können, wird durch eine optimale Forcierung und Koordinierung der Arbeiten dieses kleine, einen Kilometer lange Teilstück eröffnet.

Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang Herrn Bezirksvorsteher Deutsch den Dank auszusprechen, den Dank dafür, daß er sich bei den Steuerzahlern, die das bezahlt haben, bedankt hat. Der Herr Bürgermeister Gratz und der Herr Stadtrat Nekula fanden das bei den Eröffnungsreden nicht für notwendig. (GR. Gawlik: Da kann ich nur lachen: Ha, ha, ha!) Ich finde das nicht so lächerlich. (Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner: Wer soll es bezahlen?) Es wird alles bedankt. Nur bei dem, der es zahlt, bei dem, der das alles zahlt, hat man es nicht der Mühe wert gefunden, gnädige Frau. Das finde ich schon irgendwie sonderbar.

Es wird nun versucht, diese Bauzeitüberschreitung durch Einsatz von mehr Mitteln, wenn auch nicht ganz, so doch zum Teil wieder wettzumachen. Ist an eine Auflösung der immerhin beträchtlichen Rücklagen von über 1 Milliarde Schilling, wenn auch nicht ganz, so doch zum Teil gedacht? — Nein. Weder das eine noch das andere. Im Voranschlag, den wir heute behandeln, sind für das Grundnetz 1166 Millionen Schilling präliminiert. Das sind um eine halbe Milliarde Schilling weniger als im Vorjahr.

Das Mitspracherecht des zuständigen Herrn Stadtrates für den U-Bahn-Bau bei der Erstellung dieses Budgets muß sehr gering gewesen sein, wenn überhaupt vorhanden.

Ordnungshalber sollte ich jetzt zumindest die wesentlichsten Unzulänglichkeiten beim Bau des Grundnetzes aufzeigen, wie den Karlsplatz, die Stationsbauwerke bei der Zweierlinie, die dort für zwei Doppelwagen vorgesehen sind. Ich will das unterlassen. Aber die Misere beim Betriebsbahnhofbau Wasserleitungswiese kann ich mir nicht ersparen, darf ich mir nicht ersparen, weil ich es für mein nächstes Kapitel dringend brauche. Die mangelnden Kreditevidenzen, die Überzahlung ohne Überprüfung, die Verstöße gegen die Haus-

haltsordnung — alles aus dem Kontrollamtsbericht entnommen — wurden von den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe wie folgt beantwortet: Der Bahnhof Wasserleitungswiese sei der erste U-Bahn-Betriebsbahnhof in Österreich. Ausländische Erfahrungen können nur bedingt übernommen werden, eigene fehlen.

Diese Stellungnahme brauche ich, um den Betriebsbahnhof am Ende der Verlängerung der U 1 nach Kagran zu beleuchten. An der Endstelle ist ein „Betriebsbahnhof“, Betriebsbahnhof unter Gänsefüßchen, vorgesehen. Die gesammelten Erfahrungen hätten verwertet werden können. Dieser Betriebsbahnhof, der vorgesehen ist, besteht aus einer viergleisigen Anlage, die nicht überdeckt ist. Laut Planungsstand März 1977 war noch die viergleisige unüberdeckte Anlage vorgesehen. Erst im Jänner 1978 wurde im Bereich der MA 28 dies neu überdacht. Es kamen neue Gedanken auf und die Notwendigkeit einer Überdeckung dieses Betriebsbahnhofes. Die Gründe hiefür waren: Bei Schneefällen und bei tiefen Temperaturen, vor allem unter minus 8 Grad, treten Schwierigkeiten bei der Druckluftanlage, bei den Sicherheitsbremsen sowie bei den Türbetätigungen auf, und die Gefahr des Einfrierens bei Nichtinbetriebnahme in der Nacht sei gegeben. Es ist bekannt, daß die Geräte der Druckluftanlage unter dem Wagenkasten angebracht sind und daß man durch Heizen des Wagens dieses Einfrieren hintanhalten könnte. Aber für die Türen und für die Druckluftbremse trifft das nicht zu.

Der U-Bahn-Bahnhof Wasserleitungswiese und der U-Bahn-Bahnhof Reumannplatz sind vollkommen ausgelastet.

Ein weiteres Argument, das zur Überdeckung der Halle führt, habe ich mir zum Schluß aufgehoben, nämlich die berechtigte Forderung von Gewerkschaftsvertretern nach Überdachung dieses Betriebsbahnhofes. Als nämlich mein Kollege Ammann im Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie am 18. August 1978 an den Herrn zuständigen Stadtrat Nekula betreffend diese Angelegenheit die Frage richtete, sagte Herr Stadtrat Nekula — ich zitiere aus unserem Protokoll —: Beeinträchtigungen werden keine erwartet. Es ist vorgesehen, Züge auch im Freien stehenzulassen, aber die Gewerkschaft ist gegen Wartungsarbeiten im Freien, wenn es regnet. — Nun, mit Recht, Herr Stadtrat. Mit Recht ist die Gewerkschaft dagegen. Und wenn die anderen Gründe nicht stichhaltig sein sollten — sie sind auch stichhaltig —, dann wäre der eine Grund ausschlaggebend genug, die Halle zu überdecken. Haben Herr Stadtrat einmal mit klammen Fingern an eisigen Waggonrädern gearbeitet? Sind Herr Stadtrat bei einer Arbeit im Freien schon einmal bis auf die Haut naß geworden? Aber bitte, Herr Stadtrat hat sich auf die Gewerkschaft ausgedet.

Doch zurück zu den Zahlen des Voranschlags: Für die Verlängerung der U 1 nach Kagran sind 351 Millionen Schilling vorgesehen. Diese 351 Millionen Schilling sind selbstverständlich ident mit den 351 Millionen Schilling im Investitionsplan 1979—1983. Im Finanz- und Investitionsplan 1978—

1982 waren es aber immerhin noch 491 Millionen Schilling, also um 140 Millionen Schilling ist dieser Ansatz zurückgenommen worden.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns vom Norden nach dem Süden begeben und die Verlängerung der U 1 nach Rothneusiedl betrachten, so finden wir in diesem Voranschlag für 1979 keinen Ansatz, keinen Ansatz für Planung und auch keinen Ansatz für Vorarbeiten. Aber an Unterlassungen bei dieser Linie gibt es schon einiges aufzuzeigen. Ich bediene mich, weil jener es besser formulieren kann, der Worte von Paul Yvonne in der „Presse“ vom 25./26. November 1978. Yvonne schreibt: „Beim Durchbruch des Laaer Berges für die neue Autobahn war zur Diskussion gestanden, auch gleich die Röhre für die Verlängerung der U 1 vom Reumannplatz nach Rothneusiedl mitzubauen oder zumindest die geologischen Untersuchungen dafür in einem mit der Autobahn durchzuführen. Weder das eine noch das andere geschah, weil die politische Entscheidung für die ohnehin unumgängliche Verlängerung ausblieb. Jetzt hat der Gemeinderat erst die Planungsarbeiten ausgeschrieben, und in einem Jahr beginnen am Laaer Berg wieder die Maschinen zu graben.“ Nur eines muß ich sagen, damit auch Herr Yvonne Verständnis bringt: Die politische Entscheidung der SPÖ-Entscheidungsträger konnte nicht anders ausfallen. Die Diskutanten für eine Verlängerung der U 1 nach Ober Laa und Rothneusiedl waren ja von der ÖVP.

Für die U 3, deren Notwendigkeit unbestritten ist, sind im Voranschlag 1979 schlichte 5 Millionen Schilling vorgesehen. Somit wurden die vom Gemeinderat für 1974 bis 1979 für Planungen und Probebohrungen präliminierten 131 Millionen Schilling bis Ende 1979 nur mit 42 Millionen Schilling veranschlagt — die Minderausgaben sind selbstverständlich nicht berücksichtigt —, und das ist weniger als ein Drittel der vorgesehenen Summe.

Was ist der Grund dieser Minderausgaben? Nun, seitens der MA 18 war schon eine Ausarbeitung des generellen Projektes vorgesehen, doch fanden im Sommer 1975 Gespräche zwischen den Stadträten Ing. Hofmann und Mayr statt, die ein reduziertes U-Bahn-Planungsprogramm vorsahen. Bezüglich der U 3 wurde vereinbart, nur eine vereinfachte Bearbeitung durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Das ist der Grund. Die Stadträte stellten dies zurück. Wenn ich in der Folge teilweise rückblickend die Situation bei der U 3 betrachte, unterlasse ich bewußt jedweden Hinweis auf die reichhaltigen ÖVP-Initiativen. Die Erfahrung hat mich gelehrt, daß in Wien ÖVP-Gedankengut nur sehr, sehr spät und mit einem roten Anstrich versehen verwirklicht werden kann. Und an einer weiteren Verzögerung will ich nicht schuld sein.

Wie ist die derzeitige Situation? Über das Finanzielle habe ich schon gesprochen. Der Grundsatzbeschluß, die U 3 zu bauen, stammt vom 16. Februar 1972. Vorgeschlagene Bauzeit: 8 Jahre, Kostenschätzung: 11 Milliarden Schilling, Linienführung: Westbahnhof—Erdberg.

Die letzte, von Herrn Stadtrat Mayr zur U 3 abgegebene Erklärung entnehme ich den Presse-

aussendungen vom 16. Februar laufenden Jahres. Insbesondere und den Herren der SPÖ zuliebe zitiere ich aus der AZ: „Allerdings wird die zweite Durchmesserlinie“ — die erste ist die U 1, deren Verlängerung nach Süden und Norden auch noch aussteht — „nicht beim Westbahnhof enden, sondern bis Breitensee geführt und dort mit der Vorortelinie, die als Schnellbahn ausgebaut werden soll, verknüpft. Auf der anderen Seite wird die U 3 in Simmering Anschluß an die Flughafenschnellbahn erhalten. Natürlich werden wir die U 3 so planen“ — sagt Mayr — „daß man von der U-Bahn-Strecke aus die S-Bahn-Strecken befahren kann. Vielleicht kommt auch noch die Kombinationsgarnitur U-S-Bahn. Mit der könnte man dann die gesamte, 34 Kilometer lange Strecke ohne Umsteigen befahren. Mayr plädierte auch für eine U-3-Trasse unter der Mariahilfer Straße, weil dieses wichtige Geschäftszentrum so besser erschlossen wird. Auf dem Stephansplatz wurde die Station für die U 3 bereits beim Bau der U 1 miterrichtet.“ — Die Mittel waren im Grundnetz vorgesehen. — „Man braucht die Innenstadt dann nicht noch einmal aufzugraben.“

Die Kosten für die U 3 samt den noch ausstehenden S-Bahn-Strecken belaufen sich auf heutiger Preisbasis auf rund 26 Milliarden Schilling, doch wird es langer Verhandlungen bedürfen, ehe der Aufteilungsschlüssel zwischen dem Bund und dem Land Wien feststeht.

Die Vorbereitungen für die endgültige Planung der U 3 — meinte der Finanzstadtrat — „sind praktisch abgeschlossen.“

Meine Fraktion wäre mit einer solchen Lösung einverstanden. Nur bitte: Das als unvernünftig erkannte Projekt der Zweistromgarnituren soll ausgeklammert werden. Ich will hier nicht Argumente dagegen anführen. Es würde zu lange dauern, außerdem habe ich es in diesem Haus schon getan.

Die Kernfrage der Finanzierung ist in diesem Artikel nur angesprochen worden. Aber deshalb, weil die Finanzierungsgespräche zwischen dem Land und dem Bund nicht gestört werden sollen, wünscht es Herr Stadtrat Mayr nicht. Ordnungshalber lassen Sie mich an dieser Stelle festhalten, daß 1981 der Bundeszuschuß von 2,4 Milliarden Schilling an die Stadt Wien ausläuft. Interessanterweise schon vorher, Ende 1979, erreichen die Zahlungen der Dienstnehmerabgabe die gleiche Höhe und überschreiten sie sogar.

Abschließend möchte ich zur U 3, wozu ich die Stellungnahme des Herrn Stadtrates Mayr zitiert habe, feststellen, daß keine wie immer geartete Stellungnahme des zuständigen Stadtrates für den U-Bahn-Bau Nekula erfolgte.

Bei den folgenden Aussagen will ich mich auf die Verkehrskonzeption stützen, die besagt: Die Notwendigkeit der Ausrichtung des Straßenbahnnetzes auf die jeweilige Ausbauphase der U-Bahn sei dringend notwendig. — Am Beispiel des O-Wagens will ich aufzeigen, daß das nicht geschieht. Rechtzeitig vor Inbetriebnahme des U-Bahn-Teilstückes zwischen Reumannplatz und Karlsplatz brachte die ÖVP eine Anfrage an den zuständigen Stadtrat ein. Wir fragten um die künftige Linien-

führung des O-Wagens und zeigten die Besorgnis der Bevölkerung auf, die für die Zukunft Befürchtungen äußerte. Berechtigte Befürchtungen, wie die Antwort des Herrn Stadtrates Nekula ergab, denn in seiner Antwort sagte er: „Nach Vereinbarung mit der Bezirksvertretung wird die Straßenbahnlinie O zwischen Südtiroler Platz und Quellenplatz eingestellt.“ Das geschah ja auch.

Nach heftigen Bürgerinitiativen, deren wesentlichste eine Pro-Wien-Aktion mit über 6000 Unterschriften war, fand sich Herr Stadtrat Nekula bereit, zu erklären, es müsse etwas geschehen. Und es geschah auch etwas. Wie man der „Rathaus-Korrespondenz“ entnehmen konnte, fanden Gespräche zwischen den Stadträten Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Wurzer und Nekula und dem Favoritner Bezirksvorsteher Deutsch statt. Ansonsten geschah nichts.

Gehen wir aber auf die jüngste Zeit zurück. Im Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie vom 24. November 1978 habe ich Herrn Stadtrat Nekula wieder einmal über die Zukunft des O-Wagens befragt. Seine Antwort hierzu lautete: „Für den 2. und 20. Bezirk ist die Planung für den O-Wagen in die Gesamtplanung für den Oberflächenverkehr einbezogen, und es ist beabsichtigt, nach Inbetriebnahme der U-Bahn dies dort zu regeln.“ Für den 10. Bezirk — auf den will ich besonders eingehen — sagte er: „Es liegen schon erste Untersuchungen vor. Weitere Untersuchungen sind in Ausarbeitung, sie sind in etlichen Wochen zu erwarten.“ Er wollte sich nicht festlegen und sprach von etlichen Wochen. Er meinte, daß es länger dauern werde und dann wieder Gespräche zwischen den Stadträten Dr. Wurzer und Nekula und dem Bezirksvorsteher des 10. Bezirkes, Deutsch, stattfinden werden. Dann werde man erst sehen, was geschehen werde. Vorher habe er keine Möglichkeit, irgend etwas Definitives zu sagen.

Nun, siehe da, fünf Tage später, am 29. November 1978, bei der konstituierenden Sitzung der Bezirksvertretung des 10. Bezirkes, sagt Herr Bürgermeister Gratz: Der O-Wagen kommt wieder, der O-Wagen wird auf der alten Linie fahren.

Selbstverständlich haben wir uns gefreut. Alle haben wir uns gefreut. Aber gleichzeitig stellten sich etliche Fragen bei uns ein: Ist der SPÖ-Landesparteivorsitzende für das Land Wien mit den gleichen Generalvollmachten ausgestattet wie der SPÖ-Bundesparteivorsitzende für den Bund? Oder sollte nach der Denkpause die Linienführung nicht mehr in die Kompetenz von Herrn Stadtrat Nekula fallen?

Dieses erfreuliche Interesse des Herrn Bürgermeisters an der Linienführung, unter anderem im 10. Bezirk, wo er die Situation des Autobusses 68 A persönlich begutachtet hat, allerdings noch mit dem Herrn Stadtrat Nekula, den er mitgenommen hat, lassen sowohl das eine als auch das andere vermuten.

Zum Ausbau der Vorortelinie und zur Einbeziehung in das S-Bahn-Netz darf ich festhalten, daß es jetzt auch im Arbeitsprogramm der SPÖ 1978 bis 1983 enthalten ist. Auch Herr Bürgermeister

Gratz sagte in seiner Antrittsrede, daß dies verwirklicht wird.

Um weitere unnötige Verzögerungen beim U-Bahn-Bau wenigstens zum Teil hintanzuhalten und den Ausbau der Vorortelinie zu ermöglichen, stellen mein Kollege Dkfm. Ammann und ich betreffend den Entwurf zum Voranschlag 1979 folgenden Abänderungsantrag:

„1. Der Ausgabenansatz der Post 1001.52, U-Bahn-Bau, ist um 30 Millionen Schilling von 1626 Millionen auf 1656 Millionen Schilling zu erhöhen.

2. Der Ausgabenansatz Post 313.31, Weitergabe von Darlehen an Sonstige, ist um 170 Millionen Schilling von 445 Millionen auf 615 Millionen Schilling zu erhöhen. Die Mehrausgaben sind durch eine Entnahme von 200 Millionen Schilling aus der Sonderrücklage für den U-Bahn-Bau, die per 31. Dezember 1977 598 Millionen Schilling betrug, zu bedecken.“

Ehe ich mich abschließend dem Finanz- und Investitionsplan zuwende, darf ich noch den Brief einer Bietergemeinschaft im Gemeinderat zur Sprache bringen. Die Bietergemeinschaft hat für eine Arbeitsausschreibung ein Angebot gemacht, das meiner Ansicht nach ein Angebot als Bestbieter war, auch der Drittbietter ist hoch gelegen. Es handelt sich um Summen von zirka 28 Millionen Schilling.

Nun trat hier aber auch ein Billigstbieter von 7 Millionen Schilling auf. Diese Diskrepanz veranlaßte die Bieterfirma, an alle Ausschußmitglieder zu schreiben. Ich möchte es hier zur Sprache bringen. Dieses Schreiben von der Firma ist durch ein Schreiben des Betriebsrates ergänzt, der ersucht, hier vorstellig zu werden.

Ich stelle an den Herrn Stadtrat die Frage: Wann ist das beschlossen worden? Die Firma hat einen abschlägigen Bescheid bekommen. Ich kann mich nicht erinnern, daß es bei uns im Ausschuß war.

Des weiteren: Wieso ist dieser Zuschlag erfolgt? Ich bitte den Herrn Stadtrat, mir diesbezüglich eine Antwort zu geben, bin aber gerne bereit, Details und eine weitere Behandlung im Ausschuß zu erledigen.

Abschließend der Blick in den Finanz- und Investitionsplan 1979—1983.

Zum Grundnetz U 1, U 2 und U 4: Jährlich stark fallende Ansätze, 1983 nur Restposten.

Verlängerung der U 1 nach Kagan: Fertigstellung laut Ansätzen 1983.

Verlängerung der U 1 nach Rothneusiedl: Überhaupt kein Ansatz, auch nicht für Planung und für Vorarbeiten.

Linie U 3: Die laut Gemeinderatsbeschuß für 1974—1979 verwendeten Mittel für die Planung und Vorarbeiten sind bis 1983 weitergezogen. Für bauliche Herstellungen: Kein Ansatz.

Auch hier kann man die von der Rathausmehrheit ständig praktizierte Konzeptlosigkeit erkennen. Wir hoffen auf eine Zeit nach der Denkpause.

Diesem Voranschlagsentwurf können wir unsere Zustimmung nicht geben. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Als nächste Rednerin gelangt Frau GR. Elisabeth Schindler zu Wort. Ich erteile es ihr.

GR. Elisabeth Schindler: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Mit der Betriebsaufnahme des ersten Teilstückes der Wiener U-Bahn wurde eine neue Epoche des öffentlichen Verkehrs in Wien eingeleitet. Heute kann bereits gesagt werden, daß es richtig war, hier in Wien eine U-Bahn zu errichten. Es wurde heute hier gesagt, daß die alte ÖVP vor 20 Jahren den Antrag zum U-Bahn-Bau in dieser Stadt stellte. Vielleicht ist es der neuen oder einer anderen ÖVP nicht bekannt, daß es vor 20 Jahren in dieser Stadt vordringlichere Probleme gab; die mußten zuerst erledigt werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Züge der Wiener U-Bahn erreichen eine Spitzengeschwindigkeit von 80 Stundenkilometern und eine durchschnittliche Reisegeschwindigkeit von 34 Stundenkilometern — einschließlich Stationsaufenthalt. Diese Durchschnittsgeschwindigkeit kann in der Stadt von keinem anderen Verkehrsmittel erreicht werden.

Die U-Bahn, meine Damen und Herren, voll in das bestehende Netz des öffentlichen Verkehrs eingegliedert, kann nicht nur mit allen gültigen Fahrausweisen der Wiener Verkehrsbetriebe benützt werden, sondern die Wiener U-Bahn zählt auch zu den schönsten, modernsten und vor allem zu den sichersten der Welt. Wichtige Erfahrungen konnten zwar durch das Studium fertiger beziehungsweise in Bau befindlicher ausländischer U-Bahn-Anlagen gesammelt werden, die speziellen Wiener Verhältnisse stellten jedoch eine permanente Herausforderung an die Techniker dar.

Neben der Berücksichtigung der neuesten technischen Erkenntnisse und des Umweltschutzes gaben vor allem die schwierigen bodentechnischen sowie die in Wien anders gelagerten gesetzlichen und rechtlichen Probleme laufend Anlaß zu neuen Untersuchungen und Entwicklungen.

Trotz aller Schwierigkeiten konnte das gesteckte Ziel, im Frühjahr 1978 den Teilbetrieb auf der Strecke Reumannplatz—Karlsplatz aufzunehmen, erreicht werden. Der Eröffnungstermin der U-Bahn-Strecke Karlsplatz—Stephansplatz konnte um mehr als ein halbes Jahr vorverlegt werden. Die Strecke Reumannplatz—Stephansplatz kann in acht Minuten zurückgelegt werden. Für Zehntausende Menschen, die in der Inneren Stadt arbeiten, einkaufen, wohnen oder Wege bei den Ämtern und Institutionen erledigen, tritt damit eine große Verbesserung ein. So hat mir zum Beispiel jemand berichtet, der beim Laaer Berg-Bad wohnt und in der Innenstadt arbeitet, daß er täglich 45 Minuten an Freizeit gewinnt.

11 Kilometer des Grundnetzes, meine Damen und Herren, sind in Betrieb. Darüber hinaus ist die Neubaustrecke im Rohbau fertig. So ist die Verlängerung vom Schwedenplatz zum Praterstern im Rohbau fertig. Der Innenausbau hat bereits begonnen.

Wichtig war es nicht zuletzt, alle in Frage kommenden Netzvarianten auszuarbeiten und nach verschiedenen Gesichtspunkten genauestens zu prüfen oder zu berechnen. Dazu gehören Fragen der Stadtentwicklung, der Verteilung, der Wohnbevölkerung

und der Arbeitsplätze sowie die Koordinierung der verschiedenen Verkehrsmittel ebenso wie bauliche und wirtschaftliche Momente.

Das wesentlichste Kriterium bildeten naturgemäß die Bedürfnisse des Berufsverkehrs, der täglichen Fahrten vom Wohnsitz zum Arbeitsplatz und zurück. Basierend auf Verkehrszählungen wurde der Zusammenhang zwischen der Verteilung von Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen und den Verkehrsströmen analysiert.

Neben dem Berufsverkehr wurden aber selbstverständlich auch sämtliche anderen Verkehrsbedürfnisse — Wirtschaftsverkehr, Besucherverkehr usw. — untersucht und ausgewertet.

Das U-Bahn-Netz mußte darüber hinaus in jeder Ausbauphase so gestaltet werden, daß es bei einer Erweiterung den größtmöglichen Spielraum für die ständige wechselseitige Abstimmung von Stadtentwicklung und Verkehrsversorgung offenläßt.

Im Dezember 1976 hat der Wiener Gemeinderat den Beschluß gefaßt, die U 1 nach Kagran zu verlängern. Die Bauarbeiten, meine Damen und Herren, haben im Gebiete der Lassallestraße zügig begonnen. Im Gebiete Mexikoplatz—Reichsbrücke sind die Arbeiten in jenem Stadium, daß man die künftige U-Bahn-Trasse im Reichsbrückenbereich erkennen kann. Jeder, der daran Interesse hat, kann das auch besichtigen. Die Baulose links der Donau in Richtung Kagran sind auf der Beamtenebene fertig und bedürfen noch der entsprechenden Beschlüsse.

Der Voranschlag für das Jahr 1979 weist für die Verlängerung der U 1 nach Kagran einen Betrag von 351,4 Millionen Schilling aus. Heute kann allerdings bereits gesagt werden: Die Verlängerung der U 1 vom Praterstern nach Kagran wird sicherlich die Stadtentwicklung günstig beeinflussen und wird nicht zuletzt für viele Bewohner dieses Stadtteils Vermehrung ihrer Freizeit durch kürzere Fahrzeit bedeuten.

Die U 2, meine Damen und Herren, wird 1980, also termingerecht, den Betrieb zwischen Karlsplatz und Schottenring aufnehmen. Der Tunnel zwischen Landesgerichtsstraße und Schottenring ist im Rohbau fertig, die elektrische Ausrüstung hat begonnen.

Der Bau der Wiener U-Bahn hat nicht nur die Verkehrssituation sehr wesentlich verbessert, sondern hat vor allen Dingen der Wirtschaft entscheidende Impulse gebracht. Wien weist gegenüber den Bundesländern geringere Arbeitslosenzahlen auf, und nicht zuletzt, meine Damen und Herren, scheint es mir sehr wichtig, darauf hinzuweisen, daß über 50 Prozent der Auftrags- und Lohnsummen in die übrigen acht Bundesländer unserer Republik geflossen sind.

Aus einer Umfrage des IFES-Institutes, die von der Stadt Wien in Auftrag gegeben wurde, geht hervor, daß die U-Bahn bei der Bevölkerung großen Anklang gefunden hat. 95 Prozent der Befragten haben einen positiven Gesamteindruck. Nur 3 Prozent sprachen sich negativ aus. 94 Prozent fällt der hohe Komfort in den U-Bahn-Garnituren angenehm auf. 89 Prozent finden Gefallen an den Stationen. 93 Prozent sind mit den kurzen Warte-

zeiten sehr zufrieden. 86 Prozent sind mit den Standorten der Stationen und deren Abstand einverstanden.

Besonders günstig schneidet die U-Bahn ab, wenn sie mit der früher auf dieser Strecke verkehrenden Straßenbahn verglichen wird. 91 Prozent finden die U-Bahn sicherer als die Bahn auf der Straße, 94 Prozent bequemer, wobei die niveaugleichen Einstiege sehr positiv beurteilt werden. 25 Prozent steigen weniger um. Nur jeder fünfte beklagt sich, daß er jetzt wegen der U-Bahn öfter umsteigen muß.

Die Anlagen in den Stationen werden ebenfalls günstig beurteilt. Nur 7 Prozent bezeichnen das Leitsystem als eher verwirrend.

Die Hälfte der Befragten spricht sich für geänderte Einkaufsgewohnheiten aus. 21 Prozent beabsichtigen, sowohl die Innere Stadt als auch die Favoritenstraße häufiger aufzusuchen als früher. Damit scheinen aber auch jene Schwierigkeiten des U-Bahn-Bauwerkes, die nicht im technischen Bereich lagen, sondern vielmehr in der Behinderung und Störung des Geschäftslebens durch Bauarbeiten, beseitigt.

Die U-Bahn wird sicherlich die Fußgängerfrequenz in den zahlreichen Straßenzügen nicht unerheblich verändern, so daß es zu gewissen Verlagerungen kommen wird — ein Umstand, der sich natürlich auf das Geschäftsleben auswirken wird.

In diesem Zusammenhang soll allerdings gesagt werden, daß sich die Fußgängerzonen in Wien sehr bewährt haben. Ihre volle Bedeutung erlangen sie jedoch dann im besonderen, wenn sie auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln leicht erreichbar sind.

Besonderer Beliebtheit bei der Bevölkerung erfreut sich die sogenannte kleine, kurze, bescheidene Strecke Karlsplatz—Stephansplatz. Immer wieder kann man zu den Wochenenden feststellen, daß die Wiener Familien mit ihren Kindern einen Ausflug mit der U-Bahn ins Stadtzentrum unternehmen. Für viele von ihnen scheint es ein erster Versuch zu sein, ihr Auto zu Hause zu lassen.

Viele von uns haben zwar in ihrem Denken zur Kenntnis genommen, daß der öffentliche Verkehr nicht länger zugunsten des privaten Kraftfahrzeuges benachteiligt werden darf, doch in der Praxis sind wir davon noch entfernt.

Möge der Bau der Wiener U-Bahn auch im kommenden Jahr neben Impulsen für die Vollbeschäftigung zur Lösung von Verkehrsproblemen durch sinnvolle und funktionsgerechte Aufgabenteilung zwischen öffentlichem und privatem Verkehr beitragen; damit würde er erst voll zum Tragen kommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Fraktion wird dem Ansatz für den U-Bahn-Bau in voller Verantwortung für unsere Stadt die Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Dkfm. Dr. Ebert: Als nächster Redner hat sich Herr StR. Nekula zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Nekula: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß die U-Bahn doch wenigstens einige lobende Worte gefunden hat, daß anerkannt worden ist,

was auch ausländische Fachleute festgestellt haben. Vor kurzem war eine japanische Delegation in Wien — es war die letzte einer Reihe von Delegationen aus dem Ausland —, um sich unsere neue U-Bahn anzusehen. Die Mitglieder der Delegation waren voll des Lobes und haben auch einige Überlegungen, die wir im Wiener U-Bahn-Bau zum Tragen gebracht haben, für ihr U-Bahn-System übernommen.

Wir haben derzeit in fünf Etappen elf Kilometer U-Bahn in Betrieb.

Es ist heute schon davon gesprochen worden, daß die Oberfläche einige Veränderungen erfahren hat, und es hat sich durch diese Veränderungen auch einiges auf dem U-Bahn-Sektor getan. Zum Beispiel werden auf der Strecke der U1 zwischen Reumannplatz und Karlsplatz — nicht zum Stephansplatz, sondern zwischen Reumannplatz und Karlsplatz — gegenüber den Linien 66 und 67 um 12 Prozent mehr Fahrgäste befördert als vorher auf diesen Linien. Diese zwei Situationen lassen sich vergleichen, die Zählungen des Oberflächenverkehrs und die Zählungen bei der U-Bahn. Um 12 Prozent mehr. Vielleicht sind da einige Autofahrer darunter, die daraufgekommen sind, daß es doch sinnvoller ist, ihr liebgewordenes Auto zu Hause stehen zu lassen und im Hinblick auf den Zeitgewinn, der unzweifelhaft damit eingetreten ist, dieses öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.

Aber auch auf der U4 zwischen Karlsplatz und Heiligenstadt, an der sich an und für sich streckenführungsmäßig nichts verändert hat, wo die gleiche Strecke ist, die gleichen Fahrgewohnheiten vorhanden sind, neue Garnituren eingesetzt worden sind, die Stationen ausgebaut worden sind, hat sich, wahrscheinlich durch die höhere Reisegeschwindigkeit, ein Plus an Beförderungsleistungen von 5 Prozent ergeben. Das heißt, diese Teilstücke der U-Bahn, die bereits in Betrieb sind, haben schon bewiesen, daß sie, nach einigen Anfangsschwierigkeiten hinsichtlich der Fahrgewohnheiten, doch stärker von der Bevölkerung angenommen werden und daß sie allein schon dadurch ihr Vorhandensein rechtfertigen.

Das heißt also, auf diesem kurzen Teilstück um 12 Prozent mehr.

Es wäre sinnlos, Zählungen auf der Strecke Karlsplatz zum Stephansplatz vorzunehmen, weil es keine Vergleichszahlen gibt, weil wir bisher in das Zentrum unserer Stadt kein öffentliches Verkehrsmittel hatten und erst die U-Bahn die Erschließung des Kernes unserer Stadt, nämlich des Stephansplatzes, ermöglicht hat.

Damit komme ich schon zum Vergleich mit den anderen U-Bahnen der Welt. Es ist hier das Beispiel San Franzisko genannt worden: 114 Kilometer. Meine Damen und Herren! Ich habe mir sehr viele U-Bahnen angesehen, und gerade San Franzisko ist kein günstiger Vergleich für die Bauzeit und für die Länge der U-Bahn. In San Franzisko ist eine Überlandstrecke, die vom Stadtgebiet bis in das Zentrum der Universität und darüber hinaus führt. Nur ganz wenig, nämlich drei Kilometer, gehen in das Stadtgebiet hinein. Wer die Serie „Die Straßen von San Franzisko“ sieht, der weiß, wie hügelig

die Stadt ist, und diese Topographie von San Franzisko macht es gar nicht möglich, in das Zentrum hineinzukommen, weil schwierige Bergformationen unterfahren werden müßten. Daher hat die Stadtverwaltung ganz bewußt diese Strecke — es ist keine Tunnelstrecke, sondern eine Freilandstrecke — gewählt, mit ganz modernen Garnituren. Auch die haben wir uns angesehen. — Herr StR. Mayr gibt mir gerade ein Ticket der Metro von San Franzisko. Ich habe auch eines mitgebracht. Es ist genau dieses Ticket, das dazu geführt hat, daß einmal, als die elektronischen Anlagen ausgefallen sind, die Menschen die Sperren aufgebrochen haben, weil sie nicht abwarten wollten, bis man den Fehler gefunden hat. Das hat der U-Bahn von San Franzisko einen Schaden von 10 Millionen Dollar verursacht, als die automatischen Sperren, die man mit diesen Fahrscheinen, in denen ein Metallstreifen ist, benutzen kann, ausgefallen sind. Die U-Bahn von San Franzisko hat auch heute noch Kinderkrankheiten mit diesem Sperrsystem.

Weiters ist Athen mit 26 Kilometern erwähnt worden. Wenn man diese Tabelle nimmt, in der Athen mit 26 Kilometern ausgewiesen ist, müßte Wien eigentlich schon eine uralte U-Bahn-Stadt sein, denn unsere heutige Stadtbahn ist, verglichen zur U-Bahn in Athen, ein sehr modernes Verkehrsmittel. Sie haben nämlich dort ganz alte Garnituren, deren Reisegeschwindigkeit bei 12 Kilometern liegt. Ich bin heuer anläßlich eines Kongresses mit dieser U-Bahn gefahren, die eigentlich die Verbindung eines Stadtteiles von Athen mit dem Hafen Piräus ist.

Mexiko City hat in Rekordzeit eine U-Bahn gebaut. Für uns in Wien wäre aber eine derartige Bauführung unvorstellbar, denn beim Bau der U-Bahn in Mexiko City sind wegen mangelhafter Bauführung 200 Menschen ums Leben gekommen. Es wäre undenkbar für Wien, daß wir im Hinblick auf eine Rekordleistung Menschenleben nicht schonen und den Menschen nicht berücksichtigen, nur um Kilometerleistungen zu erzielen. Auch diese Dinge muß man sehen, wenn man Vergleiche anstellt.

Wenn man heute sagt, die U-Bahnen der Welt wachsen weiter, dann sind das in der Regel — nicht grundsätzlich, sondern in der Regel — Freilandstrecken, die zum bestehenden U-Bahn-Netz dazukommen, wie etwa die neueröffnete Strecke in Paris, die als Oberflächenstrecke teilweise in Hochlage, teilweise niveaugleich geführt wird, und die natürlich ungleich leichter zu bauen sind als so schwierige U-Bahn-Strecken, wie wir sie in Wien begonnen haben, nämlich am Karlsplatz beziehungsweise am Stephansplatz, angesichts des Domes, wo alle Sicherheitsmaßnahmen eingesetzt werden mußten, auch unter bewußter Bauverzögerung. Der Dom, das Nationaldenkmal Österreichs, war uns natürlich wichtiger, als dort eine besondere Kilometerleistung zu erbringen, um den Preis, daß dort etwas passiert.

Es wurde hier auch von Bauverzögerungen gesprochen. Vielleicht darf ich hier gleich beiden Rednern antworten. Die Inbetriebnahme der U-Bahn ist in ihren Etappen 1969 festgelegt wor-

den. In den Ausdrücken der Baudirektion von 1969 war der Juni 1979 für die Befahrung des Stephansplatzes vorgesehen. Es ist also nicht von uns willkürlich oder aus propagandistischen Gründen ein Termin genannt worden, den wir dann vorverlegt haben — so hat es Herr GR. Kreiner dargestellt —, sondern es ist echt, unter Verzicht auf einen Ausgang, gelungen, die U-Bahn vorzeitig zum Stephansplatz zu führen. Das hat mit Propaganda überhaupt nichts zu tun, denn dieser Terminplan ist schon 1969 für das Grundnetz — nicht für die Verlängerung nach Kagran — festgelegt worden.

Ich möchte noch ganz kurz, weil das auch hier bei der U-Bahn zur Debatte gekommen ist, auf den Verkehrsverbund eingehen. Es sitzen hier ja Mitglieder des Aufsichtsrates. Herr GR. Dkfm. Ammann wird bestätigen, daß die theoretischen Vorarbeiten für den Verkehrsverbund, über Zoneneinteilung, Tarifsysteme und Intervalle, fertig sind. Das entscheidende dabei ist aber, wer diesen Verkehrsverbund bezahlt. Und das, meine Damen und Herren, entzieht sich meiner Kompetenz, weil hier die Debatte zwischen Wien, Niederösterreich und dem Bund geführt wird. Es geht darum, wer die gigantischen Mehrkosten des Verkehrsverbundes bezahlt, und darauf habe ich mit meiner Geschäftsgruppe keinen Einfluß, weil ich einfach über diese Mittel nicht verfüge. Es ist eine Frage der Finanzverwaltung der Stadt Wien, eine Frage der Finanzverwaltung Niederösterreichs und eine Frage des Finanzministeriums, wie die Aufteilung der Kosten für den Verkehrsverbund erfolgt.

Beim Stephansplatz ist der Vorwurf erhoben worden, daß nur Herr Bezirksvorsteher Deutsch und der Bürgermeister gedankt hätten, ich aber nicht. Ich weiß nicht, ob Sie bei der Inbetriebnahme der Station am Stephansplatz dabei waren. Es gibt eine Reihe von Zeugen, und ich habe mich gerade erkundigt, ob sie bestätigen können, was ich gesagt habe. Ich darf im wesentlichen wiederholen, was ich im Schlußwort gesagt habe. Ich habe im Schlußwort ungefähr — ich habe es nicht aufgeschrieben gehabt — gesagt: Ich hoffe, daß sehr viele Wiener von diesem neuen Verkehrsmittel, das aus ihren finanziellen Mitteln gebaut worden ist, Gebrauch machen. — Ich nehme an, Sie waren nicht dabei, sonst hätten Sie diese Behauptung nicht aufgestellt. Wenn Sie dabeigewesen wären, hätten Sie das gehört, so wie viele hier im Saal, die das jetzt bestätigen haben. — Ich habe gesagt, daß diese U-Bahn, die aus ihren finanziellen Mitteln erbaut worden ist, dazu beitragen möge, daß die so mühsam erkämpfte Freizeit nicht im Verkehr verloren geht. Das ungefähr war mein Schlußwort, und ich glaube, daß damit diese Leistungen anerkannt worden sind. Man müßte also in diesem Zusammenhang aufpassen.

Herr GR. Kreiner hat auch ein ÖVP-Protokoll zitiert, das ich nicht kenne, das man nach ÖVP-Ansicht selbstverständlich schreiben kann. Ich darf dieses Protokoll ein bißchen zerlegen. Ich habe im Ausschuß gesagt, daß ich es unzumutbar finde, daß Menschen bei jedem Wetter Revisionsarbeiten durchführen, und daß darüber hinaus nicht nur die Gewerkschaft, sondern auch das Arbeitsinspektorat

gar keine Zustimmung geben würden, eine Abstellfläche, bei der auch Revisionsarbeiten durchzuführen sind, im Freien zu errichten.

Ursprünglich war man der Auffassung, daß die Wasserleitungswiese durchaus in der Lage wäre, auch die sich aus der Verlängerung ergebenden Mehrzüge aufzunehmen, um dort die Wartung durchzuführen; auch das habe ich im Ausschuß erklärt. Da aber die Wasserleitungswiese für das Grundnetz ausgelegt war und die Verlängerung nach Kagran wartungsmäßig doch nicht mehr untergebracht werden konnte, mußte, obwohl es teurer war — die freie Abstellung wäre billiger gewesen —, eine Abstellhalle errichtet werden; auch die Planung ist in diese Richtung gegangen. In diesem Zusammenhang habe ich über die Arbeitsbedingungen der Bediensteten gesprochen. Ich habe mich jetzt sofort erkundigt, hier dürfte aber das Protokoll der ÖVP nicht stimmen, denn es wurde mir bestätigt, daß das meine Aussage im Ausschuß gewesen ist, daß ich festgestellt habe, daß ich mich selbstverständlich nicht hinter der Gewerkschaft verstecken muß, sondern daß es unzumutbar ist, Bediensteten bei jedem Wetter Arbeiten zuzumuten.

Eine Begründung, warum die Österreichische Volkspartei dem Ansatz nicht zustimmen könne, war auch, daß für die Planung für die Verlängerung der U 1 nach Süden kein Ansatz vorhanden ist. Darf ich Sie auf den Voranschlag der Stadt Wien verweisen, auf die laufende Nummer 924. Hier ist unter den Planungen der MA 18 ein Betrag von 12 Millionen Schilling vorgesehen, der für folgende Dinge dienen soll: Vergabe von Bleistiftentwürfen und Arbeiten zur Trassensicherung, verkehrstechnische Untersuchungen, Vermessungsarbeiten sowie unbedingt notwendige Untersuchungen von Trassenvarianten und Zeichenarbeiten.

Meine Damen und Herren, diese 12 Millionen Schilling sind im Rahmen der MA 18, die ja auch diese Grundsatzplanung und Generalplanung hat, für das kommende Jahr vorgesehen. Da ist einmal mehr der Beweis erbracht — wenn Sie das durchlesen —, daß diese Ihre Behauptung, es sei kein Groschen Geld vorhanden, widerlegt ist, denn es sind immerhin 12 Millionen Schilling — und nicht nur Groschen —, die im kommenden Jahr der MA 18 für diese Arbeiten zur Verfügung stehen. (GR. Schultz: Wieder einmal eine falsche Behauptung!)

Unter anderem sagten Sie auch, daß die Terminpläne nicht eingehalten sind, daß es Verzögerungen gibt. Ich weiß nicht, woher Sie diese Feststellung haben. Wir sind mit dem Grundnetz im Rohbau fertig. Die Tunnelstrecke zwischen Schottenring und Schottentor ist fertig. Am Tag der offenen Tür hätten Sie die Möglichkeit gehabt, den Weg zu Fuß zu machen. Es ist auch die Tunnelröhre bis zum Praterstern fertig, und in wenigen Tagen wird dort ein Richtfest gefeiert, weil auch die Unterfangung der Schnellbahnbrücke, eine der schwierigsten Aufgaben in diesem Gebiet, fertig geworden ist. Das heißt also, daß das Grundnetz termingemäß fertig wird.

Wir werden im Laufe des Sommers 1980 die U 2 in Betrieb nehmen und werden bis Ende 1980

mit der U 4 bis Meidling kommen. Da wir 1981 nach Hütteldorf fahren werden, wird damit das Grundnetz, wie es beschlossen worden ist, in Betrieb gehen.

Wir haben — das ist richtig — einige Probleme bei der Verlängerung der U 1 nach Kagran, die sich aber auch wieder nicht auf dem U-Bahn-Sektor abspielen, sondern auf dem Sektor der Errichtung des IAKW, weil im Parkdeck von der Baukommission des IAKW Umplanungen vorgenommen worden sind und durch den Sitz der internationalen Organisationen eine neue Planung der Station vorzunehmen war. Aber auch hier ist es bereits gelungen, Verzögerungen aufzuholen. Wir sind durchaus der Ansicht, daß es gelingen wird, zum vorgegebenen Termin die Verlängerung der U 1 nach Kagran in Betrieb zu nehmen.

Sie sagten vorhin, Sie wollten gar nicht auf die Stationen der U 2 mit dem Doppeltriebwagen eingehen. Aus den Untersuchungen von Prof. Engel, die die Grundlage waren, sind die Stationen nach dem Verkehrsaufkommen der Linie U 2 festgelegt worden, weil die U 2 nicht das gleiche Verkehrs- und Personenaufkommen haben wird wie die U 1 beziehungsweise die U 4. Aus diesem Grund ist von Haus aus nur der Doppeltriebwagen auf der Linie U 2 geplant worden. Die Intervalle von 3, 5 und 7 1/2 Minuten werden für das Personen- und Platzangebot ausreichend sein. Das ist von Haus aus immer festgestanden. Sie können sich heute überzeugen, daß die Zweier-Linien schwächer besetzt sind. Hier wurde mit einer Zuwachsrates gerechnet, weil die U 2 stärker Personen anziehen wird, wie wir es bereits bei der U 4 und U 1 erleben, so daß diese Stationen dem auch entsprechen. (Ruf bei der ÖVP: Was ist mit dem Ring-Verkehr zur U 2 und U 4?) Wie die U 2/U 4 zu führen ist, auch darüber gibt es selbstverständlich Überlegungen, schon deshalb, weil wir derartige Pläne auch im Fahrplan berücksichtigt haben. Ich bin auch gerne bereit, daß wir uns dann darüber unterhalten.

Sie haben auch die Linien 68 A und 14 A am Reumannplatz erwähnt. (GR. Schneider: Der Herr Bürgermeister!) In welchem Zusammenhang, das ist egal. Ich darf feststellen, daß der Herr Bürgermeister und ich um 7 Uhr früh auf dem Reumannplatz waren und uns die Probleme, die dort entstanden sind, angesehen haben. Das hat auch gestern der Sprecher der Österreichischen Volkspartei vom 10. Bezirk, der sehr lange über den 10. Bezirk gesprochen hat, so daß ich bereits den Eindruck hatte, in einer Bezirksratssitzung zu sein, erwähnt. Es ist zweifellos richtig, und ich gebe unumwunden zu und möchte wiederholen, was gestern gesagt worden ist: Wenn irgend etwas passiert, das nicht in Ordnung und verbesserungswürdig ist, so werden wir es tun. Wir haben Neuland betreten mit der Anbindung neuer Autobuslinien, mit der Verlängerung der Linie 14 A und der Neueinführung der Linie 68 A. Die Situation bei der Endstation befriedigt nicht, darüber gibt es gar keinen Zweifel. Wir sind auch bereit, wenn es solche Mängel gibt, diese zu ändern, und werden auch daraus jetzt die Konsequenzen ziehen und die Linien 68 A und 14 A an das Verkehrsnetz anbinden.

Gestern hat Herr GR. Arthold gesagt, man soll bei der Wohnungsverbesserung nicht stur am Flächenwidmungsplan hängen, man soll also nicht stur sein und rechtzeitig Geld bereitstellen, wenn das auch nicht immer mit dem Flächenwidmungsplan übereinstimmt. Und im gleichen Atemzug hat er gesagt, daß man unbeweglich ist, sobald man eine Planung gemacht hat, daß man nicht bereit ist, sobald man Mängel erkennt, die Dinge zu verändern. Also einmal sagt er: „seid beweglich“, und dann sagt er: „ihr seid nicht beweglich“. (Zwischenruf des GR. Hahn.) Ich weiß, Herr GR. Hahn, Sie sind Spezialist im Straßenbahnfahren. (GR. Hahn: Wollen Sie mitfahren? Fragen Sie die Leute vom 43er, die schauen mich immer groß an!) So bekannt sind Sie? (GR. Hahn: Ja, mehr als Sie!)

Wir sind jedenfalls bereit, wenn Veränderungen nötig sind, wenn sich Verbesserungen ergeben können, diese durchzuführen, und werden das auch bei den Linien 68 A und 14 A tun, so daß es auf diesem Gebiet Verbesserungen geben wird.

Zum O-Wagen im 10., 20. und 2. Bezirk. Wir haben beim O-Wagen im 10. Bezirk zwei Situationen vorgefunden. Ein Teil der Bevölkerung, auch Geschäftsleute, haben verlangt, daß die Favoritenstraße als Fußgängerzone ohne jeglichen Verkehr bis zum Südtiroler Platz ausgestaltet wird, wobei gleichzeitig auch Teile des Columbusplatzes miteinbezogen werden sollten. Dort gibt es immer noch Schwierigkeiten, denn Firmen fürchten, in ihrer Existenz bedroht zu werden, weil sie keine Ausfahrt mehr haben und eine Umsituierung unmöglich ist.

Es hat aber noch eine zweite Gruppe der Bevölkerung gegeben, die verlangte, daß der O-Wagen wieder auf der Laxenburger Straße geführt wird, um dieses Gebiet verkehrsmäßig zu erschließen. Hier sind alle Möglichkeiten untersucht worden, und es werden auch noch einige Untersuchungen notwendig sein, weil die Führung der Fußgängerzone zum Südtiroler Platz gleichzeitig ein neues Einbahnsystem und eine neue Verkehrerschließung des Südtiroler Platzes nötig macht und schließlich durch die Entlüftung des U-Bahn-Bauwerkes umfangreiche Umplanungen notwendig werden, so daß man nicht von heute auf morgen Entscheidungen treffen kann.

Jetzt darf ich Ihnen mitteilen — weil Sie vom „Generalbevollmächtigten“ gesprochen haben —, daß es durchaus das Recht des Bürgermeisters ist, derartige Maßnahmen bekanntzugeben. Sie dürfen annehmen, daß der Herr Bürgermeister mit mir selbstverständlich Kontakt aufgenommen hat, weil es die Fahrpläne notwendig gemacht haben, neu zu erstellen, den Wagenpark neu zu installieren. Das wird ja nicht im Kaffeesud gemacht. Die Wagen sind ja inzwischen nicht am Zentralfriedhof gestanden, sondern sie waren eingesetzt. Es mußte umgruppiert werden, so daß der 11. Dezember natürlich geplant und vorbereitet war.

Ich freue mich aber in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, daß die Österreichische Volkspartei hier die Anregung gemacht hat, eine verkehrsarme Zone als Ausgleich in der unteren Favoritenstraße zu schaffen, obgleich die gleichen

Mandatare der Österreichischen Volkspartei gegen die verkehrsarme Zone in der Meidlinger Hauptstraße vehement Stellung genommen haben. Ich freue mich, daß das Beispiel bei der Meidlinger Hauptstraße nunmehr zum Gedankengut der Österreichischen Volkspartei im zehnten Bezirk geworden ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Schluß noch, meine Damen und Herren, die Bemerkung: Herr GR. Kreiner hat von einer alten ÖVP gesprochen. (GR. Ing. Kreiner: Der Gawlik!) Nein, Sie haben es gesagt, das war die alte ÖVP vor zwanzig Jahren, die das gefordert hat. Ich bitte, meine Damen und Herren, vielleicht ist das auch der Versuch, sich davon zu trennen, daß wahrscheinlich diese alte ÖVP es war, einschließlich der Wiener Bundesräte, die gegen den U-Bahn-Zuschuß für Wien im Parlament gestimmt haben. Wahrscheinlich soll es eine Distanzierung sein, und deshalb alte und neue ÖVP, um sich von den Versäumnissen zu distanzieren, ebenso wie seinerzeit Bundeskanzler Klaus, der damals abgelehnt hat, daß sich Wien um die Olympiade bewirbt und daß es dadurch noch rechtzeitig und frühzeitig zu einer U-Bahn gekommen wäre. Vielleicht ist das der Versuch, jetzt die alte und neue ÖVP darzustellen.

Ich darf Sie bitten, meine Damen und Herren, den vorgeschlagenen Ansätzen Ihre Zustimmung zu erteilen, weil wir auf Grund der Erfahrungen der jetzigen Frequenzsteigerungen durchaus Optimisten sind und glauben, daß mit dem neuen Zeitalter, das am 28. Februar begonnen hat, auch eine wesentliche Entlastung in unserer Stadt eintreten wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Mayerhofer: Ich danke dem Herrn amtsführenden Stadtrat.

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich erkläre daher die Debatte zu den Postnummern 1, 2 und 3 der Tagesordnung für geschlossen.

Der Berichterstatter, Herr amtsführender Stadtrat Mayr, hat das Schlußwort. Ich bitte ihn darum.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Hans Mayr: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir nunmehr zur abgeschlossenen Debatte noch einige wenige Bemerkungen.

Ich darf zunächst einmal eines mit Freude registrieren: daß in diesem Gemeinderat nun offensichtlich Einigung darüber herrscht, daß man Verwaltungsstrafsätze möglichst hoch ansetzen soll, um ein Durchgreifen der Verwaltung zu ermöglichen. Wir werden bei künftigen Veränderungen auf dem legislatischen Gebiet diese Meinung des Wiener Gemeinderates gerne berücksichtigen. Ich darf jene Damen und Herren, die bei den Beratungen über das Vergnügungssteuergesetz hinsichtlich der Strafsätze damals anderer Meinung waren, einladen, sich dieser Meinung nun anzuschließen.

Meine Damen und Herren! Ich habe auch sehr aufmerksam die Meinung des Wiener Gemeinderates und seiner Mitglieder über wirtschaftspolitische Maßnahmen verfolgt. Ich darf nur über zwei Problemkreise hier ein paar Sätze sagen. Das eine war die Expansion der Bankfilialen, die Herr GR. Hahn in seiner Einleitungsrede beanstandet hat. Ich stimme mit ihm weitgehend überein. Ich bewundere nur seine Disziplin, daß er lediglich die

Filialen von zwei Banken genannt hat. Die stärkste Expansion auf dem Kreditsektor und das Überschreiten weitgehender Kompetenzen als Selbsthilfeorganisation findet derzeit auf dem Raiffeisen-sektor statt. Ich bewundere ebenfalls die Disziplin, mit der man dort zur Kenntnis nimmt, daß sich die größte Handelskette Österreichs, größer als der so oft angegriffene Konsum, im Besitz der Raiffeisenorganisationen befindet, daß wir täglich im Radio die Einladung hören, in das Lagerhaus einkaufen gehen zu können. Ich kann diese Disziplin wirklich nur bewundern, mit der diese Entwicklung dort zur Kenntnis genommen wird und nicht einmal Ansätze einer Kritik daran geübt werden. Ich glaube, daß darin ein deutliches Zeichen einer großen Disziplin enthalten ist. (Zwischenruf des GR. Hahn.) Ich danke. Genau das wollte ich hören. Damit kann ich also schon Schluß machen. (GR. Dr. Hirnschall: Die Expansion aller haben Sie beziehungsweise der Finanzminister ermöglicht!) Das ist eine völlig andere Frage, wenn ich alles, was bisher auf diesem Sektor vorhanden war, dann ganz einfach umwandeln kann in eine Bankfiliale, wie es besonders auf dem Gebiet des Raiffeisen-sektors der Fall ist. Wenn ich jetzt die Zahl aus dem Gedächtnis sage, dann bin ich nicht ganz sicher, ob es 1.200 oder 2.000 Filialen sind, die hier aktiviert worden sind. (Ruf bei der SPÖ: Es sind 2.000!) Es sind also 2.000. 1.200 waren es bestimmt, aber es sind also doch 2.000. Es ist keinerlei Vergleich damit, wenn eine BAWAG etwa mit Stolz verkündet, daß sie sechs oder sieben Filialen neu installieren konnte. Ich teile den Stolz der BAWAG, damit wir uns nicht mißverstehen. Aber ich bin der Meinung, daß es eine falsche Politik wäre, auf der einen Seite Einbrüche zuzulassen, wobei eine Selbsthilfeorganisation mit gutem Zweck und gutem Grund nunmehr für völlig andere Aufgaben umfunktioniert wird. Das kann halt auch nicht unwidersprochen bleiben.

Ich glaube, daß wir einen zweiten sehr wesentlichen Aspekt in wirtschaftspolitischer Hinsicht in diesen Tagen einige Male von einigen Rednern gehört haben. Das war die Frage der Hartwährungspolitik in Österreich. Ich darf hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie bitten, nicht nur das Schlagwort der Hartwährungspolitik je nachdem zu verteidigen oder zu kritisieren, sondern eine kurze und ganz nüchterne wirtschaftliche Überlegung anzustellen, was das in Wirklichkeit bedeutet. Wenn die Währungsrelationen so sind, daß der Schilling angeblich oder wirklich überbewertet ist, dann heißt das — das soll man bitte aussprechen —, daß unsere Betriebe zu Kosten produzieren, die im Vergleich mit dem Wechselkurs anderer Länder nicht konkurrenzfähig sind. Das kann ich, aber nur sehr kurzfristig, über die Währungspolitik regeln. In Wirklichkeit muß ich die Kostenstruktur verändern. Wenn ich dazu nicht bereit bin, dann ist eine Veränderung der Währungskurse lediglich eine kurzfristige Freude, weil ja über Importe auf der einen Seite und Exporte auf der anderen Seite sehr rasch ein Ausgleich herbeigeführt wird. Bin ich dann immer noch nicht bereit, die Kostenstruktur der Betriebe zu verändern,

dann erleben wir eine englische oder italienische Entwicklung, aber nicht mehr. Ich stimme mit Ihnen überein. Das gilt bitte nicht für den Dollarraum, weil der Dollar eine völlige Sonderentwicklung genommen hat, aber das gilt für alle Währungsparitäten außerhalb des Dollarraumes. Ich glaube, das sollte man, abgesehen von polemischen Bemerkungen, durchaus einmal aussprechen, weil es ja bei der Struktur unseres Exportes ein sehr wesentliches Element darstellt, daß unsere Währungsrelationen stimmen und daß wir mit diesen Währungsrelationen auch tatsächlich in der Lage sind, auf den internationalen Märkten zu reüssieren. Ich bin daher sehr dankbar, daß mir die Gelegenheit zu diesen paar kurzen und trockenen Bemerkungen gegeben wurde. Ich bitte, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir den Versuch machen, hinter den Schlagworten die wirtschaftliche Realität zu sehen. Denn eine Symptomkur würde uns gerade in diesen Fällen nicht helfen, sondern die Probleme nur verschieben, und das nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern das bedeutet meistens auch, daß sie größer und schwerer bewältigbar werden.

Meine Damen und Herren! Das wollte ich noch zu der Budgetdebatte der vergangenen Tage sagen, und damit komme ich schon zur Behandlung der Anträge. Ich bitte die beiden Oppositionsfractionen um die Zustimmung, daß es mir bei den Abänderungsanträgen ermöglicht wird, nicht jeden einzelnen zu referieren. Ich glaube, sie sind im Zuge der Debatte ausführlich diskutiert worden. Ich bitte also um Genehmigung, sie aus zeitökonomischen Gründen zusammenfassen zu dürfen.

Im Verlauf dieser Budgetdebatte sind insgesamt 44 Anträge gestellt worden. 27 dieser Anträge haben sich mit Abänderungen zum Budget befaßt. Ich bitte Sie, den Argumenten, die im Zuge dieser Diskussion vorgebracht worden sind, zu entnehmen, daß wir aufgrund der Bemühungen der Verwaltung und der amtsführenden Stadträte bei der Erstellung dieses Budgets durchaus der Meinung sind, eine bestmögliche Lösung in diesem Budget gefunden zu haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie daher bitten, die 27 Anträge, die sich mit einer Abänderung der Budgetansätze beschäftigen, nicht anzunehmen, sondern sie abzulehnen. (StR. Neusser: Außerdem haben wir überall die Zuweisung an den Ausschuss verlangt!) Herr StR. Neusser, es betraf die Abänderungsanträge, da gibt es diese Zuweisung nicht. Es handelt sich ja um Abänderungsanträge zu dem heute zu beschließenden Budget.

Sie haben in 17 Fällen Beschlusanträge gestellt. Von diesen 17 Anträgen ist es mir bei 15 möglich, eine Zuweisung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen. Ich hoffe, wir sind nun einer Meinung. Nur bei zwei von diesen 17 Anträgen — ich darf diese zwei erläutern — muß ich die Ablehnung empfehlen.

Zunächst zum Beschlusantrag der ÖVP-GR. Dr. Marilies Flemming, Gertrude Härtel und Karl Daller, betreffend die Volksbefragung über den Standort der sogenannten Traisenbrücke. (VBgm. Dr. Busek: Wie ist das mit den Instrumenten der

direkten Demokratie?) Ich bekenne mich sehr nachdrücklich zu den Instrumenten der direkten Demokratie. Ich bekenne mich aber ebenso nachdrücklich dazu, daß übergeordnete Verkehrslösungen nicht im Wege einer Volksbefragung gelöst werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben leider Fälle erlebt — und ich stehe gar nicht an zu sagen: auch in meiner eigenen Partei und in meinem eigenen Bezirk —, wo bei Diskussionen über die Beschleunigung einer Straßenbahnlinie mir Bezirksräte gesagt haben, das können wir nicht machen, hier können wir keine Linksabbiegeverbote erlassen, denn da fahre ich jeden Tag durch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube sehr wohl, daß jene Dinge mit den Instrumenten der direkten Demokratie lösbar sind, die ein bestimmtes Teilgebiet der Stadt betreffen und wo die Lösung keine Beeinträchtigung und Auswirkung über dieses bestimmte Teilgebiet hinaus hat. Das ist bei einer Donaubrücke gewiß nicht der Fall. (VBgm. Dr. Busek: Die Volksbefragung umfaßt ja die Lage! Sie verkennen die Fragestellung!) Ich verkenne die Fragestellung absolut nicht. Genau diese Frage wird von einem großen Teil der Wiener sicherlich mit ja beantwortet. Nur die Frage der Lage wird ebenso und aus durchaus einsichtigen Gründen — daraus ist niemandem ein Vorwurf zu machen — damit beantwortet: Ja, aber nicht bei mir, sondern daneben. Das ist eine sehr ernsthafte Frage.

Ich bedaure, daß man diese ernsthafte Frage einer grundsätzlichen Festlegung von Trassenführungen von Straßen und Brücken hier zu einer Polemik benutzt. (GR. Hahn: Der Bezirksvorsteher der Brigittenau sagt fast dasselbe wie wir!) Diese Polemik ist gerade in dieser Frage nicht gerechtfertigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der zweite Beschlusantrag, den ich ebenfalls zur Ablehnung empfehlen muß, ist der Antrag der ÖVP-GR. Dr. Heinz Wöber und Josef Hoffmann, der folgendermaßen lautet:

„Der Wiener Gemeinderat möge gemäß § 60 der Wiener Stadtverfassung eine Kommission einsetzen, der auch unabhängige Fachleute angehören, die Vorschläge für eine wirksame Rationalisierung der Stadtverwaltung und ein Sparprogramm zur Verringerung der Ausgaben ausarbeitet.“ (StR. Neusser: Was gefällt Ihnen daran nicht?)

Ich bin schon dabei, es zu sagen. Wenn Sie einige wenige Minuten Ihre Ungeduld zügeln, werden Sie es erfahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß hinter diesem Beschlusantrag deutlich eine ganz bestimmte Geisteshaltung erkennbar ist, nämlich jene, daß unsere eigene Verwaltung, die Menschen, die Beamten, die dahinterstehen, den Problemen nicht gewachsen sind. (StR. Neusser: Das ist Ihre Interpretation! — StR. Dr. Goller: Reden Sie sich nicht auf die Beamten aus, wenn Sie die Fehler machen! Die Beamten sind weisungsgebunden!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß meine Empfehlung auf Ablehnung auch in diesem Fall gerechtfertigt ist, und ich

sehe an den Äußerungen, daß die von mir genannten Hintergründe durchaus richtig skizziert worden sind. (StR. Dr. Goller: Nein, die sind nicht richtig!) Es ist also durchaus richtig, die Ablehnung dieses Antrages zu empfehlen. (GR. Zörner: Wie der Schelm ist, so denkt er! — GR. Gawlik: Ein wahres Wort, ich werde Sie daran erinnern!) Ich danke dem Herrn GR. Gawlik und habe mir diese Erinnerung für einige der zukünftigen Debatten ebenfalls vorgenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf noch einmal auf die von mir bei Beginn der Debatte gestellten Anträge hinsichtlich der Beschlußfassung über den Entwurf des Voranschlages 1979, hinsichtlich der Erinnerungen und hinsichtlich des Gebührenspiegels zurückkommen und Sie bitten, den von mir gestellten Anträgen die Zustimmung zu erteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke auch für das Schlußwort.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zuerst über die Postnummer 1, das ist der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1979.

Ich werde zunächst die Abstimmung über die eingebrachten Gegen- und Abänderungsanträge zum Entwurf des Voranschlages vornehmen, mit Ausnahme jenes Abänderungsantrages, der zu Punkt 8 des gedruckten Voranschlagsentwurfes eingebracht worden ist. Diesen Antrag werde ich vor der Abstimmung des Punktes 8 zur Abstimmung bringen.

Sodann folgt die Abstimmung über den auf den Seiten XVII und XVIII des gedruckten Voranschlagsentwurfes abgedruckten Antrag, und zwar punktweise, und im Anschluß daran die Abstimmung über die eingebrachten Beschluß- und Resolutionsanträge.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die eingebrachten Gegen- oder Abänderungsanträge.

Der Abänderungsantrag der GRe. Dr. Hirnschall, Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz betrifft den Ansatz der Post 38 der Rubrik 101, Verwaltungskostenbeiträge für die Inanspruchnahme von Dienstkraftwagen. Dieser Ansatz soll um 2,5 Millionen Schilling herabgesetzt werden. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Abänderungsantrages. (GR. Dr. Hirnschall: Hört! Hört!)

Wer für den Abänderungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Der nächste Abänderungsantrag stammt ebenfalls von den GRen. Dr. Hirnschall, Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz. Der Ansatz der Post 38 der Rubrik 102, Verwaltungskostenbeiträge für die Inanspruchnahme von Dienstkraftwagen, soll um 3 Millionen Schilling herabgesetzt werden. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Abänderungsantrages.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Abänderungsantrag sind, um ein Zeichen mit der Hand. — Danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Der nächste Antrag stammt von den GRen. Dkfm. Bauer, Dr. Hirnschall und Dipl.-Ing. Dr.

Pawkowicz. Der Ansatz der Ausgabenpost 42 der Rubrik 215, Information, soll auf 15 Millionen Schilling herabgesetzt werden. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Abänderungsantrages.

Wer für den Abänderungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Der nächste Abänderungsantrag stammt von den GRen. Dkfm. Bauer, Dr. Hirnschall und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz. Demzufolge soll der Ausgabenansatz Post 35 der Rubrik 221 umbenannt werden von derzeit „Geschäfte der Bezirksvorsteher“ auf „Geschäfte der Bezirksvertretungen und der Bezirksvorsteher“ und um 5 Millionen auf 10 Millionen Schilling erhöht werden. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Abänderungsantrages.

Ich bitte jene Mitglieder des Gemeinderates, die dem Abänderungsantrag die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Abänderungsantrag ist abgelehnt.

Die GRe. Hahn und Dkfm. Ammann haben einen Abänderungsantrag eingebracht, betreffend die Erlassung der Gebrauchsgebühren für die Wiener Stadtwerke — Gaswerke. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Abänderungsantrag sind, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Der nächste Abänderungsantrag wurde eingebracht von den GRen. Dr. Hirnschall, Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz und Dkfm. Bauer. Im Sinne dieses Antrages soll die Ausgabenpost 55 der Rubrik 311, Ankauf von Wertpapieren und Wertgegenständen, gestrichen werden. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages.

Wer für den Abänderungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Der nächste Abänderungsantrag wurde eingebracht von den GRen. Hahn und Pelzelmayer. In diesem Abänderungsantrag wird vorgeschlagen, den Ausgabenansatz Post 316/35, Wirtschaftsförderung, von 26,4 Millionen auf 90 Millionen zu erhöhen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Abänderungsantrages.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Abänderungsantrag sind, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Dr. Hirnschall, Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz haben einen Antrag eingebracht, demzufolge der Ausgabenansatz Post 52 der Rubrik 317 um 58 Millionen Schilling auf 654 Millionen Schilling erhöht werden soll. Dieser Antrag betrifft den Hochwasserschutz. — Der Herr Berichterstatter hat die Ablehnung dieses Antrages empfohlen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Hahn, Gertrude Härtel und Haubenburger haben einen Abänderungsantrag eingebracht, demzufolge der Ausgabenansatz der Post 317/52, Verbesselter Hochwasserschutz, auf 627 Millionen Schilling erhöht werden soll. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Abänderungsantrages.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Dr. Hirnschall, Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz haben einen Abänderungsantrag eingebracht, demzufolge der Ansatz der Post 37 der Rubrik 321, Verschiedene Finanzangelegenheiten, Reserve für unvorhergesehene Ausgaben, von 700 Millionen Schilling auf 390,5 Millionen Schilling herabgesetzt werden soll. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Abänderungsantrages.

Wer für den Abänderungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Der nächste Abänderungsantrag stammt von den GRen. Dr. Hirnschall, Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz. Der Titel der Post 41 der Rubrik 321 ist auf „Förderung aus dem Ertragnis der Parkometerabgabe, der Abgabe nach dem Wiener Garagensgesetz sowie der Verwaltungsstrafen“ umzubenennen und der Ausgabenansatz um 25 Millionen Schilling auf 50 Millionen Schilling zu erhöhen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung.

Wer für den Abänderungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Der nächste Abänderungsantrag wurde eingebracht von den GRen. Dr. Hirnschall, Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz. Diesem Antrag zufolge soll die Anzahl der Dienstkraftfahrzeuge der Kategorie III auf 12 reduziert werden. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Der nächste Abänderungsantrag wurde eingebracht von den GRen. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz, Dr. Hirnschall und Dkfm. Bauer. Im Sinne dieses Abänderungsantrages soll innerhalb der Post 57 der Rubrik 823, Grundstücksangelegenheiten, unter Position a) „Grunderwerbungen und -freimachungen“ und unter Position b) „Grünlandfonds“ neu eröffnet werden, wobei der vorgesehene Ausgabenansatz aufzuteilen wäre, und zwar zu a) Grunderwerbungen und -freimachungen 320,93 Millionen Schilling und zu b) Grünlandfonds 50 Millionen Schilling. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Abänderungsantrages.

Wer für den Abänderungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. — Ich danke. Das

ist die Minderheit. Dieser Abänderungsantrag ist abgelehnt.

Die GRe. Dipl.-Ing. DDr. Strunz und Dr. Goller haben einen Antrag eingebracht, die Rubrik 823/57, Grunderwerbungen und -freimachungen, zu ändern und wie folgt aufzuteilen: in a) Grunderwerbungen und Grundfreimachungen 320,93 Millionen Schilling und in b) Grünlandfonds mit 50 Millionen Schilling. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Hahn, Dkfm. Dr. Ebert und Prochaska haben einen Antrag eingebracht, den Ausgabenansatz der Post 812/51, Städtische Wohnhäuser, Bauliche Herstellungen, um 20 Millionen Schilling zu erhöhen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Hahn, Ing. Kreiner und Maria Hampel-Fuchs haben einen Antrag eingebracht, eine Ausgabenrubrik 811/34 a, Wiener Wohnhauserneuerungsfonds, mit einem Ansatz von 100 Millionen Schilling neu zu eröffnen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Hahn und Dr. Krasser haben einen Antrag eingebracht, den Ausgabenansatz der Post 801/30, Ersatzvornahmen im Zuge von Bauaufträgen, um 16 Millionen Schilling auf 20 Millionen Schilling zu erhöhen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die mit dem Antrag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Abänderungsantrag ist abgelehnt.

Die GRe. Dr. Hirnschall, Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz haben beantragt, den Ausgabenansatz Post 51 der Rubrik 527, Pflegeheime, um 50 Millionen Schilling zu erhöhen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Lehner, Professor Bittner und Daller haben einen Antrag eingebracht, den Ausgabenansatz der Post 525/51, Krankenanstaltenversorgungsbereich II Ost, um 41 Millionen Schilling zu erhöhen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für diesen Antrag sind, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Dr. Hirnschall, Dkfm. Bauer und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz haben einen Abänderungsantrag eingebracht, den Ausgabenansatz Post 51 der Rubrik 525, Krankenanstaltenversor-

gungsbereich II Ost, um 80 Millionen Schilling zu erhöhen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung.

Wer für den Abänderungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Dkfm. Bauer, Dr. Hirnschall und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz haben beantragt, den Ausgabenansatz Post 41 der Rubrik 406, Förderung aus dem Ertragnis des Kulturschillings, von 43,2 Millionen Schilling auf 57,6 Millionen Schilling zu erhöhen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages.

Wer für den Abänderungsantrag ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Professor Bittner und Professor Zörner haben einen Antrag eingebracht, den Ausgabenansatz Post 401/41, Förderungszuschüsse, um 14,4 Millionen auf 15,5 Millionen Schilling zu reduzieren und gleichzeitig die Post 406/41, Förderung aus dem Kulturschilling, um den Betrag von 14,4 Millionen Schilling zu erhöhen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Abänderungsantrages.

Wer für den Abänderungsantrag ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Dkfm. Bauer, Dr. Hirnschall und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz haben beantragt, den Ausgabenansatz der Post 41 der Rubrik 401 von 29,9 Millionen Schilling um den Betrag von 14,4 Millionen Schilling zu kürzen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages.

Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Mag. Kauer und Schneider haben einen Antrag eingebracht, den Ausgabenansatz der Post 223/51, Bauliche Herstellungen für Feuerwehr und Katastropheneinsatz, um 10 Millionen Schilling zu erhöhen, weiters den Ansatz der Post 223/54, Inventaranschaffungen für Feuerwehr und Katastropheneinsatz, um 5 Millionen Schilling zu erhöhen und die Mehrausgaben durch eine Reduzierung des Ausgabenansatzes der Post 215/28 zu bedecken. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages.

Wer für den Abänderungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Dkfm. Bauer, Dr. Hirnschall und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz haben beantragt, den Ausgabenansatz der Post 52 der Rubrik 1001, U-Bahn-Bau, Bauliche Herstellungen, um 320 Millionen Schilling zu erhöhen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages.

Wer für den Abänderungsantrag ist, wird um ein Zeichen mit der Hand gebeten. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GRe. Ing. Kreiner und Dkfm. Ammann haben einen Antrag eingebracht, den Ausgabenansatz der Post 1001/52, U-Bahn-Bau, um 30 Millio-

nen Schilling zu erhöhen, den Ausgabenansatz 313/31, Weitergabe von Darlehen, um 170 Millionen Schilling zu erhöhen und die Mehrausgaben durch eine Entnahme von 200 Millionen Schilling aus der Sonderrücklage für den U-Bahn-Bau zu bedecken. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages.

Wer für den Abänderungsantrag ist, wird um ein Zeichen mit der Hand gebeten. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Wir können jetzt zu dem Antrag, der im gedruckten Voranschlagsentwurf auf den Seiten XVII und XVIII abgedruckt ist und über den ich punktweise abstimmen lassen werde.

Punkt 1 betrifft den Voranschlag mit seinen Einnahmen und Ausgaben sowie den Gebarungsabgang.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Punkt 1 zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist die Mehrheit und angenommen.

Punkt 2 betrifft die Deckung beziehungsweise Finanzierung eines Gebarungsabganges.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Punkt 2 zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Punkt 3 betrifft die Auslaufrfrist für die Verrechnung von Einnahmen und Ausgaben.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Punkt 3 zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Punkt 4 betrifft den Dienstpostenplan.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Punkt 4 zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Punkt 5 betrifft den Systemisierungsplan für Kraftfahrzeuge.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Punkt 5 zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Mehrheit angenommen.

Punkt 6 beinhaltet die Deckungsfähigkeit der Ausgabenposten 10, 11, 14, 15, 16 und 19.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Punkt 6 zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Punkt 7 betrifft Virements und Widmungsänderungen hinsichtlich der im Investitionsausweis verzeichneten Teilbeträge.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Punkt 7 zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Punkt 8 enthält die Ermächtigung des amtsführenden Stadtrates für Finanzen und Wirtschaft, Kredite bis zu 15 Prozent zu sperren.

Hier liegt ein Abänderungsantrag der GRe. Dkfm. Dr. Wöber und Hahn vor, der folgendermaßen lautet:

„Auf Vorschlag des amtsführenden Stadtrates für Finanzen und Wirtschaft können die Ermessenskredite entsprechend den Erfordernissen der jeweiligen Konjunkturlage und unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit durch Beschluß des zuständigen Ressortausschusses bei nachste-

henden Posten bis zum Ausmaß von 15 Prozent gesperrt werden:

- Post 20, Erhaltung der baulichen Anlagen,
- Post 22, Inventarerhaltung,
- Post 30, Subventionen und Beiträge,
- Post 51, Bauliche Herstellungen — Hochbau,
- Post 52, Bauliche Herstellungen — Tiefbau,
- Post 54, Inventaranschaffungen.

Die Berichterstattung darüber im Stadtsenat und Gemeinderat hat analog den Bestimmungen über die Vorlage der periodischen Berichte (Zusammenstellung von Zuschußkrediten) zu erfolgen.“

Der Herr Berichterstatter empfiehlt, diesen Änderungsantrag abzulehnen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Änderungsantrag die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

Ich bitte nun jene Damen und Herren, die dem Punkt 8 in jener Fassung die Zustimmung geben wollen, in der Sie ihn auf der Seite XVIII vorfinden, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die eingebrachten Beschluß- und Resolutionsanträge.

Ein Beschlußantrag der GRe. Prof. Bittner und Prochaska betrifft Maßnahmen zur sparsameren und zweckmäßigeren Vergabe von Förderungsbeziehungsweise Subventionsmitteln. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung an die Gemeinderatsausschüsse für Personal und Sport, Inneres und Bürgerservice, Finanzen und Wirtschaft, Kultur, Jugend und Bildung sowie für Gesundheit und Soziales. Wer mit dieser Zuweisung einverstanden ist, wird um ein Zeichen mit der Hand gebeten. — Ich danke. Das ist einstimmig so geschehen.

Ein Beschlußantrag der GRe. Dkfm. Bauer, Dr. Hirnschall und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz betrifft die Einrichtung des Bildhauerateliers in der Rustenschacherallee 2—4 als Akademie-Atelier. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß für Kultur, Jugend und Bildung. Wer mit der Zuweisung einverstanden ist, wird um ein Handzeichen gebeten. — Danke. Das ist einstimmig so beschlossen.

Die GRe. Dkfm. Bauer, Dr. Hirnschall und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz haben einen Beschlußantrag eingebracht, demzufolge eine organisatorische Eingliederung der Bezirksmuseen in das Historische Museum der Stadt Wien erfolgen soll. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß für Kultur, Jugend und Bildung. Wer mit der Zuweisung einverstanden ist, wird um ein Zeichen mit der Hand gebeten. — Ich danke. Das ist einstimmig so beschlossen.

Die GRe. Dkfm. Bauer, Dr. Hirnschall und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz haben einen Beschlußantrag eingebracht, betreffend Öffnungszeiten der im Einflußbereich der Stadt Wien stehenden Museen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuß für Kultur, Jugend und Bildung. Wer mit

dieser Zuweisung einverstanden ist, wird um ein Zeichen mit der Hand gebeten. — Ich danke. Diese Zuweisung ist einstimmig beschlossen.

Die GRe. Gertrude Härtel und Lehner haben einen Antrag eingebracht, betreffend die Einführung von Sozialräten. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales. Wer mit dieser Zuweisung einverstanden ist, wird um ein Zeichen mit der Hand gebeten. — Ich danke. Das ist einstimmig beschlossen.

Die GRe. Dr. Ebert und Dr. Mauthe haben einen Antrag eingebracht, betreffend Vergabe der renovierten Wohnungen im Assanierungsgebiet Spittelberg als Eigentumswohnungen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung dieses Beschlußantrages an den Gemeinderatsausschuß für Wohnen. Ich bitte jene Damen und Herren, die der Zuweisung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Danke. Das ist einstimmig so beschlossen.

Die GRe. Dipl.-Ing. Dr. Strunz und Dr. Krasser haben einen Antrag eingebracht, betreffend Messungen von Bleikonzentrationen und krebserregenden Substanzen in stark befahrenen Straßenzügen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung dieses Beschlußantrages an den Gemeinderatsausschuß für Inneres und Bürgerservice. Ich bitte jene Damen und Herren, die der Zuweisung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Danke. Das ist einstimmig angenommen.

Die GRe. Dr. Krasser und Dr. Peter Mayr haben einen Beschlußantrag eingebracht, betreffend die Vollstreckung von Vorauszahlungsbescheiden bei Ersatzvornahmen. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung dieses Antrages an die Gemeinderatsausschüsse für Inneres und Bürgerservice, für Stadtplanung und für Wohnen. Wer mit der Zuweisung einverstanden ist, wird um ein Handzeichen gebeten. — Danke. Das ist einstimmig beschlossen.

Die GRe. Hahn, Dr. Maria Schaumayer und Dkfm. Dr. Wöber haben einen Beschlußantrag eingebracht, betreffend Maßnahmen zur Förderung der Wiener Arbeitsplätze. — Es wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaft empfohlen. Wer mit der Zuweisung einverstanden ist, wird um ein Zeichen mit der Hand gebeten. — Ich danke. Die Zuweisung ist einstimmig beschlossen.

Die GRe. Prof. Bittner und Prochaska haben einen Beschlußantrag eingebracht, betreffend Maßnahmen für Jugendherbergen in Wien. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß für Kultur, Jugend und Bildung. Wer mit dieser Zuweisung einverstanden ist, wird um ein Zeichen mit der Hand gebeten. — Danke. Die Zuweisung erfolgt einstimmig.

Die GRe. Prof. Zörner und Arthold haben einen Beschlußantrag eingebracht, betreffend Schaffung von Diensttiteln für die bei der Magistratsabteilung 56 beschäftigten Lehrer. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß für Personal und Sport. Wer mit der Zuweisung einverstanden ist, wird um ein Zei-

chen mit der Hand gebeten. — Danke. Dieser Antrag wird zugewiesen.

Die GR. Prof. Zörner und Traindl haben einen Beschlusantrag eingebracht, der die Schaffung einer Ausgleichszulage für den Sanitätsdienst bei Leistung C-wertiger Arbeiten zum Ziel hat. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß für Personal und Sport. Wer mit der Zuweisung einverstanden ist, wird um ein Handzeichen gebeten. — Ich danke. Die Zuweisung ist einstimmig beschlossen.

Die GR. Arthold und Prof. Bittner haben einen Beschlusantrag eingebracht, betreffend Fertigstellung des Sportstättenkonzeptes. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß für Personal und Sport. Ich bitte, wer damit einverstanden ist, die Hand zu heben. — Ich danke. Das ist einstimmig zugewiesen.

Die GR. Dipl.-Ing. Dr. Strunz und Maria Hampel-Fuchs haben einen Beschlusantrag eingebracht, betreffend sofortige Untersuchung der Abgase der Wiener Müllverbrennungsanlagen Spittelau und Flötzersteig und Einbau von Abgasreinigungsanlagen. — Es wird die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß für städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz empfohlen. Wer mit der Zuweisung einverstanden ist, wird um ein Zeichen mit der Hand gebeten. — Ich danke. Die Zuweisung ist einstimmig beschlossen.

Die GR. Dipl.-Ing. Strunz und Maria Hampel-Fuchs haben einen Beschlusantrag eingebracht, betreffend die Erstellung eines Trinkwasserkonzeptes für Wien. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß für städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz. Wer mit dieser Zuweisung einverstanden ist, wird um ein Zeichen mit der Hand gebeten. — Danke. Die Zuweisung ist einstimmig erfolgt.

Die GR. Dr. Marilies Flemming, Gertrude Härtel und Daller haben einen Beschlusantrag eingebracht, betreffend Durchführung einer Volksbefragung über den Standort der Traisenbrücke (Brigittenauer Brücke). — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Beschlusses. Wer für den Beschlusantrag ist, wird um ein Zeichen mit der Hand gebeten. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Die GR. Dkfm. Dr. Wöber und Hoffmann haben einen Beschlusantrag eingebracht, betreffend Einsetzung einer Einsparungskommission. — Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Beschlusses. Wer für diesen Antrag ist, wird um ein Zeichen mit der Hand gebeten. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Der Herr Berichterstatter hat den Antrag gestellt, die von Gemeindemitgliedern eingebrachten Erinnerungen zum Voranschlagsentwurf den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Erledigung zuzuweisen. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig beschlossen.

Damit, meine Damen und Herren, ist der Vor-

anschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1979 beschlossen, und wir kommen zur Abstimmung über die Postnummer 2 der Tagesordnung. Sie betrifft die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten durch den Gemeinderat. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Postnummer 3 der Tagesordnung betrifft den Finanz- und Investitionsplan 1979—1983. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters, den Finanz- und Investitionsplan 1979—1983 zur Kenntnis zu nehmen, zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 4 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Feststellung der Wertgrenzen für das Jahr 1979. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GR. Friederike Seidl, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR. Friederike Seidl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Gemäß § 88 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung hat der Gemeinderat gleichzeitig mit der Beschlußfassung über den Voranschlag mit Verordnung die Wertgrenzen in Schillingbeträgen für das folgende Verwaltungsjahr festzustellen. Der Voranschlag für das Jahr 1979 wurde gerade genehmigt. Es können daher mit Hilfe des Ausgangswertes des § 88 Abs. 1 lit. e Wiener Stadtverfassung alle sich für das Jahr 1979 ergebenden Wertgrenzen errechnet werden.

Die Wertgrenzen auf Grund der Wiener Stadtverfassung — einschließlich der besonderen Wertgrenzen für die Unternehmungen der Betriebe der Stadt Wien — sind aus dem beiliegenden Verordnungsentwurf, und zwar Beilage 151/1978, ersichtlich.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle die beiliegende Verordnung, betreffend die Feststellung der Wertgrenzen für das Jahr 1979, beschließen.

Vorsitzender GR. Mayerhofer: Ich danke für die Berichterstattung.

Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 5 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1979.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn amtsführenden Stadtrat Nekula, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Nekula: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das finanzielle Geschehen bei den Wiener Stadtwerken wird auch im Jahre 1979 wieder in hohem Maße vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umland abhängig sein. Einerseits ist die Entwicklung der weltwirtschaftlich bedingten Primärenergiepreise äußerst labil, andererseits wird das

Kostengefüge der Wiener Stadtwerke auch durch den wachsenden Personalaufwand und durch die Fremdkapitalzinsen negativ beeinflusst. Gleichzeitig sind die Wiener Stadtwerke aber verhalten, dem Ausbau ihrer Anlagen — sei es auf dem Energiesektor, sei es auf dem Nahverkehrssektor — größtes Augenmerk zuzuwenden, da plötzlich hereinbrechende Verknappungen auf dem Rohölsektor mit schärfsten Rückwirkungen auf die Energieversorgung und den öffentlichen Verkehr in Wien verbunden wären.

Außerdem stellen die Investitionen der Wiener Stadtwerke, die zu den größten Unternehmen Österreichs zählen, einen sehr bedeutenden Impuls für unsere Wirtschaft dar, dessen Wichtigkeit vor allem dann bewußt wird, wenn man sich vor Augen hält, daß es derzeit in den OECD-Staaten insgesamt rund 16 Millionen Arbeitslose gibt. 1979 beabsichtigen die Wiener Stadtwerke Investitionen von rund 3,3 Milliarden Schilling, um einerseits die Anlagen, welche der Fortleitung und Verteilung der Energie dienen, zu finanzieren, und andererseits auch bei den Verkehrsbetrieben attraktivitätserhöhende Maßnahmen zu setzen.

Trotz der äußerst dringenden Notwendigkeit dieser Maßnahmen, die in ihrer Vielfalt den Bürgern unserer Stadt meist gar nicht bewußt werden, können rund 586 Millionen Schilling oder 17,6 Prozent des gesamten Investitionsvolumens vorderhand mangels Bedeckung nicht realisiert werden.

Obwohl bei den Wiener Stadtwerken ein sehr hoher Kapitalbedarf gegeben ist, muß die Erhaltung der notwendigen Eigenkapitalausstattung ein wichtiges wirtschaftliches Anliegen bleiben. Nur so können Liquiditätsprobleme und eine Verstärkung der Verschuldung verhindert werden. Es sind deshalb kostendeckende Tarife und, da dies für den Gesamtbereich der Wiener Stadtwerke nicht überall möglich ist, auch immer wieder Kapitalzuführung seitens der Trägerkörperschaft notwendig.

Obgleich auch im Planjahr wieder verschiedene finanzielle Entlastungsaktionen zugunsten der Verkehrsbetriebe in der Höhe von insgesamt 2 Milliarden Schilling gesetzt werden, die eine noch größere Überfremdung der Kapitalstruktur dieser Unternehmung verhindern sollen, so müssen die Wiener Stadtwerke als Gesamtunternehmung trotzdem zusätzlich mit Fremdkapital im Betrage von 2,6 Milliarden Schilling ausgestattet werden.

Im Hinblick auf diese Situation sind auch Gespräche zwischen der Generaldirektion und der Finanzverwaltung angelaufen, um die finanzielle Situation durch Hilfestellung des Eigentümers zu verbessern.

Bei den Gaswerken ist außerdem wegen der laufenden Kostensteigerungen ein Stillhalten auf dem Tarifsektor nicht mehr möglich. Die Gaswerke haben die erhöhten Einstandspreise für Erdgas im Jahre 1978 nicht überwälzt. Dieser Zustand ist aber auf die Dauer nicht haltbar. Von den bei den Gaswerken im Jahre 1979 notwendigen Investitionen könnten aus Geldmangel tatsächlich nur 30 Prozent durchgeführt werden, so daß es sich als notwendig erwiesen hat, einen Preisantrag zu stellen, der per

1. Jänner 1979 eine Erhöhung des Gastarifes von durchschnittlich 7,1 Prozent vorsieht.

Wenn auch erkannt wurde, daß zwischen den Wirtschaftswachstumsraten und den dazu notwendigen Energiemengen kein eindeutiger linearer Zusammenhang besteht, so ist es doch unbestritten, daß die Zunahme des Güter- und Leistungsvolumens zwangsläufig mit steigendem Energiebedarf verbunden ist. Soll nun auch für die Zukunft eine Erhaltung und Steigerung des Wohlstandes gewährleistet werden, so ist es unbedingt notwendig, die dafür benötigten Energiemengen und die Anlagen für ihre Erzeugung und Verteilung bereitzustellen.

In diesem Sinn und angesichts der Entscheidung des österreichischen Volkes bezüglich der Nutzung der Kernenergie sind die Investitionen der E-Werke in den kommenden Jahren von ganz besonderer Bedeutung. Der Gewährleistung einer preiswerten, ausreichenden und sicheren Energieversorgung wird nun, soweit es in den Händen der Wiener Stadtstärke liegt, absolute Priorität zukommen müssen.

Eine weltweite Energie- und vor allem eine Mineralölverknappung ist nun nicht mehr nur eine Vision ferner Zukunft. Die Möglichkeit plötzlicher Rohenergieengpässe wird von Jahr zu Jahr deutlicher. Deshalb ist der Vorratspolitik erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Für kurzfristige Krisenfälle, die angesichts der labilen weltpolitischen Lage tagtäglich ausbrechen können, haben die Wiener Stadtwerke bereits weitgehend vorgesorgt: So bestehen für die Stromversorgung Öl- und Gasvorräte, die wesentlich über den international empfohlenen Werten für die Krisenbevorratung liegen. Die Lagerkapazität bei den E-Werken beträgt derzeit zirka 412.000 Tonnen Heizöl, die bei alleinigem Ölbetrieb und maximaler Leistung aller Anlagen eine Einsatzdauer von 80 Tagen garantieren.

Trotz des großen Einsatzes der Wiener Stadtwerke zur Sicherung eines klaglosen Energie- und Verkehrsangebotes wird die Erfolgslage der Wiener Stadtwerke im Planjahr 1979 keineswegs günstig sein. Aufwendungen im Betrage von 12,9 Milliarden Schilling stehen Erträge von nur 11,2 Milliarden Schilling gegenüber, so daß ein voraussichtlicher Verlust von 1,7 Milliarden Schilling in Kauf genommen werden muß.

Im wesentlichen ist dieser Verlust auf die Verkehrsbetriebe zurückzuführen, deren latent ungünstige finanzielle Situation allerdings nur im übergeordneten Zusammenhang gesehen werden kann: Ich möchte zum Beispiel darauf hinweisen, daß die Verkehrsbetriebe Jahr für Jahr dazu verhalten sind, jene Mindereinnahmen selbst zu tragen, die sich aus der notwendigen Gewährung von Sozialtarifen ergeben. 1977 betrugen diese Mindereinnahmen bereits 528 Millionen Schilling. Gesamtwirtschaftlich sind diese Leistungen, wenn sie sich auch in den Büchern der Verkehrsbetriebe negativ auswirken, keineswegs verloren. Vielmehr stellen sie einen bewußt in Kauf genommenen betriebswirtschaftlichen Verlust dar, der auf vielfältige Art und Weise mit positiven Rückwirkungen auf die Gesamtwirtschaft verbunden ist.

Wenn man annimmt, daß 51 Prozent der Benutzer des öffentlichen Nahverkehrs zum Individualverkehr abwandern könnten, und die sich daraus ergebenden volkswirtschaftlichen Belastungen errechnet, zeigt sich, daß die Verkehrsbetriebe in Wien pro Jahr allein durch ihren geringeren Bedarf an Straßenfläche 1,4 Milliarden Schilling einsparen helfen. Der gegenüber dem Individualverkehr geringere Energiebedarf ist mit etwa 1 Milliarde Schilling zu bewerten — ein Faktum, das, wie ich bereits erwähnt habe, von Tag zu Tag bedeutsamer wird. Etliche hundert Millionen Schilling sind außerdem noch für die Ersparnis an Parkplatzeinrichtungskosten, für die Vermeidung von Personen- und Sachschäden wegen der geringeren Unfallhäufigkeit und für die geringere Umweltbelastung anzusetzen.

Wir sehen also, daß der öffentliche Nahverkehr für Wien, wie für alle anderen großen Ballungszentren der Welt, eine sehr teure Einrichtung ist, daß aber andererseits die positiven volkswirtschaftlichen Auswirkungen, wenn sie auch im kaufmännischen Rechnungswesen nicht darstellbar sind, die Verluste bei weitem überwiegen!

Ich muß deshalb zum wiederholten Male darauf hinweisen, daß die Verkehrsbetriebe gemeinwirtschaftliche Lasten tragen, daß sie hohe Dienstleistungskapazitäten erbringen und gleichzeitig auftragsgemäß zum Teil auf angemessene Einnahmen verzichten. Es wäre deshalb völlig ungerechtfertigt, dieser Teilunternehmung der Wiener Stadtwerke eine schlechte Betriebsführung vorzuwerfen.

Das Problem des Verkehrs in den Städten ist übrigens älter als wir gemeinhin denken: Schon im Jahre 117 beklagt Juvenal die Zustände in der Stadt Rom folgendermaßen: „Irgendwo in der Stadt zu schlafen, ist durchaus unmöglich. Der unaufhörliche Verkehr der Wagen in den engen, gewundenen Straßen reicht aus, um die Toten zu wecken.“ Trotzdem ist es aber unseren Tagen vorbehalten, daß der Verkehr die Ballungszentren nicht nur funktionstüchtig macht, sondern zugleich auch die Gefahr in sich birgt, ihre Lebensqualität zu vernichten. Jedenfalls liegt es an uns, den öffentlichen Nahverkehr so weit zu fördern, daß er die Auswüchse des ungezügelter Individualverkehrs verhindert und unsere Stadtumwelt lebenswert erhält.

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, die Investitionsnotwendigkeiten der einzelnen Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke näher beleuchten:

Das Gelderfordernis der E-Werke für Investitionen wird im Planjahr rund 1,8 Milliarden Schilling betragen, wovon 190 Millionen Schilling vorabhand gesperrt wurden. Den wesentlichsten Anteil am Investitionsvolumen der E-Werke haben, wie Sie, meine Damen und Herren, auch aus dem Ihnen vorliegenden Antrag entnehmen können, die Leitungsnetze, die Umspann- und Unterwerke und das am 29. September dieses Jahres vom Herrn Bürgermeister seiner Bestimmung übergebene Blockkraftwerk 1/2 in Simmering, für welches im Planjahr 1979 noch verschiedene Restzahlungen und Ausgaben für Fertigstellungsarbeiten fällig

werden.

Dieses Blockkraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 370 Megawatt und einer Wärmeleistung von 280 Megawatt konnte in dreijähriger Bauzeit planmäßig fertiggestellt werden und entspricht in seiner Technik den Zielsetzungen des Energiekonzeptes der Stadt Wien, indem es nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung Wiens mit elektrischer Energie, sondern darüber hinaus auch zur Fernwärmeversorgung leisten wird. Die Kosten für dieses neue Kraftwerk belaufen sich auf rund 2,5 Milliarden Schilling. Mit der Fertigstellung dieser Anlage ist die Stromversorgung Wiens bis etwa Mitte der achtziger Jahre gesichert.

Erst etwa 1984/85 ist entsprechend unserem Energiekonzept die Inbetriebnahme eines weiteren 100-Megawatt-Gasturbinenkraftwerkes und 1986/87 jene eines weiteren 370-Megawatt-Dampfturbinenkraftwerkes mit einer Kraft-Wärme-Kupplung vorgesehen.

Die Kraft-Wärme-Kupplung, also die gemeinsame Erzeugung von Strom und Fernwärme, im neuen Blockkraftwerk 1/2 ermöglicht einen außerordentlich hohen Gesamtwirkungsgrad der Anlage. Auf Grund des kombinierten Gas-Dampfturbinen-Prozesses weist das neue Kraftwerk schon bei reiner Stromerzeugung den hohen Wirkungsgrad von 43 Prozent auf. Durch die Kraft-Wärme-Kupplung kann der Wirkungsgrad aber bis zu 69 Prozent gesteigert werden. Dadurch wird eine sparsame Energieverwendung schon bei der Erzeugung gewährleistet. Dieser Effekt der Kraft-Wärme-Kupplung ist auch volkswirtschaftlich von großer Bedeutung: Für die getrennte Erzeugung von Strom und Fernwärme würde man nämlich insgesamt wesentlich mehr Primärenergie, also Erdöl oder Erdgas, benötigen. Die Wärmeleistung ist zur Lieferung an die Heizbetriebe Wien vorgesehen. Die vorgeschaltete Gasturbinenanlage mit einer Leistung von 66 Megawatt wurde bereits im Herbst 1977 in Betrieb genommen.

Die gesamte Anlage des Kraftwerkes Simmering der Wiener E-Werke einschließlich des neuen Blocks 1/2 ist mit einer installierten Gesamtleistung von 1044 Megawatt — davon 280 Megawatt Wärme — nunmehr das größte kalorische Kraftwerk Österreichs.

Eine der wichtigsten derzeit im Bau befindlichen Anlagen der E-Werke und eine technische Neuheit für Österreich stellt die 380-kV-Höchstspannungsleitung zwischen dem Kraftwerk Simmering und dem Umspannwerk Kendlerstraße dar. Seit dem Baubeginn im Frühjahr 1977 wurden bereits mehr als drei Viertel dieser zwölf Kilometer langen Strecke verlegt, wobei der Terminplan bisher genau eingehalten werden konnte. Die Inbetriebnahme dieser Leitung, die 1,7 Milliarden Schilling kostet, ist für den Winter 1979/80 vorgesehen.

Ich möchte in Erinnerung rufen, daß der Bau dieser Höchstspannungsleitung notwendig wurde, weil nur mit höherer Spannung größere Leistungen übertragen werden können und die Grenzen der Übertragungsmöglichkeiten des derzeitigen 110-

kV-Trägernetzes bereits jetzt absehbar sind. Außerdem gibt es im Westen Wiens keinen geeigneten Standort für ein Kraftwerk. Deshalb wird die neue 380-kV-Verbindung dazu dienen, die Energie vom Kraftwerk Simmering direkt zum Verbrauchsschwerpunkt im Westen Wiens zu bringen.

Diese Höchstspannungsleitung wird allerdings nicht die einzige in Wien bleiben. Wie aus dem Energiekonzept der Stadt Wien hervorgeht, ist auch eine Verbindung des künftigen 380-kV-Einspeisepunktes aus dem Verbundnetz im Umspannwerk Südost in Oberlaa mit dem Kraftwerk Simmering vorgesehen.

Die zukünftigen Aktivitäten der Gaswerke sind durch die Beendigung der Erdgasumstellung am 22. September 1978 bestimmt. Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal hervorheben, daß es sich dabei um eines der größten und bedeutendsten Vorhaben in der Geschichte der Energieversorgung Wiens gehandelt hat.

Die Erdgasumstellung wurde in der Rekordzeit von acht Jahren abgeschlossen, nachdem man ursprünglich mit einer Umstelldauer von 15 Jahren gerechnet hatte. Die Umstellung eines der dichtesten Gasversorgungsnetze der Welt in so kurzer Zeit hat auch international große Beachtung gefunden. 764.000 Haushalte und Betriebe mit rund 1,5 Millionen Geräten wurden in diesen acht Jahren umgestellt. Die Kapazität des Rohrnetzes wurde dadurch verdoppelt und der Einbau von rund 200.000 umweltfreundlichen Gasheizungen ermöglicht.

Mit der Erdgasumstellung war im September 1970 in Kaisermühlen im 22. Bezirk begonnen worden, und sie wurde im 20. Bezirk 1978 beendet. Eine wesentliche Anzahl von Geräten wurde neu gekauft. So wurden unter anderem im Rahmen dieser Aktion 441.000 Geräte, und zwar 250.000 Gasherde, 157.000 Warmwassergeräte und 34.000 Heizgeräte, neu angeschlossen.

Die Erdgasumstellung hat nicht nur ermöglicht, daß wir 200.000 neue Heizgasbezieher angeschlossen haben und dadurch einen sehr wesentlichen Effekt für die Umweltbelastung erreichen konnten, sondern darüber hinaus auch, daß die österreichische Wirtschaft durch den Kauf dieser über 441.000 Geräte einen sehr wesentlichen Impuls erhalten hat.

Für die 30.000 Sozialfälle in unserer Stadt hat die Stadt Wien die Kosten im Ausmaß von 60 Millionen Schilling übernommen. Erdgas hat, wie bereits erwähnt, den doppelten Heizwert von Stadtgas. Die dadurch bewirkte Verdoppelung der Kapazität des rund 2800 Kilometer langen Wiener Gasrohrnetzes ermöglichte es den Gaswerken in den letzten acht Jahren, über 99 Prozent der an sie gestellten Heizgasanträge zu genehmigen.

Nach Beendigung der Erdgasumstellung haben sich nun die Gaswerke von einem Erzeugungsbetrieb zu einem fast reinen Handelsunternehmen gewandelt. Das Schwergewicht des finanziellen Aufwandes liegt auf dem Straßenrohrnetz. Der Dichtheitsgrad ist von überragender Bedeutung sowohl in sicherheitstechnischer als auch in betriebs-

wirtschaftlicher Hinsicht. Erdgas ist bekanntlich trockener als das Stadtgas und wird im Netz mit einem größeren Druck transportiert. Die Folge ist einerseits eine raschere Austrocknung des Hanfes in den noch vorhandenen rund 200.000 Stemmuffen und andererseits ein verstärkter Gasaustritt bei undichten Stellen.

Um diese Entwicklung in den Griff zu bekommen, haben die Gaswerke Sanierungsmaßnahmen eingeleitet und ein Fünfjahresprogramm erstellt, wonach rund 750 Kilometer Gasrohre ausgewechselt und darüber hinaus noch vorhandene Stemmuffen mit Manschetten und Quellschellen gedichtet werden. Selbstverständlich wird in jedem einzelnen Fall auf das Alter des Rohres, den Durchmesser, die eventuelle Notwendigkeit einer Kapazitätsvergrößerung in dem betroffenen Versorgungsgebiet und dergleichen Rücksicht zu nehmen sein.

Anläßlich des Endes der Erdgasumstellung und der Wandlung der Gaswerke zu einem Handelsunternehmen wurden Steuerberater beauftragt, eine Stellungnahme bezüglich der Grenzziehung zwischen Instandhaltung und Investitionen beim Straßenrohrnetz abzugeben. In Befolgung der erhaltenen Empfehlungen werden nun alle Rohrwechslungen als Instandhaltung aufgefaßt und nur Rohrnetzverlängerungen als Investitionen ausgewiesen, wodurch sich eine Ersparnis an Investitionssteuer von rund 4 Millionen Schilling ergibt. Das führt im vorliegenden Wirtschaftsplan zu einer Verlagerung von rund 200 Millionen Schilling vom Investitionsplan zum Erfolgsplan. Insgesamt werden für das Straßenrohrnetz im Jahre 1979 rund 500 Millionen Schilling aufzuwenden sein.

Meine Damen und Herren! Nicht nur die Gewährleistung einer klaglosen Energieversorgung Wiens steht in der Rangordnung der zu bewältigenden Aufgaben an erster Stelle. Auch die Erhaltung und Steigerung der Kapazität und Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs wird von Jahr zu Jahr wichtiger!

Die öffentlichen Verkehrsmittel sind eine notwendige Alternative zum Individualverkehr. Sie tragen dazu bei, die Lebensqualität in unserer Stadt zu erhalten. Außerdem sparen sie Energie. Dies ist besonders wichtig, wird doch gerade im Autoverkehr sehr viel Energie sinnlos vergeudet, die unsere Volkswirtschaft in Form von Erdöl immer teurer aus dem Ausland importieren muß.

Trotz ihrer ungünstigen finanziellen Situation sind die Verkehrsbetriebe deshalb gezwungen, im Planjahr rund 1,1 Milliarden Schilling zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Nahverkehrs aufzubringen. 179 Millionen Schilling mußten vorläufig allerdings gesperrt bleiben.

Schwerpunkte des Investitionsprogramms werden unter anderem der Ersatz für auszuscheidende überalterte Straßenbahnwagen, der Ersatz überalterter Autobusse, Gleiserneuerungen und der Umbau von Triebwagen auf Einmannbetrieb sein.

Aber auch dem zügigen Ausbau der U-Bahn kommt zweifellos größtes Gewicht zu: Bis 1983 wird die U-Bahn — ich habe das heute schon erwähnt — im Grundnetz fertig sein und bereits

Kagran anfahren.

Auch das Straßenbahn- und Autobusnetz ist weiter auszubauen und den durch die Fertigstellung des U-Bahn-Grundnetzes geänderten Voraussetzungen anzupassen. Außerdem sind neue Linien entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung zu errichten: Die Schnellstraßenbahnlinie 64 nach Alt-Erlaa wird 1979 den Betrieb aufnehmen. Bis Siebenbrunn wird diese Linie im Jahr 1980 fahren.

Das Beschleunigungsprogramm für Straßenbahnlinien, das bei den Linien 38 und 49 erfolgreich begonnen wurde, wird fortgesetzt. Als nächste sind die Linien 5, 52 und 58 in der inneren Mariahilfer Straße sowie die Linie 71 ab dem Rennweg vorgesehen. Im Zusammenhang mit einer Neuorganisation des Individualverkehrs im Bereich der Prinz Eugen-Straße sollen auch Beschleunigungsmaßnahmen für die Linie D durchgeführt werden. Grundsätzlich wird bei Straßenumbauten jeweils auch geprüft, ob Verbesserungen zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs möglich sind.

Im Sinne der Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Nahverkehrs wurde bei den Verkehrsbetrieben im heurigen Sommer eine neue Generation von Straßenbahntriebwagen und -beiwagen eingeführt, die gegenüber ihren Vorgängern eine Reihe von Komfortverbesserungen aufzuweisen haben. Sicherheit und Komfort stehen im Vordergrund. Zusätzliche ausfahrbare Trittstufen erleichtern vor allem älteren und gebrechlichen Personen das Ein- und Aussteigen. Diese neuen Garnituren haben ihren Niederschlag auch in einer Reihe von Briefen gefunden: Bewohner anderer Bezirksteile verlangen, daß auch in ihrem Bezirk solche neue Garnituren eingesetzt werden, weil sie festgestellt haben, daß sie in diese wesentlich leichter einsteigen können. Das unangenehme „Rucken“ beim Anfahren und Bremsen wird durch ein neuartiges Schaltwerk vermieden. Die Bremswege sind noch kürzer geworden, und eine elektronische Steuerung gewährleistet ein gleichmäßiges Fahrverhalten der Züge auch bei unterschiedlichen Gewichtsbelastungen.

Der 19 Meter lange Gelenktriebwagen bietet 102 Personen Platz. Der Beiwagen verfügt über 32 Sitz- und 39 Stehplätze. In den nächsten zehn Jahren ist die Anschaffung von 200 solcher Garnituren vorgesehen. Die Kosten für einen dieser Triebwagen belaufen sich auf 11 Millionen Schilling, ein Beiwagen kommt auf 4,3 Millionen Schilling.

Auch der Wagenpark für die Gürtelstrecke der Stadtbahn wird in den nächsten Jahren erneuert. Die derzeit verkehrenden Garnituren werden durch moderne Zweirichtungs-Gelenktriebwagen und Beiwagen ersetzt.

Bei der Thaliastraße wird eine neue Stadtbahnstation errichtet. Eine weitere Stadtbahnstation ist beim Allgemeinen Krankenhaus vorgesehen. Es ist beabsichtigt, die Hochstationen am Gürtel mit Aufzügen auszustatten. Die Renovierung der Stadtbahnstationen am Gürtel wird 1979 abgeschlossen. Nach wie vor stehen die Wiener Verkehrsbetriebe mit dem Individualverkehr in scharfem Konkurrenzkampf um Straßenfläche und Fahrgäste.

Nach wie vor lassen sich die Autofahrer die Benützung ihrer Wagen viel Geld und in steigendem Maß auch Freizeit kosten, wobei auch das höhere Risiko der Benützung des privaten Pkw in Kauf genommen wird. Ernstzunehmende Untersuchungen in Westdeutschland haben gezeigt, daß dieses Risiko stark unterschätzt wird. Das Risiko, mit dem privaten Pkw tödlich zu verunglücken, ist immerhin fast zwanzigmal so hoch als bei Benützung eines Autobusses innerhalb eines Stadtgebietes. Angesichts dieser Fakten tritt klar hervor, daß das Unfallrisiko bei den Verkehrsbetrieben sehr klein ist. Trotzdem richten die Massenmedien des öfteren schwere Vorwürfe an den öffentlichen Verkehr, die den Eindruck erwecken, daß die Unfallhäufigkeit in Wiens öffentlichem Nahverkehr in letzter Zeit beträchtlich gestiegen ist.

Die Verkehrsbetriebe haben deshalb eine wissenschaftliche Untersuchung auf Grund ihrer Statistik vorgenommen, und ich darf Ihnen versichern, daß genau das Gegenteil zutrifft: Die Unfalltendenz ist in den letzten Jahren eher sinkend! Im besonderen trifft dies für die Straßenbahn zu, die an und für sich eines der sichersten Verkehrsmittel in der Großstadt darstellt. Außerdem liegt in der überwiegenden Zahl der im Großstadtverkehr unvermeidlichen Unfälle Fremdverschulden vor. Mängel an Fahrzeugen und Bahnanlagen der Verkehrsbetriebe — also Autobus, Straßenbahn, Stadtbahn — sind als Unfallursache nahezu auszuschließen. Sie wurden nur bei knapp einem Prozent der Unfälle festgestellt. 1977 wurden zehn Personen bei Unfällen mit der Straßenbahn getötet.

In keinem einzigen dieser Fälle trugen die Verkehrsbetriebe die Schuld. Nur bei vier von insgesamt 133 Schwer- und bei 11 von 317 Leichtverletzten lag die Verantwortung bei den Verkehrsbetrieben.

Der Vergleich mit früheren Jahren zeigt, daß die intensiven Bemühungen der Verkehrsbetriebe um eine ständige Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse im Bereich des öffentlichen Verkehrs erfolgreich sind.

Meine Damen und Herren! Beim Autobusbetrieb, bei der Straßenbahn, aber auch bei der Stadtbahn — und das muß einmal gesagt werden — sind die Unfälle rückläufig beziehungsweise konstant und entsprechen durchaus den Schwankungen und den Ergebnissen der vergangenen Jahre. Das heißt, daß die Bemühungen, Geld in die Verkehrsbetriebe zu investieren, nicht nur dazu dienen, die Verkehrsverhältnisse in unserer Stadt zu verbessern, die Stadt lebenswert zu erhalten, sondern darüber hinaus auch dazu, daß wertvolles Menschenleben geschützt und Unfallopfer vermieden werden können.

Ich möchte meinen Bericht über die Stadtwerke nicht beenden, ohne auch die Leistungen der kleinsten Teilunternehmung der Wiener Stadtwerke, nämlich der Städtischen Bestattung, zu erwähnen. Immerhin weist diese Unternehmung einen Jahresumsatz von etwa 380 Millionen Schilling auf und ist damit neben ihrer für unser Gemeinwesen notwendigen, klaglosen und pietätvollen Aufgabenerfüllung ein durchaus ernst zu neh-

mender Faktor im Rahmen der Wiener Wirtschaft.

Die dem Wirtschaftsplan zugrunde gelegten Zahlen beruhen auf der Annahme, 19.400 Erd- und 4120 Feuerbestattungen durchführen zu müssen. Es werden voraussichtlich 50.700 Särge in den eigenen Sargfabriken erzeugt werden.

Von den geplanten Investitionen in einer Gesamthöhe von 14,4 Millionen Schilling mußten vorerhand 3,5 Millionen Schilling eingespart werden.

Meine Damen und Herren! Wenn die Wiener Stadtwerke auch, wie ich in meinem Bericht dargestellt habe, mit finanziellen Belastungen konfrontiert sind, die sich letztlich als Auswirkungen unserer Wohlstands- und Leistungsgesellschaft ergeben, so meine ich doch, daß alles Menschenmögliche getan wird und getan werden muß, um den Bürgern dieser Stadt auch für die Zukunft eine sichere Versorgung mit Energie und Nahverkehr zu garantieren.

Hiefür bedurfte und bedarf es immer wieder eines hohen persönlichen Einsatzes der 15.000 Bediensteten der Wiener Stadtwerke, denen ich hiermit, meine Damen und Herren, für die geleistete Arbeit meinen Dank aussprechen möchte. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, dem Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke Ihre Zustimmung zu erteilen, und darf Sie weiters bitten, den in formeller Hinsicht gestellten Anträgen, die Ihnen schriftlich vorliegen — ich möchte mir ersparen, sie vorzulesen —, Ihre Zustimmung zu geben.

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist der GR. Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. Bauer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! So wie beim Vorschlag der Hoheitsverwaltung insgesamt ist auch beim Wirtschaftsplan 1979 der Wiener Stadtwerke nichts, aber auch schon gar nichts von einem Umdenken, geschweige denn von einem neuen Anfang zu bemerken. Ja im Gegenteil: Die Talfahrt des Unternehmens hat sich erneut beschleunigt, atemberaubend beschleunigt, möchte ich sagen.

Der sogenannte Erfolgsplan weist einen Verlust von 1710 Millionen Schilling aus. Damit werden die bisherigen negativen Ergebnisse der letzten Jahre nicht nur etwa fortgeschrieben, sondern vielmehr in einem Zweijahresrhythmus nach Art einer arithmetischen Reihe erzielt, das heißt, weniger geschwollen ausgedrückt, im Zweijahresrhythmus verdoppelt.

Der Ansatz 1977 wies einen Verlust von 857 Millionen Schilling aus. Nun sind es, wie bereits erwähnt, 1710 Millionen Schilling, also genau, faktisch genau das Doppelte.

Am Beginn der letzten Verwaltungsperiode, im Jahre 1973, waren es „nur“ 168 Millionen. 1975 betrug der Verlust bereits 768 Millionen. Ich erinnere Sie daran nur deswegen, um mein Argument von der arithmetischen Reihe, also von der Verdoppelung der Verlustsituation alle zwei Jahre, zu untermauern.

Und wenn man nun diese Entwicklung für

die neue Periode hochrechnet, eine vereinfachte Prognoserechnung vornimmt, und das, glaube ich, kann man durchaus legitimerweise tun, da sich ja überhaupt nichts verändert hat, der für 1979 vorgelegte Wirtschaftsplan, die vorgelegten Unterlagen sind ja nichts anderes als eine Kopie jener der vorangegangenen Jahre, nur die Zahlen sind natürlich aktualisiert, wenn man also so eine vereinfachte Prognoserechnung durchführt und die bisherige Verlustsituation der Wiener Stadtwerke hochrechnet, kommt man für das Jahr 1983, also das Ende der jetzigen Verwaltungsperiode, auf einen Horrorverlust von mehr als 14 Milliarden Schilling.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind, glaube ich, keine Rechenkunststücke oder Zahlenspielerereien, sondern das ist ganz einfach die traurige mathematische Konsequenz aus der bisherigen Entwicklung. Es ist die traurige Wirklichkeit, die aber schon in fünf Jahren gegeben sein kann — ich sage: kann —, wenn nicht endlich auch im Bereich der Wiener Stadtwerke ein neuer Anfang gesetzt wird, wenn nicht neue Überlegungen in der Unternehmensführung, in der Finanzgebarung Platz greifen. Und genau diesen neuen Anfang hier bei den Wiener Stadtwerken vermissen wir so schmerzlich gerade am Beginn der neuen Verwaltungsperiode.

Ich kann nur hoffen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Stadtwerke in der selbstverordneten Denkpause der SPÖ und des Herrn Bürgermeisters, die ja immer noch andauert, eine maßgebliche Rolle spielen. Auf das Ergebnis, gerade auf dieses Ergebnis warten wir jedenfalls mit besonders großer Spannung.

Das Bedrohliche an der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens ist aber nicht nur der jährlich steigende Milliardenverlust. Der vielleicht noch erschreckendere Umstand ist die Verschuldung des Unternehmens. Und hier, im Bereich der Verschuldung der Wiener Stadtwerke, befinden wir uns bereits im Bereich jener Horrorzahlen in Milliardenhöhe, die ich für die Verlustentwicklung bis 1983 hochgerechnet habe.

Die Schulden der Wiener Stadtwerke am Ende dieses Jahres, also in wenigen Tagen und Wochen, werden sich auf mehr als 16 Milliarden Schilling belaufen. 1979 sollen, wie der Herr Stadtrat bereits in seinem Bericht erwähnt hat, weitere 2650 Millionen an Anleihen und Krediten neu aufgenommen werden. Das ergibt, wenn Sie es zusammenrechnen, einen Schuldenstand von gut 19 Milliarden Schilling.

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren — ich bitte Sie, sich das wirklich einmal vor Augen zu führen —, diese 19 Milliarden Schilling sind in etwa 40 Prozent der erwarteten Gesamteinnahmen, nicht der Wiener Stadtwerke etwa, sondern der erwarteten Gesamteinnahmen der Hoheitsverwaltung der Bundeshauptstadt Wien.

Das Verzweifelte an dieser bisherigen Situation hat schon bisher der Umstand ausgewiesen, daß die ständig neuen und laufend höheren Fremdmittelaufnahmen nicht etwa für die dringend notwendigen Investitionen erfolgten, sondern mehr oder minder, im Laufe der Jahre jedenfalls immer ver-

stärkt, ausschließlich zum Zurückzahlen der vorher gemachten Schulden dienen.

Und hier, an diesem Punkt, werden wir im kommenden Jahr an einem sehr markanten Punkt angelangt sein, an jenem markanten Punkt, den ich Ihnen immer prophezeit habe — das darf ich auch hier festhalten —: 1979 werden sich die Zinsen und der sonstige Aufwand, der für Anleihen und Kredite ausgegeben werden muß, auf 1408 Millionen Schilling belaufen. Dazu kommen laut Anleihe- und Tilgungsplan Tilgungsverpflichtungen in der Höhe von 1481 Millionen Schilling. Das ergibt die Summe von 2889 Millionen.

Und jetzt bitte ich Sie, sich in Erinnerung zu rufen, wie hoch die neue Fremdmittelaufnahme ist: Die neue Fremdmittelaufnahme beläuft sich auf 2650 Millionen. Das heißt also, wir sind so weit, daß mit den neu aufgenommenen Krediten nicht einmal mehr die jährlich vorgeschriebenen Annuitätsverpflichtungen erledigt, befriedigt werden können.

Am Anfang der zu Ende gegangenen Verwaltungsperiode war das immerhin noch zu einem Teil möglich. Dieser Teil ist, wie gesagt, immer geringer geworden. Am Ende des heurigen Jahres wird es sich gerade ausgehen. Am Ende des heurigen Jahres wird sich also die Rechnung „hie Fremdmittelaufnahme — hie Rückzahlungsverpflichtungen“ mehr oder minder mit einem kleinen Überschuß zugunsten der Möglichkeit, Investitionen vorzunehmen, gerade ausgehen. Und jetzt, wie gesagt, übersteigen erstmals die Rückzahlungsverpflichtungen die neuen Fremdmittelaufnahmen.

Was das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, braucht hier, glaube ich, nicht besonders ausgemalt zu werden. Angesichts der Situation, daß das Unternehmen ja keinen Gewinn, sondern einen Verlust in besagter Milliardenhöhe erwirtschaftet, kann das also nur bedeuten: weiterer Substanzverzehr, Stundungen und weitere Zinsen.

Ich möchte daher die sozialistische Fraktion dieses Hauses höflich, aber eindringlich ersuchen, ihren Denkprozeß für den neuen Anfang, für ein Umdenken zu beschleunigen, denn jeder Tag, an dem bei den Wiener Stadtwerken so weitergewirtschaftet wird wie bisher, kostet den Wiener Steuerzahler täglich einen Verlust von 5 Millionen Schilling.

Ich darf mich nun noch zwei Detailproblemen der Wiener Stadtwerke zuwenden. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern, daß die freiheitliche Fraktion dieses Hauses vor Jahren eine Fahrgastinformation bei den Wiener Verkehrsbetrieben angeregt hat, das heißt, daß also den Fahrgästen der Wiener Verkehrsbetriebe sowohl an den Haltestellen als auch in den einzelnen Zügen Information gegeben wird, Information etwa, warum eine Verspätung eintritt, wie lange die Verspätung dauern wird und wann eventuell mit dem Einschleichen neuer Garnituren zu rechnen ist, kurzum, damit also die Leute nicht dortstehen und nicht wissen, warum hier kein Zug in Erscheinung tritt, warum kein Zug gesichtet werden kann.

Wir haben jetzt so etwas ansatzweise bei der Straßenbahn, das sei also hier eingeräumt und durchaus lobend erwähnt, am Ring etwa, wenn Sie hier mit der Straßenbahn anreisen sollten; es gibt

das bei der Stadtbahn und selbstverständlich bei der U-Bahn. Die möchte ich hier bei meiner Betrachtungsweise ausklammern, dort funktioniert das, soweit ich das persönlich beobachten konnte, und ich bin ein U-Bahn-Fahrer, tadelloso. Es könnte vielleicht das eine oder andere Mal noch häufiger etwas durchgesagt werden. Aber, wie gesagt, das funktioniert.

Hingegen bei den Durchsagen bei der Fahrgastinformation bei der Straßenbahn und bei der Stadtbahn schaut es nicht so aus. Dort ist, wie so manches bei den Verkehrsbetrieben, die ganze Angelegenheit etwas dilettantisch und stümperhaft ausgefallen, so daß es oft mehr Verärgerung als Zustimmung hervorruft.

Das beginnt bei einer äußerst schlechten Tonqualität. Wenn Sie sich das selbst einmal angehört haben: Die Durchsagen sind verhallt, verzerrt oder verrauscht, oder wie immer das entsprechend fachmännisch ausgedrückt heißen mag. Kurzum, man versteht es schlecht bis nicht.

Das setzt sich dann fort, daß die Durchsagen in der überwiegenden Zahl der Fälle zumindest von offenbar nicht dafür geschultem Personal vorgenommen werden. Ich habe also nichts gegen unseren Wiener Dialekt, im Gegenteil, nur, hier ist er fehl am Platz. Und das erschöpft sich ja nicht nur in Durchsagen, die nicht in einwandfreiem Hochdeutsch durchgeführt werden, sondern ganz einfach aus der Nichtschulung des Personals, das diese Durchsagen macht. Wir wissen alle, daß man halt auch den Umgang mit dem Mikrophon üben und lernen muß. Jedenfalls trägt es weiter zur Unverständlichkeit dieser Fahrgastinformationen bei.

Und diese ganze unbefriedigende Situation endet dann bei Durchsagen, die man besser unter Kuriosa vermerkt und die wiederum in den Bereich der nicht vorgenommenen Schulung der Durchsagenden hineinspielen. Ich habe ein Beispiel, das ich nicht selbst gehört, sondern zugegebenermaßen einer Zeitungsnotiz entnommen habe, aber es ist sicherlich so, daß eine Durchsage wie folgende wirklich eher ins Kuriositätenkabinett gehört denn in die Lautsprecher, die also dann Hunderte Fahrgäste hören. Da hat es geheißen: „Wegen Erkrankung am Schottentor hat der Zug der Linie GD Verspätung.“ (Heiterkeit.)

Der wahre Kern oder der Hintergrund dieser Durchsage „Wegen Erkrankung am Schottentor hat der Zug der Linie GD Verspätung“ war jener, daß einem Fahrgast übel geworden ist und der Zug abgewartet hat, bis der Rettungswagen den Erkrankten abtransportierte. (GR. Busta: Diese Durchsage war aber verständlich!) Offensichtlich.

Ich rege daher an, hier die Qualität zu verbessern. Ansonsten sind wir natürlich im großen und ganzen damit einverstanden. Wir glauben, daß es sich hier um einen sehr begrüßenswerten Dienst am Kunden, um eine Serviceleistung an den Fahrgästen der Wiener Verkehrsbetriebe handelt.

Damit möchte ich zu meiner zweiten und weiteren Anregung kommen. Wir erinnern uns alle noch an den äußerst bedauerlichen Unfall, der erst wenige Wochen her ist, als auf Grund eines völlig verschmutzten Durchlauferhitzers eine Frau und ihre drei Kinder den Gastod erlitten haben. Es

wird nun die Einführung einer laufenden Überprüfungspflicht für Gasgeräte überlegt und diskutiert, und man überlegt hier, auch bei den Gasgeräten zu einer ähnlichen Vorgangsweise wie etwa beim Autopickerl zu kommen, das heißt, daß also nach einem gewissen Zeitintervall das Gasgerät überprüft werden muß und mit einer Sicherheitsplakette versehen werden soll.

Auch wir Freiheitlichen halten das für eine durchaus gute Überlegung, der wir uns bei entsprechend sorgfältiger Durchführung anschließen können.

Die Sache hat, glaube ich, nur einen Haken: Es wird sicherlich eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Gaskunden darstellen, wobei ich schon sage: Umsonst ist der Tod, und der kostet das Leben.

Nur, der eigentliche Schönheitsfehler liegt meines Erachtens darin, daß der Hauptanteil dieser Überprüfungskosten in der Mehrzahl der Fälle, jedenfalls in jenen, in denen die Geräte in Ordnung sind, in jenen Fällen, in denen keine Materialfehler nachgewiesen werden können, sondern in den Fällen, wo es eben nur um Reinigungs- oder Einstellarbeiten geht, der Hauptanteil der Kosten in den Wegekosten der Handwerker bestehen wird.

Ich brauche nicht an das berühmte Beispiel mit dem tropfenden Wasserhahn zu erinnern, wo also das Einsetzen einer Dichtung um 40 Groschen genügt, aber wenn Sie den Handwerker ins Haus rufen, die Rechnung dann 340 Schilling und 40 Groschen ausmacht, weil eben eine entsprechende Wegpauschale neben der Arbeitszeit verrechnet werden muß.

Ich möchte daher namens der freiheitlichen Fraktion den Vorschlag unterbreiten, daß die Gaswerke im Sinne eines Kundendienstes diese Gasgeräte regelmäßig auf ihre Betriebssicherheit überprüfen und die Gasgeräte, wenn sie in Ordnung befunden werden oder eben nur Reinigungs- oder Einstellarbeiten vorgenommen werden müssen, gleich mit dieser Sicherheitsplakette versehen können, und daß erst in jenen Fällen, in denen tatsächlich ein Gebrechen festgestellt wird, das mehr als eben die Reinigungsarbeiten oder die Einstellarbeiten erfordert, der Handwerker geholt werden muß, jener Handwerker, der, glaube ich, ja im übrigen, sofern es sich nicht um einen Großbetrieb mit einer eigenen Gebrechensbrigade handelt, mit derartigen Arbeiten, bei denen die Wegzeit mehr ausmacht als die eigentliche Reparaturarbeit, ohnehin keine Freude hat.

Ich erlaube mir daher abschließend, einen diesbezüglichen Beschlusantrag einzubringen, und bitte um Ihre Zustimmung.

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt zu Wort Herr GR. Daller. Ich erteile es ihm.

GR. Daller: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Werte Damen und Herren! Nach der Präsenz zu schließen, könnte man versucht sein, zu sagen: Die Genossen verlassen die sinkenden Verkehrsbetriebe! (Beifall bei der ÖVP. — GR. Braun, zur ÖVPweisend: Wie ist das dort?) Die Mehrheit haben wir im Augenblick, ohne Zweifel! (GR. Braun: Nie im Leben!)

Der Herr Stadtrat hat heute vormittag, wenn ich das recht gehört habe, angekündigt, daß das U-Bahn-Grundnetz 1982 fertig sein wird. Wenn ich mich nicht verhört habe, hat er heute nachmittag gesagt: 1983. Wie schnell man innerhalb einiger Stunden ein ganzes Jahr Verspätung zusammenbringen kann!

Nun, gleich vorangestellt, zu einer Ausführung des Herrn Stadtrates. Er hat berichtet, daß die Hälfte von knapp 1,2 Milliarden Schilling Investitionen zur Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel genutzt werden soll. Ich habe mir die Sache angeschaut und komme, ganz grob, zu dem Ergebnis, daß etwa die Hälfte substanzerhaltende Investitionen sein werden und die andere Hälfte — allerdings auch ein schöner Betrag, knapp 600 Millionen Schilling — für verkehrsverbessernde Maßnahmen verwendet wird.

Nun, meine Damen und Herren, ein paar grundsätzliche Gedanken. Als seinerzeit der Wiener Bevölkerung der Netzplan N3 vorgestellt und mit dem U-Bahn-Bau begonnen wurde, erwartete nicht nur die Bevölkerung, daß bald der öffentliche Verkehr weitgehend unter der Erde stattfinden wird, es glaubten wohl auch viele Politiker daran. Viele glaubten, die Straßenbahn werde bald ausgedient haben, alles hat sich auf den U-Bahn-Bau konzentriert. Aber schon nach kurzer Zeit wurde den Wienerinnen und Wienern klar, daß man auch künftig auf die Straßenbahn nicht verzichten kann, schon allein deshalb, weil der U-Bahn-Bau lange Zeit in Anspruch nimmt.

Wie schaut es nun heute mit dem öffentlichen Oberflächenverkehr, vor allem also mit dem Straßenbahn- und Autobusbetrieb, in unserer Stadt aus? Um es kurz auf einen Nenner zu bringen: nicht gut. Zu dieser Erkenntnis kommt jeder, auch aus unseren Reihen, der häufig oder gar täglich eine Straßenbahn benutzt. Ich tue es, ich bin ohne Auto da, mein Auto werden Sie unten nicht finden.

Es blieb wieder einmal der „AZ“ vorbehalten, die Öffentlichkeit mit einer Jubelmeldung zu überraschen. Am 29. November dieses Jahres berichtete nämlich die „AZ“: Die Straßenbahn wird attraktiver! Kommen, meine Damen und Herren, die Wienerinnen und Wiener aber tatsächlich schneller, sicherer und bequemer mit der Straßenbahn und dem Autobus voran? Das Gegenteil ist der Fall. Alles strebt auf einen gigantischen Verkehrsinfarkt zu. Ich kann es mir ersparen, konkrete Beispiele dafür zu nennen, sie sind uns ja alle zur Genüge bekannt.

Die Aktion Pro Wien hat aus diesem Grund Vorschläge für ein besseres öffentliches Verkehrssystem erstattet. Diese Vorschläge sehen neben der raschen Erstellung eines Planes für jene Straßen, in denen umfassende Maßnahmen zur Beschleunigung des Straßenbahnverkehrs gesetzt werden können, ohne daß der Wirtschafts- und Einkaufsverkehr zum Erliegen kommt, im Detail auch noch folgende Dinge vor: vermehrte Linksabbiegeverbote und Halteverbote in Schienenstraßen ohne selbständigen Gleiskörper, vermehrte Trennung der Straßenbahngleise vom Individualverkehr durch eigene Gleiskörper, Stuttgarter Schwellen und Sperrlinien, mehr Straßenbahnstraßen mit Zu-

fahrtmöglichkeiten für die Anrainer. Eine ganze Reihe anderer Vorschläge wurde auch erstattet, um die technische Ausrüstung der Wiener Straßenbahn zu verbessern, unter anderem: vermehrte Steuerung von Lichtsignalen vom Straßenbahnzug aus, die Ausrüstung aller Straßenbahnzüge mit Funk und der Einsatz vollelektronischer Schaltungen zur Beschleunigung und Bremsung der Straßenbahn.

Mit Spannung haben wir darauf gewartet, wie sich zu dieser Problematik das generelle Verkehrskonzept äußert. Wir haben zwar erst einen überarbeiteten Entwurf einer generellen Verkehrskonzeption für Wien vor uns liegen, es kann aber angenommen werden, daß die darin enthaltenen Aussagen in diesem Punkt kaum grundsätzlich verändert werden. Was also wird im Entwurf einer generellen Verkehrskonzeption dazu gesagt? Ich zitiere daraus: „Die Straßenbahn- und Buslinien in Wien erreichen auch fahrplanmäßig im internationalen Vergleich nur sehr geringe Reisegeschwindigkeiten, welche überdies seit 1970 ständig abnehmen.“ Ein interessantes Datum, das Jahr 1970, da war der Herr amtsführende Stadtrat bereits ein Jahr am Werk. „Vergleiche mit den Reisegeschwindigkeiten von Straßenbahn- und Buslinien in Deutschland zeigen, daß die Reisegeschwindigkeiten in Wien bei den Straßenbahnen um zirka 20 Prozent niedriger sind, bei den Autobussen sogar um einen noch höheren Wert. Bei Messungen im Herbst 1977 wurden auf einzelnen Streckenabschnitten mittlere Reisegeschwindigkeiten von 7 bis 8 km/h gemessen, bei einzelnen Fahrten sank die Reisegeschwindigkeit sogar unter die Fußgängergeschwindigkeit.“ Ende des Zitats.

Ein weiteres Zitat aus dem generellen Verkehrskonzept: „Die bisher in Wien durchgeführten Beschleunigungsprogramme für die Linien 38 und 49 können nur als erste Ansätze gewertet werden. Sie hatten vor allem eine Erhöhung der Regelmäßigkeit des Betriebes zum Ziel.“ Es war also bei diesen Beschleunigungsprogrammen nicht möglich, die Normfahrzeit zu verkürzen, sondern nur, die Regelmäßigkeit des Betriebes zu verbessern. Aber auch dieses Ergebnis ist fragwürdig, wenn man bedenkt, daß die querenden Linien nach wie vor unregelmäßig verkehren. Wie kann also dann die Regelmäßigkeit verbessert werden?

Im Entwurf einer generellen Verkehrskonzeption für Wien wird auch darauf hingewiesen, daß die derzeit übliche automatische Abfertigung als technisch noch Verbesserungsbedürftig anzusehen ist, weil sie zu unnötig langen Stationsaufenthalten führt. Meine Damen und Herren! Wer die Straßenbahn benützt, kann davon ein Lied singen. Als ich heute früh mit dem D-Wagen hergefahren bin, hat die Linie D bei der Station Schottenring nicht abfahren können, weil sich die Türen beim Beiwagen nicht geschlossen haben, weil jemand auf dem Trittbrett gestanden ist und gewartet hat, bis eine ganze Gruppe eingestiegen war. Das erfahren wir aber jeden Tag.

Weiters wird die noch nicht ausreichende Ausrüstung der Fahrzeuge der Wiener Verkehrsbetriebe mit Funkanlagen kritisiert, weil sich das Fehlen einer Funkanlage vor allem bei Störungen

unangenehm bemerkbar macht und eine moderne Fahrplanüberwachung nicht ermöglicht.

Pro Wien hat, wie ich bereits erwähnte, die vermehrte Steuerung der Verkehrslichtsignalanlagen vom Straßenbahnzug aus gefordert. Was sagt dazu der Entwurf eines generellen Verkehrskonzeptes? Ich zitiere: „Die Verluste bei Signalanlagen betragen durchschnittlich 15 Prozent der Reisezeit. Diese Rohzeitverluste“ — welch ein sinniger Ausdruck, meine Damen und Herren! —, „die über dem Durchschnitt vergleichbarer deutscher Werte liegen, sind zum Teil bedingt durch nicht ausreichende Berücksichtigung der Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs, zum Teil durch die sehr hohen und vor allem uneinheitlichen Umlaufzeiten sowie auch durch ungünstige Anordnung der Haltestellen im Verlauf von koordinierten Straßen.“

Die Wienerinnen und Wiener wollen aber nicht nur schneller weiterkommen, wenn sie endlich einmal in einer Straßenbahn oder in einem Autobus sitzen oder stehen, sie wollen auch kürzere Wartezeiten haben. Pro Wien hat diese Forderung der Wienerinnen und Wiener aufgenommen und vorgeschlagen:

1. Dem Bedarf entsprechende Verkürzung des Intervalls.
2. Die Fahrpläne aller Verkehrsmittel müssen koordiniert und aufeinander abgestimmt werden.
3. Die Betriebszeiten sollten nach Bedarf verlängert werden.
4. Einführung von Linientaxis — wie lange reden wir schon darüber, meine Damen und Herren, und es zeigt sich noch immer kein Silberstreif am Horizont — in den Abendstunden auf Linien mit geringem Verkehrsaufkommen.
5. Einsatz der City-Busse in den Außenbezirken. Wir haben einen solchen Antrag bereits eingebracht. Ich kann mir gut vorstellen, daß man beispielsweise für die Stadtrand siedlung in Aspern City-Busse einführt. Dort kann ein normaler Autobus auf Grund der Breite der Wege nicht durchfahren, sehr wohl wäre aber ein City-Bus imstande, diese Strecke zu befahren. Wenn Sie bedenken, meine Damen und Herren, daß man von diesen Siedlungsgebieten bis in den Ortskern von Aspern, das heißt, bis zu einem öffentlichen Personennahverkehrsmittel, bis 2800 m zurückzulegen hat, wird man diese Forderung nicht ohne weiters als unbegründet zurückweisen können. Machen kann man es auf jeden Fall.

Wir haben auch das Anschlagen der genauen Fahrpläne an allen Haltestellen und an den öffentlichen Verkehrsmitteln verlangt. Ich gebe zu, daß sich da in den letzten Jahren etwas verbessert hat, aber ich würde den Herrn amtsführenden Stadtrat sehr bitten, dafür Sorge zu tragen, daß auch bei den privaten Linien, die in Wien eingesetzt sind, vor allem am Stadtrand, die Fahrpläne ersichtlich sind. Ich kenne bei der Linie 24 B — ich habe mir das genau angesehen — nicht eine einzige Haltestelle, wo noch ein Fahrplan existieren würde. Das ist alles devastiert und zerstört. Ich glaube, auch das gehört zu unserem Stadtbereich, und wir müs-

sen uns dafür einsetzen. Es scheint eine Kleinigkeit zu sein, aber für den Betroffenen ist es wichtig.

Wie dem Bericht „Die Verwaltung der Stadt Wien 1977“ zu entnehmen ist, hat sich im Grunde genommen in der Negativbilanz, nämlich beim Rückgang der Beförderungsziffern, auch im Jahre 1977 nichts geändert. Erst im heurigen Jahr kam es zu einem Stillstand dieser Entwicklung. Es ist allerdings zu bezweifeln, meine Damen und Herren, daß die geringfügig stärkere Inanspruchnahme der öffentlichen Verkehrsmittel in diesem Jahr, nämlich um voraussichtlich 3 Promille, auf eine höhere Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel zurückzuführen ist. Vielmehr muß vermutet werden, daß die Ursache im abnehmenden Stellplatzangebot für Kraftfahrzeuge in zentralen Bereichen zu suchen ist.

Ein besonderer Wunsch zahlreicher Wienerinnen und Wiener sind direkte Verbindungen. Sie wollen nicht alle paar Stationen umsteigen. Und um den Zwang zum Umsteigen zu mindern, hat Pro Wien unter anderem gefordert: Keine Kappung bestehender Linien. Herr Stadtrat, ich habe vernommen, daß die Linie 27 im 22. Bezirk wieder geführt werden soll. Allerdings war noch niemand imstande, mir genau die Linienführung bekanntzugeben. Es muß aber befürchtet werden, daß dann, sobald die Linie 27 von der Wagramer Straße über die Donaufelder Straße nach Floridsdorf geführt wird, der 27 A in Kagran enden wird. Das hieße, daß die Benutzer des Autobusses, die beispielsweise von Eßling nach Floridsdorf wollen, zuerst in den 26 A einsteigen, in Aspern in einen 27 A umsteigen, bis Kagran fahren, und in Kagran dann in den 27er einsteigen. Soche Dinge sollten also nicht passieren.

Wir haben weiters den raschen Bau — und wir verlangen ihn weiter — und die Führung der U 3 bis zur Vorortlinie verlangt. Schließlich die Nutzung der vorhandenen Gleisanlagen in unserer Stadt und Ausbau zu drei Schnellbahnlinien. Wie beurteilt der Entwurf eines generellen Verkehrskonzeptes diese Sachlage? Hat Pro Wien die vorangeführten Forderungen ohne Grund erhoben? Ich zitiere aus dem generellen Verkehrskonzeptentwurf: „Die Abnahme der Attraktivität des Straßenbahn- und Busnetzes wird an Hand von zwei ausgewählten Indikatoren, der Entwicklung der Linienlängen und der gefahrenen Zugkilometer, nachgewiesen. Dabei ist zu bedenken, daß das Netz ständig neue Aufgaben zur Erschließung von Stadtrandgebieten — meist durch Einrichtung neuer Buslinien — übernehmen mußte, wodurch für die Innenstadtbereiche eine noch höhere Abnahme als dargestellt zu verzeichnen ist.“

Es ist zu erkennen, daß die Abnahme bei der Straßenbahn — minus 13 Prozent — durch eine Zunahme beim Autobusnetz — plus 8 Prozent — nicht kompensiert werden konnte, wodurch gegenüber 1967 die Linienlänge der Verkehrsbetriebe 1976 insgesamt abgenommen hat, nämlich um 7 Prozent. „Reduzierte Linienlängen“ — so wird im generellen Verkehrskonzept ausgeführt — „bedeuten für die Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel höhere Umsteigenotwendigkeiten und sind daher attraktivitätsmindernd.“ Ende dieses Zitats.

Der Entwurf eines generellen Verkehrskonzeptes beschäftigt sich auch mit der Frage der Pünktlichkeit von Straßenbahn und Autobus und schlägt dazu die Einführung eines Taktfahrplanes vor.

Meine Damen und Herren! Wir sind schon froh, wenn die Straßenbahn überhaupt einmal kommt. Es stellt sich nun die Frage, wie weit die Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe im Investitionsplan 1979 im Bereich des Straßenbahn- und Autobusbetriebes dafür Sorge getroffen haben, daß die öffentlichen Oberflächenverkehrsmittel unserer Stadt schneller, sicherer und bequemer werden. Um es kurz zu sagen: nach meinem Dafürhalten auch in ungenügendem Ausmaß.

Wenn man von ganz unbedeutenden Investitionskosten absieht, bleiben übrig: 1. der Neubau der Linie 64, 2. der Ersatz auszuscheidender überalterter Autobusse und 3. der Ersatz für auszuscheidende überalterte Wagen. Bei diesen beiden letzten Posten sind allerdings 22 Prozent beziehungsweise 35 Prozent sperreverfügt. Betreffend den Neubau der Linie 64 ist schließlich festzustellen, daß diese — was Alt-Erlaa anlangt — mit Verspätung nachgeliefert wird. Eine ähnliche Erscheinung wie seinerzeit bei der Linienverlängerung des 25er von Kagran nach Leopoldau.

Im kurz- und mittelfristigen Maßnahmenkatalog eines generellen Verkehrskonzeptes wird dieser Zustand wie folgt kritisiert: „Das Straßenbahn- und Busnetz muß der Stadtentwicklung angepaßt werden.“ Eine deutlichere Sprache kann wohl nicht geführt werden.

Mit der bereits beschlossenen Verlängerung der Linie 67 und deren Dotierung in einem Nachtragsbudget wird erstmals dieser Kritik Rechnung getragen. Angesichts des vorliegenden und für uns unbefriedigenden Investitionsprogrammes und ausgehend von der Tatsache, daß seit dem Ende der Stadtentwicklungs-Enquete mehr als fünf Jahre nahezu nutzlos verstrichen sind, muß man zu der Feststellung kommen: Wir streben auf den Verkehrsfarkt in voller Schärfe zu. In dieser völlig aussichtslosen Situation läßt man wie ein Ertrinkender seinen Blick schweifen, ob man nicht irgendwo einen Strohalm sieht, an dem man sich retten kann.

Die Ideen des Herrn Bürgermeister Gratz — vom Pinselauto bis zur roten Welle — sind sicherlich keine rettenden Ideen. Und der amtsführende Stadtrat Nekula wird uns auch nicht retten. Ihm fiel bisher dazu lediglich die Einführung einer Verkehrssteuer ein. Während seiner Amtsführung liefen den Verkehrsbetrieben ständig Fahrgäste davon, wodurch die Ertragslage im öffentlichen Verkehr andauernd verschlechtert wurde. Tarifanstieg, Verminderung der Reisegeschwindigkeit der öffentlichen Oberflächenverkehrsmittel, Verringerung der Pünktlichkeit bewirken eine weitere Attraktivitätseinbuße. Der amtsführende Stadtrat war bisher nicht imstande, diesen Kreislauf erfolgreich zu durchbrechen. Wir glauben deshalb, daß das Ende der Denkpause der Wiener SPÖ auch dafür Vorsehung treffen muß, daß wir am Ende nicht schwarzsehen müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster

Redner gelangt Herr GR. Schwarz zu Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Schwarz: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich gleich zu den Ausführungen des GR. Daller einige Bemerkungen machen. Ich muß feststellen, daß in der Diskussion zum Wirtschaftsplan für die Stadtwerke keine anderen Argumentationen geführt werden, wie sie vorher schon beim Wirtschaftsplan für die Stadt Wien gewesen sind. Alles ist negativ, alles ist schlecht, nichts zu gebrauchen — das ist die Parole. Sie zieht sich — wie Sie gesagt haben — wie ein „schwarzen Faden“ durch die ganzen Verhandlungen, die wir seit Montag führen.

Aber zu einigen Dingen, und zwar schneller und sicherer. Herr GR. Daller, Sie wissen ganz genau, daß das öffentliche Verkehrsmittel in der Großstadt das sicherste ist, das es gibt; speziell das schienengebundene. Und wenn es nicht schneller sein kann, dann liegt es hauptsächlich daran, weil der private Verkehr viel stärker zugenommen hat. Es gibt auch verschiedene Behinderungen, weil die neuen Züge, die heute vollautomatisch geschaltet sind, eine Sperre haben. Sie können erst wegfahren, sobald alle Sperren aufgelöst sind. Das bewirkt auch einige Verzögerungen.

Aber es gibt noch mehr Verzögerungen, Herr GR. Daller. Sie werden zum Beispiel heute in der Zeitung gelesen haben über den Unfall am Ring — ich habe ihn selbst gesehen —, wo ein undisziplinierter Autofahrer auf dem Gleis der Ringstraße gefahren ist und dann mit einem rechtsabbiegenden Schwerlastfuhrwerk zusammenstieß, wobei die Schienen blockiert wurden und somit der Ringstraßenverkehr für zwei Stunden aufgehalten worden ist. Das müssen Sie auch dazusagen. Und da können Sie nicht immer nur sagen, der Stadtrat Nekula ist schuld. (Beifall bei der SPÖ. — GR. Hahn: Bei der Stadtbahn gibt es keine Lkw, die den Verkehr blockieren!) Dort fährt auch kein Auto. Ich spreche nur vom Oberflächenverkehr.

Dann noch etwas, Herr GR. Daller, und zwar zum Beschleunigungsprogramm. Ich werde dann noch darauf zurückkommen, aber das eine ist mir aufgefallen, daß in der Bezirkszeitung des 7. Bezirkes der Herr Bezirksvorsteher verlangte: Das Beschleunigungsprogramm der Linie 49 soll und muß aufgehoben werden! — Was sagen Sie dazu? Informieren Sie sich ein wenig!

Auf der einen Seite verlangen Sie kürzere Wartezeiten, daß dies aber mit einer Vermehrung des Personals verbunden ist, das haben Sie nicht dazugesagt. Auf der anderen Seite wird wieder verlangt, daß das Personal vermindert werden soll. Das ist ein Widerspruch, das paßt nicht ganz. (GR. Daller: Sie werden mir nicht beweisen wollen, daß der Oberflächenverkehr wirklich attraktiv ist!)

Nun möchte ich zu meinen Ausführungen kommen, und zwar werde ich mich mit den Verkehrsbetrieben und mit der Bestattung befassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie schon erwähnt wurde, sind im vorliegenden Wirtschaftsplan 1979 der Wiener Stadtwerke Erträge in

der Höhe von 11,2 Milliarden Schilling, denen Aufwendungen von 12,9 Milliarden gegenüberstehen, vorgesehen. Das ergibt einen einkalkulierten Verlust von 1,7 Milliarden Schilling. Im Wirtschaftsplan 1978 waren es 1,4 Milliarden. Das ist eine Steigerung von 300 Millionen.

Die Wiener Verkehrsbetriebe rechnen mit einem Verlust von 1,9 Milliarden für 1979. Mit einem Gewinn rechnet man nur bei den E-Werken, und zwar von 279 Millionen, bei der Bestattung von 1 Million, wobei bei den Gaswerken ebenfalls mit einem Verlust von 90 Millionen gerechnet werden muß.

Ich will mich vorerst mit den Wiener Verkehrsbetrieben und ihrer Situation befassen. Es ist kein Geheimnis, daß in allen Millionenstädten Europas die Verkehrsbetriebe mit Verlusten rechnen müssen. Beim Vergleich von gleichrangigen Städten wie Hamburg, Berlin oder München liegen diese Verluste dort noch schlechter als in Wien. Dabei muß ich noch dazusagen, daß das Verkehrsnetz in Wien ein längeres ist als in den vorgenannten Städten. Dies liegt aber in der Natur der Sache. Die Verkehrsbetriebe sind sehr lohnintensiv und sind nur auf die Einnahmen aus dem Verkauf der Fahrscheine angewiesen. Die Tarife sind aber nicht kostendeckend und können es auch nicht sein, da die Tarife nach sozialen Grundsätzen festgelegt werden. Zu diesen Grundsätzen stehen wir als Sozialisten auf jeden Fall.

Es ist auch erwiesen, daß aus den Einnahmen der Wiener Verkehrsbetriebe die Kosten für das Personal nicht gedeckt werden können, da die Einnahmen nur 74 Prozent der Kosten des Personals erbringen. Nur 3,8 Prozent der Fahrscheine werden im Wagen verkauft, das sind die 10 Schilling-Fahrscheine und die Kinderfahrscheine zu 4 Schilling. Alle anderen Fahrscheine werden im Vorverkauf abgesetzt und sind der beste Beweis dafür, daß dieses System funktioniert und von der Bevölkerung in hohem Maße angenommen wird. Der Durchschnittserlös bei den Fahrscheinen betrug mit Ende Oktober 1978 3,49 Schilling. Dies bedeutet, daß der Fehlbetrag aus Steuermitteln, Anleihen und Krediten aufgebracht werden muß.

Meine Damen und Herren! Es gibt aber auch außer den negativen Seiten bei der finanziellen Situation der Wiener Verkehrsbetriebe Positives bei den Leistungen, die in hohem Ausmaß erbracht werden: bei der Instandhaltung, bei den Revisionsarbeiten sowie bei den Wartungen des Fahrplans, der Gleise, der Weichen, der Oberleitungen und der Sicherungsanlagen, in den Bahnhöfen und in den Werkstätten und im Verwaltungsdienst, um den Betrieb so reibungslos wie nur möglich aufrechtzuerhalten. Dazu kommen noch die Belastungen durch den U-Bahn-Bau. Das erfordert ständige Umgestaltungen der Linienführungen und der Fahrpläne und vieles andere mehr. Diese Tätigkeiten werden in vorbildlicher Weise durchgeführt, und dafür möchte ich an dieser Stelle allen Arbeitern, Angestellten und Beamten recht herzlichen Dank sagen und meine Anerkennung aussprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Zum Investitionspro-

gramm wäre zu bemerken, daß die Linie 64 als Schnellstraßenbahn von der Philadelphia-Brücke bis zur Rößlergasse, Wohnpark Alt-Erlaa, Mitte 1979 ihren Betrieb aufnehmen wird. Ich möchte noch dazu sagen, daß bis dahin der zweite Block von Alt-Erlaa bezogen sein wird. Der dritte Block ist noch nicht bezogen, aber es ist schon während der Bauzeit dieser Wohnhausanlage das öffentliche Verkehrsmittel an diese neue Anlage angebunden worden. Für dieses Teilstück wird ein Betrag von zirka 120 Millionen nötig sein. Nach Vervollendung bis zur Rößlergasse wird aber die Linie 64 weitergebaut, und zwar bis nach Siebenhirten. Im Jahre 1979 sind für diesen Weiterausbau 40 Millionen Schilling vorgesehen.

Für die Linie 67, von der Raxstraße zum Frödenplatz, wurden die Planungsarbeiten vergeben.

Die Linie 17 — Sie haben schon darauf hingewiesen, Herr GR. Daller — wird im Jahre 1979 auf der Donaueinfahrt Straße zweigeleisig ausgebaut.

Bei den Investitionen für den Fahrpark sind für 1979 folgende Straßenbahnzüge vorgesehen: 7 E2- und 7 C5-Straßenbahnzüge für das bestehende Netz, 8 E2- und 9 C5-Straßenbahnzüge für die Linie 64.

12 E6- und 8 C6-Stadtbahnzüge sind in dieser Investition ebenfalls vorgesehen. Dazu muß aber vollständigkeitshalber gesagt werden, daß die Hälfte der Mittel derzeit gesperrt ist.

Bei den Autobussen sind unter Post 101/25 normale Busse in der Investition drinnen, davon sind derzeit 15 gesperrt. Weiters sind 10 Doppeldecker und 5 Gelenkzüge vorgesehen.

Über die Ausgestaltung dieser neuen Straßenbahngarnituren und Autobusse brauche ich mich hier nicht weiter zu äußern, dann darüber hat schon Herr Stadtrat Nekula gesprochen.

Im Beschleunigungsprogramm sind folgende Linien im nächsten Jahr vorgesehen: Die Linie 5, die Linien 52 und 58 vom Ring bis zum Gürtel, die Linie D in der Prinz Eugen-Straße und die Linie 71 im Bereich des 3. Bezirkes am Rennweg. Außerdem soll im Bereich des 3. Bezirks, in der Leberstraße, eine Umkehrschleife installiert werden, so daß, wenn, wie es leider öfters möglich ist, durch den Individualverkehr Störungen eintreten, die Garnituren auf der Linie 71 nicht die ganze Länge durchfahren müssen, sondern daß sie vorzeitig umkehren und leichter die entstehenden Verkehrslücken wieder schließen können.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch als Mandatar des 11. Bezirkes erwähnen, daß durch die Eröffnung der U-Bahn-Linie U1 die Autobuslinie 15 a nach Simmering verlängert wurde, und das ist eine positive Auswirkung, die bei der Bevölkerung sehr gut ankommt und dementsprechend auch in Anspruch genommen wird.

Die angeführten Investitionen sind nur ein Teil des Programms für 1979. Die gesamten Kosten betragen 1,1 Milliarden und tragen wesentlich zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Industrie und im Gewerbe bei.

Die von Herrn Stadtrat Nekula zwischen der Finanzverwaltung und der Generaldirektion angekündigten Gespräche bilden eine weitere Hilfestellung für die Verkehrsbetriebe und sind im Lichte

unserer Verantwortung für dieses Unternehmen zu sehen und finden natürlich auch unsere Zustimmung.

Nun einige Sätze zu dem Unternehmen Städtische Bestattung. Die Städtische Bestattung rechnet im Jahr 1979 mit rund 25.000 Erd- und Feuerbestattungen. Die Feuerbestattung liegt in Wien mit etwa 17 Prozent weit unter der anderer österreichischer Städte wie zum Beispiel Linz, Graz und Steyr, die bereits 50 Prozent erreichten. Um eine Erhöhung bemüht sich die Bestattung bei der Neugestaltung der Aufbahrungshallen in allen Friedhöfen, um die Möglichkeit zur Abhaltung von Kremationsfeiern zu schaffen. 1979 wird auf dem Hernalser Friedhof die Aufbahrungshalle dementsprechend ausgebaut.

Zirka 600 Begräbnisse für Mittellose werden im Jahr durch die Bestattung durchgeführt, und zwar kostenlos. Diese Bestattung ist aber nicht eine sogenannte Armenbestattung, sondern es ist ein normales Klassenbegräbnis der einfachen Klasse mit einer Blumenspende. An Kosten für diese Begräbnisse sind für 1979 240.000 Schilling vorgesehen. Die Sargfabrik der Städtischen Bestattung deckt den Wiener Bedarf vollständig und liefert zirka 20.000 Särge in die Bundesländer. Für Investitionen sind für das Jahr 1979 14,3 Millionen Schilling vorgesehen, davon entfallen auf die Sargfabrik 2,5 Millionen.

Weil der Dienst bei der Bestattung immer mit menschlichem Leid verbunden ist und dies für die Mitarbeiter eine seelische Belastung darstellt, möchte ich allen Bediensteten für diese Belastungen den herzlichsten und aufrichtigsten Dank aussprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Zum Schluß kommend, möchte ich feststellen, daß für beide Betriebe für das Jahr 1979 keine Tarifierhöhung vorgesehen ist.

Die sozialistische Fraktion wird dem Wirtschaftsplan 1979 der Wiener Stadtwerke die Zustimmung erteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Dkfm. Ammann zu Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. Ammann: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Der jetzt vorliegende Wirtschaftsplan geht leider wieder nur über ein Jahr. Wir warten wieder umsonst auf einen fünfjährigen Finanz- und Investitionsplan für die Wiener Stadtwerke.

Ich glaube, daß es notwendig wäre, endlich einmal auch die Energie- und Verkehrspolitik längerfristig zu planen und zu diskutieren. Zur Zeit wird es immer nur kurzfristig und leider manchmal auch kurzfristig gemacht.

Meine Damen und Herren! Anscheinend ist aber der jetzt vorliegende Wirtschaftsplan noch immer für einen zu langen Zeitraum erstellt, denn die durch Bürgermeister Gratz verordnete Denkpause läßt im Februar 1979 einiges erwarten. Es geistert ja auch die Ausgliederung der Verkehrsbetriebe im Raum herum, und der Herr Bürgermeister sprach auch von Änderungen im Stadtsenat, die im Februar 1979 zu erwarten sein werden.

Da kann man nun die SPÖ-Stadträte in drei Kategorien einteilen: In die amtsführenden, in die

amtsmüden und laut Bürgermeister anscheinend auch in manche dem Amt nicht mehr gewachsene Stadträte.

Nun zu Stadtrat Nekula — ich möchte nicht darüber diskutieren, in welche der drei vorhin genannten Kategorien er gehört —: Er hat heute wieder stolz und teilweise lächelnd den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke 1979 präsentiert. Er hat mit großem Geschick und sehr talentiert die großen Probleme umtänzelt. Er ist in die echten Probleme nicht eingestiegen.

Ich möchte daher den Wiener Gemeinderat informieren, daß die Wiener Stadtwerke 1979 einen Rekordverlust von 1,7 Milliarden Schilling erwarten. Das ist eine Verdoppelung innerhalb von zwei Jahren. Ich möchte Sie weiter davon informieren, daß der Fehlbetrag, nämlich das Finanzierungsloch, 3,2 Milliarden Schilling betragen wird. Wieder ein neuer Rekord. Die Tilgung von aufgenommenen Schulden und die Zinsen, die wir dafür bezahlen müssen, werden 3 Milliarden Schilling und die Schuldenaufnahme wird 2,6 Milliarden Schilling ausmachen.

Ich möchte schon jetzt davor warnen, wenn in der Pressekonferenz die Anleihe der Stadt Wien zugunsten der Wiener Stadtwerke behandelt wird, sich damit zu brüsten, daß die Aufnahme der Gelder dem Bau von Kraftwerken, der Attraktivitätsverbesserung des öffentlichen Verkehrs usw. dienen wird. Ich möchte Ihnen schon jetzt sagen, daß diese Aufnahme von Fremdkapital schlicht und einfach für die Rückzahlung der aufgenommenen Schulden verwendet werden muß, ja wir müssen sogar noch wesentlich mehr Schulden zurückzahlen, als wir Fremdkapital aufnehmen. Das heißt: Loch auf, Loch zu, wobei die Löcher bei den Wiener Stadtwerken immer größer werden. Das Ergebnis dieser Politik ist, daß die Verschuldung Ende 1978 — wieder ein neuer Rekord — fast 15 Milliarden Schilling beträgt.

Es wundert daher nicht, daß die Investitionen für 1979 um über 20 Prozent unter dem Stand der Investitionen 1978 liegen. Eine große Anzahl von Sperren zeigt deutlich, daß die Verkehrs- und Energiepolitik durch die an und für sich betriebswirtschaftlich schlechte Führung der Wiener Stadtwerke in immer größere Schwierigkeiten kommt.

Dazu wieder einige Beispiele: Die Gasrohrverlegung über die neue Floridsdorfer Brücke ist zu 100 Prozent gesperrt; die Gasrohrverlegung über die Reichsbrücke ist zu 100 Prozent gesperrt; der Kugelgasbehälter — auf den ich später noch zu sprechen komme, mit dem hat es eine sehr lustige Bewandnis — ist wieder einmal, nun schon das fünfte Jahr, zu 100 Prozent gesperrt; die Gaszähler, die bekanntlich dem Eichgesetz unterliegen — hier sind gesetzliche Verpflichtungen von den Wiener Gaswerken einzuhalten — sind zu 50 Prozent gesperrt; bei den Verkehrsbetrieben, bei der Umstellung auf den Einmannbetrieb — wo man also eine Rationalisierungsmöglichkeit hätte und einsparen könnte — beträgt die Sperre 100 Prozent; der Ersatz überalterter Busse ist zu 22 Prozent gesperrt; der Ersatz überalterter Straßenbahnwaggons ist zu 36 Prozent gesperrt; und die Sperren sind noch ärger, wenn ich Ihnen sage, daß diese überalterten

Busse und Straßenbahnwagen die Baujahre 1910 bis 1926 aufweisen.

Ich glaube, das alles ist ein Anschlag auf die Sicherheit dieser Stadt und auf die Kunden der Verkehrsbetriebe, der in Zukunft nicht mehr hingenommen werden kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber auch buchungsmäßig gibt es noch offene Fragen. So gibt es eine Kapitalaufstockung der Stadt Wien an die Verkehrsbetriebe zugunsten der Floridsdorfer Brücke. Im Budget für 1979 scheinen hier 160 Millionen Schilling auf, im Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe scheinen 130 Millionen Schilling auf. Wo sind die 30 Millionen Differenz, wohin sind sie zwischen Rathaus und Ringturm verschwunden? Ich stellte diese Frage bereits im Gemeinderatsausschuß, und dort bekam ich die sehr aufschlußreiche Antwort: Ich weiß es nicht, mich interessieren nur die 130 Millionen im Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke. Ich möchte nun die Frage an den Herrn Stadtrat Mayr — leider ist er nicht hier — stellen: Wo sind die 30 Millionen Schilling? Und ich wage diese Frage zu stellen angesichts der Bürgermeisteraussagen: Jeder Bürger hat das Recht zu wissen, was in dieser Stadt geschieht. Ein kleiner Gemeinderat wie ich will wissen, wo die 30 Millionen Schilling zwischen Rathaus und Ringturm geblieben sind. Ich glaube, daß der Gemeinderat ein Recht hat, diese Frage beantwortet zu bekommen.

Meine Damen und Herren! Bis jetzt habe ich Zahlen über die Wiener Stadtwerke präsentiert. Hinter diesen furchtbaren roten Zahlen stecken jedoch kommunalpolitische Versäumnisse, stecken Gefahren für die Bevölkerung und mangelnde Sicherheit.

Zum Beispiel die Stadtbahn: Die Sperren, die ich vorhin genannt habe — wegen Austausch von überalterten Bussen und Straßenbahngarnituren —, waren notwendig — wurde mir im Ausschuß gesagt —, weil man die Investitionen für die Sicherung der Wiener Stadtbahn brauchte. Jetzt erst, meine Damen und Herren? Man braucht also vorher neun schwere Stadtbahnunfälle mit fast hundert Verletzten, um nun die Beleuchtung bei den Stadtbahngarnituren zu verbessern, und man sprach bei jedem einzelnen Unfall ausschließlich von menschlichem Versagen. Man investierte ferner Funkanlagen in die Stadtbahn. Völlig in Ordnung! Wie kann man aber vorher, wenn die Bediensteten der Stadt Wien mit funktionslosen und fast beleuchtungslosen Stadtbahngarnituren fahren mußten, ausschließlich von menschlichem Versagen reden? Ist das nicht etwas zuviel abgeschobene Verantwortung auf die Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe? Ist es nicht unverantwortlich, diese Leute mit nicht sicheren Stadtbahngarnituren fahren zu lassen und sich dann auf menschliches Versagen auszuweichen? Ist diese Vorgangsweise vertretbar?

Genauso ist es notwendig, hier eine Politik der kleinen Schritte zu machen und dafür zu sorgen, daß die Bediensteten bessere Unterbringungsmöglichkeiten haben. Ich möchte nur ein ganz kleines Beispiel bringen und dies auch mit einem Antrag verbinden. Es geht um die Situation der Räume, die auch für die Übernachtungen der Bediensteten notwendig sind, und zwar im Verkehrsbauwerk

Kennedy-Brücke. Hier gab es vor zwei Jahren, im Jahr 1977, einen schweren Wasserrohrbruch. Die Räume sind heute noch nicht adaptiert, Sie können heute noch die großen Wasserflecken sehen. Die Räume sind schlecht belüftet und schlecht beleuchtet.

Ich glaube, es ist besser, diesen Bediensteten mit konkreten Anträgen zu helfen, als ihnen nur verbal und pauschal für die Mitarbeit zu danken. Daher möchte ich in meinem Namen und im Namen von GR. Bruno Alram folgenden Beschlusantrag stellen:

„Die Dienst- und Aufenthaltsräume im Verkehrsbauwerk Kennedy-Brücke sind ehebaldigst zu sanieren, auszumalen, belüftungsmäßig zu verbessern und mit zweckmäßigeren Möbeln auszugestalten.“

Ich glaube, daß das ein echter Weg wäre, für den Einsatz der Verkehrsbetriebe und für das Personal der Verkehrsbetriebe ein nettes „Danke-schön“ in der Praxis zu sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweites Beispiel, meine Damen und Herren: das Wiener Gasrohrnetz.

Herr Stadtrat Nekula beteuert, daß Wien das dichteste Gasrohrnetz hätte und rühmt sich mit dem neuen Rekord bei der Beendigung der Erdgasumstellung in der halben Zeit.

Meine Damen und Herren! Es war ein Rekord des Leichtsinns. Die Wiener bekommen jetzt die Rechnung präsentiert. Ich möchte hier fragen, wie viele Haushalte zur Zeit ohne Gas sind. Und ich möchte fragen, wie es trotz des dichtesten Gasrohrnetzes, laut Stadtrat Nekula, zur Evakuierung in der Viaduktgasse kommen konnte, zur verheerenden Gasexplosion vor kurzem in der Anton Freunschlag-Gasse in Liesing, zum Gasrohrbruch in der Dr. Hanswenzel-Gasse. Aber wir haben ja das sicherste Gasrohrnetz — laut amtsführendem Stadtrat Nekula.

Und 1977 wurden, weil das Gasrohrnetz so dicht ist, vier Monogol-Heißverdampfungslagen angeschafft, um Glykol in die Gasrohre zu spritzen, und im Gemeinderatsausschuß wurde ein Bericht gegeben, daß also die Dichtheit in etwa zwei Monaten feststehen wird.

Und heute wird noch ein Akt beschlossen, wo zugegeben werden muß, daß die Resultate leider enttäuschend sind und daß wesentlich mehr Geld für die Gasrohrsanierung, für das ach so dichte Gasrohrnetz, notwendig ist.

1977, meine Damen und Herren, waren im Wirtschaftsplan für Reparaturen des Gasrohrnetzes 120 Millionen Schilling veranschlagt. Die Gasexplosionen nahmen zu, effektiv wurden 285 Millionen Schilling ausgegeben — mehr als das Doppelte.

1978 war man schon gewitzigt und budgetierte 297 Millionen Schilling für das Gasrohrnetz. Aber man mußte 400 Millionen Schilling ausgeben, um das undichte Gasrohrnetz, das laut Stadtrat Nekula so dicht sei, notdürftig zu flicken.

Und 1979, für nächstes Jahr, ist im Wirtschaftsplan wieder eine höhere Summe eingesetzt, die wahrscheinlich wieder überschritten werden muß: 475 Millionen Schilling sind im Wirtschaftsplan.

Und warum das Ganze erst jetzt? Viel zu spät? Meine Damen und Herren! In einem Brief beziehungsweise Protokoll vom 9. Juli 1968, vor zehn

Jahren, steht ganz deutlich, daß im Zuge der Erdgasumstellung die Sanierung des gesamten Rohrnetzes notwendig sein wird. Man wollte einen neuen Rekord in halber Zeit bei der Erdgasumstellung aufstellen. Ja, warum konnte man den aufstellen? Weil man die Sanierung des Gasrohrnetzes im Zuge der Erdgasumstellung verabsäumt hat. Und Sie haben den Rekord, meine Damen und Herren, sehr teuer erkaufte auf Kosten der Sicherheit, und Sie haben ihn auch sehr teuer erkaufte im wahrsten Sinne des Wortes, weil die Mengen Erdgas, die jetzt durch Sickergas und durch Gasexplosionen ins Freie strömen, nicht nur die Bevölkerung verunsichern und auch gefährden, sondern natürlich auch Werte darstellen. Und diese Werte hätte man sich sehr leicht ersparen können, wenn man rechtzeitig, wie im Jahre 1968 beschlossen wurde, die Erdgasumstellung mit der Sanierung des Wiener Gasrohrnetzes verbunden hätte.

Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen sagen, daß in diesem Fall eine Politik der Optik betrieben wurde, um Rekorde aufzustellen — auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung, auf Kosten der Sicherheit des Verkehrs. Denn schauen Sie sich nur die Straßen an: Überall ist aufgegraben, und nur relativ kleine Schilder warnen davor, daß hier Gasrohre offen sind. Wenn da irgendwie Zigaretten vom fahrenden Auto hinausgeworfen werden, welche Katastrophen können hier kommen!

Diese Politik, meine Damen und Herren, ist kein Ruhmesblatt in Ihrer sozialistischen Kommunalpolitik (Beifall bei der ÖVP.)

Und weitere Beispiele: Es ist Ihnen noch immer nicht gelungen, Konzepte für Energie und Verkehr auf den Tisch zu legen. Obwohl Herr Stadtrat Wurzer versprochen hat, schon Ende 1977 dem Gemeinderat ein Verkehrskonzept vorzulegen, ist es noch immer nicht da.

Herr Stadtrat Nekula legte zwar in der letzten Sitzung — nämlich das war so sinnig: in der letzten Sitzung — des Gemeinderates im Sommer ein sogenanntes Energiekonzept vor, aber so verspätet auf den Tisch, daß man es gar nicht mehr diskutieren konnte.

Apropos verspätet: Herr Bürgermeister Gratz hat in der Fragestunde den Abschlußbericht der Forschungsgruppe für unkonventionelle Energieträger angekündigt. Es wäre interessant gewesen, auch diesen Bericht heute hier diskutieren zu können, und es wäre auch interessant gewesen, den Bericht über die Ausgliederung der Verkehrsbetriebe aus den Wiener Stadtwerken, der angeblich am 24. November erstellt wurde, hier angesichts des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke zu diskutieren. Mit kommt vor, daß diese Berichte immer verspätet und dann sehr verschämt auf den Tisch gelegt werden, zu einer Zeit, wo man dann nicht mehr darüber diskutieren kann.

Meine Damen und Herren! Das ist eine Vogel-Strauß-Politik, in der Hoffnung: Wenn ich den Bericht nicht hergebe, kann er nicht kritisiert werden. Wenn Sie gute Berichte herlegen, werden Sie auch nicht kritisiert. Ich bitte um mehr Selbstvertrauen und um regelmäßige Vorlage und um rechtzeitige Vorlage der Berichte, damit man sie auch hier, dort, wo sie diskutiert werden müssen, näm-

lich im Gemeinderat, rechtzeitig und gut diskutieren kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun doch ein paar Worte zum damals verspätet vorgelegten Energiekonzept. Ich glaube, daß es notwendig ist, dieses Energiekonzept wenigstens kurz in diesem Gemeinderat zu diskutieren.

Es wurde praktisch 5 vor 12 vorgelegt, nachdem also eine Fülle von Ankündigungen vorangegangen ist. Und normalerweise, meine Damen und Herren, unterstelle ich einem Konzept oder erwarte ich von einem Konzept erstens eine Situationsanalyse, das heißt, eine Beschreibung des derzeitigen Zustandes, dann eine Formulierung der Zielvorstellungen und schließlich die Mittel, die notwendig sind, um diese Ziele auf Grund der Situationsanalyse zu erreichen.

Das Energiekonzept ist eine genaue Beschreibung, leider mit relativ viel Wiederholungen und manchmal sehr lustigen Banalitäten oder Selbstverständlichkeiten. Ich möchte nur ein Zitat von vielen nennen, damit Sie sehen, was ich meine. Auf Seite 66 steht die furchtbar interessante Neuigkeit — wörtlich —:

„Der Treibstoffverbrauch je Pkw und Kombifahrzeug wird vor allem durch die zurückgelegte Strecke pro Jahr, durch die Fahrgewohnheiten und die Tendenz zu Fahrzeugen mit größeren Motorleistungen bestimmt.“

No na! Und so sind also eine Fülle von Allgemeinplätzen in diesem Konzept. Daher ist es auch so dick. Ich habe mir aber die Mühe gemacht, diese 470 Seiten genau durchzulesen.

Und da kann ich nicht umhin, zu bestätigen, daß meiner Meinung nach die Situationsanalyse, die Beschreibung des Ist-Zustandes fachlich ausgezeichnet ist, und ich möchte auch nicht verabsäumen, diesen Experten echt den Dank auszusprechen, daß sie dem Wiener Gemeinderat hier eine wirklich optimale Information über die Energiesituation in Österreich, eine Beschreibung der derzeitigen Energiesituation in Österreich, gegeben haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Was aber fehlt, meine Damen und Herren, und das hätte ich vom Energiekonzept auch erwartet, ist die politische Hand, das Lenken dieser Situationsanalyse zu einer Zielformulierung und dann schließlich zu den Mitteln, die dazu notwendig sind. Und das fehlt an und für sich.

Und ich möchte noch einmal das Positive des Energiekonzeptes herausstreichen: Es ist einmal da. Endlich liegt es vor, man kann darüber diskutieren.

Die Abgrenzungen, die vorgenommen wurden für die Gas- und Fernwärmeversorgung, nämlich die Entscheidungsunterlagen, sind hervorragend. Leider wird keine Entscheidung getroffen. Es liegt da, aber es wird keine Entscheidung getroffen.

Dann der Wärmebedarfskataster: Es gibt einen hervorragenden Überblick über die Notwendigkeiten der Energieversorgung in Wien. Es wurden verschiedene Szenarien errechnet.

Aber, meine Damen und Herren, von einem echten Energiekonzept erwarte ich mir auch eine verbindliche Prognose auf Grund der Berechnungen; die fehlt.

Ich erwarte mir auch eine genaue Aufstellung der notwendigen Investitionen; leider fehlt sie.

Ich erwarte mir natürlich auch von einem Ener-

giekonzept: Wie finanziere ich diese notwendigen Investitionen? Auch das ist nicht da.

Es sind überhaupt keine Aussagen über die zukünftige Tarifentwicklung drinnen. Es ist keine Entscheidung über die zwei- oder dreischienige Energieversorgung der Stadt Wien, obwohl — noch einmal — gute Entscheidungsunterlagen da sind.

Man schweigt sich über Forschung, über Energieforschung aus. Energiesparen ist nur sehr gering drinnen und überhaupt nicht umgerechnet auf die Prognose.

Die Kraft-Wärme-Kupplung: Was geschieht mit der Wärme bei den Heizbetrieben? Zu welchem Preis wird sie abgegeben? Auch da fehlt uns die Antwort.

Und schließlich fehlt auch die Antwort auf die Frage nach der Energieversorgung der künftigen Großbauten, nachdem ja zum Beispiel das Allgemeine Krankenhaus vom ursprünglichen Fernwärme-konzept her nicht mehr versorgt werden kann.

So liegt zwar ein Energiekonzept vor, meine Damen und Herren, aber man muß leider feststellen, daß hier vieles und vor allem die politische Zielsetzung und die politische Durchsetzung der zugegebenermaßen guten Unterlagen leider fehlt, und auch in der politischen Zielsetzung sind so viele Allgemeinplätze drinnen, wie zum Beispiel der eine, den ich hier zitiert habe.

Und ebenso fehlen in diesem Energiekonzept klare Initiativen und vor allem Alternativen für eine langfristige und sichere Erdgasversorgung. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß wir zur Zeit in Österreich ausschließlich vom Osten und genau genommen eigentlich pipelinemäßig von der UdSSR abhängen.

Und hinsichtlich der Algerien-gasverhandlungen, die im Rahmen der Austria-Ferngas geführt wurden — bekanntlich sind ja die Wiener Stadtwerke Mitglied der Austria-Ferngas —, habe ich das Gefühl, daß die Austria-Ferngas mit anderen Gasgesellschaften bei der ersten Runde echt ausgespielt wurde, daß sich die Verhandlungen zerschlugen und daß andere Länder, die zuerst in diesem gemeinsamen Verhandlungskomitee drinnen waren, jetzt bilaterale Verträge mit den Algeriern gemacht haben.

Ich glaube, daß es notwendig sein wird, sich mehr als bisher mit dem Algerien-gas zu beschäftigen und vor allem die Streuung des Versorgungsrisikos herbeizuführen.

Ich würde wirklich dankbar sein, wenn die Wiener Stadtwerke hier im Rahmen der Austria-Ferngas einen Erfolg für die Wiener Bevölkerung und auch für Österreich erzielen könnten.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren — es wurde ja teilweise schon angedeutet, und die Zahlen zeigen es ja ganz deutlich —: Der Hut der Wiener Stadtwerke brennt. Und daher macht man sich da und dort Gedanken, wie es eigentlich weitergehen soll.

Bürgermeister Gratz hat laut „Arbeiter-Zeitung“ von gestern, vom 13. Dezember, einer Verkehrsverantwortlichkeit mit den Verkehrsbetrieben das Wort geredet, das heißt, die Verkehrsbetriebe aus den Wiener Stadtwerken auszugliedern. Herr

Stadtrat Mayr hat hier steuerliche Bedenken oder sagt sogar: Steuerlich geht das gar nicht.

Auch das ist meiner Meinung nach zu voreilig, denn man kann ja zu den Energieunternehmen auch andere Unternehmungen dazugeben und eine Art Infrastruktur-Stadtrat machen. Hier würden also auch steuerlich durchaus Möglichkeiten sein.

Herr Stadtrat Nekula will natürlich nicht die Verkehrsbetriebe hergeben und möchte die Wiener Stadtwerke so behalten, wie sie sind. Und so geht es weiter.

Herr Stadtrat Nekula weigert sich auch, die Heizbetriebe, obwohl es notwendig wäre, die Energieversorgung in einer Hand zu haben, zu übernehmen, oder bekommt er sie nicht, ich weiß es nicht (GR. Busta: Was Sie alles wissen!) — man hat ja auch Gespräche geführt —, solange also die Heizbetriebe keinen Gewinn haben.

Und dann kommen die Vorschläge des Herrn Bürgermeister Gratz, den Zulassungsschein als Netzkarte verwenden zu können. Er hat bereits eine Volksbefragung oder eine Volksabstimmung darüber angekündigt. (GR. Schultz: Das ist ein alter Hut! Sie haben das schon zweimal hier erzählt! — GR. Hahn: Aber gesagt hat es der Herr Bürgermeister!)

Herr Kollege Schultz! Wenn der Herr Bürgermeister im Gemeinderat verspricht, eine Volksbefragung über einen wichtigen Punkt abzuhalten und auch die Bundesgesetze zu ändern, und das Versprechen nicht hält, werde ich es jahrelang ununterbrochen wiederholen, damit Sie sehen, daß Ihr Bürgermeister seine Versprechen nicht hält! (Beifall bei der ÖVP.)

Es kommt dann der 6-S-Fahrschein des Stadtrates Mayr, der durch einfache Division der Kosten mit der Fahrgastfrequenz zustande kommt. Natürlich ist nicht einberechnet, daß unter Umständen dann hier ein Fahrgastswund auftauchen wird.

Es kommt dann die Arbeiterkammer mit der sogenannten Gebrauchsgebühr für die Wiener Verkehrsbetriebe. Es kommt Herr Stadtrat Nekula mit der sogenannten Verkehrssteuer.

Und das ist schon wieder, meine Damen und Herren, eine Politik der Optik, der Oberflächlichkeit, des Nichtnachdenkens, des Gehenlassens und des Laufenlassens der Probleme der Wiener Stadtwerke. Die Wiener Stadtwerke mit ihren Teilunternehmen sind ein wirtschaftliches Gebilde, sie unterliegen, ob Sie es wollen oder nicht, den wirtschaftlichen Grundgesetzen. Und Sie können nun einmal, wenn Kosten entstehen, die Kosten nur durch Einnahmen decken, oder Sie verfügen über eine ordentliche Kapitaldecke.

Sie warten so quasi auf die gute Fee und haben nur Gags oder optische Operationen parat. Sie sind aber nicht bereit, mit Akribie und mit Tüchtigkeit und mit wirklichem Know-how und mit Phantasie an die Sanierung der Wiener Stadtwerke heranzugehen.

Die Wiener Stadtwerke kommen aus ihrer desparaten und fast hoffnungslosen Situation nur heraus, wenn man hart, durchdacht und konsequent eine Fülle von Einzelmaßnahmen koordiniert ergreift.

Ich möchte hier nur einige Anregungen geben.

Ich glaube, daß es doch möglich sein wird, die triste Situation der Wiener Stadtwerke zu verbessern, wenn nicht gar zu sanieren.

Da wären einmal unternehmenspolitische Maßnahmen notwendig, endlich die Aufstellung eines langfristigen Finanz- und Investitionsplanes, damit man langfristig die Verkehrs- und Energiepolitik in Wien planen kann.

Gott sei Dank und dankenswerterweise gibt es diesen Fünfjahresplan bereits für die Stadt Wien; es gibt ihn noch immer nicht für die Wiener Verkehrsbetriebe.

Es wäre endlich notwendig, das Energiekonzept umzusetzen. Hier liegt eine Fülle von Einsparungsmöglichkeiten drinnen. Nur zu präsentieren und dann keine politischen Schlüsse daraus zu ziehen und Maßnahmen zu setzen, ist zu wenig.

Es wäre endlich die Vorlage, die Diskussion und die Umsetzung eines Verkehrskonzeptes notwendig.

Dann ein einheitliches EDV-Konzept. Wenn man hört, daß angeblich die Zentralwerkstätte an den Computer vom E-Werk angeschlossen werden muß, dann kann es ja nicht gutgehen, meine Damen und Herren!

Weiters: Beginnen wir doch mit den Verhandlungen mit der Bundesregierung um einen entsprechenden U-Bahn-Beitrag. Nicht so wie letztes Mal, wo sich der Wiener Finanzstadtrat vom Finanzminister schnapsen ließ, um es auf wienerisch auszudrücken.

Der Ausbau der S-Bahn: Endlich einmal Verhandlungen und Abschluß der Verhandlungen zur Gründung eines Verkehrsverbundes. Das würde zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs in Wien sehr viel beitragen.

Dann die Festlegung des erforderlichen Kostendeckungsgrades für den öffentlichen Nahverkehr, denn es ist selbstverständlich, meine Damen und Herren, daß sich der öffentliche Nahverkehr nicht selbst finanzieren kann. Aber dann sollen endlich einmal Verhandlungen stattfinden, damit die Kosten, welche die Verkehrsbetriebe nicht tragen können, abgegolten werden.

Und schließlich sollen endlich auch Alternativen für die Organisationsstruktur vorgelegt werden. Man liest nur da oder dort in der Zeitung, man hört irgend etwas: Verkehrsbetriebe raus, Verkehrsbetriebe rein, Heizbetriebe nicht rein, Heizbetriebe raus. So, glaube ich, ist den Wiener Stadtwerken nicht gedient. Man soll sich zusammensetzen, verschiedene Organisationsalternativen aufstellen, diese durchdiskutieren und vor allem, meine Damen und Herren, durchrechnen, denn rechnen ist eine der wichtigsten Aufgaben im Rahmen der Wiener Stadtwerke und wird leider, glaube ich, viel zu wenig gemacht. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Aber auch betriebswirtschaftliche Maßnahmen sind notwendig. Ich glaube, daß eine genaue Durchleuchtung der einzelnen Teilunternehmen durch unabhängige Beratungsfirmen notwendig ist.

Ich bin nicht der Ansicht, so wie das Herr Stadtrat Mayr am Vormittag gesagt hat, daß das ein Mißtrauen gegenüber den Beamten wäre. Meine Damen und Herren! Für die Wiener Stadtwerke wäre es günstig, möglichst viel Erfahrung, möglichst viel Know-how von außen zu bekommen,

indem ich einmal untersuchen lasse: Wo liegen eigentlich die Wurzeln der tristen Situation der Wiener Stadtwerke? Man müßte jedes Teilunternehmen extra untersuchen und dürfte sich nicht unter Umständen durch die ganze Verfilzung täuschen lassen.

Eine genaue Erhebung der betriebsfremden Lasten wäre notwendig, meine Damen und Herren. Man kann nicht nur jammern über das Defizit der Verkehrsbetriebe und den Verkehrsbetrieben die Sozialtarife — jetzt schon von fast 600 Millionen pro Jahr — auflasten. Auch das geht nicht, daß ich ununterbrochen jammere über das Defizit und nichts unternehme, um betriebsfremde Lasten, für die die Verkehrsbetriebe nichts können, abzubauen.

Schließlich wäre es auch notwendig, eine Transparenz der sogenannten Transferzahlungen herbeizuführen, wie zum Beispiel der Gebrauchsgebühren. Hier wird also von den Teilunternehmungen herübergezogen zur Stadt Wien, die Stadt Wien gibt wieder Kapitalerhöhungen. Das heißt, das geht also kreuz und quer. Die E-Werke geben Subventionen an die Verkehrsbetriebe. Hier kennt man sich ja praktisch in der betriebswirtschaftlichen Struktur nicht mehr aus. Man sollte das einmal entfilzen und schauen: Ist es notwendig, diese ganzen Saldierungen zu machen? Man könnte hier eine wesentlich übersichtlichere und transparentere Kostenstruktur haben und dann auf Grund dieser Entflechtung richtige betriebswirtschaftliche Entscheidungen treffen.

Es wäre auch, meine Damen und Herren, der langfristige Aufbau der Eigenkapitalbasis notwendig. Wieder ein Beispiel: Die Wiener Verkehrsbetriebe zahlen pro Jahr rein an Fremdkapitalkosten fast eine halbe Milliarde Schilling. Wenn Sie das zu den Sozialtarifen addieren, dann ist ein Großteil des Defizits der Verkehrsbetriebe wieder weg.

Warum lassen Sie die Wiener Stadtwerke und vor allem die Verkehrsbetriebe kapitalmäßig verhungern? Auch hier wäre ein langfristiger Plan notwendig.

Und schließlich auch: die kassenwirksame Überweisung der Pensionsentlastung zu Beginn des Wirtschaftsjahres an die Wiener Stadtwerke, damit auch die Liquiditätssituation verbessert ist.

Sie sehen also, daß eine Fülle von kleinen Maßnahmen möglich wäre, und jede dieser Maßnahmen würde einen Schritt weiter zur Besserstellung der Wiener Stadtwerke darstellen.

Aber auch die technischen Überprüfungen wären notwendig. Die Kostensituation wäre zu überprüfen. Warum überprüft man nicht die technische Effizienz und die kostenmäßige Erfassung der diversen Reparaturwerkstätten? Ich möchte mich jetzt nicht speziell mit der Zentralwerkstätte beschäftigen, aber ich glaube doch sagen zu können, meine Damen und Herren, daß die Hoffnungen, die wir hatten, nicht aufgegangen sind, und es wäre nicht schlecht, wenn der Herr amtsführende Stadtrat dem Gemeinderat von den Vorteilen, aber auch schonungslos von den Nachteilen der Zentralwerkstätte berichten würde. Hier gibt es bestimmt eine Fülle von Möglichkeiten, Geld zu sparen.

Ein Rationalisierungskonzept wäre notwendig, genaue Kostenvergleiche der Eigenreparatur mit Reparatur durch Fremdfirmen; auch hier könnte etwas eingespart werden. Eine Bereinigung des Typensalates. Es ist doch nicht einzusehen, daß überall verschiedene Ersatzteile notwendig sind. Hier könnte man versuchen, die Typen zu standardisieren, dadurch könnte man das ganze Lagerwesen und die ganze Reparatur sparsamer gestalten. Also da ein Schilling, dort ein Schilling, und mit der Zeit kommt ein erheblicher Betrag heraus. Nur beginnen müßte man einmal damit.

Schließlich die Verbesserung der Organisation der Gasrohrreparatur.

Aber nicht nur das, meine Damen und Herren, auch eine Fülle von absatzpolitischen Maßnahmen wäre notwendig, die Überprüfung der Tarifstruktur, die Zweckmäßigkeit, die Verständlichkeit der Tarife — ich glaube, da hapert es auch sehr oft —, die Kundennähe der Tarife, die Überprüfung und Verbesserung des Inkassos bei Strom und Gas — ich glaube, daß der bargeldlose Einzug wesentlich billiger wäre; hier könnte eine Aktion gestartet werden, mehr Wiener zu überzeugen, daß sie Strom und Gas durch Banküberweisung zahlen — und noch eine Fülle von Möglichkeiten, die sicher Schritt für Schritt die Situation der Wiener Stadtwerke verbessern würden.

Dazu bräuchte man aber einen Energie- und Verkehrsstadtrat mit echter Unterstützung durch den Herrn Bürgermeister und durch den Herrn Finanzstadtrat. Durch Unzuständigkeitserklärungen werden die Wiener Stadtwerke nicht saniert werden.

Zum Beispiel sagte Herr Stadtrat Nekula beim ÖVP-Energiesparfondsantrag im Sommer dieses Jahres: Ich bin nicht zuständig, ich bin nur zuständig für die Energieerzeugung und nicht für die Energiepolitik, und für die Energieerzeugung auch nicht zur Gänze, denn bekanntlich sind ja die Heizbetriebe in der Holding und unterstehen einem anderen Stadtrat.

Bei der Frage nach dem Verkehrskonzept sagte Herr Stadtrat Nekula: Das ist Sache der Stadtplanung, denn nur etwa 10 Prozent des Konzeptes betreffen den öffentlichen Nahverkehr. Er hätte also nur eine 10prozentige Verantwortung.

Meine Damen und Herren! Mir kommt dieses Abspielen der Verantwortung so vor wie bei einer Fußballelf, wo eine Position, zum Beispiel die Position des linken oder rechten Außendeckers — ich überlasse es Herrn Stadtrat Nekula, was er lieber hat — sich nicht entfalten kann. Der linke Außendecker Franz Nekula spielt also quasi Alibifußball. Da kommt der Vorstopper Rudolf Wurzer und springt dazwischen, schlägt also alle Verkehrsbälle, trifft jedoch nie genau; man weiß ja nie, man soll sich nicht vorher festlegen. Da kommt der stämmige Libero Hans Mayr und fährt mit seinem Energiefuß wuchtig dazwischen. (GR. Busta: Und Sie stehen im Abseits! — Heiterkeit bei der SPÖ.) Und was macht der Außendecker Franz Nekula? Nichts. Und was macht der Teamkapitän Leopold Gratz? Er steht im Out und macht nichts. Warum nicht? Vielleicht hat er keinen besseren Ersatzmann, das wäre auch

eine Möglichkeit; man wird es ja im Februar sehen. Jedenfalls macht er jetzt eine Denkpause.

Meine Damen und Herren! Abschließend zu diesem Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke: Für eine solche Politik, wie sie bisher betrieben wurde, gehört — ich möchte bei der Fußballersprache bleiben — die rote Karte. Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke ist trist, Verdoppelung des Verlustes, und es ist überhaupt noch kein Ansatz zu sehen, daß es im nächsten oder im übernächsten Jahr zu einer Verbesserung kommen wird. Wir sind daher gezwungen, den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke abzulehnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Ing. Hofstetter: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Hirsch zu Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Hirsch: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hofrat Bittner hat am Dienstag in einem sehr beachteten Diskussionsbeitrag einige Feststellungen getroffen, die ich an die Spitze meines Beitrages stellen möchte. Er hat festgestellt, wir sollten uns nicht von den Massenmedien den politischen Stil aufzwingen lassen, die Demokratie sei primär eine Sache des Konsens. Er hat weiters festgestellt, die Demokratie dürfe nicht wie die Diktatur auf Feindbildern beruhen, ein Überdenken des politischen Stils sei ein wesentlicher Beitrag zur demokratischen Bildung.

Es haben schon einige Diskussionsredner meiner Partei diesen Beitrag des Herrn GR. Hofrat Bittner in den Vordergrund gestellt, und ich darf mir erlauben, ihm auch vollinhaltlich beizupflichten. Allerdings müssen wir, wenn wir den Stil des Herrn GR. Dkfm. Ammann jetzt gehört haben, Herrn Hofrat Bittner bitten, das auch Herrn GR. Ammann mitzuteilen. (GR. Hahn: Ausgerechnet er in der Wiener Arbeiterkammer!) Herr GR. Hahn, ich würde an Ihrer Stelle nicht so laut schreien, denn auch Sie hätten Nachhilfeunterricht im Stil der Horrorpolitik notwendig, den uns Herr GR. Ammann hier vorgeführt hat. (Zwischenruf des GR. Prochaska.) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese beiden Zwischenrufe waren jetzt das beste Beispiel, wie man es nicht machen soll, aber Sie tun es weiter. Ich hoffe, daß Sie sich darüber im klaren sind, was Sie damit tun.

Aber nun zu Herrn GR. Ammann. Herr GR. Ammann ist ein echtes Wunderkind. Er beginnt als Fachmann für Tänzer, wenn er unseren Stadtrat Nekula als Wundertänzer bezeichnet, und endet als Fußballfachmann, wenn er hier verschiedene Dinge vom Fußball schildert, die allerdings nicht ganz stimmen, wie ja überhaupt sein Beitrag zum großen Teil auf Halbwahrheiten oder auf Unwahrheiten beruht.

Zum Beispiel hat Herr GR. Ammann hier behauptet, daß das Energiekonzept zu spät vorgelegt wurde — das ist eine Geschmacksache —, daß es noch nicht da ist, behauptet aber im gleichen Atemzug, daß es im Sommer 1978 vorgelegt wurde; das ist richtig. Er behauptet, daß es nicht gut ist, sagt aber im gleichen Atemzug — ich habe mir das wortwörtlich aufgeschrieben —: Die Situationsanalyse ist ausgezeichnet. Er geht sogar noch ein Stück weiter und behauptet, das Energiekonzept sei

sehr gut. Er habe es gelesen, er habe sich den ganzen dicken Wälzer — und es ist ein dicker Wälzer — zu Gemüte geführt. Er behauptet aber dann, daß die zweischienige Versorgung im Energiekonzept nicht vorkommt. Herr GR. Ammann, dann haben Sie es nicht gelesen! Es ist sogar ein großer Teil im Energiekonzept, wo die zweischienige Versorgung vorkommt und sehr eingehend beschrieben wird.

Aber man kann hier schimpfen, man kann behaupten, von Sachlichkeit erfüllt zu sein und den Wiener Stadtwerken gute Ratschläge zu geben. In Wirklichkeit, Herr GR. Ammann, wollen Sie damit Angst und Schrecken verbreiten. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Zum Beispiel, wenn Sie hier über die Gasversorgung sprechen. Darf ich Ihnen sagen, daß der Herr Bürgermeister heute in einer Aussendung in einer sehr wesentlichen Frage, die Sie in Ihrem Diskussionsbeitrag angezogen haben, bereits eine Entscheidung getroffen hat. Ich darf Ihnen das vorlesen. (GR. Hahn: Das soll er hier im Gemeinderat sagen!) Das tue ich jetzt, Herr GR. Hahn, hauen Sie nicht auf den Tisch, Sie hauen sich die Hände an!

Da es in der letzten Zeit bei der Behebung von Gasgebrechen in privaten Wohnhäusern mehrmals zu Verzögerungen gekommen ist, hat Bürgermeister Leopold Gratz, wie in der „Rathaus-Korrespondenz“ mitgeteilt wird, Maßnahmen zugunsten der betroffenen Mieter angeordnet. Die Instandhaltung von Zuleitungen und Steigleitungen der Wohnhäuser ist Sache des Hauseigentümers, der ein auftretendes Gebrechen von einem Installateur beheben lassen muß. Manchmal kommt es zu Verzögerungen bei diesen Arbeiten, weil die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel einige Zeit in Anspruch nimmt. Bürgermeister Gratz hat deshalb veranlaßt, daß die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in solchen Fällen in Zukunft binnen 24 Stunden den erforderlichen Kredit gewährt. Gratz wird in der nächsten Sitzung des Stadtsenates am kommenden Mittwoch beantragen, daß die Stadt Wien die Haftung für solche Kredite übernimmt.

Bürgermeister Gratz hat außerdem den Magistrat beauftragt, die rechtliche Situation in jenen Fällen zu überprüfen, in denen Hauseigentümer nicht für die sofortige Behebung von Störungen an Energieversorgungseinrichtungen sorgen. Es sollen alle vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten optimal ausgenutzt werden, um die sofortige Behebung solcher Schäden zu erzwingen. Darüber hinaus soll geprüft werden, welche zusätzlichen landesgesetzlichen Regelungen möglich und notwendig erscheinen, um noch wirksamer vorgehen zu können. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, das ist praktische Politik für die Bürger dieser Stadt. Während Sie krankjamern und Horrorpolitik verbreiten, arbeiten wir für die Bürger dieser Stadt. (GR. Dkfm. Ammann: Was machen Sie gegen die Explosionen, die stattfinden? Die können Sie auch nicht wegdiskutieren!) Sehr verehrter Herr Diplomkaufmann! Sie mögen von Buchhaltung sehr viel verstehen, aber von der Technik — das muß ich Ihnen schon sagen — ver-

stehen Sie sehr, sehr wenig. Wenn ein so gigantisches Unternehmen, ein so großes technisches Unternehmen wie die Wiener E-Werke oder die Wiener Gaswerke sich die Strom- und Gasversorgung in einer Millionenstadt nur einmal als Aufgabe gesetzt haben, dann gibt es Dinge in der Technik, das wird Ihnen Frau Dr. Schaumayer bestätigen, die doch viele Jahre den Stadtwerken als Stadtrat zugeteilt war, daß es hier Fehlerquellen gibt und daß es hier Mängel gibt. Das ist nun einmal so in der Technik, Herr Dkfm. Ammann!

Und wenn Sie behaupten, daß es überhaupt in der Welt ein technisches Unternehmen gibt, wo es zu keinen Fehlerquellen und Pannen kommt, dann kann ich Ihnen nur sagen, daß Sie ein Wunderkind sind und daß Sie halt mit einem technischen Betrieb — außer mit Margarine — nicht viel zu tun haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Gestatten Sie mir, doch noch zu einem Punkt, der mir sehr wesentlich erscheint, Stellung zu nehmen. Zu der Stromversorgung der Wiener U-Bahn einige kurze Details.

Der Anfahrstrom für die Zugseinheiten bei der Wiener U-Bahn beträgt 1400 Ampere pro Zugseinheit. Das ist eine gewaltige Leistung, wenn man in Rechnung stellt, daß dieser Anfahrstrom bei Fertigstellung des Grundnetzes hundertfach benötigt werden wird. Es muß weiters auf eine möglichst hohe Zugdichte und optimale Sicherheit des Bahnbetriebes Bedacht genommen werden. Für das Grundnetz werden wir in Wien 17 Unterwerke benötigen; sechs davon sind bereits fertiggestellt, zwei unmittelbar vor Fertigstellung und bei drei wird mit dem Bau begonnen. Der mittlere Abstand bei den Wiener Unterwerken für die U-Bahn-Versorgung wird 1,9 km betragen. Die rechtzeitige und termingemäße Versorgung des Wiener U-Bahn-Netzes ist damit gewährleistet.

Zu einem zweiten Punkt, den ich auch noch unbedingt hier mitteilen möchte, das ist das Problem des 380.000-Volt-Kabels, das doch in den vergangenen Monaten in den Wiener Bezirken durch die sehr rasche und intensive Bautätigkeit zu einigen Schwierigkeiten geführt hat, vor allem den Verkehr behinderte, aber auch viele Anrainer belastet hat. Dieses 380-kV-Kabel ist aber von eminenter Bedeutung für die Wiener Stromversorgung.

Dazu ein paar Details. Vor 30 Jahren hatten wir eine Stromversorgung, die mit den beiden Versorgungspunkten West und Nord und dem Kraftwerk Simmering die Stromversorgung und auch die Anschlußmöglichkeiten gewährleistet hat. In diesen 30 Jahren ist aber eine sehr große Entwicklung vor sich gegangen, und es wäre anfangs der achtziger Jahre nicht mehr möglich gewesen, auch die Anschlüsse durchzuführen, da das Netz bereits zu schwach war.

Durch die Installierung des 380-kV-Kabels wird es möglich sein, bis fast zum Jahr 2000 allen Anschlußwünschen in Wien Rechnung zu tragen. Das erscheint mir sehr wesentlich, und es war nicht sehr einfach, das durchzusetzen.

Man muß hier ganz besonders den Einsatz des bereits in Pension befindlichen Direktors Dipl.-Ing.

Hausmann erwähnen, der sehr große Verdienste um dieses Werk errungen hat.

Ich darf aber doch zum Schluß kommen und unseren Kolleginnen und Kollegen danken, die von manchen Medien, aber auch von den Oppositionsparteien, deren Zeitungen und Presseerzeugnissen oft sehr verteufelt werden. Es ist nicht sehr einfach, in einem Betrieb zu arbeiten, der ständig gewaltigen Angriffen ausgesetzt ist, oft sehr unsachlichen Angriffen; das sind die Wiener Gaswerke, die in der Umstellung auf Erdgas und die in der Auswechslung der von GR. Ammann bereits erwähnten Gasrohre — das ist im letzten Jahr ja in sehr großem Ausmaß geschehen und wird weiterhin fortgeführt — bei der Gebrechensbehebung oft tatsächlich rund um die Uhr viele Überstunden machen müssen.

Es hat Zeiten gegeben, gerade vor einigen Wochen, wo eine russische Erdgassonde Erdgas geliefert hat, das sehr geruchsintensiv war, wo die Wiener Gaswerke Hunderte, ja bis zu Tausende Einsätze innerhalb von 24 Stunden hatten. Denn die Leute konnten ja nicht wissen, daß dieses sehr stark geruchsbelästigende Gas, wenn es auch nur im geringen Maße ausgetreten ist, nicht gefährlich war. Es mußte jedem einzelnen Anruf nachgegangen werden.

Ich darf doch die Gelegenheit benützen, diesen Kolleginnen und Kollegen, diesen Mitarbeitern, für die Arbeit, die sie bisher geleistet haben und die sie auch gegenwärtig und zukünftig leisten werden und leisten müssen, im Interesse dieser Stadt herzlichst zu danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Fraktion wird den gestellten Anträgen gerne ihre Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. DDr. Strunz zu Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Mit großer Freude habe ich meinen werten Vorredner gehört, der da meinte, Kollege Ammann hätte hier bei uns Angst und Schrecken verbreitet. Ich glaube, diese Angst und diesen Schrecken braucht er nicht zu haben, denn wir sind ja unter uns, und da können wir doch auch einmal die Wahrheit sagen, wenn es auch um Gasröhrln geht.

In diesem Sinne habe ich mir auch erlaubt, einiges zum Erdgasproblem zusammenzustellen, obwohl ich natürlich klarerweise vielleicht jetzt wieder der Panikmache hier in der sozialistischen Fraktion bezichtigt werden mag, denn wenn es um die Gesundheit der Bevölkerung geht, ist es notwendig, das mit aller Klarheit aufzuzeigen. (StR. Heller: Das ist ein Gruselkabinett!) Dankeschön für diesen Zwischenruf, den ich mir gerne merken werde. Ich weiß, wenn man vom Sport kommt, da gibt es ja auch viel Grusel, und Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, werden schon einiges erlebt haben. Von dem aber ganz abgesehen: der Herr amtsführende Stadtrat hat klar und deutlich gesagt, wir haben beim Erdgas mit dem doppelten Heizwert zu rechnen. Das bringt natürlich auch einen wesentlich höheren Ausstoß an Verbrennungsgasen und einen höheren Ausstoß an gefährlichen Substanzen, die

darin enthalten sind. Trotz „Gruselkabinett“, muß ich jetzt sagen.

Aus der Sicht der Lufthygiene wird unsere Atemluft gerade auf diesem Sektor immer mehr Bedeutung haben. Wir wissen, daß Stickoxide als Reizgas anzusprechen sind, wobei besonders das Stickstoffdioxid als besonders giftig zu nennen ist. Es wird mit dem vermehrten Auftreten von Bronchitis, Lungenentzündung und Emphysem beim Menschen in Zusammenhang gebracht. Das Stickoxid hemmt schon unter dem derzeitigen Marktwert der maximalen Arbeitsplatzkonzentration die Atemwegswiderstände und ist als Blutgift anzusprechen. In Tierversuchen war festzustellen, daß diese Oxide das Selbstreinigungsvermögen der Lunge verringern und das Lungengewebe angreifen. Dadurch werden bakterielle und virale Infektionen gefördert.

Über die Kombinationswirkungen des auch im Erdgas auftretenden Stickoxides und Kohlenoxides ist eigentlich noch wenig bekannt, aber trotzdem sind einige Arbeiten schon vorhanden. Es war notwendig, darauf hinzuweisen. Es gibt manche Arbeiten aus dem Hygieneinstitut Düsseldorf. Vor allem das kantonale Laboratorium in Zürich hat sich mit dem Ausstoß von solchen Substanzen am Arbeitsplatz, aber auch beim Kochherd beschäftigt. In diesem Zusammenhang sind besonders Erkrankungen des Bronchialtraktes festzustellen gewesen. Auch Dozent Hofler, Hygieneinstitut Innsbruck, hat in einem solchen Referat auf die Stickoxidbelastung und deren hygienische Bedeutung, vor allem bei der Erdgasverbrennung, hingewiesen. Er hat gemeint, daß besonders in den Küchen mit Erdgasbetrieb hier besondere Vorsicht am Platz sein sollte. Auf diese Tatsache habe ich bereits vor einigen Jahren hingewiesen. Es wurde dann auch von den Stadtwerken durch Professor Schädling eine Untersuchung vorgenommen. Die Arbeit darüber ist bereits längst fertig, wie ich gehört habe. Mir sind nur einige Einzelresultate zugänglich gewesen. Nach denen sind schon erhebliche Steigerungen dieses Stickoxides festzustellen. Denn dazu kommt noch, daß es gerade im Küchenbetrieb mit Erdgas vorgeschädigte Personen gibt, alte Menschen und vor allem Kinder, die ihr Essen zubereiten, auf die natürlich die Grenzwerte der maximalen Arbeitsplatzkonzentration keine Gültigkeit haben, das heißt, daß diese Konzentration wesentlich herabgesetzt werden sollte.

Eine englische Untersuchung bei 5000 Kindern, gerade bei Gas- und Elektrohaushalten, hat ergeben, daß bei der einen Hälfte, also bei den Erdgashaushalten, die Kinder gerade aus diesen Haushalten besonders an Bronchialinfekten gelitten haben. Ich glaube, daß eine solche Arbeit schon, möchte ich fast sagen, einen sehr großen Aussagewert hat, wenn sie immerhin an 5000 Kindern vorgenommen wurde.

Schauen wir uns diese einigen Werte an, die mir zugänglich waren. Die Arbeit ist ja eine geheime Kommandosache und ist nicht zugänglich. Ich hoffe nur, daß nach dem dritten Appell von mir, ich bringe ihn schon zum dritten Mal, der zuständige

amtsführende Stadtrat uns endlich diese Untersuchung zu Verfügung stellen wird.

Eines darf ich aber in diesem Zusammenhang sagen: Die Werte sind in schlecht gelüfteten Küchen besonders deutlich, und zwar um fast 100 Prozent überhöht. Dies bedeutet für sehr, sehr viele dieser Risikogruppen eine ernste Gefahr. Ich glaube, daß gerade im Hinblick auf die Gesunderhaltung unserer Kinder hier besonders darauf hingewiesen werden muß. Zu diesem Zwecke meine ich, daß mir die Situation der Stadtwerke bekannt ist. Der Herr zuständige Stadtrat für Energie wird mir sagen, daß er kein Geld hat, um eine vernünftige Information durchzuführen. Dann darf ich ihn nur darauf verweisen, daß im Informationswesen von Inneres und Bürgerservice noch genügend Geld zur Verfügung steht, und dort sollte man sich das Geld holen. Bitte, merken Sie sich diese nette Anregung. Holen Sie sich dort das Geld und informieren Sie die Bevölkerung so, daß sie jederzeit vor diesen Gesundheitsgefahren gefeit ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Hahn zu Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Hahn: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Wir haben soeben aus dem Munde des Herrn GR. Hirsch gehört, daß sich heute der Herr Bürgermeister eingeschaltet hat und mit Hilfe der Zentralsparkasse eine Kreditaktion für die Haushalte geschaffen wird. Ich muß dasselbe sagen, was ich gestern bereits erklärte: An und für sich betrachte ich den Gemeinderat noch immer als Forum, wenn schon das Budget gründlich behandelt wird, daß man das auch hier sagt. Bitte, es ist eben ein neuer Stil in der Politik eingetreten. Das hat sicherlich den Vorteil, daß die Presse dann groß schreibt, der Herr Bürgermeister Gratz hat das verfügt, während über die Beratungen des Gemeinderates nichts in den Zeitungen steht. Das bedeutet wiederum, das ist nämlich der berühmte Punkt: Was empfinden die Jungen über die Demokratie? Die sitzen halt da, palavern vier Tage, und herauskommen tut eh nichts. (Zwischenruf bei der SPÖ.) Ja, ich sage allgemein, alle Zeitungen, wenn Sie wollen, ich sage sogar: mit Ausnahme der „Arbeiter-Zeitung“, die hier verhältnismäßig korrekt berichtet. Sie wissen, ich bin da immer sehr objektiv. (Beifall bei der SPÖ.) Wir begrüßen das. Allerdings muß man jetzt wirklich eines sagen, und ich komme schon darauf zu rück, da können Sie sicher sein. Also es gibt jetzt nicht nur Lob. Ich gehöre zu denjenigen Gemeinderäten, die die ganze Entwicklung von Haus aus kennen, nicht nur die Stadtwerke, denn über die spreche ich jetzt nicht, die kenne ich schon seit dem Jahre 1954 sehr gründlich. Aber ich möchte nur über die Erdgasumstellung sprechen, und zwar, weil ich mir sehr oft wirklich gedacht habe: Wieso kann denn da ununterbrochen und leider so konstant und immer wieder etwas passieren, gerade auch, was die Frage der Hausanschlüsse beziehungsweise der furchtbar bedauerlichen Unfälle in den Häusern selbst anbelangt. Meine Damen und Herren! Das war alles be-

kannt. Ich nehme an, daß Herr Stadtrat Nekula, der dann das Ressort übernommen hat, schon auch die Protokolle, zum Beispiel eines vom 9. Juli 1969, sehr genau gelesen hat, wo damals die verantwortlichen Beamten ausdrücklich darauf hingewiesen haben, daß natürlich in der Frage der Hausanschlüsse aus den bekannten Gründen, die hier schon oft genug genannt wurden, also Austrocknen usw., gewisse Gefahren bestehen, und daß es sehr wichtig wäre, auch hier die notwendigen Investitionen zu tätigen. Es wurde damals genau der Betrag erhoben. Es heißt hier wortwörtlich im Protokoll: Auch müßten die Hausinstallationen saniert werden; das ist aber eine Angelegenheit der Hausinhabung; Kostenpunkt etwa 1,5 Milliarden Schilling. Damals hat man mit einer Umstellungsdauer von 20 Jahren gerechnet. Es ist sicherlich im gesamten gesehen ein großer Fortschritt, daß man das wesentlich rascher gemacht hat. Es heißt also, wenn Sie wollen: Die damals geschätzten 1,5 Milliarden, jetzt auf zehn Jahre aufgeteilt, wären ungefähr 150 Millionen, ohne die Preissteigerungen usw.

Wir haben allerdings damals von der Österreichischen Volkspartei auch im Jahre 1970, also dann anschließend an diese Sache, einen Antrag eingebracht. Ich erzähle Ihnen jetzt kurz dessen Los. Das ist eine an und für sich erschütternde Feststellung, daß unsere Anträge, obwohl wir damals noch in einer sogenannten Kooperation waren — Kooperation 1969 bis 1973, das war das Kooperationszeitalter —, schlecht oder gar nicht behandelt wurden. Denn damals war mir schon klar, jetzt komme ich wieder auf das Problem zurück, das ich gestern bei den Mieten erwähnt habe: § 7.

Wissen Sie, was damals passiert ist? Wenn einer der Hausinhaber den Antrag gestellt und sich gesagt hat, mein Haus wird generalrenoviert, die Steigleitung ist nicht mehr die beste, beim Erdgas muß sie besser sein usw., so hat er das im §-7-Antrag angeführt. Die Schlichtungsstelle jedoch hat ihm das nicht bewilligt, „da nicht unbedingt notwendig zur Erhaltung des Hauses“. Ich war verzweifelt. Ich habe mir damals gedacht, daß das doch nicht wahr sein kann. Damals hat es noch Beamtenbesprechungen gegeben, zu denen der Antragsteller eingeladen wurde. Mir hat man beizubringen versucht, warum, wieso und weshalb es verschiedene Urteile der Schlichtungsstellen gibt. Es hat Gerichtsprozesse mit verschiedenen Urteilen gegeben.

Die Hausinhaber, die sich also gesagt haben, sie wollen ihr Haus so herrichten, daß alles in Ordnung ist, wenn es zur Gasumstellung kommt, haben folgendes erlebt: Die Renovierung wurde nach § 7 vorgenommen, und dann ist das Gaswerk gekommen und hat festgestellt, daß die Steigleitung für das Erdgas zu schlecht sei. Darauf mußte im neu renovierten Haus wieder aufgestemmt werden.

Hier liegt doch eindeutig irgendwo ein Versagen vor. Nun werden Sie bestimmt sagen, auf der einen Seite lobt er die Beamten, auf der anderen Seite greift er sie an. Es ist aber ein Versagen, denn man hat von den Dingen gewußt und nichts gemacht. Ich habe, obwohl ich 1971 ins Parlament übersiedelte, die Sache weiter verfolgt. Es hat die

verschiedensten Urteile gegeben. Bei den Schlichtungsstellen ist es drunter und drüber gegangen. Die einen haben es akzeptiert, die anderen nicht. Wo manches nicht akzeptiert wurde, wird leider Gottes auch einiges passiert sein.

Ich muß das noch einmal sagen: An und für sich ist die Erdgasumstellung beendet. Ich bitte Sie, uns zu glauben, daß wir wirklich keine Freude haben, wenn irgendwo etwas explodiert und es ein paar Schwerverletzte gibt. Aber andererseits muß das hier schon aufgezeigt werden, ohne Horrormeldungen inszenieren zu wollen. Man hätte sich in diesem Punkt schon besser vorbereiten können. Denn nun zu sagen, der Hausherr ist schuld, das ist zu billig. Man hat es gewußt. Und ich wiederhole noch einmal: Es hat unzählige Prozesse gegeben, von denen einige so und andere wieder anders entschieden wurden.

Nun werden Sie uns wieder entgegenhalten, die Richter seien unabhängig. Eines ist jedoch klar: Man hätte von den verantwortlichen Dienststellen klare Weisungen an die Schlichtungsstellen geben können, denn diese unterstehen dem Magistrat. Man hätte vielleicht auch sagen können — dieser Nebensatz sei mir gestattet: damals hat ja die Mietervereinigung etwas opponiert, heute ist sie sicherlich fortschrittlicher: Seid doch gescheit, was ihr hier betreibt, ist doch Wahnsinn. Ihr gefährdet doch letzten Endes die Sicherheit der Hausbewohner. Das wollte ich heute noch einmal gesagt haben.

Die geplante Aktion begrüßen wir sicherlich. Vielleicht kann die Gemeinde Wien alle Leitungen übernehmen. Dazu gibt es ja eine Parallele beim Wassergebührengesetz. Hier hat es vor einigen Jahren eine Novelle gegeben. Man soll nicht so tun, als wäre alles unvermutet und jäh über uns hereingebrochen. Man kann wirklich nur hoffen, daß solche furchtbaren Unfälle nicht mehr passieren.

Ich muß Ihnen noch ein anderes Beispiel erzählen, weil ich glaube, daß man in manchen Dingen schon leichtfertig vorgeht. Ich bin monatelang durch die Alser Straße gefahren, die sich in einem der letzten Erdgasumstellungsrayone befindet. Diese Straße ist sehr stark befahren. Und in dieser Straße ist ein einziges Mal ein Schild aufgestellt gewesen, auf dem „Achtung Explosionsgefahr“ gestanden ist. Ich brauche Ihnen die Situation in der Alser Straße nicht zu schildern. Sie kennen die Autokolonnen, die sich dort fortbewegen. Bei nahe jeden Tag habe ich mich gefragt, was geschähe, wenn ein Fahrer aus dem Auto einen brennenden Tschik werfen würde. Dann kracht es!

Man hat also irgendwie das Gefühl, daß man sozusagen zum lieben Gott betet, damit nichts geschieht. Gott sei Dank ist in der Alser Straße nichts passiert. Die Straße wurde zwar ein zweites Mal aufgerissen, ich weiß aber bis heute nicht, warum.

Eines ist jedenfalls klar: Den von den Gaswerken eingesetzten Bediensteten, die unter Einsatz ihres Lebens die Schäden reparieren müssen, gebührt auf jeden Fall unser aufrichtiger Dank. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Zum Wort ist

niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat **Nekula**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind viele Dinge gesagt worden, die nicht im Raum stehen bleiben dürfen, weil sie von Unkenntnis und Unsachlichkeit gezeugt haben. Obwohl zumindest Herr Dkfm. Ammann Informationen im Ausschuß erhalten hat, hat er hier so getan, als wüßte er von nichts und wäre nicht informiert worden. Darauf werde ich noch zurückkommen.

Die wirtschaftliche Situation der Stadtwerke — ich betone: im besonderen von den Verkehrsbetrieben verursacht; weil der Sprecher der Freiheitlichen Partei von den Stadtwerken gesprochen hat, möchte ich das sehr genau präzisieren — kann nicht als Ganzes, sondern muß einzeln, und zwar nach den Energieversorgungsunternehmen und nach dem Nahverkehrsunternehmen Verkehrsbetriebe, gesehen werden.

Die Energieversorgungsunternehmen sind durchaus in der Lage, ihre aufgenommenen Kapitalien, die sie wie jedes andere fremde Unternehmen für ihre Investitionen aufnehmen, abzustatten. Es gibt in der österreichischen Wirtschaft — die Bauwirtschaft beweist es jetzt geradezu klassisch — fast kein Unternehmen, das mit Eigenkapital seine Investitionen finanziert. Auch unsere Unternehmen nehmen Fremdkapital auf, um die notwendigen Einrichtungen, etwa die Errichtung der Blockkraftwerke I und II, der 380-kV-Leitung usw. durchzuführen. Diese Unternehmen sind auch in der Lage, bei einem normalen Wirtschaftsablauf ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Nicht so ist es bei den Verkehrsbetrieben. Die Verkehrsbetriebe sind ein Unternehmen, das vom Wiener Gemeinderat ein Unternehmensstatut bekommen hat, das sie zur wirtschaftlichen Führung des Unternehmens verpflichtet. Gleichzeitig beschließt der Gemeinderat aber auch die Einnahmen, nämlich die Tarife, und legt fest, in welchem Ausmaß dieses wirtschaftlich zu führende Unternehmen Einnahmen erzielen darf, auch wenn man bei einem solchen Beschluß schon von vornherein weiß, daß es zu keiner wirtschaftlichen Führung kommen kann. Gleichzeitig sind die Verkehrsbetriebe verpflichtet, im Rahmen ihrer Investitionen Preise zu bezahlen, die üblich sind. Ich habe heute darauf hingewiesen, daß ein neuer Triebwagen 11 Millionen und ein neuer Beiwagen 4 Millionen Schilling kostet. 1969 hat der Triebwagen 4 Millionen Schilling gekostet. Dieser Triebwagen hat allerdings eine Reihe von technischen Verbesserungen erfahren, und dadurch ist diese gigantische Preissteigerung eingetreten.

Wir wissen aber genauso gut, daß wir ohne dieses Verkehrsunternehmen gar nicht auskommen können. Auch wenn es heute im negativen Sinn festgestellt worden ist, indem man sagte, es fahren mehr Leute mit der Straßenbahn, weil es zuwenig Parkplätze gibt, ist das ein Beweis, daß wir ohne dieses Unternehmen, das im Jahr immerhin 432 Millionen Fahrgäste befördert, nicht auskommen können. Es befördert auch Menschen, die gar kein Auto besitzen, die vielleicht körperlich gar

nicht in der Lage sind, ein Auto in Betrieb zu nehmen, es befördert Kinder, aber auch Autofahrer, die an Glatteistagen ihr liebes Spielzeug stehenlassen, damit es nicht vielleicht einen Kratzer bekommt, und die dann erwarten, daß das öffentliche Verkehrsmittel da ist.

Es gibt also eine Palette von Bedürfnissen für ein Unternehmen, das den Auftrag hat, wirtschaftlich geführt zu werden, aber keinen Einfluß auf diese Dinge hat.

Daher muß vom Eigentümer eine Hilfestellung gegeben werden, und diese Hilfestellung ist bereits in vielfacher Form geschehen. Ich darf an die Pensionsentlastung erinnern, die im kommenden Jahr 1,022 Milliarden Schilling ausmacht, ebenso an die Kapitalaufstockungen, so daß wir insgesamt auf 2 Milliarden Schilling kommen. Eine stolze Summe und trotzdem zuwenig, wenn ich Ihnen sage, daß die Einnahmen von ungefähr 1,5 Milliarden Schilling nur zu 74 Prozent die Löhne und Gehälter unserer Bediensteten abdecken.

Daher ist eine Schere da, meine Damen und Herren, schon aus dieser Situation heraus, die den Eigentümer verpflichtet, hier, im Hinblick auch auf die Ersparungen der gesamten Wirtschaft und der gesamten Stadtstruktur, eine Hilfestellung zu geben. Diese Gespräche haben begonnen, als seinerzeit die Kapitalaufstockungen beschlossen worden sind, von denen der damalige Sprecher im Finanzausschuß, GR. Hahn, gesagt hat: Dieses Glück hätten die ÖVP-Stadträte haben sollen, das Sie haben, indem die Kapitalaufstockung beschlossen wird.

Ich nehme auch an, meine Damen und Herren, daß wir diese Frage auch zu einer Lösung bringen werden. Es hat ein Sprecher, Herr GR. Schwarz, darauf hingewiesen, daß das kein Einzelfall Wien ist, sondern daß der Verlust der Verkehrsbetriebe in Wien im Verhältnis zu anderen Nahverkehrsunternehmen vergleichbarer großer Städte — ich habe bereits auf München, auf Hamburg, auf Berlin hingewiesen — wesentlich geringer ist. Das ist keine Beruhigung, aber eine Tatsache, weil man uns immer wieder vorwirft, wie gut es woanders geht.

Zu der Glosse, Herr GR. Bauer: Es ist richtig, daß die Durchsage schlecht war. Aber vielleicht darf man jetzt einmal die Ursache, die der Schreiber, wie so oft, nicht erwähnt hat, sagen: Dem Fahrer ist nämlich eine Frau im Wagen zusammengebrochen, und er wußte nicht, was er mit ihr anfangen soll. Sie hat im Zug vor Schmerzen geschrien. Dadurch, daß der Zug mit Funk ausgerüstet war, war es möglich, die Frau rechtzeitig in ein Spital zu bringen. Und dann hat der Fahrer in seiner Nervosität eine sicherlich nicht richtige Durchsage gemacht, „wegen Erkrankung“, die unkontrolliert von der Betriebsstelle übernommen worden ist.

Ich würde sagen: Ich lache ebenso herzlich wie Sie darüber, weil ich jetzt weiß, daß diese Frau gerettet worden ist. Es hat sich bei ihr um eine Gallensache gehandelt. Dann kann man nachher sehr herzlich darüber lachen, daß sich der Fahrer

ungeschickt verhalten hat. Aber die Frau ist gesund, und das ist die Hauptsache.

Ich danke für die Anerkennung für die Fahr-
gastinformation, nur gibt es dabei ein Problem an
der Oberfläche. Und das haben wir alle schon ge-
merkt: Wenn wir Lautsprecherübertragungen an
der Oberfläche haben, tritt eine derartige Verzer-
rung ein — auch bei unseren Wahlkundgebungen
waren wir nicht immer glücklich, weil wir nicht
alle Leute ansprechen konnten —, während im ge-
schlossenen Raum die Übertragung etwas besser
ist.

Die gleichen Probleme hat Herr Dr. Busek ge-
habt (VBgm. Dr. Busek: Überhaupt nicht!), der ja
auch geredet hat und nicht verständlich war. Also
wir haben alle die gleichen Probleme gehabt.

Wie sie zu lösen sind, weiß ich nicht, aber es
wird daran gearbeitet. Die Firma versucht — denn
wir haben es ja bestellt, wir erzeugen es ja nicht
selbst —, uns eine bessere Streuung zu bringen,
die diese Verzerrungen weitestgehend aufhebt.

Zur Durchlauferhitzer-Überprüfung: Es ist ein
Landesgesetz in Vorbereitung. Wir haben bereits
auf freiwilliger Basis mit den „24 Stunden“, un-
serer Kundenzeitschrift, einen derartigen Hinweis
gegeben. Das trifft auch auf Herrn GR. Hahn zu,
der gesagt hat — nein, es war nicht Herr GR. Hahn,
es war Herr Dr. Strunz, der das gesagt hat —,
man sollte vom PID Geld nehmen, um diese In-
formation zu geben. (GR. Hahn: Sie haben ja kei-
nes!) Wenn Sie mir zuhören, ersparen Sie sich den
Zwischenruf. Ich würde Ihnen empfehlen: Lesen
Sie die „24 Stunden“. Sie haben sie nicht gelesen.
Dort haben wir bereits den Aufruf, eine bessere
Belüftung durchzuführen. (GR. Dipl.-Ing.
DDr. Strunz: Das ist aber zuwenig! — GR. Hahn:
Das ist zu klein gedruckt!) Ich bin bereit, Ihnen
das zur Verfügung zu stellen. Da drinnen ist es
gestanden (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Das muß
man öfter machen, nicht nur einmal!), mit dem
gleichen Aufruf, dieses Dreieck anzubringen als
vorläufige provisorische Bitte! (GR. Dr. Hirn-
schall: Herr Stadtrat! Aber zum Kundendienst
haben Sie noch nichts gesagt!) Ich komme noch
darauf zurück! (GR. Dr. Hirschall: Zur Über-
prüfung der Geräte! Muß ich schon aufhören?
(GR. Dr. Hirschall: Nein, nein!) Gut. Ich komme
auf diese Frage im Zusammenhang damit noch zu
sprechen, daß es hier Gespräche mit der Installa-
teurrinnung gibt.

Herr GR. Daller hat gefragt, ob die Genossen
das sinkende Schiff verlassen, oder so ähnlich. Das
war seine Sorge.

Mir hat jemand gesagt — ich bin ermächtigt,
das festzustellen: Es wäre eine Zumutung, Ihnen
zuzuhören. Ich gebe das nur weiter. Daher haben
unsere Freunde den Saal verlassen. Es war also
kein sinkendes Schiff, sondern das war der Grund.
Ich gebe diese Feststellung weiter, sie stammt nicht
von mir. Ich bin ja hiergeblieben und habe Ihnen
zugehört! (GR. Dkfm. Ammann: Sie haben ja müs-
sen!) Leider! (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Daß ich
zuhören mußte!

Darf ich bitte feststellen: Es ist eine Reihe von
Dingen hier erwähnt worden, zum Beispiel die

Straßenbahn. Auch die Aktion Pro Wien ist er-
wähnt worden, die so vieles aufgezeigt hat. Es ist
dabei festgestellt worden, daß seit 1970 — Sie
haben zitiert — die Reisegeschwindigkeit abnimmt,
daß die Fahrgäste seit diesem Zeitpunkt die
Straßenbahnen verlassen, daß wir eine sinkende
Beförderungszahl haben. (GR. Daller: Bitte nach-
zulesen!) Das ist alles richtig, ich sage ja, Sie haben
zitiert.

Nur muß man das auch in Zusammenhang set-
zen, denn in diesem gleichen Bericht steht drin-
nen, daß die rückläufige Reisegeschwindigkeit und
die Abnahme der Fahrgastfrequenz mit der stei-
genden Zulassungsquote beim Individualverkehr
zusammenhängt. Ich würde Ihnen also empfehlen,
vollständig zu zitieren und nicht aus dem Zusam-
menhang gerissen. (VBgm. Dr. Busek: Also sind es
jetzt mehr oder weniger Fahrgäste?) Nein, das ist
richtig. Aber man muß ja auch die Ursache ergrün-
den, Herr Dr. Busek. Wenn mehr Autos da sind,
wenn die Bevölkerung im Raum Wien abnimmt
und die Zahl der Autos zunimmt, muß es ja irgend-
wo einen Ausgleich geben. Und daß die dann nicht
gleichzeitig mit dem Auto und mit der Straßenbahn
fahren, das haben wir doch erlebt! (GR. Diplom-
kaufmann Ammann: Es wäre eine Möglichkeit, daß
man ein Auto kauft, weil die Straßenbahn zu lang-
sam fährt!) Die Begründung habe ich schon gehört!

Es ist dann auch festgestellt worden, daß man
viel zu spät mit der Funkausrüstung begonnen hat.
Man könnte dadurch die Attraktivität steigern.

Der erste Wagen der Wiener Straßenbahn ist
am 12. Mai 1972 mit Funk ausgerüstet worden, ob-
wohl die Münchner Verkehrsbetriebe, meine Da-
men und Herren — ich sage das auch jetzt als Ver-
gleich, weil Sie immer wieder sagen, daß es zu
spät ist —, 1966 begonnen haben, die Straßenbah-
nen mit Funk auszurüsten. Also zu einer Zeit, in
der Ihre Damen und Herren die Verantwortung
für dieses Unternehmen getragen haben, hat man
in München 1966 mit Funk begonnen. Wir haben
1972 damit begonnen — allerdings nicht mehr un-
ter Ihrer Verantwortung. Ich bin überzeugt davon:
Es war damals der sozialistische Finanzreferent
schuld, der nicht die Mittel hergegeben hat, damit
schon 1966 mit dem Funk begonnen hätte werden
können.

Die Beschleunigung, meine Damen und Herren:
Hier werden wir Sie sehr rasch mit Ihrer Aktion
Pro Wien beim Wort nehmen. Denn die erste
Linie, die beschleunigt wird, ist die Linie 5, die
durch die Bezirke 6, 7, 8, 9 und 20 geführt wird,
und ich weiß heute schon, daß zwei dieser Bezirke
Beschlüsse gefaßt haben, daß an Halteverbote
überhaupt nicht zu denken ist. Es ist eine derartige
Verwässerung eingetreten, daß Herr Professor
Knoflacher vor kurzem gesagt hat: Dann ist es
sinnlos, eine derartige Beschleunigung durch-
zuführen!

Wir werden den Versuch unternehmen, mit die-
sen fünf Bezirksvorstehern noch einmal zu reden
(Stadtrat Dr. Goller: Das ist eine Rede! Reden muß
man!), obwohl es, meine Damen und Herren, be-
reits Beschlüsse der Bezirksvertretungen gibt. Ich
mache Sie darauf aufmerksam. Wir werden dann

den Wahrheitsgehalt von Pro Wien an Hand dieser Realität prüfen, wenn diese Beschleunigung durchgeführt wird, ob es nicht ähnlich wie bei der Linie 49 ist, daß man die Aufhebung der Beschleunigung verlangt.

Was die Länge des Liniennetzes betrifft, ist es richtig, daß von 1968 bis 1978 das Liniennetz bei der Straßenbahn um 41 Kilometer geringer geworden ist. Wenn man nun das Plus bei den Bussen dazurechnet — bei den Bussen hat sich nämlich eine Verlängerung von 66 Kilometern ergeben —, dann ergibt sich, daß das Oberflächennetz der Verkehrsbetriebe, Bus und Straßenbahn, in diesen zehn Jahren um 25 Kilometer gewachsen ist. Das heißt, meine Damen und Herren, das und die Nutzkilometer, die mehr geleistet worden sind, sind eine echte Attraktivitätssteigerung durch ein erhöhtes Verkehrsangebot. (GR. Zörner: Ich verstehe noch immer nicht, warum weniger Leute in der Straßenbahn fahren! Sie widersprechen sich selbst, Herr Stadtrat!) Ich verstehe Sie nicht! Wenn Sie etwas deutlicher reden würden, könnte ich Ihnen antworten! (Stadtrat Dr. Goller: Er wollte sagen: Die Verkehrsbetriebe sind so attraktiv! — GR. Schultz: Stadtrat Goller übersetzt!)

Zur Linie 24 B: Ich bin dafür, daß dort das gleiche geleistet wird vom privaten Unternehmer wie von den Verkehrsbetrieben. Ich werde den privaten Unternehmer, der diese Linie betreibt, auffordern, da er das Geld von den Wiener Verkehrsbetrieben für die Beförderung der Fahrgäste bekommt, daß er ein ähnliches Bürgerservice leistet wie die Verkehrsbetriebe (GR. Daller: Das ist Ihre Aufgabe, Herr Stadtrat!), um so mehr, als wir ja für jeden gefahrenen Kilometer dort bezahlen.

Ich habe schon angeführt, daß man heute sagt: Das Abnehmen der Abstellplätze führt dazu, daß es mehr Straßenbahnfahrgäste gibt. Meine Damen und Herren! Ich sage hier ganz offen und deutlich, daß die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs eine Behinderung des Individualverkehrs in unserer Stadt bedeuten wird. Wenn das eine Maßnahme ist, dann sind wir sehr froh darüber, daß wir mehr Fahrgäste bekommen, um so mehr, als wir vom Planansatz 1978 bis jetzt, also bis Ende November, ein Plus von 2,4 Prozent bei den Beförderungsfällen haben. Das zeigt also, daß hier doch ein Umdenken, wahrscheinlich auch durch die U-Bahn, das gebe ich ohneweiters zu, eingetreten ist. Wir haben bereits verbesserte Beförderungsleistungen, noch immer nicht zufriedenstellende, aber es zeigt sich, daß sich hier bereits einiges verbessert.

Herr GR. Ammann hat festgestellt, daß ich den Wirtschaftsplan der Stadtwerke lächelnd präsentiert habe. (Stadtrat Dr. Goller: Das letzte Lächeln!) Meine Damen und Herren! Nachdem mir voriges Jahr der gleiche Vorwurf gemacht worden ist, habe ich heute bei der Einleitung nicht ein einziges Mal gelächelt. Aber ich nehme an, das ist ein Stehsatz bei Ihnen, mit dem Sie also beginnen müssen. Es ist mir gar nicht so lächerlich bei diesen Unternehmungen zumute (GR. Ing. Kreiner: Die sind nicht zum Lachen! — Stadtrat Dr. Goller: Das ist traurig!), weil ich meine Verantwortung sehr ernst nehme. Nur manche Dinge sind einfach

nicht ernst zu nehmen, wenn man sie hört, und ich werde auf diese noch zurückkommen.

Herr GR. Ammann hat sich darüber beklagt, daß die Investitionen um 20 Prozent zurückgehen. Das ist richtig. Aber wir haben derzeit auch kein Kraftwerk zu bauen. Das zeigt sich sehr deutlich im Investitionsplan. Es wird wiederkommen. Wenn wir im Rahmen des sogenannten Energiekonzeptes, von dem Sie gesprochen haben, 1986/87 ein gleiches Werk in Betrieb nehmen müssen, werden wir Anfang der achtziger Jahre derartige Steigerungen wieder drinnen haben.

Und das zweite ist — das habe ich sehr deutlich heute gesagt —: Es ist zu einer Verschiebung zwischen dem Investplan und dem Erfolgsplan bei den Gaswerken gekommen. Das drückt sich auch hier aus. Die Investitionen sind natürlich geringer geworden, weil wir diese Summen auf dem Erhaltungssektor, im Erfolgsplan haben. Sie sagten selbst, daß es gigantische Steigerungen auf dem Gasrohrsektor gibt. Die drücken sich ja irgendwo aus. Wir haben das bewußt in Kauf genommen. Wir haben einen Wirtschaftsprüfer zu Rate gezogen, der uns diese Empfehlung gegeben hat. Wir ersparen uns dadurch 4 Millionen Schilling Investsteuer.

Woher Sie das haben, daß Straßenbahnen aus dem Jahr 1910 noch in Betrieb sind, weiß ich nicht. (GR. Dkfm. Ammann: Das steht im Investitionsplan unter „Erläuterungen“) Ich bin gerne bereit, wenn Sie mir das dann zeigen, das zur Kenntnis zu nehmen.

Die ältesten Straßenbahngarnituren stammen aus dem Jahre 1927, das sind die sogenannten M-Garnituren, die allerdings 1969 bei meiner Amtsübernahme auch schon 42 Jahre alt waren, nur um das nicht im Raum stehen zu lassen.

Aber ich sage trotzdem, meine Damen und Herren, daß diese Garnituren bereits am Absterbetat sind und daß sie laufend — ich könnte jetzt eine Reihe von Garnituren nennen, die es nicht mehr gibt, die nicht mehr vorhanden sind — aus dem Verkehr gezogen werden. Im Straßenbahnmuseum gibt es noch einzelne Garnituren. Die K-, die B-Garnituren, die jetzt ausgeschieden werden, sind vorhanden. (GR. Dkfm. Ammann: Post 113 bei den Erläuterungen!) Ich werde es mir dann sofort ansehen! (GR. Dkfm. Ammann: Es handelt sich um den Ersatz der zweiachsigen Wagen Baujahr 1910!) Ich schaue es mir dann sofort an, weil das also nicht stimmen kann. Wir haben keinen mehr. Wir haben im Wagenplan drinnen: Das älteste Modell ist die M-Garnitur oder die 4000er, wenn Sie wollen, aus dem Jahre 1927. (GR. Dkfm. Ammann: Ich habe es Ihnen Unterlagen entnommen!)

Die Frage bezüglich der 130 Millionen und der 160 Millionen hat der Sprecher des Finanzausschusses Hahn gestellt. Es wurde ihm damals im Stadtsenat, wo der Wirtschaftsplan beschlossen worden ist, erklärt: Hier handelt es sich um Mehrwertsteuer, die bei der Finanzverwaltung budgetiert wird. (GR. Dkfm. Ammann: Wieviel Prozent Mehrwertsteuer sind das, Herr Stadtrat?) Bitte, darf ich dazu feststellen: Ich kann Ihnen nur sagen, was aufgeklärt worden ist, denn für mich sind entscheidend die 130 Millionen, die bei mir budgetiert werden. Die Erklärung hat aber Herr Präsident Hahn

zur Kenntnis genommen! (GR. Dkfm. Ammann: Mit der Mehrwertsteuer fehlen noch immer 7 Millionen! Wo sind die, Herr Stadtrat?) Bitte schön, da müssen Sie den Finanzreferenten fragen. (Stadtrat Dr. Goller: Der weiß das auch nicht!) Bei mir sind 130 Millionen budgetiert, und 130 Millionen bekommen wir. Das ist also das entscheidende. (GR. Dkfm. Ammann: Verlangen Sie die 7 Millionen auch noch!)

Darf ich dann zu einer Frage Stellung nehmen, um das noch einmal hier klar und deutlich auszusprechen, weil Herr GR. Hahn gesagt hat, die Österreichische Volkspartei ist nicht für Horrormeldungen, sie ist für Sicherheit. Darf ich das gleiche sagen für die Stadtbahn? Die Stadtbahn, meine Damen und Herren, war nicht unsicher. Sie hat die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zum Fahren gehabt. Nur weil es dann menschliches Versagen gegeben hat, sind zusätzliche Einrichtungen noch eingebaut worden. (GR. Dkfm. Ammann: Warum hat man diese Einrichtungen nicht früher eingebaut?) Aber die Bewilligung für die Beförderung von Fahrgästen war vorhanden, denn es wird keinen Bediensteten der Verkehrsbetriebe geben, der ein Betriebsmittel in Betrieb nimmt, für das keine Genehmigung vorhanden ist, weil er dann die volle Verantwortung tragen würde.

Die Frage „Sperrungen beim Umbau“ ist Ihnen auch schon im Ausschuss erklärt worden: Das ist die Neuanschaffung der E 6, mit der wir diese alten Stadtbahnwagen ersetzen wollen. Das heißt also, wir kaufen jetzt neue Wagen, und nachdem nicht das gesamte Geld vorhanden ist, um all die Wünsche zu erfüllen und auch die Versäumnisse der letzten 20 und 30 Jahre zu beseitigen, muß es eben mit kleinen Schritten vor sich gehen.

Zur Frage Gasrohrnetz. Sie haben zwei Beispiele angeführt, darunter den 23. Bezirk. Hier handelt es sich nach Aussagen von Technikern um sehr junge Gasrohre. Es handelt sich um Gasrohre, die 1955 beziehungsweise 1959 mit modernen Schraubgewinden, also nicht mehr mit Stemmuffen, verlegt worden sind, aus Sphäro-Guß, also das Modernste, das es derzeit gibt. Und es ist einwandfrei festgestellt worden, daß es nicht Korrosion war, sondern daß der Riß durch eine Überlastung der Straßenoberfläche zustande gekommen ist.

Ich habe jetzt eine Weisung hinausgegeben, daß überall, wo es möglich ist, die Gasrohre bei Neuverlegungen tiefer verlegt werden, um diesen immer stärker werdenden Achsdrücken auszuweichen.

Aber, meine Damen und Herren, das hat Konsequenzen, denn wenn wir um 20 Zentimeter tiefer graben, dann sind die Verlegungskosten pro Kilometer Gasrohr wesentlich teurer. Das heißt, wir müssen aus der Infrastruktur her wieder Leistungen für den Verkehr erbringen. Es werden nicht nur durch überladene Fahrzeuge unsere Gasrohre beschädigt, sondern es werden auch mit den Kränen unsere Oberleitungen heruntergerissen. Diese Fälle sind nicht einmalig, so daß wir immer die Verantwortung für etwas zu tragen haben, wo der Private versagt.

Zu den Steigleitungen komme ich noch einmal zurück, weil ein Mitglied Ihrer Fraktion selbst ein

Betroffener eines abgesperrten Gasrohres ist. Es ist verlangt worden, das rechtzeitig vorzubereiten. Meine Damen und Herren! Dieses Haus ist 1907 gebaut worden. Die Steigleitungen, damals auch noch für Gasbeleuchtung, sind 1911 bis 1913 verlegt worden. Seit damals ist an diesen Steigleitungen nichts mehr repariert worden. 1911 bis 1913 sind sie verlegt worden!

Das hat heute dazu geführt, daß dieses Haus gaslos ist, weil die Steigleitung durchgerostet ist, meine Damen und Herren. Das hat mit Erdgas und mit Druck jetzt überhaupt nichts zu tun, denn auch das Stadtgas wäre durch eine rostige Leitung durchgekommen, und das Gasrohr hätte genauso abgesperrt werden müssen.

Und sehen Sie, meine Damen und Herren, da kommen wir zu folgenden Problemen: Die Gaswerke sperren aus Sicherheitsgründen ab. Es gibt ungefähr 115 Häuser, die bereits in Bearbeitung sind, wo die Installateure arbeiten, es gibt aber zwei Häuser, bei denen die Hausinhabung überhaupt noch keinen Antrag auf Erneuerung gestellt hat. Das eine Haus ist seit Juni gaslos und das zweite Haus seit August. Und es war die Überlegung des Herrn Bürgermeisters, daß er gesagt hat, daß das Nichttätigwerden dieser zwei Hausinhabungen die Mieter dort zu Fall bringen kann, daß sie in dieser Zeit gaslos sind, weil sich der Hausherr darauf ausgedacht hat, daß er kein Geld hat. Daher wird diese Kreditmöglichkeit eingeräumt, um zu verhindern, daß diese Dinge auf dem Rücken der Mieter ausgetragen werden.

Wir haben, meine Damen und Herren, keine Politik der Rekorde und der Optik bei der Gasumstellung durchgeführt, sondern sie ist aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt. Ich hatte schon Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß durch die Verkürzung wesentliche Geldmittel erspart worden sind. Diese Optik und diese Rekorde haben aber immerhin 200.000 zufriedene Gaskunden gebracht, die heute heizen, und der Rekord der letzten Tage von Gaswerk und E-Werk hat gezeigt, daß diese Unternehmungen trotz Minusgraden sehr wohl in der Lage waren, eine gesicherte Versorgung zu garantieren. Das ist eine Leistung, meine Damen und Herren, die erst durch diese Umstellung in der Gasversorgung möglich geworden ist.

Herr GR. Ammann hat damit begonnen, daß er gesagt hat, ich hätte überfallsartig ein sogenanntes Energiekonzept — ich habe das wörtlich mitgeschrieben — vorgelegt, er hat aber dann doch festgestellt, daß einiges drinnen ist. (GR. Dkfm. Ammann: Es fehlen die politischen Entscheidungen!) Herr GR. Ammann, wenn ich in der Lage wäre, ein Energiekonzept zu erstellen, wäre ich ein Wundermensch. Dann wären soundso viele Beamte nicht notwendig, wenn das alles in meiner politischen Verantwortung möglich wäre.

Zur rechtzeitigen Vorlage. Warum ist es nicht bis 1969 vorgelegt worden? Warum haben wir es nicht bis 1969 diskutiert und beraten? Warum haben wir in dieser Zeit keine politische Leitlinie gehabt? Wo liegt das Versäumnis, wer war daran schuld, daß wir es nicht gehabt haben?

Sie haben auch von einer politischen Leitlinie gesprochen. Meinen Sie die, daß Sie gesagt haben,

die Nichtbeteiligung am Atomkraftwerk wird uns noch auf den Kopf fallen? Wenn Sie sagen, die Nichtbeteiligung Wiens am Kernkraftwerk ist ein Versäumnis, wir verschlafen die Entwicklung, ist das die politische Aussage? (Beifall bei der SPÖ.)

Sie haben über die Austria-Ferngas gesprochen und gesagt — obwohl im Ausschuß eine Stunde lang eine Information gegeben worden ist —, wir haben uns dort hinausdrängen lassen, die anderen haben uns überspielt. Zur Austria-Ferngas gehört ja auch die Niogas und die steirische Ferngas. — Das hängt einfach mit der geographischen Lage zusammen, weil die Transportkosten so hoch wären, weil wir keine Küsten haben. Im Hinblick auf diese hohen Transportkosten war es uns nicht möglich, uns zu beteiligen. Belgien, das Küsten hat, war es zum Beispiel möglich, das mit Flüssiggas-tankern durchzuführen, ohne sich die hohen Transportkosten aufzuhalten. Von Herausdrängen ist also keine Rede gewesen, sondern es waren wirtschaftliche Überlegungen, die zu diesem Beschluß geführt haben. Und daß es weitergeht, wissen Sie aus dieser Information.

Zur EDV-Anlage darf ich sagen: Wir werden nicht in jeder Unternehmung eine EDV-Anlage installieren. Wir haben eine EDV-Anlage bei den Stadtwerken, und in dieser wird nicht nur die Strom- und Gasverrechnung und die Gehaltsverrechnung für alle Bediensteten durchgeführt, sondern auch die Rohrnetzanalyse, und es kommt auch die zentrale Materialbewirtschaftung der Verkehrsbetriebe hinein, weil nur dann eine optimale Auslastung dieser Anlage gegeben ist. Daher keine eigene Anlage in der Zentralwerkstätte, sondern ein Einspeisen in die bestehende Anlage. (GR. Dkfm. Ammann: Schauen Sie sich die zentrale Steuerung in der Zentralwerkstätte doch genauer an!) Wir sind damit noch nicht fertig! Ich weiß nicht, woher Sie das haben.

Es ist die Frage der Fremdfirmen aufgeworfen worden. Herzlich gerne. Wir haben es versucht, wir haben unsere Straßenbahnwagen bei Fremdfirmen in Auftrag gegeben. Nur hat es dann doppelt so lange gedauert mit der Lieferung, denn in dem Augenblick, wo sie einen neuen Auftrag hatten, haben sie unsere Reparaturen in die Ecke gestellt. Das war auch ein Grund — ich glaube, das ist 1962 oder 1963 untersucht worden —, die Zentralwerkstätte mit einem Aufwand von damals 500 Millionen, wie sie fertig war, 700 Millionen, zu bauen, um nicht von Fremdfirmen abhängig zu sein, die uns immer wieder im Stich gelassen haben.

Zum Typensalat. Wenn Sie sagen, wir haben noch Straßenbahnen von 1926, dann ist es eine sehr lange Zeit, in der wir Garnituren angeschafft haben. Wir haben jetzt — ich habe das heute sehr deutlich gesagt — eine neue Type herausgebracht, die nunmehr unverändert gebaut wird, von der wir 200 Garnituren bestellt haben, für die sich auch die Reservehaltung und die Reparatur auszahlt.

Es wird gesagt, man sollte wegen der Einziehungsaufträge mehr tun. Man braucht sich nur die Vierteljahresberichte durchzulesen, die jedes Ausschußmitglied bekommt. Wir haben heute bereits über 500.000 Einziehungsaufträge bei Strom und

Gas. (GR. Dkfm. Ammann: Wie viele sind es noch nicht?) Wir leben doch in einer Demokratie, wir können nur ersuchen, werben. (GR. Dkfm. Ammann: Man kann das aber fördern!) Natürlich! Darf ich Ihnen bitte sagen, daß uns die Rentnerzeitung dankenswerterweise geholfen hat, indem sie in einem Artikel auf die Vorzüge hingewiesen hat. (GR. Dkfm. Ammann: Man muß es forcieren!) Das tun wir auch! Wir haben in den letzten fünf Jahren auch eine Steigerung von 170.000 auf über 500.000 gehabt; das ist der Erfolg der Werbung. Man kann also nicht sagen, es geschieht nichts.

Energiesparen. Hier muß ich auch etwas darstellen, weil es heute wieder bewußt verdreht worden ist. Ich habe im Ausschuß gesagt, daß die E-Werke und Gaswerke primär dazu da sind, Energie zu liefern. Das ist im Ausschuß auch unwidersprochen zur Kenntnis genommen worden. Ich habe gesagt, daß die E-Werke und Gaswerke alles zu unternehmen haben, um diese zu liefernde Energie so wirtschaftlich als möglich einzusetzen, und ich habe als Beispiel dafür genannt, daß man diesen Energiesparmaßnahmen am besten dadurch nachkommt, indem man eine Kraft-Wärme-Kupplung installiert, weil wir damit in der Lage sind, wie ich heute schon gesagt habe, einen Wirkungsgrad von 66 Prozent zu erreichen. Das, meine Damen und Herren, ist eine der Maßnahmen, wie man Energie sinnvoll einsetzen kann, wie man Energie sinnvoll ausnützt und sinnvoll spart.

Ich werde auf die Anregung des Herrn GR. Dr. Strunz noch einmal zurückkommen. Ich werde ihm allerdings vorher eine „24-Stunden“-Zeitschrift schicken, in der wir darauf hingewiesen haben. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Geben Sie mir einmal die Untersuchung!) Ich habe schon gesagt, wir kommen darauf zurück, daß nicht nur der PID am Anfang der Heizperiode Anschläge in die Häuser gibt, bei Verbrennungsanlagen mehr zu lüften, mehr Sauerstoff zuzuführen, sondern daß wir das auch in „24 Stunden“ verbreiten werden. Ich komme damit Ihrer Anregung nach. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Ich wollte nur die Untersuchung von Schedling einsehen, das ist doch kein Unglück!) Nein, diese Untersuchung ist jetzt auch Gegenstand der Gespräche in der Stadtplanung, und wir werden Ihnen das dann selbstverständlich alles zur Verfügung stellen. (GR. Dipl.-Ing. DDr. Strunz: Wann wird das sein?) Wenn es fertig ist, werden Sie es bekommen. Wahrscheinlich auch wieder fünf Minuten vor zwölf wie das Energiekonzept. (GR. Dkfm. Ammann: Nichts versprechen, Herr Stadtrat, Sie halten es eh nicht!) O ja, ich habe es gehalten! Nur haben Sie sich beschwert darüber, daß Sie es nicht lesen konnten. Das Energiekonzept, das unter der ÖVP-Führung nicht erstellt worden ist, für das keine Planung vorhanden war, haben wir vorgelegt.

Das ist unsere Situation, und ich freue mich schon heute, wenn wir die Aktion Pro Wien als wahr empfinden können, wenn es wahr ist, daß die Beschleunigungen durchgeführt werden können, wenn nämlich die Bezirksvorstehungen der ÖVP zustimmen, wenn sie unpopuläre Maßnahmen, die den Individualverkehr behindern, auf sich nehmen.

Dann stimme ich Ihnen gerne zu, daß das Pro Wien in Ordnung ist.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten — hier wende ich mich im besonderen an meine Fraktion, da die Österreichische Volkspartei bereits erklärt hat, daß sie dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen wird —, ich darf also meine Fraktion bitten, dem Wirtschaftsplan 1979 der Wiener Stadtwerke die Zustimmung zu erteilen. (GR. Dkfm. Bauer: Was ist mit den Gasgeräten?) Ich darf sagen, daß wir mit den Installateuren bereits Gespräche aufgenommen haben, um einmal eine Basis zu bekommen. Ich bin aber gerne bereit, Ihnen im Ausschuß im Zusammenhang damit einen Bericht zu geben, wie eine Reaktion der behördlich konzessionierten Installateure auf einen einheitlichen Preis zustande gekommen ist.

Ich darf also nochmals bitten, meine Damen und Herren (GR. Dkfm. Ammann: Bitten?) — natürlich, wir haben Umgangsformen, Herr Diplomkaufmann —, dem Wirtschaftsplan zuzustimmen. Ich darf nochmals bitten, so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft die Verantwortung zu übernehmen. Es ist mir natürlich bekannt, daß es auch schon einmal einen ÖVP-Stadtrat gegeben hat, der nicht bereit war, Tarifierhöhungen durchzuführen, wo ein SPÖ-Mandatar dafür eintreten mußte. Daß dies nicht der Fall ist, weiß ich heute, da ich hier stehe. (GR. Dkfm. Ammann: Wer ist denn nicht eingetreten?) Es war Dkfm. Nathschläger, der es damals abgelehnt hat, eine Tarifierhöhung durchzuführen, der die Verantwortung nicht übernommen hat, aber auch nicht zurückgetreten ist, sondern trotzdem auf seinem Sessel sitzen geblieben ist. (VBgm. Dr. Busek: Das werden Sie anders machen!)

Deshalb bitte ich Sie nochmals, meine Damen und Herren, dem Wirtschaftsplan zuzustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Das Verlangen auf Verhandlung über die Postnummer 8 — sie betrifft eine Erhöhung des Sachkredites für die Errichtung des Wiener Hallenstadions im 2. Bezirk — wurde zurückgezogen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Es folgt nun die Postnummer 11 der Tagesordnung. Sie betrifft einen Wartungsvertrag für eine EDV-Einheit.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR. Doktor Krasser, um die Berichterstattung.

Berichterstatter GR. Dr. Krasser: Ich bitte, dem Wartungsvertrag für eine IBM-Anlage, die für das Allgemeine Krankenhaus bestimmt ist, zuzustimmen.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Es liegt keine Wortmeldung vor.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu er-

heben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr die Post 12 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Gewährung einer Subvention an das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR. Gawlik, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR. Gawlik: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das gegenständliche Geschäftstück betrifft das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes mit einer Subvention für 1978 von 450.000 Schilling.

Im Akt ist erkennbar, daß das erforderlich ist, und ich bitte daher, dem Antrag, den ich hiermit stelle, diesem obgenannten Verein diese 450.000 Schilling zu gewähren, zuzustimmen.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR. Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. Bauer: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wien fördert die Tätigkeit des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes durch jährliche Barsubventionen und durch die Übernahme der Gehaltskosten seines Leiters und seines wissenschaftlichen Bibliothekars.

Das Dokumentationszentrum ersucht nun um eine weitere Subvention in der Höhe von 576.000 Schilling, wovon jetzt 450.000 Schilling bewilligt werden sollen, und zwar ersucht es um diese Subvention für die Anstellung einer weiteren wissenschaftlichen Kraft und einer Sekretärin.

Dies erscheint uns zu hoch, und zwar deswegen, weil wir die Auffassung vertreten, daß sich in den Fällen, wo die öffentliche Hand mit der Übernahme von Personalkosten derartige Institutionen subventioniert, diese Institutionen ihrerseits in etwa zumindest an übliche Gehaltsschemata halten, an ihnen orientieren. Und das kann doch wohl im Falle von 450.000 Schilling für eine wissenschaftliche Hilfskraft und für eine Sekretärin nicht der Fall sein.

Wenn nun eine Institution, die andererseits aus der öffentlichen Hand subventioniert wird, mehr, höhere Gehälter zahlen will, dann ist das natürlich ihr gutes Recht; sie sollte sich dann nur meines Erachtens, unseres Erachtens um eine andere Finanzierungsmöglichkeit umtun.

Ich bitte um Ihr geschätztes Verständnis, daß wir auch in diesem Fall keine anderen Maßstäbe anlegen können, als wir es bei anderen Subventionsansuchen getan haben und auch in Zukunft tun werden. Nur darum geht es mir, bitte, und um nichts anderes.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Gawlik: Meine Damen und Herren! Vorerst möchte ich dem Herrn GR. Bauer danken, daß er mir Gelegenheit gegeben hat, vor der Sitzung über dieses Problem noch mit ihm zu sprechen. Ich habe also den Eindruck, daß es nicht ums Grundsätzliche geht, also um den Widerstand an sich, daß keine politischen Motive

vorliegen, sondern es geht hier einzig und allein darum — das möchte ich hier feststellen —, daß es ihm scheint, daß die Personalkosten zu hoch angesetzt sind.

Ich habe in diesem persönlichen Gespräch eine ähnliche Meinung vertreten, und deshalb bin ich ihm dankbar, daß ich die Gelegenheit hatte, mich zu informieren, und ich habe mich informiert.

Ich habe dann auch ein bißchen gerechnet und stelle nun folgendes fest, meine sehr geehrten Damen und Herren:

Zwei Personen sollen angestellt werden, wie aus dem Akt hervorgeht, qualifizierte Personen und, wie weiters aus dem Akt hervorgeht — und das hat ja wahrscheinlich der Herr GR. Bauer auch gelesen —, junge Mitarbeiter.

Wenn ich nun 450.000 Schilling durch 14 dividiere — ich muß durch 14 dividieren, weil es ja 14 Monatsgehälter gibt, das ist ja in Österreich Usus —, komme ich auf einen Betrag von 32.142 Schilling pro Monat. Wenn ich das durch zwei dividiere, weil es ja zwei sind, komme ich auf eine monatliche Gehaltssumme von 16.071 Schilling. Wenn ich also den Unternehmerbeitrag — und ich bitte, als Diplomkaufmann werden Sie mir zustimmen —, ungefähr ein Drittel, abziehe, den er ja nicht in die Hand bekommt, so komme ich auf einen Betrag von 10.767 Schilling monatlich.

Wenn ich nun weiter annehme — das ist nun etwas problematisch, weil ich ja den Familienstand nicht kenne —, es sind, wie im Akt steht, junge Mitarbeiter, dann komme ich, bitte, auf ungefähr 8000 Schilling, 9000 Schilling pro Monat. Und das scheint dem Herrn GR. Bauer — ich hätte beinahe gesagt, mit Recht — etwas zu hoch.

Nun bin ich dem Sachverhalt nachgegangen, und da bin ich auf den Begriff gestoßen, wie es hier tatsächlich im Akt von dem zuständigen Abteilungsleiter unterschrieben ist, wo also hier steht — darf ich das jetzt zitieren —:

„Diese setzen die Anstellung von mindestens zwei neuen, jungen Mitarbeitern, und zwar einer wissenschaftlichen Kraft sowie einer Sekretärin, für administrative Arbeiten voraus. Hiefür sind die 450.000 Schilling.“

Ich habe dann weiter geforscht, und ich möchte das dem Gemeinderat aus ganz grundsätzlichen Überlegungen nicht vorenthalten, weil hier ein typischer Fall ist, daß man, wenn der Akt nicht so ist, wie er sein soll, natürlich zu falschen Annahmen kommt.

Wenn man dann den Brief liest, der — und das möchte ich dem Gemeinderat auch nicht vorenthalten — vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes am 17. Juli 1978 an die Frau Vizebürgermeister geschickt worden ist und erst heute behandelt wird, da bin ich schon als alter Widerstandskämpfer, das kann ich wohl sagen, ein bißchen schockiert, wieso das so lange gedauert hat, ich werde mich informieren, wo das so lange gelegen ist, wenn man also den Brief liest, dann steht hier — und ich zitiere wieder —:

„Wie wir bereits in ausführlichen Gesprächen darlegten, verlangt die Sicherstellung der weiteren Tätigkeit jedoch auch die Anstellung einer wissen-

schaftlichen Kraft sowie einer Sekretärin für die administrativen Arbeiten.“

Nirgends steht etwas von „jungen Mitarbeitern“.

Ich habe mich daher mit dem Leiter, Herrn Professor Steiner, telefonisch in Verbindung gesetzt und habe festgestellt, daß diese beiden Mitarbeiter, die hier aufgenommen werden sollen — bitte, mich jetzt nicht zu zitieren, ich kann mich vielleicht irren in dem Geschlecht sozusagen, ich weiß nicht, ist die 35jährige Person die Frau oder der Mann, das weiß ich nicht, das kann eben einmal passieren —, eine 35jährige Kraft — ich nenne es also allgemein —, eine Historikerin oder ein Historiker, und eine 30jährige Person, eine administrative Kraft für das Sekretariat, sind.

Bei Dreißig- bis Fünfunddreißigjährigen sieht die Gehaltsstruktur natürlich anders aus als, wie im Akt steht, bei jungen Mitarbeitern. Daher muß ich sagen, daß das eine falsche Information gewesen ist. Ich werde den Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur, Jugend und Bildung auch bitten, den zuständigen Abteilungsleiter aufzufordern, keine Fleißaufgabe zu machen, denn daß er „jung“ hineingeschrieben hat, hat den Kollegen Bauer wahrscheinlich zu dieser Annahme gebracht, und man kann daraus unter Umständen, wenn man die Sachlage kennt, falsche Schlüsse ziehen, und das wollen wir doch letzten Endes nicht. Ich halte es für vollkommen falsch, daß man hier irgendwelche Fleißaufgaben macht und uns falsch informiert.

Nach dieser sachlichen Richtigstellung glaube ich aber schon, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir diesen 450.000 Schilling mit ruhigem Gewissen zustimmen können, und ich bitte daher um Annahme.

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu heben. — Danke. Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Es gelangt nunmehr Post 21 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Gewährung eines Förderungszuschusses an den Verein Wiener Meisterkurse.

Ich bitte den Berichterstatter, Frau GR. Gertrude Stiehl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR. Gertrude Stiehl: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Seit 1975 werden im Sommer jährlich internationale Wiener Meisterkurse veranstaltet, in deren Rahmen unter der Leitung von namhaften Künstlern für in- und ausländische Hörer Musikkurse abgehalten werden. Diese Kurse erfreuen sich zunehmender Beliebtheit und erhöhen das kulturelle Angebot der Stadt Wien während der Sommermonate.

Es wird nun beantragt, dem Verein Wiener Meisterkurse einen einmaligen Förderungszuschuß in der Höhe von 150.000 Schilling zur Ermöglichung seiner Vereinstätigkeit zu gewähren, der auf Ausgabenrubrik 401.41 b, Förderungszuschuß aus dem Ertragnis des Kulturschillings, zu bedecken ist.

Ich bitte, dem zuzustimmen.

Vorsitzender GR. Pöder: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr GR. Professor Bittner. Ich erteile es ihm.

GR. Bittner: Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatter! Meine Damen und Herren! Der Konfliktfall der Bedeckung ist hinreichend bekannt. Es besteht kein sachlicher Einwand gegen die Gewährung dieses Zuschusses, sondern wir wünschen nur, daß die Bedeckung nicht aus 401.41, sondern aus 401.32 vorgenommen wird.

Ich bringe daher einen entsprechenden Abänderungsantrag ein und ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR. Pöder: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Gertrude Stiehl: Meine Damen und Herren! Ich darf ebenfalls als bekannt voraussetzen, daß es keinesfalls dem Wortlaut des einschlägigen Gesetzes widerspricht, wenn die Mittel des Kulturschillings zwar vorwiegend, aber nicht zur Gänze für die Altstadtterhaltung verwendet werden. Die Bedeckung des vorgeschlagenen Förderungszuschusses ist daher durchaus korrekt.

Ich bitte daher, den Antrag meines Vorredners abzulehnen und dem von mir gestellten Antrag zuzustimmen.

Vorsitzender GR. Pöder: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Es wurde ein Abänderungsantrag gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der ÖVP-GR. Professor Markus Bittner und Leopold Schneider die Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Das ist die Minderheit und abgelehnt.

Ich bitte nun jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Das ist die Mehrheit und angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 26 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Gewährung eines außerordentlichen Förderungszuschusses zur Existenzsicherung der Schauspielhausbetriebsges. mbH.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR. Windhab, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR. Windhab: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der bekannte Schauspieler und Regisseur Hans Gratzner hat im Schauspielhaus eine endgültige Heimstatt gefunden. Schon unmittelbar nach der Ausgestaltung dieses Theaters wurden dort sehr erfolgreiche Premieren und Darbietungen geboten. Nunmehr benötigt das Schauspielhaus zur Existenzsicherung einen weiteren Zuschuß von 1,2 Millionen Schilling.

Ich stelle den Antrag auf Genehmigung dieses Zuschusses und Bedeckung aus Mitteln des Kulturschillings.

Vorsitzender GR. Pöder: Zu Wort gemeldet ist Herr GR. Professor Bittner. Ich erteile es ihm.

GR. Bittner: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Konfliktfall der Bedeckung ist der gleiche wie vorhin. Ich brauche daher nichts zu wiederholen.

Ich habe den Abänderungsantrag zu stellen, daß die Bedeckung dieser Subventionsmittel, mit denen wir einverstanden sind, nicht aus 401.41, Kulturschilling, sondern aus 401.32 erfolgt.

Vorsitzender GR. Pöder: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Windhab: Sehr verehrte Damen und Herren! Ich kann mir nähere Ausführungen dazu ersparen, weil Frau GR. Stiehl beim vorigen Geschäftstück sehr eingehend dazu Stellung genommen hat.

Ich bitte daher um Ablehnung des Antrages des Herrn GR. Bittner und um Zustimmung zu meinem Antrag.

Vorsitzender GR. Pöder: Es wurde ein Abänderungsantrag gestellt, und zwar, daß die Bedeckung nicht aus den Mitteln des Kulturschillings erfolgt, wie der Herr Berichterstatter empfiehlt, sondern aus Ausgaberbüch 401.32. Ich bringe diesen Abänderungsantrag der GR. Markus Bittner und Dr. Marilies Flemming zur Abstimmung. Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Das ist die Minderheit.

Ich bitte nun jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 28 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Gewährung einer Subvention zur Durchführung des Straßentheaterfestivals durch das Dramatische Zentrum Wien.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR. Windhab, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR. Windhab: Sehr geehrte Damen und Herren! In der Zeit vom 28. April bis 1. Mai wurde das erste Wiener Straßentheater-Festival abgehalten, das vom künstlerischen Standpunkt aus erfolgreich verlaufen ist. Zur Abdeckung der noch aushaftenden Kosten ist eine Subvention von 450.000 Schilling erforderlich.

Ich stelle den Antrag, diese Subvention zu gewähren und aus der Post 401.32, Förderung von Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, zu bedecken.

Vorsitzender GR. Pöder: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR. Prochaska. Ich erteile es ihm.

GR. Prochaska: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wieder einmal hat sich der Wiener Gemeinderat mit einer Einrichtung auseinanderzusetzen, die von der Zielsetzung und von der Aufgabenstellung her eigentlich ganz interessante Gesichtspunkte des Kulturlebens anpeilt. Ein guter Teil davon geht allerdings verloren, bleibt auf der Strecke von Protektionsunwesen, zweifelhafter Subventionsvergabe und Parteiaufträgen.

Welche Aufgaben hat dieses Dramatische Zentrum denn eigentlich? Ich bringe es deshalb im Wortlaut, damit Sie es sich nicht so einfach machen können wie letztes Mal, mit dünnen Worten von Kommunikation, Jugend und Experiment ein Bild heiler Subventionsvergabe zu erstellen.

Der Initiator und Leiter dieses Dramatischen Zentrums, Herr Forester, sagt: „Das Dramatische Zentrum Wien, gegründet, um dem Theater Österreichs Kontaktstelle zu den Erneuerungsbestrebungen an den Theatern anderer Länder zu sein, ist zugleich Städte der Kommunikation und des schöpferischen Gesprächs all derer, die mit und im Theater für das Theater tätig sind. Dramatiker, Schauspieler der etablierten Theater und Mitglieder der freien Gruppen, Regisseure, Pädagogen, Soziologen, Dramaturgen, Bühnenbildner, bildende Künstler, Theaterwissenschaftler und Publikum haben im Dramatischen Zentrum eine gemeinsame Plattform zur Verfügung, um Stücke zu erarbeiten und zu erproben, um neue Darstellungsweisen in praktischer Erfahrung kennenzulernen und bedeutende Stückeschreiber und Regisseure anzuhören, zu befragen oder bei der Arbeit zu beobachten, an ihr teilzunehmen.“

Es ist wunderschön formuliert, klingt außerordentlich gewichtig und wirft die Frage auf, in welchen Bereichen man in diesem Sinn eigentlich tätig sein wird. Im allgemeinen sind es drei Bereiche, die aufgezählt werden: der Bereich der Autoren, jener der Theaterangehörigen, und ein Bereich erstreckt sich auf die Leute, die am gegenwärtigen Theaterleben keinen Anteil haben. Auch nicht schlecht, zumindest soweit es in der Theorie bleibt. Wie schaut es jedoch in der Praxis aus? Da finden sich dann plötzlich unter den Nachwuchsautoren, die ein Stipendium von immerhin 6000 Schilling im Monat erhalten, so arrivierte Namen wie Turrini, Pevny, Matejka, deren Einkommensverhältnisse wirklich kein auffälliger Anlaß zur Besorgnis des Verhungerns sind. Das einzig Auffällige daran ist die ideologische Nähe zwischen diesen Autoren und den Subventionsgebern.

Aber nicht nur Dramatiker, sondern auch Theaterangehörige genießen ein Stipendienprogramm. Mit Hilfe dessen können sie an bedeutenden Partnerbühnen des Auslandes hospitieren. Auch hier finden eher etablierte Bühnenstars Eingang, als die ursprünglich angepeilten, begabten jungen Menschen.

Die Forderung nach Berichten über dieses Hospitieren nimmt im Dramatischen Zentrum wohl niemand ernst. Die hochgesteckten Erwartungen der Hospitanten, daß sie nämlich in Seminaren und Workshops die neuen Methoden auch in Wien verbreiten und erlernbar machen, werden wirklich nicht erfüllt. Wenn zum Beispiel ein Bericht von einem berühmten Mailänder Theater beinhaltet, daß das Besondere an der dortigen Arbeit darin besteht, daß sie ernst genommen wird, daß niemand seine Zeit absitzt, sondern daß sich jeder nützlich macht, vor allem aber, daß selbst aufeinander herumhackende Künstler bei Eintritt des Meisters — es handelt sich um Giorgio Strehler — zu feinnervigen und geduldigen Geschöpfen verwandelt werden, können wir über den Wert solcher Berichte hier nicht einmal mehr streiten.

Auch noch andere Aktivitäten werden vom Dramatischen Zentrum gesetzt. So zum Beispiel die Selbsterfahrungsschauspielschule. Diese soll eine Alternative zu herkömmlichen Schauspiellehrin-

stituten sein. Sie sieht ihre Hauptaufgabe in der Reduzierung auf das unerlässlich Notwendige im Spiel und in der Auseinandersetzung. Sie kennt also kein gezielt aufbauendes Lernen. Der Erfolg dieses Selbsterfahrungskurses läßt leichte Zweifel aufdämmern, haben doch von 48 Prüflingen nur 10 die externe Eignungsprüfung positiv bestehen können.

Wie sieht es im dritten Betreuungsbereich aus, bei der Auseinandersetzung mit jenen Leuten, die am gegenwärtigen Kulturleben keinen Anteil haben? Zielgruppen sind Kinder, Lehrlinge, Schüler, Gewerkschaftsjugend und Senioren. Diese werden auf verschiedenste Weise angesprochen und motiviert. Hier gibt es sicherlich einige Erfolge aufzuweisen, wobei immer noch die Frage offenbleibt, wieso man das Kinderprojekt wirklich „Kinderwelt kontra Erwachsenenwelt“ nennen muß, wenn man damit wirklich zusammenführen und nicht etwa dem ummarxistischen Unbehagen mit der Institution Familie Rechnung tragen will.

Aber selbst wenn sich vereinzelt dort größere Erfolge einstellen, so fehlt oft die Fortführung vom momentanen künstlerischen Erleben hin zum Theaterbesuch, zur Motivierung, zur Einführung und zur Erklärung des künstlerischen Werkes.

Die Erfolge des Dramatischen Zentrums halten sich sowohl inhaltlich als auch besuchermäßig in wesentlich bescheidenerem Rahmen als die angeforderten und auch bereitwillig bezahlten Subventionsgelder. Die geringe Resonanz der Öffentlichkeit wird von der Leitung selbst zugegeben. Es ist jene Öffentlichkeit, die dort Eingang finden und mitgestalten sollte. Der Grund wird allerdings in der zu kurz gekommenen Selbstdarstellung und in der Öffentlichkeitsarbeit gesucht. Auf die Idee, daß es am Konzept, an der Arbeitsweise, an den Inhalten und an der Präsentation liegen könnte, kommt man dort nicht, was das Dramatische Zentrum sehr nahe an die Wiener SPÖ heranbringt.

Es gibt noch einiges, was uns glauben läßt, daß es sich bei diesem in allerlei Rotschattierungen schillernden Verein um einen handelt, der in der Nähe der Filzokratie angesiedelt ist. So etwa gibt das Dramatische Zentrum, mit Millionen von Steuergeldern gefördert, seit seiner Gründung immer wieder Anlaß zu parlamentarischen Anfragen, die von den zuständigen sozialistischen Ministern kaum, vage und nicht ausreichend beantwortet wurden.

Meine Damen und Herren! Der letzte Anlaß für eine solche Anfrage war das Wiener Straßentheater-Festival. Dieses fand in der Zeit vom 28. April bis 1. Mai auf verschiedenen Plätzen in ganz Wien statt, völlig überraschend und erstaunlich kurzfristig, wie sogar die Linkspresse dazu meinte. Besonders auffällig scheint uns allerdings das Zusammentreffen mit dem ersten Wiener Stadtfest der Volkspartei nicht nur in zeitlicher, sondern auch in räumlicher Hinsicht. Und entgegen den Jubelmeldungen aus der „AZ“, daß man mit diesem Festival dort hingehet, wo Leute kein Theatererleben haben — und da hat man eine große Auswahl an Plätzen, Märkten und Parks —, mußte man just zum selben Zeitpunkt auf den Wiener Graben gehen. Als dazu in einer Wiener Zeitung stand — ich

zitiere wörtlich: „Die SP erhoffte sich noch mehr Popularität durch das unmittelbar anschließende dreitägige Straßenspektakel des Wiener Dramatischen Zentrums, das nahtlos in die Feiern zum 1. Mai überleiten wird“, wurde dies weder vom Veranstalter noch vom Subventionsgeber demontiert.

Das wäre allerdings auch nicht leicht gegangen, hat doch die Sozialistische Partei ihre Plakatsteher zur Verfügung gestellt. Es zeigte sich auch, daß die räumliche Nähe zwischen Graben und Hof Gelegenheit bot, ein paar Berufsprogressive auf den Hof lautstark, kurzfristig, aber auch erfolglos umzudirigieren. Die Anhäufung solcher und ähnlicher Zufälligkeiten läßt sogar in einer Zeitung, in der die ÖVP noch nie gut davongekommen ist, nämlich in der „Volksstimme“, die Vermutung auftauchen, daß es sich um ein Gegenstück zum Wiener Stadtfest handeln würde. Die Konkurrenz, bitte, war spielend auszuhalten, was aus Qualität und Ablauf der Veranstaltung zu ersehen ist. Es waren Zehntausende am Hof, ohne Schwierigkeiten, es waren knapp hundert am Graben, mit Ausschreitungen und massivem Polizeieinsatz. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Jedenfalls ist diese Art, theaterfremde Menschen zum Mitmachen animieren zu wollen, nicht sehr geglückt, wie auch der nächste Krawall, der gleich einen Tag später von Gästen des Dramatischen Zentrums in Favoriten gestartet wurde, beweist.

Auch im heurigen Herbst behielt man diesen Stil bei. Man animierte am Naschmarkt durch eine sehr glaubwürdige Darstellung von Säufern und Rauschgiftsüchtigen das kopfschüttelnde Publikum dazu, Stellung zu nehmen. Wissen Sie, gegen wen? — Gegen die Schuldigen! Und wissen Sie, wer die Schuldigen sind? — Die Gesellschaft und die Gewerkschaft! Für Sie vielleicht auch ganz interessant.

Meine Damen und Herren! Die Versuche, neue Formen des kulturellen Ausdrucks zu finden und damit fernerstehende Publikumsschichten zu gewinnen, ufern beim Dramatischen Zentrum seltsam und ein wenig daneben aus. Oder können Sie sich vorstellen, daß Sie geradezu zum Theaterbesuch aus innerem Antrieb gezwungen werden, wenn Sie im Dramatischen Zentrum eine Vorstellung erleben — entschuldigen Sie nun bitte den Ausdruck —, wo Sie gleichsam zur Begrüßung mit dem schmucken Ausdruck Arsch bezeichnet werden. Das müssen Sie, bitte sehr, wissen. Und wenn Sie dann weiterverfolgen dürfen, wie sich die Hauptdarstellerin mehr oder weniger geschickt in zeichnerischer Weise mit der Anatomie des männlichen Unterleibs befaßt, dann können Sie für sich überlegen, wie erfolgreich hier neue Kräfte angeworben werden.

Ich persönlich gelte nicht als prüde, aber ich werde Ihnen etwas sagen: Ich halte es auch nicht für das Nonplusultra fortschrittlichen Kulturbewußtseins, wenn man das Clown-Theater, das eine gute Einrichtung ist — und nun zitiere ich wieder die „AZ“ —, zu einer „grandiosen Improvisationsshow elementarer Obszönität“ hochreißt. Das zu bejubeln, bleibt der „AZ“ vorbehalten. Wir finden,

daß viele neue Kunstfreunde damit wahrscheinlich nicht gefunden werden.

Das ganze Dilemma des Dramatischen Zentrums wird durch eine schlichte und einfache Stellungnahme des Marktamtes offenbar, wo einer Meldung über die Beschädigung von städtischem Eigentum im Wert von 15.000 Schilling am Naschmarkt der lapidare Satz angefügt ist: „Bemerkt wird, daß am 29. und 30. April 1978 vom Dramatischen Zentrum Wien in unmittelbarer Nähe Theateraufführungen dargeboten wurden.“ Ich brauche hier, glaube ich, nichts mehr hinzuzufügen.

Aber nicht nur die Form, in der versucht wird, den Zielsetzungen nachzukommen, ist es, die unser ursprüngliches Mißtrauen und unsere Bedenken weitgehend verfestigt haben. Nein, in diesem speziellen heutigen Antrag ist es noch etwas anderes, nämlich der Versuch, Steuergelder in beträchtlicher Höhe — es ist beinahe eine halbe Million Schilling — für eine Aktion aufzuwenden, deren Naheverhältnis zu sozialistischen Wahlbestrebungen kaum zu verbergen ist.

Da wird, wie schon zitiert, völlig überraschend und erstaunlich kurzfristig eine Gegenveranstaltung zum Wiener Stadtfest aus dem Boden gestampft. Ich weiß, welcher Vorbereitungen eine Veranstaltung dieser Größenordnung bedarf, und ich kann mir diesen Gewaltakt lebhaft vorstellen, wenn das mager aufgeschlüsselte Subventionsansuchen knappe drei Wochen vor Beginn der Aktion überhaupt erst schriftlich einlangte. Oder aber, meine Damen und Herren, es wurden schon davor bindende Zusagen durch die Frau Vizebürgermeister gegeben. Dann allerdings erstaunt es um so mehr, daß wir erst heute, mit neunmonatiger Verspätung, mit diesem Geschäftsstück befaßt werden. Es muß doch seinen Grund haben, wenn man so vorgeht.

Ich kann Ihnen hier einen Verdacht nennen: Sie hatten einfach Angst davor, mit der Filzokratie im Wahlkampf konfrontiert zu werden! (Beifall bei der ÖVP.)

Dieser Verdacht verstärkt sich noch, wenn man erfährt, daß die Magistratsabteilung 7 ursprünglich, am 19. April, eine Ausfallhaftung gegen nachträgliche Abrechnung und Überprüfung durch das Kontrollamt vorschlug, die Frau Vizebürgermeister aber flugs mit einer Weisung diese Ausfallhaftung in eine Subvention umgewandelt hat. Wir glauben Ihnen schon, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, daß es Ihnen von Ihrer Geschichte und von Ihrer Tradition her unvorstellbar erscheint, dieses Wien auch nur einen einzigen Nachmittag allein der Österreichischen Volkspartei zu überlassen. Aber dann, meine Damen und Herren, zahlen Sie sich gefälligst Ihr Gegenspektakel selbst, und verwenden Sie die Steuerschillinge unserer Bevölkerung für nützlichere Dinge als Ihr eigenes Parteiprestige! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich weiß schon, daß anschließend von seiten der Mehrheitspartei sofort unterstellt werden wird, die Volkspartei rufe nach einer politischen Zensur. Das haben Sie ja schon öfter gesagt. Lassen Sie mich gleich vorwegnehmen, daß dies weder von unserer Weltanschauung und unserem Grundsatzprogramm

her möglich ist, noch der politischen Vernunft entsprechen würde, weil wir uns keinen Illusionen hingeben, wo eine solche politische Zensur bei den herrschenden Mehrheitsverhältnissen enden würde und wie sie aussehen würde. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß wir es ablehnen, Kultur, Kunst und einzelne Künstler vor den Propagandakarren zu spannen und der Ideologie unterzuordnen, was man von Ihnen nicht immer behaupten kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Der Kulturförderung durch die öffentliche Hand kommt besondere Bedeutung zu. Förderungswürdigkeit ist ein relativer Begriff. (StR. Schieder: Denken Sie nur daran, was in Niederösterreich vorgefallen ist!) Der Herr Stadtrat spricht wahrscheinlich von der Geburtstagsfeier des Trumauer SPÖ-Bürgermeisters, die bei der Jungbürgerfeier abgerechnet wurde. Der zweite Irrtum des Herrn Stadtrates scheint es zu sein, daß er nicht mitbekommen hat, daß seit dem Anfang der zwanziger Jahre niederösterreichischer Landtag und Wiener Landtag getrennt sind. Daher beraten wir hier, mit Verlaub, Wiener Probleme, Herr Stadtrat! (Beifall bei der ÖVP.)

Förderungswürdigkeit ist, wie schon gesagt, ein relativer Begriff. Daher sollten die Vergabekriterien ständig überprüft werden. Hier, meine Damen und Herren, wäre die Erarbeitung von gemeinsam anerkannten Prioritäten unumgänglich notwendig. Damit kann man auch Subventionsvergabe transparent machen.

Die Fraktion der Österreichischen Volkspartei hat vor einem Jahr ihre Bereitschaft erklärt, bezüglich des Dramatischen Zentrums unter der Bedingung einer merkbaren Verbesserung von Arbeit und Leistung in ein Gespräch einzutreten. Dieses erübrigt sich. Die bisherigen Erfolge des Dramatischen Zentrums rechtfertigen den hohen Subventionsaufwand keineswegs, und über die Verwendung von Steuergeldern für SPÖ-Propagandazwecke lassen wir mit uns sicher niemals reden! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Pöder: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Windhab: Sehr verehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine kurze Stellungnahme. Herr GR. Prochaska hat schon das Grundsätzliche des Dramatischen Zentrums erwähnt. Es soll dort jungen Dramaturgen, Autoren, Schauspielern usw. Gelegenheit gegeben werden, zu experimentieren, sich dort zu erproben. Das ist die grundsätzliche Zielsetzung des Dramatischen Zentrums.

Nun wird von der Österreichischen Volkspartei bemängelt, daß man von den bekannten und arrivierten Schauspielern hört und spricht, aber nicht von den jungen. Ich sage nur: No na! Wo ist das anders der Fall? Wir hören immer nur von den Prominenten, und von den Jungen wird, solange sie dort als Junge in Erscheinung treten, selbstverständlich nichts geschrieben. Ich glaube, das treffen wir leider in allen Sparten so an, und daher darf es uns auch beim Dramatischen Zentrum nicht wundern.

Nun zum Straßentheater-Festival und zum Zeit-

punkt desselben. Wir haben in der Budgetdebatte aus den Kreisen der Opposition einige Male gehört: In Wien ist zum Wochenende nichts los, daher fahren die Leute fort. Hier treffen drei Feiertage, drei freie Tage, zusammen. Jetzt wird etwas gemacht, und es ist Ihnen selbstverständlich auch nicht recht. (GR. Hahn: Wir haben ja etwas Gescheites gemacht!) Herr Kollege Hahn, Sie machen Ihre Zwischenrufe immer dann, wenn ich sie brauche. Ich kann Ihnen gleich darauf antworten. Ich will jetzt gar nicht sagen, was ich davon halte, denn dann sagen Sie, das ist vom Windhab seine persönliche Meinung, er muß ja die Mehrheit des Hauses vertreten.

Ich zitiere Ihnen die Kritik, die etwa in der „Kronen-Zeitung“ gestanden ist. Hier können Sie lesen: „Mit dem Verlauf des Festivals und den Publikumsreaktionen konnten die Verantwortlichen mehr als zufrieden sein.“ Nun sagt der Kritiker, der gar keine Veranlassung hat, der SPÖ einen Erfolg zu geben, folgendes: „Immerhin lockte man nach vorsichtigen Schätzungen rund 20.000 Besucher täglich, von Burg-Abonnenten bis zu solchen, die noch nie im Theater waren, zu den sieben Festival-Plätzen in ganz Wien.“ Meine Damen und Herren, diese Zahl ist nicht von mir, sondern das sagt der Kritiker in der „Kronen-Zeitung“, von der ich annehme, daß sie keine Ursache hat, etwas hochzujubeln, was von der Mehrheit dieses Hauses kommt.

Es gibt auch — aus einem anderen Anlaß — eine gute Kritik im „Kurier“.

Darf ich Ihnen noch etwas sagen, weil Sie Pro Wien erwähnt haben. Ich habe hier ein Flugblatt aus dem Jahre 1977, und da sagen Sie: „Wiener Straßenspektakel: Kleinkunst, Bänkellieder und Moritaten; Kleinkunst und Kreativität sollen wieder auf die Straße und sich der Öffentlichkeit präsentieren.“ (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Moment, ich bin noch nicht fertig! „Leider scheiterte das bisher an den gesetzlichen Bestimmungen.“ Und jetzt bedauern Sie etwas, was Sie eben kritisiert haben. „Festnahmen waren an der Tagesordnung. Das muß anders werden.“

Meine Damen und Herren, das ist Ihr Flugblatt! Wenn Sie es nicht mehr haben, gebe ich es Ihnen in Kopie.

Ich habe hier schon ein paarmal gesagt: Wir dürfen uns nicht zum Kulturrichter aufspielen. Das ist hier typisch wieder geschehen. Da hier die Aversion bekannt ist und sachlich alles dafür spricht, daß die Subvention gewährt wird, bitte ich, meinem Antrag die Zustimmung zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Pöder: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Postnummer 40 der Tagesordnung betrifft einen Baurechts- und einen Dienstbarkeitsvertrag sowie eine Vereinbarung mit der Gesiba über die Errichtung eines Bürohauses auf der Liegenschaft Landesgerichtsstraße 2-Rathausstraße 1.

Die Postnummer 41 betrifft einen Mietvertrag mit der Gesiba über die Mietung dieses Hauses, mit Ausnahme der Garage, zur Unterbringung von Dienststellen des Magistrats.

Wenn kein Einwand erhoben wird, werden wir die Verhandlung über die beiden Geschäftsstücke zusammenziehen. Die Abstimmung wird getrennt vorgenommen werden. Wird gegen diese Zusammenziehung ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Ich bitte daher den Berichterstatter, Herrn GR. Ing. Hofstetter, die Verhandlungen über beide Geschäftsstücke einzuleiten.

Berichterstatter GR. Ing. Hofstetter: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Beide Geschäftsstücke führen dazu, daß wir ein neues Bürohaus bekommen in der Rathausstraße 1 in der Form, daß dieses Bürohaus in unserem Auftrag, im Auftrag der Stadt Wien, von der Gesiba errichtet wird, und nach 30 Jahren — so lange ist der Bestandsrechtsvertrag mit der Gesiba, der Baurechtsvertrag — kommt dieses Gebäude unentgeltlich in das Eigentum der Stadt Wien.

In dieser Richtung hat sich schon einmal der Gemeinderat mit der Frage beschäftigt, und zwar am 7. Juli 1972 wurde bereits ein Baurechtsvertrag mit der Gesiba abgeschlossen. Er wurde nur deshalb nicht effektuiert, weil in der Zwischenzeit wesentliche Veränderungen eingetreten sind, insofern, daß die Gesiba nun nicht mehr Teile dieses Bürohauses für sich in Anspruch nimmt, sondern daß dieses gesamte Gebäude für Büroräumlichkeiten der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werden soll.

Der Vertrag ist etwas kompliziert. Ich möchte mir daher erlauben, ihn doch im Detail etwas darzulegen.

Die Gesiba nimmt die ursprünglich für sie reservierten Büroflächen nicht in Anspruch — das habe ich schon erwähnt —, so daß die gesamten 17.395 Quadratmeter Nettogrundrißfläche der Stadt Wien für Zwecke der Unterbringung von Dienststellen des Magistrats zur Verfügung stehen.

In den unteren Geschossen wird eine Garage gebaut mit 5893 Quadratmeter Nettogrundrißfläche; das ergibt Einstellplätze für 198 Pkw. Diese sollen von der Gesiba verpachtet werden und werden getrennt in den Baukosten ausgewiesen.

Die Gesiba hat zur Finanzierung des in Rede stehenden Bürogebäudes bei der Firma Österreichische Investitionskredit-Aktiengesellschaft einen Kredit in der Höhe von 400 Millionen Schilling aufgenommen, welcher, beginnend mit 1. Dezember 1975 bis 1. September 1979, in insgesamt 9 Fixtranchen zugezählt wurde beziehungsweise werden wird. Die Tilgung wird mit 20. September 1979 beginnen und in fixen Raten, wobei jeweils die anfallenden Zinsen hinzugerechnet werden, bis 20. März 1991 abgeschlossen sein. Insgesamt werden 24 Raten fällig, sie werden jeweils am 20. März und am 20. September jeden Jahres zu leisten sein. Die Gesamtlaufzeit des Kredites beträgt somit 15 Jahre, wobei 3 Jahre für die Zuzahlung und 12 Jahre für die Tilgung vorgesehen sind.

Für diesen Kredit übernahm die Stadt Wien mit

Genehmigung des Gemeinderates vom 21. November 1975 die Haftung als Bürge und Zahler.

Die Stadt Wien wird das Gebäude mit Ausnahme der Garage in Bestand nehmen und dafür einen jährlichen Pachtzins von 50 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer durch 12 Jahre hindurch bezahlen.

Die Gesamtkosten der Errichtung des Gebäudes werden damit abgedeckt. Nach Leistung der Gesamtkosten ist die Stadt Wien von der Zahlung eines Grundmietzinses befreit. Darüber hinaus wird die Stadt Wien der Gesiba die für diese Firma anfallenden Betriebskosten entrichten. Der Pachtzuschilling für die Garage soll von den Mietzinseinzahlungen in Abzug gebracht werden.

Nach 30 Jahren Baurechtsdauer wird das Gebäude entschädigungslos in das Eigentum der Stadt Wien fallen. Eine Änderung des Mietzinses wird auch dann erfolgen, wenn sich der Zinssatz für den aushaftenden Kredit geändert hat.

Dann kommen noch die Fragen der Umsatzsteuer. Ich glaube, das ist nicht so von Bedeutung.

Es steht dann noch in Punkt 7: Die Gesamtbaukosten für das in Rede stehende Bürogebäude werden exklusive Umsatzsteuer und exklusive des Honorars der Gesiba — 14 Millionen Schilling — 340 Millionen Schilling betragen. Die Gesiba verpflichtet sich in den vorgelegten Verträgen, Baukostensteigerungen und Erhöhungen nur insoweit der Stadt Wien in Rechnung zu stellen, als sie unvorhergesehen, unvermeidbar sind und den für die Baukostensteigerungen vorgesehenen Betrag von 19 Millionen Schilling übersteigen.

Weiters ist beabsichtigt, der Gesiba vertraglich bei Unterschreitung der Kostenobergrenze ein Erfolgshonorar in der Höhe von 3 Prozent der ersparten Baukosten zu geben.

Beginnend mit 1. April 1980: Zu den vierteljährlich zu entrichtenden Mietzinseinzahlungen werden noch die Zinsen für den Tilgungszeitraum 1975 bis 1979 in der Höhe von zirka 70 Millionen Schilling hinzukommen.

Darüber hinaus werden zum 1. April 1980 noch jene Zinsen fällig werden, die der Gesiba dadurch entstehen, daß der Annuitätsdienst bereits am 20. September 1979 einsetzt, die Stadt Wien die erste Mietzinseinzahlung jedoch erst am 1. April 1980 zu entrichten hat.

Deshalb wird beantragt:

„1. Der mit Beschluß des Gemeinderates vom 7. Juli 1972, Pr.Z. 2125, genehmigte Baurechtsvertrag vom 27. Juni 1972 und die Vereinbarung werden storniert.

2. Der Baurechts- und Dienstbarkeitsvertrag sowie die Vereinbarung über die vorgesehene Bebauung des Baurechts- und Dienstbarkeitsgrundes, abzuschließen zwischen der Gesiba, Gemeinnützige Siedlungs- und Baugesellschaft mbH, 1, Rudolfsplatz 13 a, und der Stadt Wien, werden zu den im Bericht der MA 69 vom 20. November 1978 angeführten Bedingungen genehmigt.“

Das ist der Antrag, der zur Post 40 zu stellen ist.

Zur Post 41 wäre dann der Mietvertrag mit der Gesiba abzuschließen, und zwar bezieht sich der jetzt nur mehr auf die 17.395 Quadratmeter Ge-

samtnutzfläche oder 12.084 Quadratmeter Büro-nutzfläche, die hier angemietet werden sollen.

Und hier heißt es dann weiter, daß in diesen Räumlichkeiten die automatische Datenverarbeitung auf 6700 Quadratmetern untergebracht werden soll. Dadurch werden wieder auf Grund der Tatsache Ersparnisse eintreten, daß Büroräumlichkeiten frei werden, die jetzt angemietet sind.

Und dann heißt es weiter: Für das in Baurecht von der Gesiba errichtete Gebäude ist zum 1. Dezember 1978 eine Mietzinsvorauszahlung von 66 Millionen Schilling zu leisten. Hierauf werden als Mietzinse in vierteljährlich gleichen Beträgen über den Zeitraum vom 1. April 1980 bis 1. Jänner 1992 jährlich 50 Millionen Schilling zuzüglich der Umsatzsteuer entrichtet, wobei sich die Höhe dieser Mietzinszahlung jeweils mit dem Zinsfuß des aushaftenden Kredittelles des Kredites, den die Gesiba zur Errichtung des Bauwerkes aufgenommen hat, ändert.

Weiters werden der Bestandzins jährlich der von der Gesiba geleisteten Annuität gegenübergestellt und die Mehr- beziehungsweise Minderzahlungen ausgeglichen, so daß nach Ende von 12 Jahren die Baukosten des Gebäudes von der Stadt Wien refundiert sind. Die Stadt Wien ist hierauf für die restliche Laufzeit des Mietvertrages von der Entrichtung der weiteren Mietzinszahlung befreit.

Zu diesem Mietzins kommen die anfallenden Betriebskosten sowie die wertgesicherten, mit 5000 Schilling pauschalierten Verwaltungskosten.

Der Mietvertrag wird für die Zeit vom 1. April 1980 bis zum 30. September 2009 abgeschlossen. Beide Vertragsteile haben auf das Kündigungsrecht verzichtet.

Es wird daher der Antrag gestellt:

„Der Abschluß eines Mietvertrages zwischen der Gesiba, Gemeinnützige Siedlungs- und Baugesellschaft mbH, als Vermieterin und der Stadt Wien, vertreten durch die Magistratsabteilung 52 als Mieterin, wonach das Bürohaus 1, Rathausstraße 1, mit Ausnahme der Garage zur Unterbringung von Dienststellen des Magistrates angemietet wird, wird unter den im vorgelegten Akt ersichtlichen Bedingungen genehmigt.“

Ich bitte Sie, sehr geehrte Damen und Herren, beiden Geschäftsstücken Ihre Zustimmung zu geben.

Vorsitzender GR. Pöder: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR. Dr. Hirnschall. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. Hirnschall: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der grundlegende Beschluß für den Abbruch des Forum-Kinos und den Bau eines Bürogebäudes durch die Gesiba ist vor mehr als sechs Jahren, damals gemeinsam von SPÖ und ÖVP, im Wiener Gemeinderat gefaßt worden.

Ich habe damals in der Juli-Sitzung 1972 als einziger Debattenredner die ablehnende Stellungnahme unserer Fraktion begründet und vor allem den Standpunkt vertreten, daß eine weitere Büro-konzentration im Rathausviertel auch aus Gründen einer sinnvollen Stadtplanung eigentlich verfehlt ist und daß gerade die EDV-Dienststellen auch in

anderen, nicht gerade zentralen Bezirken situiert werden könnten.

Dazu kam die Befürchtung, die ja nach wie vor weiter besteht, daß sich dieser neue Bürokomplex im Hinblick auf die geforderte Bürofläche und Kubatur keineswegs harmonisch in das Ensemble des Rathausviertels einfügen wird.

Dazu sind dann auch noch wirtschaftliche Überlegungen gekommen, denn billig wären bei diesem Standort schon damals die geplanten Büroflächen ja nicht gekommen. Sie dürfen nämlich nicht übersehen, daß damals ja auch noch der Freimachungsbetrag von 35 Millionen Schilling an die früheren Benutzer des Forum-Gebäudes — das war also die Stadthalle, die das Kino dort betrieben hat, aber auch die Gewista, und ich glaube, auch noch andere Mieter hat es gegeben, die also abgelöst werden mußten — zu entrichten war, und das ist eine Summe, von der heute kein Mensch mehr spricht, die auch der Herr Berichterstatter in seiner Kostenzusammenstellung überhaupt keiner Erwähnung mehr für wert befunden hat, die man aber bei einer Kostenkalkulation dieses neuen Bürogebäudes natürlich mit berücksichtigen muß.

Auf Grund des damaligen Beschlusses ist dann das Bauabenteuer mit einiger Verzögerung begonnen worden. Es hat ja jahrelang bekanntermaßen eine Baugrube gegeben. Es ist dieses Premierenkino sicher um einige Jahre zu früh abgebrochen worden, es hätte ohne weiters ja noch einige Jahre betrieben werden können, wie wir dann in weiterer Folge gesehen haben.

Und was sich nunmehr auf der wirtschaftlichen Ebene entwickelt hat, zeigt, daß unsere schweren Bedenken, die wir damals schon im Jahre 1972 gehabt haben, eigentlich voll gerechtfertigt waren.

Was das Stadtbild angeht, werden sich die Wiener ja selbst bald ein Urteil über das neue Gebäude und über die harmonische Einfügung dieses Gebäudes in das Rathausviertel bilden können.

Nun einmal zur unglaublichen Baukostenexplosion, die es hier gegeben hat. Vor sechs Jahren wurde vom damaligen Berichterstatter, dem Kollegen Mayrhofer, dem Gemeinderat mitgeteilt, daß die 16.000 Quadratmeter Nutzfläche dieses Gebäudes auf den Forum-Gründen 7500 Schilling pro Quadratmeter kosten werden, was also dann für das Gesamtgebäude rund 120 Millionen Schilling Baukosten ausgemacht hätte.

Nun ist bereits von 415 Millionen Schilling Baukosten und von einer Bürofläche von 13.400 Quadratmetern die Rede, einschließlich Keller und Dachgeschoß, womit man also in eine Größenordnung von 30.000 Schilling pro Quadratmeter Bürofläche hineinkommt. Und da sind also, wie gesagt, die Freimachungskosten von 35 Millionen Schilling, die man auch dazuzählen muß, noch nicht mitgerechnet.

Wo also da jetzt noch eine Ersparnis an Büromieten eintreten soll, die ja als Begründung für den ganzen Bau seinerzeit angeführt wurde, ist schleierhaft, und das kann uns dann vielleicht Herr Stadtrat Mayr als weiterer gemeldeter Redner erklären, wobei in diesem Zusammenhang ja auch interessant wäre, zu erfahren, wie hoch sich dann nach dieser Gesamtkalkulation die monatlichen

Kosten pro Quadratmeter Bürofläche stellen werden.

Vor fünf Jahren hat, wie gesagt, Kollege Mayrhofer damals von 55 Schilling Miete pro Quadratmeter Bürofläche gesprochen, und damit ja die Wirtschaftlichkeit dieses Baubeginnes zu begründen versucht.

Die heutigen Vertragsänderungen haben meiner Meinung nach ihre primäre Ursache in dieser unglaublichen Kostenexplosion, die in dem alten Vertrag nicht unterzubringen war, darüber hinaus natürlich in dem heute schon erwähnten Umstand, daß die Gesiba nun das ganze Haus, ausgenommen die Garage, an die Gemeinde Wien vermietet, weil sie ja mittlerweile sich selber ein sehr teures Bürogebäude am Rudolfsplatz angeschafft hat und daher die verhältnismäßig bescheidene Fläche von 3400 Quadratmetern, die damals in dem Bürogebäude vorgesehen gewesen wären, für sich selber nunmehr nicht mehr benötigt.

Und darin und in den übrigen finanziellen Gründen der Gesiba dürfte meiner Meinung nach auch der eigentliche Anlaß für diesen neuen Vertragsabschluß liegen.

Man kann daher in den beiden vorliegenden Akten ohne weiters auch eine notwendige Hilfsaktion für die Gesiba sehen. Die Gesiba hat für den Bau bei der Invest-Kredit ein Darlehen von 400 Millionen Schilling aufgenommen, das, wie wir gehört haben, zum Großteil bereits zugezählt ist. Die Zuzählung hat ja schon lange vor Baubeginn begonnen, schon im Herbst 1975, ist aber angeblich von der Gesiba nur teilweise für den Neubau verwendet worden, zum Teil hat die Gesiba mit diesem Geld auf dem Grundstücksmarkt, nicht immer sehr vorteilhaft, wie wir wissen, gearbeitet.

Deshalb muß die Stadt Wien nunmehr — ich habe das Gefühl: sehr plötzlich — noch im Dezember dieses Jahres 66 Millionen Schilling Mietvorauszahlungen flüssigmachen für ein Bürogebäude, das ihr noch ziemlich lange nicht zur Verfügung stehen wird.

An Mietzins wird die Stadt Wien, wie wir gehört haben, 12 Raten à 50 Millionen Schilling plus Umsatzsteuer, plus Betriebskosten, plus Veraltungshonorar bezahlen müssen.

Es stellt sich daher, glaube ich, für uns alle die Frage, warum jetzt eigentlich dieser gesamte Bau überhaupt an die Gesiba übertragen worden ist. Dazu heißt es im Magistratsakt, daß diese Abwicklung deshalb für die Stadt Wien von Vorteil sei, weil dadurch die Gemeinde die finanzielle und auch die personelle Belastung nicht unmittelbar treffen würde.

Nun hätte man die personelle Unterstützung der Gesiba sicher, wie in anderen Fällen, mit einer bloßen Bauaufsichtsbetreuung auch bekommen können, und finanziell kann ich wirklich mit bestem Willen keinen Vorteil für die Gemeinde Wien aus dieser Finanzierungsform, aus dieser Abwicklungsform mehr erkennen. Denn die Kredite hätte die Stadt Wien selbst genauso und vermutlich leichter als die Gesiba aufnehmen können, und die Haftung muß ja die Gemeinde Wien letztlich auch für die Gesiba übernehmen.

Es wären daher bei einer Direktfinanzierung

höchstens Kosten eingespart worden. Das scheint jedoch meiner Meinung nach für den Finanzreferenten heute weniger wichtig zu sein als die dringende Finanzspritze für die Gesiba noch in diesem Jahr.

Wir werden daher konsequenterweise den Akt und auch den Folgeakt, die Postnummer 41, ebenso ablehnen, wie wir das vor sechs Jahren getan haben, und betrachten es immerhin als einen Fortschritt, wenn sich heute unserer Argumentation zumindest auch die Österreichische Volkspartei, wie ich annehme, anschließen wird.

Vorsitzender GR. Pöder: Als nächster Redner gelangt Herr Stadtrat Dr. Goller zum Wort. Ich erteile es ihm.

Stadtrat Dr. Goller: Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Herr Kollege Hirnschall! Wenn man die ganze Genesis kennt und wenn man weiß, daß es viele neue Gemeinderäte gibt, dann ist es sehr einfach, zu sagen: Es wäre sehr erfreulich, wenn heute das erste Mal die Österreichische Volkspartei Ihren Argumenten folgen und auch diese Machinationen nicht billigen würde.

Darf ich Sie aber daran erinnern, daß Sie vor sechs Jahren, am 7. Juli 1972, eigentlich an den wirtschaftlichen Gegebenheiten überhaupt nichts auszusetzen hatten. Ich möchte jetzt nicht wortwörtlich herauszitiieren, daß Sie gesagt haben, es wäre schön, wenn man in der Nähe des Rathauses für ein Büro-, für ein Verwaltungsgebäude einen günstigen Platz ohne Schwierigkeiten bekäme. Das will ich jetzt nicht machen. (GR. Dr. Hirnschall: Ich habe vorgeschlagen, eher in den 20. Bezirk zu gehen, weil es nicht notwendig ist, daß eine EDV-Anlage unbedingt beim Rathaus ist!) Ja, stimmt, das ist richtig. (Stadtrat Neusser, ein Protokoll in die Höhe hebend: Herr Dr. Hirnschall, wollen Sie das auch lesen?) Er hat es ja selber gelesen.

Darf ich Ihnen aber in Erinnerung rufen, daß bei der zweiten Beschlußfassung — das war in einer vertraulichen Sitzung des Wiener Gemeinderates, als die Stadt Wien die Haftung für das 400-Millionen-Darlehen der Gesiba bei der Invest-Kredit AG. übernommen hat — die Österreichische Volkspartei viel vehementer, als Sie gedacht haben oder sich vielleicht erinnern, dagegen Stellung genommen hat. Ich glaube, das müssen Sie berücksichtigen, und ich glaube, daß die Österreichische Volkspartei in dieser Frage, wenn es gilt, Mißstände auszuschalten, wenn es darum geht, Skandale, Affären, Pleiten zu Lasten der Steuerzahler aufzudecken, immer voran war, weil wir die Ansicht vertreten: Es geht uns als gewählten Mandatären im Interesse der Steuerzahler und aller Bürger unserer Stadt vor allem darum, daß die Stadt Wien sparsam mit den Steuergeldern umgeht. (Beifall bei der ÖVP. — Amtsführender Stadtrat Hans Mayr: Stimmen sollte es halt! Ein bisserl etwas sollte stimmen!) Nur nicht nervös werden, Herr Finanzreferent!

Darf ich auch ganz kurz auf die Aktenlage eingehen und völlig nüchtern und sachlich die Ausgangsposition in den siebziger Jahren schildern: Damals war es für jeden Sachkundigen klar, daß sich infolge der immer stärker einsetzenden und

zunehmenden Mittel der modernen Technik, der Automation, auch für die Stadtverwaltung die Frage eines notwendigen ADV-Rechenzentrums stellt.

Kollege Hirnschall, mein Vorredner, hat schon betont, daß man damals dem Wiener Gemeinderat ein relativ günstiges Offert vorgelegt hat, finanziell und wirtschaftlich gesehen: 120 Millionen Schilling, ein günstiger Kredit bei der Zentralsparkasse, auch — wie Kollege Hirnschall erwähnt hat — unter Berücksichtigung dessen, daß wir ausgemietet sind mit unseren ADV-Anlagen und daß diese Mietungen für die Stadt Wien à la longue nicht mehr wirtschaftlich vertretbar wären, daß man bei einer Kalkulation auf einen Quadratmeterpreis — oder auf eine Miete, wenn man will, in diesem Fall auf eine Miete — von 55 Schilling käme, wobei diese 55 Schilling nicht wertgesichert sind, das heißt, stabil blieben, und nach 30 Jahren — es war ja in Verbindung ein Baurechtsbeschluß — das Bürohaus an die Stadt Wien zurückfällt.

Sie wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß damals — und das ist ja auch nicht ganz uninteressant — dieser Akt wegen der Vordringlichkeit vorher im Stadtsenat mit § 98 genehmigt wurde. Was heißt das? Es hat damals allgemein geheißt, im Jahre 1973 wird schon im Frühjahr mit dem Bau begonnen werden, daher ist höchste Eile. Und jetzt, sechs Jahre später, sind wir kaum soweit, daß wir die Dachgleiche haben.

Aber statt in einer engen Kooperation zwischen dem gemeindeeigenen Betrieb Gesiba und der Stadtverwaltung diesen Beschluß vom 7. Juli 1972 rasch zu realisieren, ging in der Zwischenzeit der damalige Geschäftsführer der Gesiba her und kaufte Ende 1974 — Kollege Hirnschall hat es auch schon erwähnt — für die Zentralbüroverwaltung der Gesiba das Haus am Rudolfsplatz 13 a — die Machinationen rundherum sind sattem bekannt — um 35 Millionen Schilling, um 12 Millionen Schilling zuviel. Finanziert wurde dieser Kauf — das wissen wir ja in der Zwischenzeit auf Grund der ausführlichen Diskussionen hier im Gemeinderat — auch mit Fremdmitteln. Die Gesiba hat diese ganze Transaktion Rudolfsplatz 13 a alles in allem rund 90 Millionen Schilling gekostet, und Sie wissen, welche Folgen noch daraus entstanden sind.

Und Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der sozialistischen Fraktion, Ihre Spitzen hier im Rathaus, insbesondere, muß ich sagen, der Herr Finanzreferent, hätten damals schon wissen müssen, was es bedeutet, wenn die Gesiba bei diesem Bürohaus nicht mehr partizipiert, daß dieser Vertrag, der abgeschlossen worden ist, eigentlich insolvent ist, und Sie hätten damals schon die Folgekosten und die Folgen dieser geänderten Situation erkennen müssen.

Aber was war? In der Auseinandersetzung um die Affären in der Gesiba haben Sie sich von der Sozialistischen Partei, vor allem auch der Herr Finanzreferent, sehr lange schützend vor den Geschäftsführer gestellt, schützend, obwohl Sie wissen mußten, daß hier dunkle Machinationen im Gange waren.

Und zweitens: Wieso kam es nicht mehr zu dem zugesagten Kredit der Zentralsparkasse? Günstig,

25 Jahre. Man kann sich genau ausrechnen, und das wird ungefähr stimmen, was damals der sozialistische Redner gesagt hat, daß man mit 120 Millionen Baukosten rechnen muß. Und wenn man das umlegt: 55 Schilling pro Quadratmeter als Miete.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich Ihnen in Erinnerung bringen: an die „Z“ konnte man sich in dieser Zeit wegen eines Kredites nicht mehr wenden, nachdem die Bauring-Affäre hier aufgefliegen ist, nachdem man wußte, wieviel Bürgschaften die „Z“ für den Bauring, für das unverantwortliche Abenteuer in Saudi-Arabien, übernommen hat. Wenn Sie sich zum Beispiel erinnern: Im Juni oder Juli des Jahres 1974 mußte der Gemeinderat einen Beschluß fassen, eine Bürgschaft übernehmen für ein Darlehen, das die neue Bauring GmbH bei der „Z“ bekam, um dieses ganze Desaster in Saudi-Arabien mit möglichst geringen Verlusten abzuwickeln.

Und damals, in dieser Zeit, wußte man auch schon von den 550 Millionen Schilling Defizit, das der Steuerzahler zu tragen hatte, das ja insgesamt auf 1,4 Milliarden Schilling angewachsen ist.

Meine Damen und Herren! Deswegen konnte man nicht mehr zur „Z“ gehen und beschloß daher in einer Sitzung des Gemeinderates am 21. November 1975, daß die Gemeinde Wien die Haftung für das Darlehen bei der Invest-Kredit AG in der Höhe von 400 Millionen Schilling übernimmt.

Und das Tolle kommt ja erst, meine sehr verehrten Damen und Herren: Aber gebaut wurde damals trotz der Gelder noch lange nicht! Vor Baubeginn hat die Gesiba bereits 140 Millionen Schilling für dieses Projekt, zur Errichtung dieses Projektes bekommen und 120 Millionen Schilling davon widmungswidrig verwendet! Sie haben richtig vermutet und Präsident Hahn hat richtig in einem Zwischenruf gesagt: zum Stopfen der Löcher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist die zweite Malversation in dieser Causa, die wir keinesfalls billigen können.

Also: Kredithaftung am 21. November 1975, der in der Höhe vieler Millionen für den Bau schon eingesteckt von der Gesiba, und die Baubewilligung vom 11. Juni 1974 — natürlich auch keine besonders günstige Bauvorbereitung — wird am 28. Juni 1976 auf zwei Jahre — das ist aktenkundig — verlängert. Und wie heißt es in der Begründung dieser Baubewilligungsverlängerung auf zwei Jahre? Da heißt es wortwörtlich in der Fristverlängerung für die Baubewilligung 11. Juni 1974 — ich zitiere —:

„Gemäß § 74 Abs. 1 der Bauordnung ist die genannte Nachfrist zu gewähren, da nachgewiesen wurde, daß die für den Bau notwendigen finanziellen Mittel noch nicht bereitgestellt wurden. Der Bau konnte somit aus wichtigen Gründen nicht begonnen werden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was heißt denn das, wenn ich Ihnen nachweisen kann, daß bis zum Baubeginn die Gesiba bereits 140 Millionen Schilling bekommen hat? Also nochmals zurück zum Baubeginn. Vier Jahre nach dem Beschluß im Wiener Gemeinderat, am 7. Juli 1972, wird der Bau erst am 14. Dezember 1976 begonnen. Wie erwähnt, der § 98-Antrag vom Jahre 1972 ist

eine Mißachtung des Gemeinderates, ein Hinterdas-Licht-Führen des Stadtsenates gewesen, denn wenn man erst vier Jahre später zu bauen beginnt, dann ist der § 98 wirklich nicht am Platz. Es beweist auch eines, und das ist besonders traurig, nämlich daß die Bauvorbereitung, die Planung, die Finanzierung dieses Projektes völlig danebengeraten ist.

Aber auch die Büroraumbeschaffung ist völlig deroutiert. Ich glaube, viele der älteren Semester in diesem Hause erinnern sich noch, welchen Umsiedlungszirkus zum Beispiel der PID, der Presse- und Informationsdienst, mitmachen mußte. Kollege Hirnschall sprach von 35 Millionen, die anlässlich der Schleifung des Forum-Kinos gezahlt werden mußten. Das waren Entschädigungsgelder, wenn Sie wollen, auch zum Teil, um die Stadthalle zu sanieren, und andererseits 5 Millionen Schilling, um andere abzusiedeln, die damals dort bei der Kiba, Stadthalle-Kiba, Untermieter waren. Zuerst war der PID im Rathaus, und dann stockt die Kiba, die Stadthalle mit viel Geld das Forum-Kino auf. Der PID zieht mit Adaptionen der Gemeindeverwaltung stolz hinüber, eröffnet feierlich, und dann muß er schnell wieder hinaus, weil man dringend dieses ADV-Zentralgebäude errichtet. Er wandert weiter in die Volksgartenstraße, und erst jetzt ist er wieder, Gott sei Dank muß ich sagen, richtig und vernünftig in das ursprüngliche Haus und dort, wo er hingehört, zurückgezogen.

Oder überlegen Sie sich, was sich eigentlich mit der Verwaltungsakademie abgespielt hat. Da mehr Raum frei wird, hat man gesagt, muß die Verwaltungsakademie unterkommen. Seit dem Jahre 1927 existiert diese Institution der Stadt, und noch gar nicht so lange ist es her, im Jahre 1977 mußte die Verwaltungsakademie sofort aus dem Rathaus ausziehen. Ja warum denn? Weil damals die Büroräumlichkeiten des sogenannten „Freyler-Vereines“ in der Reichsratsstraße frei wurden. Nun, die wurden auch wieder adaptiert. Das ist notwendig gewesen. Aber das ist nicht der ursächliche Zusammenhang. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Weil die ÖVP mehr Klubräume bekommen hat!) Herr Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft, so demagogisch und polemisch können Sie diese traurige Sache nicht abtun. (Beifall bei der ÖVP.) Und was war weiter? Die Verwaltungsakademie wird jetzt dort drei Jahre sitzen und darf dann, so dieses zentrale ADV- und Verwaltungszentrum in der Stadiongasse zeitgerecht fertig wird, dort einziehen. Von der Gesiba und der Progreß will ich erst gar nicht reden. Die Gewista hat auch dort die Untermiete gehabt. Sie ist dann in ein eigenes, in unser von der städtischen Versicherung — es ist ja fast köstlich, wenn man das wieder in Erinnerung ruft — an uns vermietetes Amtsgebäude am Modenapark eingezogen. Natürlich ist es lange nicht zu einem Vertrag gekommen. Jetzt haben sie selbst im 3. Bezirk gebaut. Progreß detto und dergleichen mehr.

Das waren diese 35 Millionen. Dieses Übersiedlungskarussell zeigt die völlige Konzeptlosigkeit der verantwortlichen sozialistischen Rathauspolitiker, die natürlich mit hohen finanziellen Kosten verbunden ist.

Aber zurück zum Bau. 1973, im Frühjahr, sollte damit begonnen werden. Ende 1976, also vier Jahre später, beginnt man mit dem Bau. Erst Monate, danach, erst Monate nach dem Baubeginn, fängt man hier im Rathaus zu rotieren an, wenn ich das so sagen darf, weil man erstens feststellt, daß es keine entsprechend notwendigen Verträge und Vereinbarungen gibt, zweitens, daß die Kosten davongelaufen sind, und drittens — das finde ich auch wieder irgendwie bezeichnend und paradox — beginnt man ein halbes Jahr nach Baubeginn einen Beschluß zu fassen, es muß sofort eine Einsparungskommission her. Heute hat der Herr Finanzreferent mit einer Überheblichkeit sondergleichen unseren Antrag auf Sparen in der Stadtverwaltung, auf Sparen bei unnötigen Ausgaben abgelehnt. Im kleinen Kreis, im dunklen Kammerl, wenn ich so sagen darf, versucht er zu sparen, um den Eklat nicht allzu groß zu machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist keine Vorgangsweise, denn die Kuh — darf ich das so formulieren — war ja schon aus dem Stall. Es mußte jetzt wieder umgeplant werden.

Darf ich Ihnen, damit Sie nicht sagen können, daß ich keinen Tau davon habe, nur ein praktisches Beispiel anführen. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Das sieht man!) Sehen tun Sie das sicher nicht, Herr Finanzreferent. Ihnen sieht man es an, daß Sie kein Finanzreferent sind. Das sieht man Ihnen an. Aber überlegen Sie sich das einmal und vergleichen wir. Man kann vergleichen. Sie werden natürlich sagen, der Vergleich hinkt. Aber annähernd kommt er hin.

Die Austrian Airlines haben ihr Bürogebäude — ich brauche es nicht zu sagen, wo es ist — heuer im Oktober, zufällig am Tag der Konstituierung des Gemeinderates eröffnet. Darf ich Ihnen einzelne Daten sagen, weil das sehr signifikant ist. Planungsbeginn 1973, Planungszeit zwei Jahre, Baubeginn Juli 1975, Bezug — da war alles schon fix und fertig — Oktober 1978, das heißt, drei Jahre und drei Monate. Es ist ja eine Binsenwahrheit: Zuerst gründlich planen, trachten, daß die Finanzierung gesichert ist, und dann schnell bauen. Beim ADV-Haus in der Stadiongasse haben Sie diese Grundprinzipien, diese Binsenweisheiten, die für jeden Geschäftsmann zu gelten haben, sträflich vernachlässigt.

Herr Kollege Hirnschall hat schon darauf hingewiesen, wie hoch diese Kosten nun dem Steuerzahler, letztlich auch der Stadtverwaltung zu stehen kommen. Ich habe mir das auch ausgerechnet. Ich komme, wenn man jetzt die Baukosten mit 340 Millionen Schilling annimmt — das ist übrigens doppelt so hoch, wie es uns im Jahre 1972 versprochen worden ist —, wenn man die Umsatzsteuer, also die Mehrwertsteuer dazuzählt, kommt man auf 401 Millionen Schilling. Wenn man sich jetzt diesen Mietvertrag, alles zusammenrechnet, die Umsatzsteuer dazurechnet, dann kommen Sie auf einen Betrag, daß uns, den Steuerzahlern, der Stadtverwaltung dieses Objekt zirka 656 Millionen Schilling kosten wird. Wenn Sie das jetzt auf den Quadratmeterpreis umrechnen, wie es Herr Kollege Hirnschall getan hat, dann kommen Sie auf eine Rekordmiete, meine sehr verehrten Damen

und Herren, von 3000 Schilling pro Monat; das heißt, ohne Betriebskosten und ohne Verwaltungskosten; das müssen Sie sich überlegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der sozialistischen Fraktion! Ihr Arrangement mit der Gesiba ist aus der Sicht des Steuerzahlers wirklich unverantwortlich. Heute kennen wir nun das traurige Fazit für den Steuerzahler und für die Verwaltung.

Hätte man — man kann es ruhig sagen, wenn man das umrechnet — zielstrebig gearbeitet, hätten wir uns rund 200 Millionen Schilling erspart. Das kann man ruhig sagen. Ich kann mir ausrechnen, daß wir zum Beispiel drei Hallenbäder dafür hätten bauen können. Wie bereits erwähnt, werden in diesem Vertrag zwar die Gesamtkosten auch inklusive der Garage berechnet, aber der Mietvertrag, der zwischen der Stadt Wien und der Gesiba abgeschlossen wird, gilt nur für den übrigen Komplex dieses Gebäudes. Nun wissen wir, daß diese zweistöckige unterirdische Garage 198 Pkw-Stellplätze fassen soll. Und die Schätzungen stimmen sicher, daß die Garage allein 41,3 Millionen Schilling kostet. Wenn Sie das umrechnen, kommen Sie pro Stellplatz auf Kosten von 194.000 Schilling.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Überlegen Sie sich das einmal und vergleichen Sie dies mit den Kosten anderer Stellplätze. Wissen Sie, was die Baukosten eines Stellplatzes in der Mönchsberg-Garage in Salzburg im Fels ausmachen? (Amtsführender Stadtrat Mayr: Eben! Im Fels!) Ist dort vielleicht einfacher zu bauen? (Amtsführender Stadtrat Mayr: Natürlich!) Lassen Sie mich nur ausreden. Dort kostet ein Stellplatz 210.000 bis 215.000 Schilling. Wenn Sie bei uns die Umsatzsteuer dazurechnen, kostet hier ein Stellplatz 243.000 Schilling.

Vergleichen Sie einmal, was die WIBAG an Garagen gebaut hat. Ein Stellplatz in der Stadthallengarage kostet 70.000 Schilling, ein Stellplatz am Reumannplatz 90.000 Schilling. Überlegen Sie nun: Wenn das gewerblich genutzt werden soll, müssen Mieten eingehoben werden, die ins Unermeßliche steigen.

Wir hatten darüber eine Diskussion im Stadtsenat, und der Herr Finanzreferent meinte auf unsere Frage, wer dieser Pächter sei, der sich 1976 angeboten habe und 6 oder 8 Millionen Schilling — das weiß ich nicht mehr so genau — als Baukostenbeitrag zahlen wollte: Wir haben selbst zu wenig Platz in der Rathausgarage. Von der Stadtverwaltung, von den Rathausbediensteten werden dort die Stellplätze genommen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist doch Salamatik, das kostet uns ja noch mehr. Und ich fürchte fast, daß man, um wieder Löcher bei der Gesiba zu stopfen, sogar noch die Garagenförderung hierfür in Anspruch nehmen wird.

Meine Damen und Herren! Bei diesem Problem können Sie von uns eine Lösung verlangen, aber Sachen, die nicht korrekt, die nicht in Ordnung sind, können wir nicht zustimmen. (Beifall bei der ÖVP. — Amtsführender StR. Hans Mayr: Das ist eine Frechheit, das als nicht korrekt zu bezeichnen!) Sie sind nicht umsonst so nervös.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die-

ses Projekt ist also während der letzten Funktionsperiode unter Bürgermeister Gratz völlig danebengegangen. Die vorliegenden Unterlagen sind eine amtliche Dokumentation erstens für die ungenügenden Bauvorbereitungen, zweitens für die sündteure Finanzierung und drittens für die lange Bauzeit mit den Umplanungen. Aus der Aktenlage kommt auch ganz genau zutage, daß das politische Management in dieser Frage total zu Lasten der Verwaltung versagt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit Sie es glauben, will ich Ihnen ein einziges Zitat bringen. Als am 2. August 1977 viele Spitzenbeamte bei einer Besprechung beisammen saßen — das alles ist aus dem Akt ersichtlich, den der Herr Berichterstatter vor sich liegen hat —, wurde ein Aktenvermerk gemacht: „Gegenstand der Besprechung: Erörterung der rechtlichen und finanziellen Probleme im Zusammenhang mit der Errichtung des Amtshauses Forum.“ Teilnehmer an dieser Besprechung waren Beamte der Magistratsdirektion, der Finanzverwaltung und des Kontrollamtes. Unter anderem heißt es dann in dem Aktenvermerk: „Einigkeit herrscht unter den Verhandlungsteilnehmern auch darüber, daß die Stadt Wien möglichst wenig von dem zu errichtenden Gebäude mieten soll.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was heißt denn das? Fachbeamte überlegen, wissen um die Fehler und dergleichen, und dann kommt die politische Weisung des Finanzreferenten, der mir nichts anderes zu erwidern hat, als daß es eine Frechheit wäre, was ich behaupte.

Meine Damen und Herren! Sie können sich also vorstellen, wie diese Probleme gelöst werden. Und noch etwas möchte ich sagen — vielleicht bin ich auf dem Holzweg, zumindest hoffe ich, daß mir der Finanzreferent sagen kann, daß ich mich irre —: In der letzten Vereinbarung, die zwischen der Stadt Wien und der Gesiba abgeschlossen werden soll — vielleicht habe ich Sie überzeugt, und Sie geben diesem Antrag nicht die Zustimmung, dann ist das in Ordnung —, heißt es wortwörtlich auf Seite 5 — und das verstehe ich aus dem Grund nicht, weil ich der Ansicht bin, daß der Wiener Gemeinderat das oberste Kontrollorgan hier im Haus ist —: „Die Stadt Wien verpflichtet sich ausdrücklich, die ihr im Zuge der Bauüberwachung bekanntgewordenen Informationen in technischer, wirtschaftlicher und kostenmäßiger Hinsicht ausschließlich für die Überwachung des konkreten Projektes zu verwenden.“ Mir leuchtet das in technischer, meinetwegen auch noch in wirtschaftlicher Hinsicht, aber auf keinen Fall in kostenmäßiger Hinsicht ein.

„Die Stadt Wien verpflichtet sich, daß keine Informationen an dritte Personen“ — das leuchtet mir ein — „oder an für dieses Projekt nicht zuständige Dienststellen des Magistrats weitergegeben werden.“

Meine Damen und Herren! Das zweite verstehe ich nun wirklich nicht. Ich hoffe nur, daß dies der derzeitige amtsführende Stadtrat für Finanzen so interpretiert, daß er sagt, das gilt nicht für das Kontrollamt. Dann wäre ich sehr zufrieden.

Einige wichtige Unterlagen, die trotz dicken

Konvoluts nicht immer vollständig sind — sie sind seit der letzten Sitzung im Stadtsenat dankenswerterweise etwas aufgefettet worden —, hätten wir noch gerne gesehen.

Noch etwas ist mir aufgefallen: Es befinden sich in diesem Akt drei mehr oder weniger ausführliche Gutachten, und zwar vom 7. April 1977, vom 22. Juli 1977 und vom 25. Juli 1977 — vielleicht gibt es auch mehrere, der Akt ist ja nicht vollständig —, von einer Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgesmbH über Probleme steuerrechtlicher Fragen. Es handelt sich um die Consultatio. Ich will mich nun nicht über steuerrechtliche Probleme verbreiten, aber eines darf ich Ihnen sagen: Jeder einfache Hausjurist müßte eigentlich diese Fragen klären können. Wozu gibt es in der Holding eine Rechtsabteilung, und haben wir nicht hier im Haus beim Magistrat eine gute Rechtsmittelabteilung?

Es ist schon sehr sonderbar, welche Präferenz die Consultatio bei der Gemeinde und ihren Betrieben besitzt: bei der Holding selbst, bei den Heizbetrieben, beim Hafen, bei der WIBAG usw., usw.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von Gutachten zum Beispiel über den Wiener Verkehrsverein oder bei der Giseba über die Wohntürme Alt-Erlaa wissen wir, daß diese nur von sehr zweifelhaftem Nutzen für die Auftraggeber waren. Ich muß schon fragen: Warum hat dieser Treuhänder Androsch eine so exklusive Priorität? (Amtsführender StR. Hans Mayr: Treugeber heißt das!) Welche Absicht steckt dahinter?

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPÖ-Mehrheit! Daß Sie schon in der zweiten Arbeitssitzung nach Ihrer Wahlniederlage derartige Anträge zum wirtschaftlichen Nachteil der Stadtverwaltung und ihrer Bürger und Steuerzahler durchsetzen, zeigt leider, daß wirklich alles beim alten bleibt. Statt aus den Fehlern zu lernen, rasch die Konsequenzen zu ziehen, werden Finanzabenteuer und Skandale prolongiert. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich verstehe, daß Sie wegen der Zustände in Ihrer Partei eine Denkpause einsetzen. Das ist wirklich legitim. Aber bitte, verwechseln Sie nicht, wie schon so oft, das Rathaus mit der Partei. Als Mandatäre sollten Sie zuerst an das Interesse Wiens und dann erst meinetwegen an die Neuorganisation Ihrer Partei denken.

Mit diesem Beschluß, meine sehr verehrten Damen und Herren, schaden Sie Wien, der Wiener Stadtverwaltung und letzten Endes leider Gottes auch den Interessen aller Wiener und dem Steuerzahler.

Wir werden den Anträgen nicht die Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Pöder: Als nächster Redner gelangt Herr amtsführender StR. Hans Mayr zum Wort. Ich erteile es ihm.

Amtsführender StR. Hans Mayr: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mir dann erlauben, mit einigen Sätzen auf Stil und Art der Ausführungen des Herrn StR. Goller einzugehen (GR. Hahn: Auf den In-

halt!) Ich würde glauben, daß man doch zunächst einmal einen Satz zu Ende sagen lassen sollte! So nervös sollte man nicht sein, daß man dazwischenruft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir vorerst eine Darstellung des Sachverhaltes. Die Durchführung dieses Bürobaues durch die Giseba hat eine Reihe von steuerlichen Überlegungen zugrunde, über die ich an sich nicht gerne hier rede, weil es sicher nicht sinnvoll ist, über solche Überlegungen in einem solchen Forum zu sprechen.

Ich habe mit großem Bedauern festgestellt, daß es hier keine Basis für eine sachliche Diskussion gibt, sondern daß, ohne Versuch, den Sachverhalt aufzuklären, eine Polemik betrieben wird.

Darf ich zunächst einmal sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir haben reine Baukosten dieses Gebäudes von rund 340 Millionen Schilling. Zu diesen 340 Millionen Schilling kommt noch die Umsatzsteuer, so daß sich Kosten inklusive Umsatzsteuer von 402 Millionen Schilling ergeben. Darin sind auch 14 Millionen Schilling für die Baubetreuung durch die Gesiba enthalten. (GR. Doktor Hirschnall: Extra noch dazu!) Nein, die sind enthalten.

Die Kosten werden durch einen Kredit der Investbank gedeckt, nicht, wie seinerzeit behauptet wurde, von der Zentralsparkasse. (GR. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer: Seinerzeit! — StR. Doktor Goller: Das war die Wunschvorstellung!) Lassen Sie mich das präzisieren. Sie haben vergangene Woche im Stadtsenat noch behauptet, durch einen Kredit der Zentralsparkasse. (GR. Hahn: Wenn man sich einmal irrt! — Heiterkeit. — GR. Hahn: Die Zentralsparkasse hat es gar nicht mehr wollen, das muß man zu ihrer Ehre sagen!) Ich habe es in keiner Weise gewertet, und ich will es auch nicht werten. Ich habe eine reine Darstellung des Sachverhalts gegeben. Noch im vergangenen Stadtsenat wurde von Ihnen, Herr Stadtrat, behauptet: Kredit der Zentralsparkasse.

Dieser Kredit wird in zwölf gleichen Jahresraten inklusive Verzinsung von 50 Millionen Schilling abgetragen. Aber, meine Damen und Herren, nicht nur das. Es sind sämtliche Verbilligungen und der Nutzen aus der Veranlagung dieser Kreditmittel auf diese zwölf Jahresraten anzurechnen, sie vermindern diese Jahresraten. Ich hoffe, daß Sie das in dem Vertrag auch gelesen und festgestellt haben, daß es hier keinerlei Möglichkeit zu Malversationen, Skandalen oder Affären, wie Sie das bezeichnet haben, gibt. Es ist jeder Groschen zu verrechnen und anzurechnen.

Es ist auch inhaltlich nicht möglich, diese zwölf Jahresraten als einen Mietzins zu betrachten, denn nach Ende dieser zwölf Jahresraten ist das Gebäude gegen Ersatz der Betriebs- und Verwaltungskosten ohne weitere Miete der Stadt Wien zur Verfügung zu stellen, und es ist ab dem dreißigsten Jahr Eigentum der Stadt Wien. Es ist daher ein sehr anfechtbarer Vergleich, um es sehr gelinde auszudrücken, diesen Betrag, den man durch zwölf Jahre hindurch zahlt, um das Gebäude dann nach weiteren 18 Jahren ohne weitere Bezahlung im Eigentum zu haben, mit einer Miete zu ver-

gleichen, die man über die gesamte Nutzungsdauer, wahrscheinlich auch noch wertgesichert, zu bezahlen hätte. Ich glaube, man sollte das in aller Deutlichkeit und in aller Offenheit feststellen.

Wie ich überhaupt sagen muß: Nichts ist in diesem Vertrag enthalten, gar nichts, was in irgendeiner Art und Weise von irgend jemandem für irgend jemanden, gegen irgend jemanden versteckt oder verschleiert zu werden braucht. Vielleicht ist es am bezeichnendsten, daß ein erheblicher Teil der Argumente, die Herr StR. Goller hier gebracht hat, direkt aus dem Akt herauszulesen waren. Ein typisches Zeichen dafür, wie sehr wir uns bemüht haben, es zu „verstecken“, daß die Unterlagen direkt in dem Akt enthalten gewesen sind. Ich glaube, auch das ist sehr bezeichnend.

Darf ich nun noch einiges zu der Frage der Garagenbenützung sagen. Es werden hier 198 Garagenstellplätze gebaut. Ich darf wieder an die Diskussion im Stadtsenat erinnern; ich hoffe, Sie erinnern sich noch, meine Damen und Herren, die im Stadtsenat anwesend waren. Hier war die erste Frage: Welcher geheimnisvolle Mieter wird es bekommen? Die zweite Frage war: Welche Sicherheitsmaßnahmen werden zu treffen sein, wenn diese Garage in einem EDV-Gebäude von irgendwelchen Personen benützt wird und Ein- und Ausfahrten stattfinden?

Zu Ihrer, wie ich glaube, Enttäuschung mußte ich antworten: Es besteht ein Wunsch — von dem ich noch nicht weiß, ob er erfüllbar sein wird, aber deshalb ist es in dem Vertrag offengehalten —, jene Parkplätze, die derzeit für Gemeindebedienstete in der Rathausgarage vorhanden sind, durch diese zu ersetzen. Damit wäre, zumindest meiner persönlichen Meinung nach — ich hoffe, Sie können sich dem anschließen —, auch ein wesentlicher Teil der Frage der Sicherheitsbestimmungen automatisch gelöst, da nur uns bekannte langjährige Bedienstete des Magistrats diese Garage benützen.

Es besteht darüber hinaus eine ausdrückliche vertragliche Bestimmung, daß jeglicher Erlös, der aus der Vermietung dieser Garage erzielt wird, auf die Zahlungen der Stadt Wien anzurechnen ist, das heißt, diese Zahlungen der Stadt Wien vermindert.

Wenn Sie das kritisieren, dann habe ich an sich nichts dagegen, aber daß nichts daran ist, was man in irgendeiner Weise zu verdunkeln brauchte, ist, glaube ich, aus dieser Darstellung eindeutig zu sehen.

Es wurde eine Mietrechtsvorauszahlung geleistet. Richtig. Sie dient zur Abdeckung der Kosten der Zwischenzinsen, der Interkalarzinsen, für den tilgungsfreien Zeitraum von 1975 bis 1979. Auch diese Vorauszahlung mindert die Gesamtleistung, die die Stadt zu erbringen hat.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich noch einiges zu den steuerlichen Überlegungen sagen. Bekanntlich ist der normale Mehrwertsteuersatz 18 Prozent. Ein erheblicher Teil der Materialkosten, die man in ein solches Gebäude einbringt, ist mit diesem Steuersatz belastet.

Im Fall der direkten Inanspruchnahme durch

die Stadt Wien gibt es ein grundsätzliches Übereinkommen, daß nach dem Durchschnitt der Nutzung der Amtsgebäude anzunehmen ist, daß 54 Prozent dieser Amtsgebäude, im ganzen Durchschnitt der Stadt Wien, für hoheitliche Bereiche verwendet werden und 46 Prozent für betriebliche. Das ist ein Durchschnitt, der sich aus der tatsächlichen Nutzung unserer Gebäude ergibt. Wir haben daher für 54 Prozent der geleisteten Kosten keine Möglichkeit, den Vorsteuerabzug geltend zu machen.

Im Fall der Konstruktion, die wir gewählt haben und bei der ursprünglich beabsichtigt war — das ist also durch die Maßnahmen des früheren Geschäftsführers der Gesiba hinfällig geworden —, eine teilweise betriebliche Nutzung zu finden, ist eine hundertprozentige Abschreibung der Mehrwertsteuer möglich, und das ist mit ein wesentlicher Grund.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden sicher in Zukunft und weiter Bürogebäude, wenn wir sie für hoheitliche Zwecke benutzen, direkt von der Stadt her bauen, wir werden ebenso sicher, wenn wir sie für betriebliche Zwecke nutzen können und wenn wir hier bei der Mehrwertsteuer einen Vorsteuerabzug erreichen können, andere Konstruktionen suchen. Da ist ebenfalls nichts dabei, was man in irgendeiner Weise zu verstecken und zu verschleiern braucht. Das ist eine völlig eindeutige und klare Regelung.

Ich bekenne mich auch dazu, ohne Kommission von außen her und ohne Heranziehung von Drittpersonen, daß wir sehr deutlich und sehr drastisch die Baukosten — und ich rede jetzt nur von den reinen Baukosten ohne Mehrwertsteuer und ohne Zinsen —, die ursprünglich nach den ersten Schätzungen über 500 Millionen Schilling betragen sollten (GR. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer: Nach den ersten Schätzungen 120 Millionen!), nach den ersten Schätzungen, dann, wie es zum Baubeginn gekommen ist, waren es über 500 Millionen Schilling, daß wir also die Baukosten drastisch heruntersetzen konnten auf die 350 Millionen Schilling. Auch, bitte, Kosten für die Tiefgeschosse, auch, bitte, Kosten für die Tiefgarage.

Und ich bitte sehr, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die Kosten für die Tiefgarage am Vogelweidplatz, wo wir nicht einmal den gesamten Erdaushub machen mußten, weil wir in Wirklichkeit die Erde zu einem erheblichen Teil auf die Tiefgarage draufgelegt haben, wo wir die Erde nicht wegzuführen brauchten, mit dem Bau einer Tiefgarage im innerstädtischen Gebiet, wo durch Bohrpfähle alles abgesichert werden muß, zu vergleichen, ist wohl mehr als unzulässig.

Ich bedaure sehr, daß hier eine Diskussion über einen Kostenvergleich stattfindet, der mit dem tatsächlichen Sachverhalt und mit einer Sachkenntnis über die notwendigen Baumaßnahmen aber überhaupt nichts zu tun hat. Ein einfacher Vergleich der Bauführung auf diesen beiden Plätzen zeigt sehr deutlich, welche ungeheuren Unterschiede hier sind.

Ich möchte zu der Angabe, die Herr Stadtrat Goller aus dem Akt entnommen hat, daß man möglichst wenig mieten soll, doch deutlich Stellung

nehmen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier war es ebenfalls eine steuerrechtliche Frage, nämlich die steuerrechtliche Frage: Wieviel mietet die Stadt Wien, um den vollen Vorsteuerabzug zu ermöglichen?

Und ich halte es also für eine nicht sehr faire Art in der Diskussion, hier durch diesen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz den Eindruck zu erwecken, es würden andere als diese Motive dahinterstehen.

Ich war jetzt in der Zeit nicht in der Lage, dieses Protokoll nachzulesen, aber ich erinnere mich sehr genau an die Diskussionen, die damals geführt worden sind. (Stadtrat Dr. Goller: Da waren Sie nicht dabei!) Ich weiß, wo ich dabei war und wo ich nicht dabei war, aber ich weiß auch, was mir meine Herren über durchgeführte Amtsbesprechungen berichtet haben.

Hier ist es ausschließlich um die Frage gegangen: Kann man die gesamte Mehrwertsteuer abschreibefähig machen oder nicht und welchen Anteil können wir mieten? Das war eine reine Vorichtsmaßnahme aus steuerlichen Gründen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, ich brauche nicht zu betonen, daß selbstverständlich — selbstverständlich — das Kontrollamt von einer Prüfung all der Vorgänge und von allem, was sich bei dem Bau dieses Bürohauses ergibt, nicht ausgeschlossen ist. Das ergibt sich schon aus der einfachen Tatsache, daß das Kontrollamt ja beide Vertragspartner prüfen kann, sowohl die Magistratsabteilungen als auch die Gesiba. Schon aus dem Grund ist es völlig unmöglich, daß diese Vertragsbestimmungen eine derartige Auslegung erfahren — es sei denn, man legt es mit schlechtem Willen oder mit Unterstellungen aus.

Darf ich Ihnen bitte noch etwas sagen zur Frage, warum ein anderer Kreditgeber gesucht wurde. Die „Z“, die Zentralsparkasse der Stadt Wien, war damals, in diesem Zeitpunkt, überhaupt nicht obligiert beim Bauring, sondern es war ganz einfach eine Situation, wie sie im Verlaufe der Entwicklung immer wieder vorkommt, daß in diesem Zeitpunkt die Kreditaufnahme durchaus nicht leicht war und daß sich in diesem Zeitpunkt der Kreditnehmer sehr bemühen mußte, Kredite zu bekommen. Heute ist es umgekehrt. Damals war es also ein Entgegenkommen, daß wir diesen Kredit dort nehmen konnten und daß wir den Kreditrahmen der Zentralsparkasse, der bis zum äußersten angespannt war, nicht weiter belasten mußten.

Ich darf bitte noch ein paar Worte zur Frage von Steuerprüfern und zur Frage der Einschaltung der Consultatio sagen. (GR. Hahn: Und die 120 Millionen hören wir auch noch!)

Es tut mir außerordentlich leid, hier feststellen zu müssen, daß wir in Österreich zwar eine Reihe von Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsbüros haben, aber daß die Qualität und die Größenordnungen, deren wir uns für solche Fragen bedienen können, eine relativ geringe Auswahl zuläßt. (GR. Hahn: Nur der Androsch bringt das zusammen!) Und ich sage das, was ich vor den Wahlen bei einer mündlichen Anfrage hier schon einmal gesagt habe, und ich sage es mit vollem Ernst und mit vollem Nachdruck: Wir würden in viel-

mehr Fällen viel lieber zum Büro Consultatio greifen, als wir es tatsächlich tun, und es ist ein echter Nachteil für dieses Büro (GR. Hahn: Dann soll er als Finanzminister gehen!), daß sein Treugeber der Herr Finanzminister ist (GR. Hahn: Na sicher! Jetzt gibt er uns noch recht!), weil wir hier aus diesen Gründen den sachlichen Überlegungen, diesem Büro den Auftrag zu geben, nicht nachkommen können. (GR. Hahn: Wo gibt es das, daß der Finanzminister selber Ezzes gibt, wie man den Staat schnalzt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie also diese Diskussion hier haben wollen: es liegt ein Gesetzentwurf bereits vor. Es wird eine Einladung an alle Landtage ergehen, eine mindestens gleich strenge Regelung zu finden wie beim Bund. Und Sie können sich bitte auch ruhig die Treuhänder anschauen. Denn wenn Sie nur die Zeitungsmeldungen verfolgt hätten, dann würden Sie eindeutig eines festgestellt haben: Nicht der Herr Finanzminister hat sich jemanden ausgesucht, sondern er hat die Präsidenten der Kammern der Wirtschaftstreuhänder und der Notare ersucht, für ihn diese Treuhandenschaft zu übernehmen.

Ich bitte, meine Damen und Herren, und ich darf Ihnen das auch mit allem Nachdruck sagen, daß wir uns in der politischen Auseinandersetzung (GR. Hahn: Was ist mit den 120 Millionen Schilling?), die zweifellos mit Härte geführt werden soll und die mit Härte geführt werden muß, doch einiges an Fairneß bewahren sollten.

Und weil ich gerade beim Thema Fairneß bin: Ich werde die Geschäftsführung der Gesiba beauftragen, Herr Stadtrat Goller, die heute hier von Ihnen gemachten Äußerungen über die Gesiba hinsichtlich der Einklagbarkeit zu überprüfen. Ich will absolut nicht drohen, meine Damen und Herren, aber ich glaube, daß ein solcher Stil der politischen Auseinandersetzung dieses Gemeinderates ganz einfach unwürdig ist. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, daß wir uns mit allem Nachdruck gegen einen solchen Stil wehren. Ich hoffe, daß es zu einer Klärung der Frage kommt und daß nicht die Immunität vorgeschützt wird. (GR. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer: Diese Feststellung wird Kollege Busta treffen, nicht wahr?)

Mehr möchte ich zu dem Stil, in dem Herr Stadtrat Dr. Goller hier und heute agiert, nicht sagen. (Stadtrat Dr. Goller: So wollen Sie uns, der Opposition, den Maulkorb umbinden! Da werden Sie sich täuschen! Wenn es um Steuergelder geht, werden Sie mir nie den Mund verbinden können!) Ich habe keinerlei Absicht, irgend jemandem den Mund zu verbieten. (Stadtrat Dr. Goller: So kann man die Opposition nicht mundtot machen!) Ich habe keinerlei Absicht, irgend jemanden an einer freien Meinungsäußerung zu hindern, und ich kann mir auch nicht vorstellen, daß eine solche Überprüfung für jemanden, der ein gutes Gewissen hat, eine Drohung sein soll.

Aber eines, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir schon zu sagen: Ich glaube, daß es wirklich überflüssig ist, zu Stil, Tonart und Wortwahl Stellung zu nehmen. Ich glaube, diese Art richtet sich selbst und man soll sich mit ihr nicht auseinander-

setzen. (Beifall bei der SPÖ. — Stadtrat Dr. Goller: Erinnern Sie sich an Ihre Zwischenrufe!)

Den Antrag selber bitte ich Sie aus guten Gründen anzunehmen.

Vorsitzender GR. Pöder: Als nächster Redner gelangt Herr Präsident Hahn zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Hahn: Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Herr Stadtrat Mayr hat sich jetzt in verhältnismäßig ruhigem und gesetztem Ton bemüht, auf Fragen, die Dr. Goller aufgeworfen hat, einzugehen. Vorher war er etwas heftiger oder sehr heftig. Das sage ich nur, weil Sie über den Stil gesprochen haben.

Sie haben allerdings zweimal auf meine Zwischenrufe jetzt bei Ihrer Beantwortung immer gesagt: Kommt schon noch! Sehr ruhig und gesetzt. Ich habe die Antwort vermisst, und das war jetzt der Grund für meine Wortmeldung. Jetzt können Sie also aus einer Beantwortung dieser Frage nicht heraus.

Stimmt es, was im Kontrollamtsbericht und im Holdingbericht vom März oder April des heurigen Jahres zu lesen war, daß also 120 Millionen beverschußte Gelder an die Gesiba verwendet wurden, um Löcher zu stopfen, die dort in den Jahren 1976 und 1977 entstanden sind und die mit all diesen Transaktionen, mit denen wir uns ja letzten Endes sehr ausführlich beschäftigt haben, zusammenhängen? Wobei ja einige dieser Transaktionen leider immer noch unaufgeklärt sind. Wir haben den Eindruck — bitte, jetzt werden Sie vielleicht wieder sagen, das ist ein Grund, um die Immunität aufzuheben —, daß der Staatsanwalt nicht das allerschnellste Tempo einschlägt. Aber bitte, das sind eben unterschiedliche politische Geschmacksfragen. Wir hoffen, daß das sicherlich einmal geklärt werden wird.

Konkret also in diesem Punkt die eine Frage: Stimmt das, was das Kontrollamt und die Holding festgestellt haben — ja oder nein? Ich habe Sie zweimal in Form von Zwischenrufen gefragt, Sie haben immer gesagt: Kommt schon noch! Sie werden das also jetzt, glaube ich, beantworten müssen.

Und die zweite Feststellung, die ich also auch vollkommen leidenschaftslos hier treffe, Herr Stadtrat: Sie haben wahrscheinlich mit Recht gesagt, daß die Consultatio das größte, das bedeutendste Steuerbüro mit den besten Fachleuten ist, die, wie wir ja in der Zwischenzeit erfahren haben, überall noch zusätzlich Sonderverträge haben, um die Unternehmungen zu beraten.

Ich persönlich empfinde das eigenartig. Das Wort „eigenartig“ ist ja auf jeden Fall gestattet. Wobei ich natürlich überhaupt kein Wort gegen die fachlichen Qualitäten des Herrn Finanzministers und seiner Mitarbeiter sagen möchte, nur, ich finde es halt eigenartig. Denn eines muß ich auch sagen: Ich kenne also den Abgeordneten Dr. Neuner sehr gut, und der war sehr viele Jahre lang ein hervorragender Parlamentarier, ja ich gehe sogar so weit, zu sagen, daß er irgendwo in Steuerfragen dem ÖVP-Parlamentsklub abgeht. Der hat mir einmal persönlich gesagt: Ich kann da bald jetzt nicht mehr weiter, entweder meine Kanzlei oder ich bin ein guter Nationalrat. Und er hat auch die Konse-

quenzen gezogen, er hat nicht mehr kandidiert. (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Der hat es halt so empfunden. Bitte, Sie empfinden, der Finanzminister kann das machen auf allen Seiten, er kann also alle beraten, er kann die Verstaatlichten beraten, er kann die Consultatio beraten. (GR. Suttner: Sie reden doch wider besseres Wissen! — Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner: Vollkommen falsch!) Sicherlich, überhaupt nichts dagegen einzuwenden. Rein zufälligerweise hat sich halt der Umfang ein bißchen — also bei der Gemeinde Wien von 6 auf 8, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe — erhöht. Ansonsten ist alles in bester Ordnung.

Sie haben eigentlich jetzt sehr gewählt indirekt das bestätigt, was derzeit Gegenstand der Auseinandersetzungen ist. Aber das nur am Rande bemerkt.

Die Frage nach den 120 Millionen: Stimmt das, was das Kontrollamt und die Holding festgestellt haben — ja oder nein? (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Pöder: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. (GR. Hahn: Also was ist jetzt? — GR. Mayrhofer: Fragestunde! Sie können ja eine Anfrage stellen! — GR. Hahn: Damit ist aber der Hauptvorwurf berechtigt!)

Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter GR. Ing. Hofstetter: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, gerade die letzte Frage, die hier aufgeworfen wurde, gehört sicherlich in eine Fragestunde beziehungsweise kann im Aufsichtsrat der Gesiba geklärt werden. (Stadtrat Dr. Goller: Das stimmt ja nicht! Da sind nicht alle anwesend!)

Ich möchte mich aber als Berichterstatter ganz entschieden dagegen verwahren, wenn ein Oppositionsredner hier gesagt hat, daß dieser Akt nicht korrekt wäre, wenn er den Eindruck erweckt hat, daß hier ein Skandal verborgen ist. Ich möchte feststellen, daß alle Unterlagen, alle Aktenvermerke im Akt vorhanden sind und daß die Finanzierung des Projektes korrekt und überprüfbar ist. Und es wird auch überprüft werden vom Kontrollamt, sowohl auf der Auftraggeber- als auch von der Auftragnehmerseite. (Stadtrat Dr. Goller: Das ist ein politischer Skandal! Das haben Sie nicht verstanden!)

Ich bitte Sie daher nochmals, beiden Geschäftstücken Ihre Zustimmung zu geben. (GR. Hahn: Frage nicht beantwortet, Vorwürfe berechtigt! — Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner: Fragestunde! — GR. Hahn: Jetzt glaubt ihr nicht einmal mehr dem Kontrollamt und der Holding!)

Vorsitzender GR. Pöder: Zur Postnummer 40 — sie betrifft den Baurechts- und Dienstbarkeitsvertrag — wurden keine Gegen- oder Abänderungsanträge gestellt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Postnummer 40 zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wir stimmen nun über die Postnummer 41 ab. Sie betrifft den Mietvertrag. Es wurde kein Gegen- oder Abänderungsantrag gestellt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben,

die Hand zu erheben. — Danke. Wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Das Verlangen auf Verhandlung der Postnummern 55, 57 und 58 — sie betreffen Flächenwidmungs- und Bebauungspläne für Teile des 2., 13. und 23. Bezirkes — wurde zurückgezogen.

Wird jetzt noch zu diesen Anträgen das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem Antrag zur Postnummer 55 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. — Danke. Das ist einstimmig angenommen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag zur Postnummer 57 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag zur Postnummer 58 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 59 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die 8. Subventionsliste 1978.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn amtsführenden Stadtrat Hans Mayr, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Hans Mayr: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Post 59 ist die Subventionsliste in einer Größenordnung von 435.000 Schilling. Sie umfaßt lediglich zwei Posten, und zwar soll der Wiener Psychoanalytischen Vereinigung ein Betrag von 235.000 Schilling und dem Österreichischen Zivilschutzverband, Landesverband Wien, ein Betrag von 200.000 Schilling an Subventionen zufließen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vorsitzender GR. Pöder: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR. Hahn. Ich erteile es ihm.

GR. Hahn: Meine Damen und Herren! Es geht bei unserem Abänderungsantrag, den ich einbringen werde, um die Subvention für die Psychoanalytische Gesellschaft. Wir haben auch gegen die Psychoanalytische Vereinigung nichts einzuwenden, denn diese Vereinigung erhält diese Subvention seit vielen Jahren. Es ist irgendwo sogar symptomatisch, daß dieser Akt gerade nach einem Akt, der sicherlich viel mehr Aufregung verursacht hat, behandelt wird. Es sind einige Posten, die mir auffallen.

Man könnte jetzt an die gestrige Mietzinsdebatte, an die sehr sachliche, wir mir scheint, anschließen. Man kann feststellen: Auch die Gemeinde Wien verlangt jetzt schon das, was irgendwie auf dem freien Markt nur herauszuholen ist, nämlich 50 Schilling pro Quadratmeter. Und, wie gesagt, das ist halt auch eine gewisse Doppelzüngigkeit. In allen Reden wird von Ihnen das Neuvermietungsgesetz, das damalige Gesetz aus dem Jahre 1968, bekämpft. Hier gehen Sie — blendend für die Öffentlichkeit, die ohnehin nicht da ist — mit dem guten Beispiel voran und sagen: Na was, wir auch, 50 Schilling pro Quadratmeter, das ist ja ein bürgerlicher Zins!

Bitte, die Psychoanalytische Gesellschaft tut

sich da sehr leicht. Aus diesem Anlaß haben wir auch eine Anfrage gestellt.

Ich gebe zu, das sind typische Akte in der Kiloware — entschuldigen Sie den Ausdruck. Und dann fällt einem das halt einmal auf, dann denkt man nach und dann stellt man halt auch die Anfrage. Denn wir wissen gar nicht, wie viele Gesellschaften, Vereine und, und, und in der Rathausnähe irgendwo ein Objekt gemietet haben. Also das vorherige Großprojekt haben wir ja besprochen.

Sicherlich, Sie können jetzt sagen: Ich kann nicht in eine jede Vier- oder Sechszimmerwohnung eine Magistratsabteilung hineinsetzen, das geben wir halt einer Gesellschaft, die uns irgendwie sympathisch ist, oder einem Verein usw.

Das wollen wir jetzt eben genau wissen: Wie viele Gesellschaften sind das, was zahlen die Mieten, wie hoch sind die Gesamtkosten, gibt es Sonderkonditionen oder nicht? Und jetzt die Frage: Wird ihnen das automatisch refundiert?

Denn da muß ich eines ganz offen und ehrlich sagen: Es geht dann halt jede Gesellschaft sehr vornehm in das Rathausviertel. Das ist eine gute Gegend. Sie sagen sich: Zahlen wir auch 80 Schilling, wir kriegen es ohnehin als Subvention von der Gemeinde wieder zurück.

Sicherlich, das ist keine ganz aufregende Sache, eine Viertelmillion, zehnmal, nun, dann sind es halt zweieinhalb Millionen. Auch schon etwas. Vorher haben wir bei 120 Millionen keine Auskunft bekommen, also ist das eigentlich hier wirklich eher eine Kleinigkeit.

Aber es ist ein Beweis — das muß ich schon ganz offen sagen —, daß eine Amtsräumplanung fehlt. Die waren früher woanders, auch in Rathausnähe, das haben sie aufgegeben. Die sind also jetzt in der Doblhoffgasse 9.

Bitte schön, ich könnte mir vorstellen, daß der Vorstand dieser Psychoanalytischen Gesellschaft, der Primarius der Nervenabteilung der KFA ist, schaut, daß er eher im 9. Bezirk etwas bekommt. Vielleicht kostet es dort nur 30 Schilling oder 35 Schilling pro Quadratmeter. (GR. Gawlik: Hoffentlich brauchen Sie nicht auch einen Psychoanalytiker!) Herr Kollege Gawlik! Jetzt werde ich Ihnen etwas sagen auf Ihren wirklich so netten Zwischenruf: Wenn man 20 Jahre so wie ich als Kommunalpolitiker hier aushält, und heute ist es meine 120. Rede, dann brauche ich keinen Psychoanalytiker mehr! Das Versprechen kann ich Ihnen abgeben: Das halte ich noch durch! (Beifall bei der ÖVP.) Und Sie beflügeln mich ja immer noch ständig.

Also ich fühle mich ganz gesund. Ich kann natürlich jetzt auf der Stelle umfallen und tot sein. Aber Psychoanalytiker — nein, Psychoanalytiker brauche ich wegen der SPÖ sicherlich keinen. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — GR. Gawlik: Schön langsam muß ich mir den Freud einmal anschauen bei Ihnen! Ihre Komplexe werden kompliziert!)

Aber entscheidend ist folgendes, und jetzt komme ich auf die hundertprozentig berechnete Kritik: Das Subventionsansuchen stammt nämlich vom 19. Oktober 1978 und gilt schon für 1979. Also man schüttet das Füllhorn sehr großzügig aus. In

der doppelten Buchhaltung sagt man: eine antizipative Post. Bei unserem Haushaltsplan geht so etwas unter.

Jetzt werden Sie wieder sagen: Wegen 250.000 Schilling regt er sich da auf. — Ich rege mich bei dem Akt wirklich nicht auf zum Unterschied von dem vorhergehenden, wo mich das schon aufgeregt hat.

Aber, meine Damen und Herren, Subventionsansuchen: Ist auch schon besprochen worden. Eines ist jetzt klar: Da gibt es vier Klassen von Subventionsansuchen.

Ich fange mit der letzten Klasse an: Erledigung nie. Die erfahren das auch nie. Die schreiben, die antichambrieren, kommen eh nicht vor, kriegen nichts. Wird einen Grund haben, nehme ich an.

Zweite Stufe: Erledigung ein Jahr. Das ist der normale Durchschnitt.

Dritte Stufe: Erledigung rasch.

Vierte Stufe: Erledigung im voraus.

Sehen Sie, bei so einer Vereinigung möchte ich auch Präsident sein. Was machen Sie, wenn jetzt noch 20 solche Vereinigungen gegründet werden? Dann haben Sie 5 Millionen antizipative Posten.

Wen regt das schon auf?, werden Sie sagen. (Zwischenruf des GR. Suttner.) Nein, ich sage noch einmal: Ich beruhige Sie, Herr Präsident, ich beruhige Sie.

Jedenfalls, eines möchte ich schon sagen: Wir hoffen, daß hier den Vorschriften der Haushaltsordnung Genüge getan wird, und erlauben uns daher, folgenden Abänderungsantrag einzubringen:

Post 1: Geht in Ordnung. Brauche ich nicht vorzulesen. Entspricht also dem Antragstext. Die Bedeckung hat auf Post 30, Subventionen und Beiträge, des Voranschlages 1978 zu erfolgen. Das ist der Österreichische Zivilschutzverband, über den man da auch noch reden könnte, aber das ist jetzt sicherlich schon etwas zu spät. Der hat auch eine ewige Budgetpost, die seit zehn Jahren im Budget steht und nie in Anspruch genommen wird. Ich gebe zu, ich habe mich, obwohl es sehr wichtig wäre, nicht so im Detail damit beschäftigt.

Aber jetzt kommt also die zweite Post des Abänderungsantrages:

„Der Wiener Psychoanalytischen Vereinigung wird entsprechend ihrem Ansuchen für das Jahr 1979 eine Subvention von 235.000 Schilling gewährt.“ Sowieso, aber: „Die Bedeckung hat auf Rubrik 321, Verschiedene Finanzangelegenheiten, Post 30, Subventionen und Beiträge, des Voranschlages 1979 zu erfolgen.“

Im übrigen hoffe ich ja, daß bei der Anfragebeantwortung dann doch einige, sicherlich auch ganz interessante Details bekannt werden, wer sich aller in Rathausnähe ansiedelt, um in der Nähe der Sonne zu sitzen, um in der Nähe der Kronprinzen zu sitzen, um vielleicht hier besser behandelt zu werden, oder nicht, das weiß ich nicht. Jedenfalls gibt es mehr Vereinigungen noch in Rathausnähe. Ob das mit der Revitalisierung etwas zu tun hat, das wäre ein eigenes Referat. Wer die Häuser vorher alle zusammenkauft beim Rathaus, wissen wir auch. Aber bitte sehr, spielt heute auch keine Rolle. Über die Probleme der Amtsraumbeschaffung wissen wir alle genügend Bescheid. Vielleicht —

vielleicht — gibt es da auch einmal so etwas wie einen Plan. Es wäre nämlich sehr schön, wenn das auch einmal im Gemeinderat behandelt werden würde. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Pöder: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Hans Mayr: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte, es mir zu verzeihen, wenn ich diesen Abänderungsantrag und die Wortmeldung des Herrn GR. Hahn hier zum Anlaß nehme, um Ihnen die Vorgeschichte, wie sie sich schon im Finanzausschuß abgespielt hat, zu erzählen. Dieser Antrag ist dem letzten Finanzausschuß vorgelegen, hat eine Wortmeldung des Herrn GR. Hahn ausgelöst, in der zunächst einmal festgestellt wurde: Hier handelt es sich um eine Verschleierung, um die Durchbrechung der Budgettransparenz. Ich glaube, es ist auch das Wort Skandal und dergleichen gefallen. (GR. Hahn: Aber bei 200 Millionen Schilling!) Aber ich kann mich an Verschleierung ganz genau erinnern, und an die Verhinderung der Budgettransparenz kann ich mich auch genau erinnern. Die Forderung und der Vorschlag, der damals im Finanzausschuß erstattet wurde, war ein ganz einfacher: Man sollte dieser Psychoanalytischen Gesellschaft um einen Anerkennungszins die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, um sich damit die Subvention zu ersparen. Stimmt das so? — Ja.

Die Tatsache, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir in diesem Haus den Mietzins so festgesetzt haben, wie er üblicherweise für alle anderen Mieter in dieser Gegend verlangt wird, mußte ich damals dahingehend beantworten, daß genau das Gegenteil von dem der Fall ist, was in dieser Debattenrede im Gemeinderatsausschuß für Finanzen festgestellt wurde. Gerade weil wir eine Budgettransparenz wünschen, verlangen wir eine ordentliche Gegenleistung für die Sachleistung, die wir zur Verfügung stellen, und decken es mit einer Subvention ab, denn der Vertrag hier, mit einem Anerkennungszins einer Gesellschaft eine Mieträumlichkeit zu übertragen, wäre einmalig im Gemeinderat. Ich würde sicher glauben, daß es die Damen und Herren des Wiener Gemeinderates überfordern würde, dann bei jedem Subventionsantrag zehn oder zwölf Jahre hindurch rückzuverfolgen, ob hier vielleicht eine Sachleistung zu einem Anerkennungspreis zur Verfügung gestellt wurde. Gerade das würde die Budgettransparenz verhindern. Genau deswegen ist dieser Weg gegangen worden, genau in dem Bemühen, klare, eindeutige, saubere Richtlinien zu schaffen.

Aber die Story ist noch nicht aus, bitte. Es wurde im Finanzausschuß auch ein Abänderungsantrag gestellt, und dieser Abänderungsantrag hat gelaute: „Die Post 1 ist zu streichen“, daß heißt, keine Subvention an die Wiener Psychoanalytische Vereinigung, und nur die Post 2, also die Subvention für den Zivilschutzverband, soll aufrecht bleiben. (GR. Hahn: Mündlich!) Es war, wie ich jetzt durch einen Zwischenruf gehört habe, nur ein mündlicher Antrag, aber ich glaube, daß die Mitglieder des Finanzausschusses sehr wohl auch ihre

mündlichen Äußerungen gut überlegt und begründet haben. Aus diesem Ablehnen dieses Antrages — Ablehnen nicht deswegen, meine Damen und Herren, weil es erst nächstes Jahr zur Bezahlung des Mietzinses für das kommende Jahr dient, sondern Ablehnung, weil damit eine Verschleierung und Budgettransparenz angeblich verhindert werden sollen — ist nun der heutige Antrag geworden, der dieser Subvention zustimmt, aber die Bedeckung erst im nächsten Jahr findet.

Meine Damen und Herren! Warum machen wir das? Weil wir nicht glauben, daß es sinnvoll ist, Vereinigungen wie diese Psychoanalytische Gesellschaft in die Situation zu bringen, Kredite aufzunehmen, um ihren Verpflichtungen nachzukommen, die wir hintennach dann mit Subventionen abdecken, natürlich inklusive der aufgetretenen Zinsen. Das kann doch nicht der Sinn der Hilfe der Stadt sein.

Ich habe deswegen, meine Damen und Herren, diesen Fall zum Anlaß genommen, um ihn Ihnen etwas breiter darzustellen, weil ich glaube, daß an diesem einfachen Sachverhalt eines deutlich zu erkennen ist: die Qualität und der Stil des 120. Debattenbeitrages. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Sache bitte ich, den Antrag anzunehmen und den Abänderungsantrag abzulehnen.

Vorsitzender GR. Pöder: Wir kommen nun zur Abstimmung. Die GR. Hahn und Dkfm. Dr. Heinz Wöber haben einen Abänderungsantrag gestellt:

Dem Österreichischen Zivilschutzverband, Landesverband Wien, wird eine Subvention in der Höhe von 200.000 Schilling gewährt. Die Bedeckung hätte auf Ausgab rubrik 321, „Verschiedene Finanzangelegenheiten“, Post 30, „Subventionen und Beiträge“, des Voranschlages 1978 zu erfolgen.

2. Der Wiener Psychoanalytischen Vereinigung wird entsprechend ihrem Ansuchen für das Jahr 1979 eine Subvention in der Höhe von 235.000 Schilling gewährt. Die Bedeckung hat auf Ausgab rubrik 321, „Verschiedene Finanzangelegenheiten“, Post 30 des Voranschlages 1979, zu erfolgen.

Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Abänderungsantrages.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Abänderungsantrag der ÖVP-GR. Fritz Hahn und Dkfm. Heinz Wöber stimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Das ist die Minderheit und somit abgelehnt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist somit mit Stimmenmehrheit angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 66 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Erhöhung des Sachkredites für die Errichtung des 1. Bauteiles des städtischen Wohnhauses im 4. Bezirk, Favoritenstraße 8.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn amtsführenden Stadtrat Böck, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Böck: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Das zur Diskussion stehende Aktenstück betrifft den städtischen Wohnhausneubau in Wien, 4.

Bezirk, Favoritenstraße 8, 1. Bauteil. Der Antrag auf Erhöhung des Sachkredites, der am 30. Juni 1976 vom Gemeinderat beschlossen wurde, wird um 35,35 Millionen Schilling gestellt. Die Begründung dafür ist, daß von dieser Zeit bis heute die Lohn- und Materialkosten gestiegen sind, da ein schwieriger Abbruch in diesem Terrain vorgenommen werden mußte, ferner langwierige Einbautenverlegungen stattgefunden haben und daß die damals beauftragte Baufirma in Konkurs gegangen ist und eine neue Vergabe durchgeführt werden mußte.

Ich bitte daher, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Vorsitzender GR. Pöder: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR. Dipl.-Ing. Doktor Pawkowicz. Ich erteile es ihm.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Die Freiheitliche Partei war immer gegen die Verbauung der Scala-Gründe, und wir haben seinerzeit, wie man im Protokoll nachlesen kann, sehr ausführlich die Gründe erläutert, wieso wir dagegen sind. Es braucht das daher heute nicht mehr erörtert zu werden.

Nun, der Bau ist fortgeschritten, die Baufirma ist, wie gerade berichtet worden ist, nachdem der Bau zumindest teilweise begonnen wurde, mittlerweile in den Ausgleich geraten und das Konkursverfahren ist eingeleitet worden.

Jetzt ist eine neue Baufirma am Werk. Ich hoffe nur, daß sie nicht im Kuvert des Herrn Stadtrates Böck drinnen festgehalten ist. Aber für die Verbauung oder für die Baubewilligung der Scala-Gründe ist außerdem anzumerken, daß der Verfassungsgerichtshof im Juni 1978 hier die Baubewilligung aufgehoben hat. Mittlerweile wurde bei der MA 35 neu eingereicht, und es ist, wie mir der Herr Stadtrat mitgeteilt hat, auch in den nächsten Tagen mit der Bewilligung zu rechnen. Das heißt aber — das steht trotzdem im Raum —, daß zur Zeit nach wie vor keine Baubewilligung vorhanden ist. Ich fürchte, daß das ganze Bauvorhaben bis jetzt unter keinem sehr guten Stern gestanden ist, und es liegt heute der Antrag vor, den Sachkredit von 66,3 Millionen um 35,35 Millionen auf 101,65 Millionen Schilling zu erhöhen. Das sind immerhin — dafür gibt es viele Gründe — 50 Prozent. Das heißt, daß nach den Schwierigkeiten, die es vorher gegeben hat, das ganze Bauunternehmen meiner Meinung nach auch relativ teuer wird.

Die Freiheitliche Partei hat von Anfang an gegen dieses Vorhaben gestimmt, und wir lehnen daher auch konsequenterweise die heutige Erhöhung des Sachkredites ab.

Vorsitzender GR. Pöder: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Böck: Mir ist seit dem ersten Tage meiner Tätigkeit als amtsführender Stadtrat bekannt, daß beide Oppositionsparteien gegen diesen Wohnhausneubau negativ eingestellt sind. Sie haben sich grundsätzlich für die Ablehnung entschieden. Wir hören das auch in jeder Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Bauten. Wir sprechen dann gar nicht mehr viel

darüber. Es wird nur gesagt: Wir lehnen ab! Das ist uns bekannt, und das wird auch heute so sein.

Dennoch bitte ich das Hohe Forum um Zustimmung zu diesem Aktenstück.

Vorsitzender GR. Pöder: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Das wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Postnummer 73. Sie betrifft einen Vertrag mit der Gaststättenbetriebsges. mbH.

Das Verlangen auf Verhandlung wurde zurückgezogen. Wird jetzt noch zu diesem Antrag das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu heben. — Danke. Das ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 80 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Erhöhung der Gasgebühren.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn amtsführenden Stadtrat Nekula, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Nekula: Meine Damen und Herren! Ich habe heute bereits festgestellt, daß die Gaswerke im Hinblick auf die finanzielle Entwicklung es für notwendig erachtet haben, bei der Preisbehörde einen Antrag auf Erhöhung der Gaspreise einzubringen.

Die Gaswerke haben die letzte Tarifierhöhung am 1. Jänner 1977 vorgenommen. Seither ist eine Reihe von Erhöhungen eingetreten: Das Russengas wurde erhöht, das Inlandgas wurde erhöht, es wurden zwei Gehaltsregulierungen vorgenommen, eine im Ausmaß von 8 Prozent am 1. Jänner 1978, die nächste wird am 1. Jänner 1979 mit 4,2 Prozent wirksam. Daneben mußten die Speicherkosten erhöht werden, weil natürlich die Mengen, die für den Winter bereitgestellt werden, wesentlich größer geworden sind.

Die Preisbehörde hat diesem Antrag nach einer Reihe von Überprüfungen insofern Rechnung getragen, daß sie einer linearen Erhöhung von 2,12 Groschen pro Kilowatt entsprochen hat. Im Schnitt sind das 7,1 Prozent. Das ergibt für die Gaswerke im Jahr 1979 Mehreinnahmen von 151 Millionen Schilling. Netto sind es 146 Millionen Schilling. Diese Mehreinnahmen sollen dazu dienen, die Sperren aufzuheben. Es wurde heute schon gesagt, daß für den Kugelgasbehälter nichts offen ist, daß fürs Rohrnetz nichts offen ist und daß auch für die Zähler nichts offen ist. Das alles soll mit diesen Geldern aufgemacht werden, damit erstens die Sicherheit erhöht wird und zweitens die Industrie entsprechende Aufträge bekommt.

Ich darf Sie bitten — und ich bin überzeugt davon, daß nun alle zustimmen werden, weil heute sehr viel Sorge durchgeklungen ist —, diesem Antrag auf Mehreinnahmen von 146 Millionen Schilling Ihre Zustimmung zu erteilen.

Vorsitzender GR. Pöder: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR. Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

GR. Dkfm. Bauer: Sehr geehrter Herr Vor-

sitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wiener Gaspreis wurde per 1. Jänner 1975 um 52 Prozent, per 1. Jänner 1976 um 12 Prozent, per 1. Jänner 1977 um 6 Prozent erhöht und soll nun per 1. Jänner 1979 um 7,1 Prozent erhöht werden. Das ergibt innerhalb von vier Jahren eine Preiserhöhung von 77,1 Prozent — eine ganz beträchtliche Erhöhung, wie ich meine — und einen jährlichen Schnitt von fast 20 Prozent. Damit liegt die Verteuerung oder besser gesagt die Teuerungsrate des Wiener Gases weit über dem allgemeinen Teuerungsdurchschnitt.

Die öffentliche Hand Wien hat sich damit nicht als preisdämpfend, sondern preistreibend in das Wirtschaftsgeschehen der Bundeshauptstadt und darüber hinaus eingeschaltet. Ich meine, mein Parteifreund Zeillinger, der seinerzeit einmal die Herren auf der Regierungsbank als Preistreiber begrüßt hat, hätte auch im Falle unseres Stadtrates Nekula recht.

Es ist überflüssig zu erwähnen, daß es auch diesmal natürlich wiederum keinerlei Kalkulationsunterlagen, keinerlei Zahlen im vorgelegten Antrag im Sinne einer Kostenrechnung gibt, aus denen hervorgeht, ob, und wenn ja, in welchem Ausmaß eine Preissteigerung beim Gas notwendig wäre. Wir wissen also nicht, wenn wir uns nicht auf die verbalen Erklärungen des Herrn Stadtrates Nekula allein verlassen wollen, ob und in welcher Höhe diese Steigerung notwendig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen aber zweierlei: Wir wissen, daß die Gaswerke positiv, und zwar nicht unbeträchtlich positiv bilanzieren, und wir wissen, daß die Gaswerke ihre Tarifanträge immer mit einer drohenden Verlustsituation untermauern. Und nun kommt meines Erachtens etwas sehr Interessantes: Die Gaswerke stellen ihre Preisanträge — wie schon gesagt — immer unter Hinweis auf eine drohende Verlustsituation oder auf eine, die angeblich schon eingetreten ist, und zwar im Ausmaß von 9, 10 bis 15 oder 16 Prozent. Im Laufe der Jahre war das immer so. Genehmigt werden dann von der Preisbehörde im Handelsministerium regelmäßig — also immer — nur Bruchteile dieser Preisanträge. Beispielsweise im Jahr 1977 nur 6 Prozent, jetzt sind es etwa 7,1 Prozent, beantragt hatte man 12,5 Prozent.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir den Hinweis auf das Unternehmensstatut. Das besagt nichts anderes — sehr vereinfacht und vergrößert dargestellt —, als daß die Wiener Stadtwerke so zu wirtschaften haben, daß die Erträge die laufenden Aufwendungen decken. Das heißt, daß ausgeglichen, ohne Gewinn im steuertechnischen Sinn, gewirtschaftet werden soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt müßte sich doch nach Adam Riese und nach den Gesetzen der Logik ein Unternehmen, das laufend auf Grund einwandfreier — so hoffe ich wenigstens — Kalkulationsunterlagen bei der Preisbehörde um sagen wir 12 Prozent einreicht und immer nur etwa die Hälfte — 6 oder 7 Prozent — genehmigt bekommt, über kurz oder lang in einer ähnlichen Situation befinden, wie es die Verkehrsbetriebe schon sind. Aber nein, siehe da, die Gaswerke pro-

duzieren dennoch immer weiter Gewinne, was an sich erfreulich ist.

Dies läßt aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, doch nur einen Schluß zu: Es wird der Öffentlichkeit und nicht zuletzt auch dem Gemeinderat gegenüber ein falsches Spiel gespielt, es wird mit gezinkten Karten gespielt. Ich darf auch das zu untermauern versuchen. 1977 wurde, wieder mit Hinweis auf die drohende Verlustsituation, ein Antrag auf etwas mehr als 10 Prozent gestellt. Gewährt wurden nur 6 Prozent, und trotzdem gab es dann einen Gewinn von 38 Millionen Schilling. Diese Logik bitte mir zu erklären.

Jetzt sprach man davon: Wenn nicht die 12,5 Prozent Preiserhöhung gewährt würden, käme es im Jahre 1979 zu einem Verlust von 150 Millionen Schilling. Gewährt wurden jetzt 7,1 Prozent. Das hieße, daß zumindest ein Verlust von 61 Millionen Schilling übrigbleibt. Ich bin gespannt, wie hoch diesmal der Gewinn ausfallen wird.

All das bedeutet doch nichts anderes — das ist der Hintergrund der ganzen Angelegenheit und des Pudels Kern —, als daß die Tarifierhöhungen eben nicht oder nicht im vorgelegten Ausmaß notwendig wären. Ich unterstelle natürlich nicht, daß die Gewinne in die Privatschatulle des Herrn Stadtrates oder sonstwohin fließen, aber es bedeutet nichts anderes, als daß die Gasabnehmer andere marode Teilunternehmungen, im besonderen die Verkehrsbetriebe, auf stillem Wege zwangssubventionieren, und dagegen sprechen wir Freiheitlichen uns ganz eindeutig aus.

Wenn es aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, anders sein sollte, als ich es hier zu beweisen versucht habe beziehungsweise ich die Dinge sehe, dann bitte ich: Legen Sie doch endlich, wie wir das immer von Ihnen verlangen, die betrieblichen Kennzahlen, die Kostenrechnung des Unternehmens auf den Tisch, und wir werden sie sehr objektiv und eingehend prüfen. Wir werden dann vielleicht zu dem gleichen Schluß gelangen wie die Unternehmensführung selbst. So lange Sie sich aber auf eine rein verbale Darlegung der Dinge beschränken und uns das nicht hieb- und stichfest nachweisen, bitte ich um Verständnis, daß wir angesichts der bisherigen Erfahrungen, die wir auf dem Gebiet gemacht haben und die ich hier kurz darzulegen mich bemüht habe, für eine solche Vorgangsweise, für den Antrag, den Sie heute gestellt haben, keine Mitverantwortung übernehmen können und das auch gar nicht wollen. Die freiheitliche Fraktion wird daher dem gestellten Antrag die Zustimmung verweigern.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Als nächster Redner ist Herr GR. Dkfm. Ammann vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

GR. Dkfm. Ammann: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Preis- und Tarifierhöhungen sind bisweilen notwendig, um die wirtschaftliche Substanz eines Unternehmens zu erhalten, jedoch auch, wie ich betonen möchte, mit einem großen Verantwortungsbewußtsein verbunden. Das gilt vor allem für öffentliche Unternehmungen, wie es auch die Gaswerke sind, weil gerade die öffentlichen Unternehmungen beispielge-

bend sein sollten, was Preis- und Tarifdisziplin anlangt.

Wie begründen nun die Wiener Gaswerke diese Tarifierhöhungen und die vergangenen Tarifierhöhungen, die ja in großem Ausmaß verlangt und teilweise auch gegeben wurden?

Im Jahre 1976 zum Beispiel stand in der Begründung wörtlich unter anderem: „Von den Sperren sind in der Hauptsache das Rohrnetz mit 75,5 Millionen, die Kugelgasbehälter mit 50 Millionen und die Gaszähler mit 20 Millionen betroffen.“

Das heißt, 1976 wurde das Versprechen abgegeben: Wenn die Tarife erhöht werden, werden unter anderem auch die Kugelgasbehälter endlich gebaut. Die Tarife wurden erhöht, die Kugelgasbehälter blieben gesperrt.

Die Tarifierhöhung 1977 hatte unter anderem folgende Begründung: „... was bei Aufrechterhaltung dieser Sperren zu einer nachhaltigen Beeinträchtigung der Betriebssicherheit führen würde. Von den Sperren sind in der Hauptsache das Rohrnetz, die Kugelgasbehälter mit 50 Millionen Schilling und die Gaszähler mit 13,5 Millionen Schilling betroffen.“

In der Begründung für die Tarifierhöhung per 1. Jänner 1979 verspricht Herr Stadtrat Nekula nun wieder, daß nach Erhöhung der Gastarife die Kugelgasbehälter gebaut werden, die 1979 wieder zu 100 Prozent gesperrt sind. Das heißt, die dritte Gastarifierhöhung mit dem Versprechen, endlich die so wichtigen Kugelgasbehälter zu bauen. Nur sind in der Zwischenzeit die immer zu 100 Prozent gesperrten und nicht gebauten Kugelgasbehälter von 90 Millionen auf 100 Millionen und jetzt für 1979 auf 126 Millionen gestiegen. Das heißt, wir bauen sie nicht, obwohl wir sie bei der Tarifierhöhung immer vorschoben, und die so wichtigen Kugelgasbehälter haben wir noch immer nicht.

Eine zweite Unsicherheit tritt bei dieser Gaspreiserhöhung auf, abgesehen davon, daß, wie Kollege Bauer schon gesagt hat, die Unterlagen, die wir bekommen haben, viel zu spärlich sind, um sich ein objektives Urteil bilden zu können, ob die Tarifierhöhung in diesem Ausmaß und überhaupt gerechtfertigt ist.

Bei der Berechnung zur Überprüfung der Gastarife, die dem Wirtschaftsplan 1979 der Gaswerke beiliegt, gibt es drei Varianten. Bei der größten Variante, nämlich zur Deckung der Aufwendungen und Erhaltung der Wirtschaftssubstanz einschließlich der notwendigen Mittel für die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung, wäre nach den Berechnungen der Gaswerke eine Tarifierhöhung von 11,3 Prozent erforderlich. Ich frage: Wieso hat man 12,5 Prozent eingereicht? Ich persönlich bezweifle auch, daß die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung enthalten sein muß, weil die Gaswerke jetzt nur mehr ein reiner Handelsbetrieb sind. Ein technisches Know-how ist an sich gar nicht mehr nötig.

Zur Deckung der Aufwendungen wäre nach den Berechnungen der Gaswerke nur eine Tarifierhöhung von 3,5 Prozent gerechtfertigt. Eingereicht wurden 12,5. Dabei weist, was auch im Wirtschaftsplan steht, der Einstandspreis eine sinkende Tendenz auf. 1978 kostet der Kubikmeter Gas

130,56 Groschen, für 1979 werden nur 128,22 Groschen pro Kubikmeter erwartet. Das heißt eine sinkende Tendenz, und die Rentabilitätsberechnungen zeigen, daß 7,1 Prozent wesentlich überhöht sind.

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Punkt noch, der im Zusammenhang mit dieser Gaspreiserhöhung auch betrachtet werden sollte. Bevor man Preise und Tarife erhöht, sollte man — das gilt für das gesamte Wirtschaftsleben, und hier paßt auch die Paritätische Kommission dankenswerterweise genau auf — vor allem im eigenen Bereich alles untersuchen und alles Menschenmögliche unternehmen, um eine notwendige Preis- oder Tarifierhöhung möglichst klein zu halten. Hier komme ich wieder auf die Gebrauchsgebühren, die meiner Meinung zu Unrecht von der Stadt Wien den Gaswerken berechnet werden. Im Jahre 1979 werden das über 62 Millionen Schilling sein. Wozu werden die Gaswerke verpflichtet, diese Gebrauchsgebühr zu bezahlen?

Unser Standpunkt zu dieser Tarifierhöhung ist: Diese Tarifierhöhung bringt den Gaswerken etwa 150 Millionen Schilling. Ich glaube, daß diese Mittel notwendig sind, um endlich das desolate Gasrohrnetz zu sanieren und endlich die zwei Kugelgasbehälter bauen zu können. Es sollen aber auch die Stadt Wien und die Gaswerke beitragen. Daher sind wir der Meinung, daß eine vierprozentige Gaspreiserhöhung durchaus gerechtfertigt ist und auch genügt und daß gleichzeitig ein Streichen der Gebrauchsgebühren zugunsten der Wiener Stadtwerke durchgeführt werden sollte. (Beifall bei der ÖVP.)

Mit diesen beiden Maßnahmen hätten die Gaswerke das gleiche, nur würde man gegenüber den Gaskunden wesentlich fairer verfahren.

Ich erlaube mir daher, im Namen von Stadtrat Neusser und mir einen Abänderungsantrag einzubringen:

Die gefertigten ÖVP-Gemeinderäte stellen gemäß § 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung folgenden Abänderungsantrag:

„1. Der Tarif für Gaslieferung an Haushalte und Heizgaskunden, an Gewerbe und Industrie sowie die Zählergebühren werden ab 1. Jänner 1979 um 4 Prozent angehoben.

2. Die Gebrauchsgebühren für die Wiener Stadtwerke-Gaswerke in der Höhe von 62,385.000 Millionen Schilling, die unter Post 301.2 b als Einnahmen aufscheinen, sind den Gaswerken zu erlassen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir meinen, daß eine verantwortungsbewußte Tarifierhöhung keine willkürliche Mehrbelastung der Konsumenten nach sich ziehen dürfte. Dazu ist die Tarifpolitik viel zu wichtig, um so oberflächlich und mit so wenig Unterlagen und nur auf Kosten der Wiener gehandhabt zu werden.

Ich bitte daher nochmals, unserem Abänderungsantrag zuzustimmen, zum Wohle der Gaswerke, denn ihnen wird ja überhaupt kein Schilling vorenthalten, aber auch aus Fairneß gegenüber den Gaskunden. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke.

Als nächster Redner ist Herr GR. Sevcik zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. Sevcik: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Eine wichtige Leistung für die Lebensqualität unserer Stadt ist die sichere und ausreichende Versorgung mit Erdgas, welches innerhalb weniger Jahre zu einer der beliebtesten Energieformen für die Bewohner dieser Stadt geworden ist, da es völlig ungiftig, ohne Rauch, Ruß oder schädliche Abgase verbrennt und damit ausgesprochen umweltfreundliche Eigenschaften hat. Es ist darin eine der Quellen für die Forcierung dieses Energieträgers zu suchen. Die Verbesserung der Luftqualität in Wien ist größtenteils durch die Umstellung der Versorgung der Haushalte, der Industrie und auch der Gewerbebetriebe mit sauberer Energie, also Erdgas, in weitere Folge elektrischem Strom oder Fernwärme, zu erreichen.

Diese Funktion obliegt zum größten Teil den Wiener Stadtwerken, im konkreten Fall den Wiener Gaswerken, die damit einen wichtigen Faktor für die Luftqualität und in weiterer Folge für die Gesundheit unserer Stadt darstellen.

Meine Damen und Herren! Ich müßte ein Masochist sein, wenn ich behaupten würde, daß mir Tarifierhöhungen eine Freude bereiten. Ich glaube aber sagen zu können, daß man Realitäten, wie sie nun einmal im Wirtschaftsleben vorgegeben sind, auch beachten muß. (GR. Dkfm. Ammann: Kugelgasbehälter!) Ich komme schon noch darauf zurück, Herr Kollege!

Eine dieser Realitäten sind die Kosten, hinsichtlich derer die Wiener Gaswerke unsererseits nicht beeinflussbar sind. Dies ist auf die immer größer werdenden Investitionen zurückzuführen, welche auf allen Gebieten getätigt werden müssen, die zu einer anstandslosen und sicheren Versorgung dieser Stadt notwendig sind, wobei zum großen Teil in solchen Fällen derartige Investitionen keine Stärkung der Ertragskraft des Unternehmens herbeiführen.

Ich darf weiters daran erinnern, daß im Jahr 1975 die Sowjetunion, unser hauptsächlichster Erdgaslieferant, eine Anhebung des Erdgaspreises als Anpassung an den Ölpreis herbeiführen wollte. Dies wäre mit einem Schlag seitens der Russen durchgeführt worden, wenn es nicht Verhandlungen seitens der ÖMV gegeben hätte, die das verhindert haben. Es ist gelungen, diese Preisanhebung in Raten umzuwandeln. Eine der letzten Raten war 1978 fällig. Wir haben nicht nur die Preisteigerung auf dem Rohenergiesektor — der Einstandspreis ist im Jahr 1978 um 22,1 Prozent gestiegen —, sondern darüber hinaus auch enorme Preisteigerungen, wie ich schon sagte, auf dem Investitionssektor zu verzeichnen. Diese Investitionen sind notwendig für die Versorgung, für die Sicherheit, aber unter anderem auch für die Speicherung von Erdgas, da ja rund um die Uhr gleichmäßig geliefert werden muß, der Verbrauch jedoch sehr unterschiedlich ist.

Sie sehen aus dem Vorerwähnten, daß der heute zur Debatte stehende Antrag kein Willkürakt der dafür Verantwortlichen in diesem Haus ist, son-

dern in diesem Akt spiegelt sich die Verantwortung für diese Stadt wider.

Es wurde aus den vorerwähnten Gründen seitens der Wiener Gaswerke ein Preiserhöhungsantrag bei der Preisbehörde eingebracht, welcher eine Erhöhung um 12,5 Prozent vorsah. (GR. Dkfm. Ammann: Viel zu hoch!) Man kann über Verschiedenes verschiedener Ansicht sein!

Eine einvernehmliche Lösung, ein Beschluß aller — und ich betone bitte hier nochmals: aller — in der Preisbehörde vertretenen Parteien, wobei ich insbesondere die Handelskammer hier erwähnen möchte, hat ergeben, daß man sich in der Preisbehörde auf einen durchschnittlichen Erhöhungssatz von 7,1 Prozent des Gaspreises geeinigt hat. Diese 7,1 Prozent ergeben in Umrechnung einen Erhöhungssatz von insgesamt 2,12 Groschen pro Kilowattstunde, was volkswirtschaftlich ohne weiteres zu vertreten ist.

Diese Erhöhung, sollte sie in letzter Konsequenz vom Wiener Gemeinderat als dem höchsten beschlußfassenden Organ beschlossen werden, wird entscheidend dazu beitragen, Investitionen durchzuführen, die im Investitionsplan der Wiener Gaswerke für das Jahr 1979 unter der Rubrik „Vorläufige Gelderfordernissperren“ mit 213,9 Millionen Schilling enthalten sind, wobei mir bewußt ist, daß die Gaspreiserhöhung selbst nur einen Zirkabtrag von 146 Millionen Schilling bringt.

In diesem Zusammenhang ist es nicht übersehbar, daß die Aufhebung der Sperren dieser Investitionen einen Impuls bringt nicht nur für die Wiener Wirtschaft, sondern darüber hinaus für die gesamtösterreichische Wirtschaft, gerade in dieser Zeit auch für die Stahlindustrie, für die VÖEST.

Kollege GR. Ammann hat im letzten Ausschuß, wo diese Preiserhöhung diskutiert wurde, erklärt, daß sich die Wiener ÖVP diesem Preisantrag nur dann anschließen kann — und er hat dies auch hier von dieser Stelle aus wieder gesagt —, wenn die Erhöhung des Wiener Gaspreises ab 1. Jänner 1979 grundsätzlich nur 4 Prozent beträgt und als Ausgleich für die restlichen 3 Prozent der Erhöhung die dreiprozentige Gebrauchsgebühr von der Hoheitsverwaltung zugunsten der Wiener Stadtwerke gestrichen wird. Die Hoheitsverwaltung müßte darauf verzichten. (Stadtrat Neusser: Die ist doch jahrelang gesunken, wissen Sie das nicht?) Das würde nach der Argumentation der ÖVP sowohl im Ausschuß als auch hier wieder die 7,1 Prozent der Erhöhung zusammenbringen.

Man sieht also aus dem heraus: Auf der einen Seite stimmt die von der ÖVP dominierte Handelskammer in der Preisbehörde den 7,1 Prozent zu, und hier im Wiener Gemeinderat ist die Wiener ÖVP dagegen. (Stadtrat Neusser: Reden Sie einmal über die Gebrauchsgebühr im Interesse Ihres Ressorts!) Man will hier einen einvernehmlichen Beschluß torpedieren. (GR. Dkfm. Ammann: Wir wollen die Konsumenten vor übertriebenen Preiserhöhungen schützen!)

Wenn man sich den Antrag der Wiener ÖVP bis zur letzten Konsequenz durchdenkt, wäre dies nichts anderes als die Schaffung eines Präjudizfalles, nämlich infofern, daß jedes Unternehmen im Lande Wien in Zukunft auf die Streichung seiner

Gebrauchsgebühr pochen könnte. Das hat nichts mit der Versicherung zu tun, die mit einem scheinheiligen, meiner Ansicht nach scheinheiligen Augenaufschlag der Wiener ÖVP durchgeführt wird, die Wiener Gaswerke hätten ja dadurch keinen Verlust.

Ich überlasse es Ihnen, meine Damen und Herren hier in diesem Saale, sich über die Bedeutung des ÖVP-Antrages klarzuwerden. Das würde ja nicht nur eine Minderung der Einnahmen für die Hoheitsverwaltung mit sich bringen, sondern es gäbe in weiterer Folge wahrscheinlich grundsätzliche Konsequenzen. (Stadtrat Neusser: Sie betreiben eine scheinheilige Augenauswischerei!)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Gebührenspiegel, wo unter 33 Gebühren und tarifmäßigen Entgelten eine einzige Taxe kostendekkend ist. (GR. Hahn: Das sollten die Steuerzahler alles hören!)

Aus diesem Grunde darf ich Sie bitten, dem gestellten Antrag auf Erhöhung des Gaspreises um einen durchschnittlichen Erhöhungssatz von 7,1 Prozent Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Neku-la: Meine Damen und Herren! Zu zwei grundsätzlichen Dingen nur eine Bemerkung.

Herr GR. Bauer hat von einer 77,1prozentigen Erhöhung gesprochen, indem er das zusammenaddiert hat. Darf ich vorausschicken, daß von 1951 bis 1974 — von 1951 bis 1974 — die Gaswerke keine Tarifierhöhungen vorgenommen haben, sondern durch Rationalisierungsmaßnahmen die Erhöhungen, die auf sie zugekommen sind, also durch 23 Jahre, abgefangen haben. Bitte, zeigen Sie mir ein Unternehmen in Österreich, das einen ähnlichen Rekord aufweisen konnte!

Und hier im Gemeinderat, als wir 1975 die Erhöhung im Ausmaß von 50 Prozent durchführen mußten, haben beide Oppositionsparteien erklärt: Das ist zuviel, man möge kleinere Schritte machen, um die Belastung nicht groß werden zu lassen. (GR. Dkfm. Ammann: Das haben Sie aber nicht gemacht! Jetzt machen Sie die kleinen Schritte!) Jetzt machen wir die kleinen Schritte.

Die zweite Situation ist — vielleicht habe ich Sie mißverstanden, aber so hat es geklungen —: Die Gaswerke produzieren künstlich Verluste, damit sie dann einen Antrag stellen können.

Meine Damen und Herren! Das ist nicht der Fall! Denn wenn sie Gewinne hätten, würden wir ja keine Ermächtigung bekommen, einen Preisantrag zu stellen. Weil sie ein Jahr lang diese Erhöhungen nicht weitergegeben haben, ist diese Verlustsituation entstanden, die dazu geführt hat, daß es notwendig war.

Ich bitte die 15 Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Energie — oder 14 — um Entschuldigung, wenn ich das wiederholen muß, was dem Herrn GR. Ammann im Ausschuß bereits erklärt worden ist, wieso der Kugelgasbehälter zweimal drinnen war und immer wieder gesperrt war. (GR.

Dkfm. Ammann: Einmal ist er drinnen!) Bitte nochmals um Entschuldigung, ich werde es hier dem Gemeinderat erklären.

Der Kugelgasbehälter ist deshalb nicht eröffnet worden, weil die Aufsichtsbehörde, meine Damen und Herren, neue Sicherheitsauflagen erstellt hat (Vizebürgermeister Dr. Busek: Schon wieder!), die verhindert haben, daß wir den Auftrag für den Kugelgasbehälter, der bereits bei der VÖEST liegt, erteilt haben. Wenn heute die Genehmigung erteilt wird, wird der Auftrag sofort realisiert. Das wurde Ihnen sehr genau erklärt. Sie haben sich sogar dafür bedankt, und heute stellen Sie fest wie das Christkind! Ich weiß von nichts! Das klingt jetzt populär, aber entspricht bitte nicht der Realität. (GR. Dkfm. Ammann: Er ist noch immer nicht gebaut, obwohl er 1976 versprochen wurde!)

Das zweite, meine Damen und Herren, was auch im Ausschuß erklärt wurde — Herr GR. Hahn, hören Sie zu, Sie waren nicht dabei (GR. Dkfm. Ammann, auf GR. Hahnweisend: Ich habe ihm nur berichtet!) —, sind die 128 Groschen Einstandspreis. Es ist richtig, daß zwischen den Ansätzen des Gaswerkes, nämlich 1.30 Schilling, und der tatsächlichen Verrechnung — 1.28 Schilling — ein Minus von 2 Groschen ist. Aber bitte ausgehend davon, daß wir 1977 1.03 Schilling verrechnet haben. Das heißt, daß jetzt eine Erhöhung um 25 Groschen eingetreten ist. Auch das ist dem Herrn GR. Ammann bekannt, aber es klingt halt hier viel besser.

Und das gleiche, meine Damen und Herren, gilt auch für die Gebrauchsgebühr, von der Herr GR. Sevcik schon gesprochen hat. Mit gutem Recht, wenn es für das Gaswerk gilt, könnte der Obmann der Sektion Gewerbe, der hier mit unterzeichnet hat, für seinen Betrieb dann die Streichung der Gebrauchsgebühr verlangen.

Sehen Sie, das ist das Problem: die Gleichheit vor dem Gesetz, wenn es auch nur eine Gebühr ist.

Dort, wo es möglich war, ohne präjudizierend zu wirken, bei der sogenannten Wegegebühr, die den Verkehrsbetrieben erlassen worden ist, weil es keinen Vergleich zu anderen Unternehmungen gegeben hat, wurde es gemacht, und das haben Sie auch im Ausschuß anerkannt.

Meine Damen und Herren! Im Hinblick darauf, daß wir das, was heute von der ÖVP gefordert worden ist, die dem Wirtschaftsplan nicht zugestimmt hat, jetzt erfüllen können, nämlich den Kugelgasbehälter der österreichischen verstaatlichten Industrie in Auftrag zu geben, damit wir die notwendigen Mittel für das Rohrnetz bekommen und um die Zähler, die so notwendig sind, wie heute erwähnt worden ist, durch Nacheichungen erneuern zu können, bitte ich Sie nochmals, diesem Antrag auf Erhöhung um 2,12 Groschen, im Schnitt um 7,1 Prozent, Ihre Zustimmung zu erteilen, damit die Gaswerke diese 146 Millionen Schilling der Investition zuführen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Den Abänderungsantrag der ÖVP bitte ich abzulehnen.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für das Schlußwort.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zur Abstimmung gelangt zunächst der Abänderungsantrag der GR. Dkfm. Ammann und Neusser, der anstrebt, den Tarif für Gaslieferungen an Haushalte und Heizgaskunden, an Gewerbe und Industrie sowie die Zählergebühren ab 1. Jänner 1979 um 4 Prozent anzuheben und die Gebrauchsgebühren für die Wiener Stadtwerke — Gaswerke, die unter Post 301/2 b aufscheinen, den Gaswerken zu erlassen.

Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Ablehnung dieses Abänderungsantrages.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der GR. Dkfm. Ammann und Stadtrat Neusser die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist die Minderheit. Dieser Antrag ist abgelehnt.

Ich bitte nunmehr jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nunmehr zu Post 82 der Tagesordnung. Diese Postnummer betrifft die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes in Teilen des 23. Bezirkes, und zwar in den Katastralgemeinden Mauer und Atzgersdorf.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR. Rosenberger, um die Antragstellung.

Berichterstatter GR. Rosenberger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es handelt sich hier um die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein relativ großes Gebiet im Bereiche der Endresstraße im 23. Wiener Gemeindebezirk.

Ich bitte Sie, dem gestellten Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Die Postnummer 83 betrifft die Errichtung eines städtischen Wohnhauses im 4. Bezirk, Rainergasse 6—8, und die Bereitstellung der hierfür notwendigen Mittel.

Ich bitte den Herrn amtsführenden Stadtrat Böck um die Berichterstattung.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Böck: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Poststück Nr. 83 betrifft die städtische Wohnhausanlage 4, Rainergasse 6—8.

Es wird der Antrag gestellt, den Entwurf, den Sachkredit sowie die Baubewilligung zu genehmigen.

Die Gesamtkosten für dieses Bauvorhaben betragen 26.490.000 Schilling. Als Baurate für 1978 sind noch 590.000 Schilling vorgesehen.

Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke für die Berichterstattung.

Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Die Post 84 betrifft die Erhöhung eines Sach-

kredites für die Errichtung der städtischen Wohnhausanlage 21, Brünner Straße-Ruthnergasse-Marco Polo-Platz und die Bedeckung des Mehrerfordernisses.

Ich bitte den Herrn amtsführenden Stadtrat Böck um die Berichterstattung.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Böck: Beim Poststück Nr. 84 betreffend die städtische Wohnhausanlage, die der Herr Vorsitzende bereits genannt hat, geht es um die Erhöhung des Sachkredites, der am 27. September 1976 vom Gemeinderat beschlossen wurde, damals in Höhe von 1322 Millionen, um 493 Millionen auf 1815 Millionen.

Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Die Postnummer 85 betrifft einen Ergänzungsvertrag für die treuhändige Bauausführung des städtischen Wohnhausbaues 21. Bezirk, Brünner Straße-Ruthnergasse-Marco Polo-Platz.

Ich bitte Herrn amtsführenden Stadtrat Böck um die Berichterstattung.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Böck: Der offizielle Baudurchführungsvertrag, der für die Gesiba Gültigkeit hat, mußte ergänzt werden. Im Poststück 85 wird für das genannte Bauvorhaben der Antrag gestellt, den Ergänzungsvertrag zu genehmigen.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Die Postnummer 86 betrifft eine Erhöhung des Sachkredites für die Errichtung der städtischen Wohnhausanlage 22, südlich Aderklaaer Straße.

Ich bitte den Herrn amtsführenden Stadtrat Böck, darüber zu berichten.

Berichterstatter amtsführender Stadtrat Böck: Für die städtische Wohnhausanlage 22, südlich Aderklaaer Straße, Bauteil 1, wurde der Sachkredit bereits im Jahre 1975 vom Gemeinderat genehmigt. Die Aufstockung des Sachkredites von 689 Millionen um 61 Millionen auf 750 Millionen Schilling wird heute beantragt.

Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Die Post 87 betrifft den Um- und Neubau des Donaugrabendamms in Langenzersdorf.

Berichterstatterin ist Frau GR. Maria Szöllösi. Ich bitte Sie um die Antragstellung.

Berichterstatter GR. Maria Szöllösi: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es wird der Antrag gestellt:

„Der Um- und Neubau des Donaugrabendamms in Langenzersdorf mit einem Kostenaufwand

von 41,5 Millionen Schilling wird genehmigt. Die erste Rate in der Höhe von 3 Millionen Schilling ist im Voranschlag 1978 bedeckt. Für das Resterfordernis von 38,5 Millionen Schilling ist in den Voranschlägen der Folgejahre vorzusehen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte jene Gemeinderatsmitglieder, die diesem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Die Postnummer 88 betrifft die Durchführung des Bauvorhabens Wasserrohrneulegung im 22. Bezirk, Eßlinger Hauptstraße.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR. Schultz, um die Antragstellung.

Berichterstatter GR. Schultz: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bitte dem aus der Tagesordnung ersichtlichen Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Die Postnummer 89 betrifft eine Sachkreditserhöhung und deren Bedeckung für die Einrichtung einer Ganztagschule im Schulbau 12, Am Schöpfwerk.

Ich bitte Herrn GR. Ascherl um die entsprechende Antragstellung.

Berichterstatter GR. Ascherl: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen! Meine Herren! Ich ersuche Sie, einer Erhöhung des Sachkredites für den Schulneubau Am Schöpfwerk von 57 Millionen auf 72 Millionen Schilling zuzustimmen und weiter eine Erhöhung der Baurate 1978 von 22 Millionen auf 29 Millionen Schilling zu genehmigen.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist einstimmig so beschlossen.

Die Postnummer 90 betrifft die Gewährung einer Beihilfe an den Wiener Eislauf-Verein.

Ich bitte Herrn GR. Ludwig, die Berichterstattung vorzunehmen.

Berichterstatter GR. Ludwig: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich darf Sie kurz aufs Eis führen, zum Wiener Eislauf-Verein, und Sie ersuchen, 800.000 Schilling zu genehmigen zur Beteiligung an der Sanierung des letzten Drittels der Kunsteisplatte.

Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Die Post 91 betrifft eine Änderung der Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien.

Berichterstatter ist Herr GR. Pöder. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter GR. Pöder: Herr Vorsitzender!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um Stadtsenatsmitglieder, die nicht gewählte Gemeinderäte sind beziehungsweise ihr Gemeinderatsmandat zurückgelegt haben, nicht von der Mitwirkung im Vorstand der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Wien auszuschließen, erweist es sich als notwendig, die Satzungen der KFA in zwei Punkten, nämlich im § 37 Abs. 2 und Abs. 5, zu ergänzen.

Im Absatz 2 heißt es: „Die Vertreter der Stadt Wien als Dienstgeber werden vom Gemeinderat aus dem Kreis der Mitglieder des Gemeinderates... bestellt.“ Hier soll nach „Mitglieder des Gemeinderates“ die Ergänzung „oder des Stadtsenates“ erfolgen. Im Absatz 5 soll ebenfalls die entsprechende Einfügung vorgenommen werden.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu den unter den Postnummern 92 bis 94 auf dem IV. Nachtrag zur Tagesordnung vorgesehenen Wahlen.

Ich schlage vor, diese drei Wahlen nicht mittels Stimmzettel, sondern durch Handerheben durchzuführen. Ich bitte jene Damen und Herren, die dieser Art der Abstimmung zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Dem wird einhellig zugestimmt.

In das Kuratorium des Fonds „Wiener Jugendhilfswerk“ hat der Gemeinderat aus seiner Mitte 9 Mitglieder für seine Wahlperiode zu entsenden.

Die Sozialistische Partei Österreichs hat auf Grund der Mandatsverhältnisse 6 Mitglieder, die Österreichische Volkspartei 3 Mitglieder vorgeschlagen.

Der Vorschlag der Sozialistischen Partei Österreichs lautet auf folgende 6 Mitglieder des Gemeinderates:

Johanna Dohnal, Hermine Fiala, Franz Gawlik, Erik Hanke, Dr. Rudolf Müller und Gertrude Stiehl.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Österreichische Volkspartei schlägt für diese Wahl die Gemeinderatsmitglieder

Professor Markus Bittner, Dr. Marilies Flemming und Leopold Traindl vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Durch das Ausscheiden von 4 Mitgliedern des Vorstandes der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien aus dem Gemeinderat ist die Wahl von 4 Mitgliedern für den Rest der dreijährigen Funktionsperiode der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien notwendig geworden. Gleichzeitig bitte ich, die Tagesordnung insofern zu berichtigen, daß es unter Post 93 zu lauten hat „Wahl von 4 Mitgliedern“ anstelle von „3 Mitgliedern“.

Die Sozialistische Partei Österreichs schlägt auf Grund der soeben beschlossenen Änderung der Satzungen der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien Herrn amtsführenden Stadtrat Kurt Heller zur neuerlichen Wahl vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Österreichische Volkspartei schlägt an Stelle von 3 ausgeschiedenen Gemeinderatsmitgliedern die Gemeinderatsmitglieder Walter Eberhardt, Maria Hampel-Fuchs und Leopold Schneider vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die letzte Postnummer der Tagesordnung der heutigen Sitzung betrifft die Wahl eines Beisitzers des Schiedsgerichtes der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien.

Die Österreichische Volkspartei hat an Stelle des Mitgliedes des Bundesrates Dr. Walter Macher Frau GR. Dr. Marilies Flemming als Beisitzer, ebenfalls für den Rest der dreijährigen Funktionsperiode, vorgeschlagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Damit ist die Tagesordnung der Gemeinderatsitzung erledigt.

Ich bitte nunmehr den Herrn Bürgermeister, am Ende dieser Sitzung das Wort zu nehmen.

Bürgermeister: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates und des Stadtsenates! Sie werden mir erlauben, am Schluß der Sitzung die Beratungen dieser Woche nur um einige ganz wenige Minuten zu verlängern.

Ich möchte, wenn ich das hier in diesem sehr intim gewordenen Kreis sagen kann, allen, die mir ihre Befürchtungen ausgedrückt haben, ich werde ein Resümee dessen versuchen, was entweder in den Debatten gesagt wurde oder im Arbeitsjahr geschehen ist, versichern: Ich werde diese Befürchtungen nicht erfüllen. Ich möchte nur einige Dinge sagen.

Zunächst einmal möchte ich als Bürgermeister Dank sagen allen Mitgliedern des Gemeinderates für ihre Mitwirkung bei der Arbeit in den Ausschüssen und im Plenum.

Und erlauben Sie mir ein Wort, das sicher heute hier unter uns bleibt, das ich mir aber auch erlauben werde, in einer Pressekonferenz einmal zu sagen: Ich bewundere den Mut, ich bewundere weniger, ich möchte sagen, die Überheblichkeit und Selbstverständlichkeit, mit der manchmal die Debatten in parlamentarischen Gremien, zum Beispiel hier im Gemeinderat, von Kommentatoren mit einigen wenigen Sätzen qualifiziert werden. Ich möchte meiner tiefen Überzeugung Ausdruck geben, und ich bin lange genug Parlamentierer, um das tun zu können, daß eben vielleicht auch Verständnis für das Wesen des Parlamentarismus dazugehört, wenn man die Arbeit eines parlamenta-

rischen Gremiums beurteilen will. Denn sich darüber zu mokieren, daß es in einem Parlament Auseinandersetzungen gibt, heißt in Wirklichkeit, das Wesen der Demokratie mißzuverstehen. Sich über jene zu mokieren, die als Volksvertreter auf Grund ihrer tiefen inneren Überzeugung mit dem Auftrag ihrer Wähler hierherkommen und nach bestem Wissen und Gewissen diese Überzeugung weitergeben, zeigt auch noch mangelndes Verständnis für die Arbeit und für das Wesen einer parlamentarischen Körperschaft.

Und in diesem Sinn, daß eben in der Demokratie, auch wenn jeweils nicht alle meinungsmäßig darin übereinstimmen, in der Konfrontation das Wesen der Arbeit in einer parlamentarischen Körperschaft liegt, in diesem Sinn möchte ich als Bürgermeister, wie gesagt, allen Mitgliedern des Gemeinderates für ihre Tätigkeit, für ihre Arbeit, für ihre Mitwirkung danken.

Ich möchte in unser aller Namen, meine Damen und Herren, den Bediensteten der Stadt Wien danken, die auch in diesem Jahr wieder ihr Bestes gegeben haben, um das Leben in unserer Stadt nicht nur zu ermöglichen, sondern auch für die Mitbür-

ger schöner zu machen. (Allgemeiner Beifall.) Ich habe einen Wunsch, den Sie sicher mit mir teilen, bereits vorweggenommen, indem ich wegen der Länge des Postweges den Wienern, die als Angehörige von UNO-Friedensmissionen, besonders im Mittleren Osten, tätig sind, die Wünsche der Stadt Wien und die Wünsche des Gemeinderates bereits vor einiger Zeit übermittelt habe, damit sie zeitgerecht am Dienstort eintreffen. Ich bin überzeugt, hier auch im Sinne des gesamten Gemeinderates gehandelt zu haben. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Es verbleibt mir noch, aus ganzem Herzen und in unser aller Namen allen Wienerinnen und Wienern ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückhaftes Jahr 1979 zu wünschen. Ich danke. (Allgemeiner Beifall.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke dem Herrn Bürgermeister und darf die an den Gemeinderat gerichteten Wünsche recht herzlich erwidern.

Die Sitzung des Gemeinderates ist geschlossen. (Allgemeiner Beifall.)

(Schluß um 19.30.)